

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken • Neues Erhebungsdesign des Mikrozensus • Insolvenzen nach neuem Insolvenzrecht • Ökologischer Landbau • Nutzung der Bodenfläche • Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft • Eisenbahnverkehr • Seeschifffahrt • Wohngeld



6/2002

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juli 2002

Einzelpreis: EUR 10,85 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 111,– [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-02106 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
Kurznachrichten		435
 Textteil		
<i>Stephan Lüken</i>	Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	443
<i>Sabine Lotze, Holger Breiholz</i>	Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)	454
<i>Jürgen Angele</i>	Insolvenzen 1999 bis 2001 nach neuem Insolvenzrecht	460
<i>Dr. Torsten Blumöhr</i>	Ökologischer Landbau 2001	471
<i>Michael Deggau</i>	Nutzung der Bodenfläche	480
<i>Doris Hoepfner</i>	Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik	488
<i>Roland Fischer</i>	Eisenbahnverkehr 2001	496
<i>Hans-Peter Lüüs</i>	Seeschifffahrt 2001	501
<i>Thomas Haustein</i>	Wohngeld in Deutschland 2000	510
<i>Peter Roemer</i>	Preise im Mai 2002	518
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge		523
 Tabellenteil		
Inhalt		1*
Statistische Monatszahlen		2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	435
	Texts	
<i>Stephan Lüken</i>	Further development of the system of employment statistics	443
<i>Sabine Lotze, Holger Breiholz</i>	The new survey design of the microcensus (Part 2)	454
<i>Jürgen Angele</i>	Insolvencies, 1999 to 2001, according to the new insolvency law	460
<i>Dr. Torsten Blumöhr</i>	Ecological cultivation, 2001	471
<i>Michael Deggau</i>	Land use	480
<i>Doris Hoepfner</i>	Revised Classification of Food and Industrial Products in foreign trade statistics	488
<i>Roland Fischer</i>	Railway transport, 2001	496
<i>Hans-Peter Lüüs</i>	Maritime transport, 2001	501
<i>Thomas Hausteijn</i>	Housing allowances in Germany, 2000	510
<i>Peter Roemer</i>	Prices in May 2002	518
	List of the contributions published in the current year	523
	Tables	
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

Table des matières		Page
	Informations sommaires	435
	Textes	
<i>Stephan Lüken</i>	Développement ultérieur du système des statistiques de l'emploi	443
<i>Sabine Lotze, Holger Breiholz</i>	La nouvelle stylisme de l'enquête du microrecensement (Partie 2)	454
<i>Jürgen Angele</i>	Insolvabilités de 1999 à 2001 conformément au nouveau droit d'insolvabilité	460
<i>Dr. Torsten Blumöhr</i>	Agriculture biologique, 2001	471
<i>Michael Deggau</i>	Utilisation du sol	480
<i>Doris Hoepfner</i>	Classification révisée des produits alimentaires, industriels et de l'artisanat dans les statistiques du commerce extérieur	488
<i>Roland Fischer</i>	Trafic ferroviaire, 2001	496
<i>Hans-Peter Lüüs</i>	Navigation maritime, 2001	501
<i>Thomas Hausteijn</i>	Allocations de logement en Allemagne, 2000	510
<i>Peter Roemer</i>	Prix en mai 2002	518
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	523
	Tableaux	
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Servicebüro im Deutschen Bundestag

Ab Juni 2002 besteht für die Mitglieder des Deutschen Bundestages und seiner Gremien und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung die Möglichkeit, sich direkt vor Ort vom Statistischen Bundesamt beraten zu lassen: Jeden Mittwoch ist der i-Punkt Berlin im Jakob-Kaiser-Haus mit einem Servicebüro präsent. Interessierte können sich über Online-Zugriffswege zur amtlichen deutschen und europäischen Statistik oder über neue Daten- und Veröffentlichungsangebote informieren. Ebenso können Datenrecherchen direkt in Auftrag gegeben werden. Bei Bedarf werden Kontakte zu den Fachstatistikern vermittelt.

Mit der Eröffnung des i-Punkts Berlin im September 1999 wurde bereits eine Telefon-Hotline für den Deutschen Bundestag für Anfragen zur Statistik eingerichtet. Mit dem Servicebüro, das Vor-Ort-Gespräche ermöglicht, wird diese Dienstleistung nunmehr erweitert und der steigenden Nachfrage nach Daten Rechnung getragen.

Die Kontakte zum Deutschen Bundestag haben sich in den vergangenen drei Jahren sehr gut entwickelt. Nachdem anfangs statistikrelevante Anfragen noch über die Hotline-W der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages an den i-Punkt weitergeleitet wurden, werden die Anfragen heute meist von den Fraktionen und den Büros der Abgeordneten direkt an den i-Punkt gestellt. Dazu haben vor allem die Präsentationen des i-Punkts Berlin in den fünf Fraktionen des Deutschen Bundestages zum Thema „Zugriffswege zur

deutschen und europäischen amtlichen Statistik“ beigetragen, die große Resonanz erfahren haben, da der Datenbedarf hoch ist und das Statistische Bundesamt als einer der größten Informationsdienstleister Deutschlands hilfreiche Informationen für die vielfältigen Aufgaben des Bundestages bereitstellen kann. Die Einrichtung des neuen Servicebüros ist ein weiterer Schritt, die vorhandenen Kontakte zu intensivieren und neue Kunden zu gewinnen.

Weitere Auskünfte erteilen

Claudia Brunner, Telefon (0 18 88) 6 44 94 38 und

Beate Bork, Telefon (0 18 88) 6 44 94 45,

E-Mail: i-punkt@destatis.de.

Eurostat Data Shop Berlin: Jetzt Online-Bestellung möglich

Das neue Statistische Jahrbuch 2002 oder andere Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) können nun auch über das Internet-Angebot des Eurostat Data Shop Berlin (www.eurostatshop.de) online bestellt werden. Der Kunde erhält innerhalb weniger Tage seine Veröffentlichung in dem Format (Print-, CD-ROM, PDF) und der Sprachversion (deutsch, englisch, französisch) seiner Wahl.

Der EDS Berlin wurde vom Statistischen Bundesamt und Eurostat als zentrale amtliche Vertriebsstelle europäischer Statistiken für den Standort Deutschland im Dezember 1997 eingerichtet. Er hat sich in den mehr als vier Jahren seines Bestehens als kompetenter Ansprechpartner für Interessenten an der Europäischen Statistik, auch über die Grenzen

Deutschlands hinaus, bewiesen. Mit mehr als 180 Millionen harmonisierten Daten zur Europäischen Union (EU-15), zur Eurozone, zu den EU-Mitgliedstaaten sowie zu den Beitritts- und wichtigsten Partnerländern wird dem Nutzer das gesamte Spektrum an makro- und sozioökonomischen Daten der Statistik angeboten. Der EDS Berlin berät über die vielfältigen Produkte und stellt maßgeschneiderte Tabellen aus den Datenbanken und Veröffentlichungen Eurostats zusammen. Das Internetangebot des EDS Berlin, das einen Einstieg in diese Serviceleistungen bietet, umfasst auch viele kostenfreie Basiszahlen und Produkte zum Herunterladen.

Interessenten können sich wenden an:

Statistisches Bundesamt, i-Punkt Berlin/Eurostat Data Shop
Otto-Braun-Str. 70/72, 10178 Berlin
Telefon: +49 (0) 18 88/6 44 94 27,
Telefax: +49 (0) 18 88/6 44 94 30,
E-Mail: datashop@destatis.de,
Internet: www.eu-datashop.de,
Servicezeiten: Mo. – Do. von 8 bis 17 Uhr,
Fr. von 8 bis 15 Uhr.

Aus Europa

Eurostat Data Shop Network Meeting in Berlin

Zweimal jährlich treffen sich die 16 europäischen Data Shops des Eurostat Data Shop Netzwerks unter dem Vorsitz des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), um sich über neue Produkte, Entwicklungen der Verbreitungspolitik und Kundenerfahrungen auszutauschen. Das zehnte Treffen am 23. und 24. Mai 2002 fand zum ersten Mal in Deutschland statt und wurde vom Eurostat Data Shop Berlin (EDS Berlin) des Statistischen Bundesamtes organisiert. Ort der Veranstaltung war das Bundeshaus Berlin des Bundesverwaltungsamtes.

Schwerpunktthema der Sitzung war die Einführung und Umsetzung der Eurostat-Qualitätscharta für das Data Shop Netzwerk, die auch der EDS Berlin unterzeichnet und sich damit verpflichtet hat, bestimmte Standards im Service und in der Anfragenbearbeitung einzuhalten. Zur Stärkung der fachlichen Kompetenz beinhalten die Sitzungen regelmäßig fachstatistische Schulungen für das Serviceteam des Netzwerks – dieses Mal zum Thema „Arbeitskräfteerhebung“ und „Forschung und Entwicklung“ –, die von der betreffenden Fachabteilung Eurostats durchgeführt werden. Darüber hinaus fanden Besprechungen in Arbeitsgruppen zu den Themen „Marketing“ sowie „Management und Organisation“ statt. Eurostat stellte seine neue Internetkonzeption vor, die in näherer Zukunft auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen wird. Das nächste Eurostat Data Shop Network Meeting wird im Herbst dieses Jahres bei Eurostat in Luxemburg stattfinden.

45. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm/ 34. EWR-Konferenz in Luxemburg

Unter Teilnahme der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und weiterer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums fand am 30. Mai 2002 die 45. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) in Luxemburg statt.

Der ASP stimmte dem Entwurf zur Anpassung der Kommissionsverordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik zu. Ziel ist es, die Unternehmensstrukturverordnung um Teile zu bereinigen, die sich als nicht zweckmäßig erwiesen haben, und sie an den geänderten Nutzerbedarf anzupassen. Der Entwurf beinhaltet eine Verringerung der Gliederungstiefe und die Streichung einiger Merkmale bei gleichzeitiger Aufnahme der Merkmale „Löhne und Gehälter“ sowie „Sozialversicherungskosten“.

Der ASP beriet ferner über den Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Berechnung von Kaufkraftparitäten. Der Entwurf sieht vor, den bisher freiwillig auf Vertragsbasis geleisteten Arbeiten der Mitgliedstaaten eine rechtliche Grundlage zu geben. Die Berechnung regionaler Kaufkraftparitäten wird in der Verordnung nicht geregelt. Die meisten Delegationen, darunter auch Deutschland, äußerten sich besorgt über den Vorschlag Eurostats, die Finanzierung der Arbeiten langfristig nicht fortzusetzen. Eurostat wird den Entwurf nochmals überarbeiten und mit den Mitgliedstaaten abstimmen.

Ausführlich diskutierte der ASP die Entwicklung von Konjunkturstatistiken im Dienstleistungssektor. Zur Verbesserung der Datenlage ist eine Reihe von Pilotstudien vorgesehen, u. a. zu den Erzeugerpreisen für Dienstleistungen. In Deutschland sind für entsprechende Arbeiten erhebliche zusätzliche Ressourcen erforderlich. Eurostat möchte langfristig auch eine bessere Kohärenz zwischen den einzelnen EG-Verordnungen für den Bereich Dienstleistungen (Verordnungen zur Regelung des Arbeitskostenindex und der Arbeitskräfteerhebung, Konjunkturverordnung, Unternehmensstrukturverordnung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) erzielen.

Eines der wichtigsten Themen auf der 45. ASP-Sitzung war der Fortschrittsbericht der FROCH (Friends of the Chair)-Gruppe zu den wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren. Das Ziel dieser umfassenden Arbeiten ist eine weitere Verbesserung der Aktualität der europäischen Konjunkturindikatoren und eine Angleichung an die Terminvorgaben der US-amerikanischen Statistik. Die FROCH-Gruppe legte dem ASP einen Zwischenbericht vor, der u. a. eine Liste mit den wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren einschließlich Aktualitätsvorgaben enthält. Der ASP begrüßte den Bericht, bezeichnete aber die vorgeschlagenen Ziele als teilweise zu ehrgeizig und bat Eurostat um Prioritätensetzung. Die Liste wurde vom ASP noch nicht verabschiedet. Eine weiterführende Diskussion hierzu wird in der kommenden Sitzung der FROCH-Gruppe Ende Juni 2002 erfolgen. Der ASP beauftragte die FROCH-Gruppe damit, Eurostat bei

der Ausarbeitung einer geplanten Mitteilung an das Europäische Parlament und an den Rat sowie bei der Erstellung eines Berichts über die Statistik für den Europäischen Gipfel im Frühjahr 2003 zu unterstützen. Außerdem wird sich die FROCH-Gruppe an der Erstellung des Entwurfs für den fünften Fortschrittsbericht über die WWU-Statistik beteiligen.

Im Zusammenhang mit der „Benchmarking-Initiative“ äußerte sich der ASP positiv über den Fortschrittsbericht der Sachverständigengruppe „Stichprobenbildung für aktuelle europäische Indikatoren“. Die Gruppe befasst sich damit, bisherige Erhebungskonzepte der Mitgliedstaaten zu analysieren und zu bewerten, alternative Erhebungskonzepte zu erörtern und Faktoren zu bestimmen, die eine zeitnahe Bereitstellung von Ergebnissen behindern.

Das Arbeitsprogramm 2003 wurde vom ASP grundsätzlich begrüßt. Er bat Eurostat darum, dass die Prioritätensetzung überprüft wird und dass die Konjunkturstatistiken für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als eine der höchsten Prioritäten im Programm genannt werden. Die Mitglieder des ASP waren sich darüber einig, dass die hohe Priorität zusätzlicher Aufgaben vor allem im Bereich der Konjunkturstatistik zur Durchführung des WWU-Aktionsplans in beträchtlich erhöhten Mitteln in den nationalen statistischen Ämtern und bei Eurostat zum Ausdruck kommen müsse. Der ASP fordert Eurostat dringend auf, sich mit der Frage zu befassen, welche statistischen Arbeiten eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden könnten. Dieses Thema sowie Detailfragen zum Programm werden in der nächsten Sitzung der Eurostat-Arbeitsgruppe „Programmierung und Koordinierung im ESS“ am 24. Juni 2002 behandelt.

Unter einem weiteren Tagesordnungspunkt sprach sich Eurostat für eine Neuorganisation der vorhandenen Gremien im Bereich der Saisonbereinigung aus. Der ASP unterstützte diesen Vorschlag, der von der Einrichtung von drei Gremien ausgeht. Eine Lenkungsgruppe würde sämtliche Managementaufgaben betreuen, eine Nutzergruppe würde den Nutzerbedarf dokumentieren und eine wissenschaftliche Gruppe neue Methoden erforschen und bewerten. Deutschland hat sich grundsätzlich zur Mitarbeit bereit erklärt, benötigt aber ergänzende Angaben zur Zusammensetzung und zum Auftrag dieser Gruppen. Eurostat wird hierzu ergänzende Angaben liefern.

Aus dem Inland

Vorschläge des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik

Für die 15. Legislaturperiode schlägt der Statistische Beirat der Bundesregierung 55 Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik vor. Ziel ist es, die Ergebnisbereitstellung zu beschleunigen sowie die Belastung der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger durch die amtliche Statistik zu reduzieren. Erhebung, Aufbereitung, Veröffentlichung

und Analyse von Daten sollen durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (z. B. Internet) verbessert werden. Ein erweitertes Angebot von anonymisierten Einzeldaten soll Aussagekraft und Flexibilität statistischer Ergebnisse steigern.

Neue statistische Anforderungen der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank an die Mitgliedstaaten prüft kurzfristig eine vom Statistischen Beirat eingesetzte Arbeitsgruppe auf ihre Notwendigkeit, den innerstaatlich damit verbundenen Mehraufwand sowie die zusätzliche Belastung der Befragten und erarbeitet hierzu Umsetzungsempfehlungen.

Der Statistische Beirat wird seine Empfehlungen, über die wir in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift noch im Einzelnen berichten werden, der Bundesregierung am 31. Juli 2002 überreichen.

Weitere Auskünfte erteilt

Pia Brugger, Telefon (06 11) 75 41 68,

E-Mail: pia.brugger@destatis.de.

Novellierung des Agrarstatistikgesetzes abgeschlossen

Mit der Veröffentlichung des Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1648) wurde ein rund zweijähriger Prozess der Anpassung dieser wichtigsten Rechtsgrundlage für die nationale Agrarstatistik abgeschlossen.

Die wesentlichen Änderungen des Agrarstatistikgesetzes (in der Fassung vom 25. Juni 1998) betreffen einerseits die Anordnung zweier Spezialerhebungen, die nur in rund zehnjährigen Abständen stattfinden, für die Jahre 2004 und 2005. Andererseits werden verschiedene Regelungen eingeführt, die die Belastung der Auskunftspflichtigen verringern und die Flexibilität sowohl des Erhebungsprogramms als auch der Auswertungen verbessern sollen.

Bei den Spezialerhebungen handelt es sich um die Binnenfischereierhebung 2004 und die Gartenbauerhebung 2005; beide Erhebungen wurden letztmals im Jahr 1994 durchgeführt. Das Erhebungsprogramm wurde in beiden Fällen nur geringfügig modifiziert, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu sichern.

Die Belastung der Berichtspflichtigen soll auf verschiedenen Wegen verringert werden: Einerseits wurden Periodizitäten verlängert bzw. die Durchführung zweier Spezialerhebungen (Baumschul- und Zierpflanzenerhebung) um ein Jahr herausgeschoben. Zusätzlich wurden Erhebungsprogramme gestrafft und untere Abschneidegrenzen für Berichtskreise angehoben. Andererseits wurde die Möglichkeit der Nutzung von Verwaltungsdaten erheblich ausgeweitet, sodass Befragungen zu Tatbeständen, zu denen geeignete Verwaltungsdaten nutzbar sind, entfallen können.

Die Flexibilität des Erhebungsprogramms wird dadurch erhöht, dass für das Bundesministerium für Verbraucher-

schutz, Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnungs-ermächtigung eingeräumt wurde, durch die ein Austausch von Erhebungsmerkmalen sowie die Verlängerung von Periodizitäten, die Einschränkung von Berichtskreisen bzw. der Wegfall von Erhebungsmerkmalen möglich wird.

Informationen des Bundeswahlleiters

Neue Domain

www.bundeswahlleiter.de

Das umfangreiche Internetangebot des Bundeswahlleiters zum Thema Wahlen (www.destatis.de/wahlen) ist ab sofort zusätzlich auch unter der einprägsamen Domain www.bundeswahlleiter.de erreichbar. Damit ist für alle Interessenten ein schneller Zugriff auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters im Internet gewährleistet. Hier werden zum Beispiel am Wahlabend des 22. September 2002 alle eingehenden Wahlkreis- und Landesergebnisse der Bundestagswahl 2002 aktuell eingestellt werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Heinz-Christoph Herbertz, Telefon (06 11) 75 23 45,

E-Mail: bundeswahlleiter@destatis.de.

Neuerscheinungen

Neues Gemeindeverzeichnis auf CD-ROM erschienen

Als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist das „Gemeindeverzeichnis, Stand 31. Dezember 2000“ auf CD-ROM erschienen. Die CD-ROM enthält die Gemeindeschlüsselnummern für alle rund 13 800 selbstständigen Gemeinden Deutschlands, die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreisen, Regierungsbezirken und Ländern, sowie entsprechende Angaben über Fläche und Einwohnerzahl, einschließlich Anschriften der Kommunen und übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Diese Daten werden mit der CD-ROM als netzwerkfähige Microsoft Access Datenbank (unter MS Office 97) zur Verfügung gestellt, können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ (Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bestellnummer 8728010-00700 – ISBN 3-8246-0655-0, Einzelplatzlizenz: 98,- Euro zzgl. Versandkosten) ist über die SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH (nähere Angaben siehe Impressum) zu beziehen.

Weitere Auskünfte erteilt

Harry Krajzar, Telefon (06 11) 75 28 75,

E-Mail: harry.krajzar@destatis.de.

Marktanteil der freigemeinnützigen Pflegeheime bei 63%

Im Dezember 1999 wurden in rund 8 900 Pflegeheimen 645 000 Pflegeplätze angeboten. Davon entfielen 63% der Plätze auf freigemeinnützige Träger, 26% auf private und 11% auf öffentliche Träger.

Der Anteil freigemeinnütziger Träger war in Brandenburg (80%) und Bremen (77%) besonders hoch und in Niedersachsen (50%) und Schleswig-Holstein (36%) verhältnismäßig gering. Der Anteil privater Anbieter von Plätzen in Pflegeheimen war in Niedersachsen (44%) und Schleswig-Holstein (53%) relativ hoch und in den neuen Ländern (Mecklenburg-Vorpommern 13%, Sachsen 17%, Thüringen 17%, Brandenburg 18%) sowie in Bremen mit 17% gering.

Diese und weitere Ergebnisse der im Dezember 1999 erstmals durchgeführten Pflegestatistik enthält der „3. Kurzbericht Pflegestatistik 1999 – Ländervergleich: Pflegeheime“. Dieser Bericht sowie die vorhergehenden Kurzberichte sind kostenlos im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de in der Rubrik „Publikationen/ Online-Publikationen“ abrufbar.

Weitere Auskünfte erteilt

Heiko Pfaff, Telefon (0 18 88) 6 44 81 06,

E-Mail: pflege@destatis.de.

Umweltsituation in Deutschland auf einen Blick

In vielen Bereichen hat sich die Umweltsituation in Deutschland verbessert, aber noch längst sind nicht alle Umweltprobleme gelöst. Dies geht aus den „Umweltdaten Deutschland 2002“ hervor, die das Umweltbundesamt und das Statistische Bundesamt gemeinsam veröffentlicht haben. Die 56-seitige Broschüre informiert knapp und anschaulich über die Umweltsituation in Deutschland. Zum Beispiel nehmen die Siedlungs- und Verkehrsflächen noch übermäßig zu und der Kraftfahrzeugbestand steigt weiter an. In der Landwirtschaft werden seit 1994 wieder mehr Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Positive Entwicklungen gibt es vor allem im Klimaschutz: Die Treibhausgasemissionen sind rückläufig und der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch wächst. Weitere Themen des handlichen Nachschlageheftes sind die Schonung natürlicher Ressourcen und die Abfallvermeidung, der Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt.

„Umweltdaten Deutschland 2002“ berichtet in Zahlen und Grafiken über Beeinträchtigungen der Umwelt, Veränderungen der Umweltqualität und Wirkungen auf die menschliche Gesundheit. Die Broschüre informiert darüber hinaus über Maßnahmen und Ziele, die den Umweltzustand in Deutschland verbessern sollen. Auch globale Umweltprobleme, an deren nachhaltiger Lösung Deutschland mitarbeitet – zum Beispiel die Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes – werden betrachtet. Die Umweltthemen wurden mittels aussagekräftiger und nachvollziehbarer Indikatoren beschrieben,

bewertet und nach der international üblichen Berichtsstruktur geordnet.

Die Broschüre „Umweltdaten Deutschland 2002“ ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin, Telefax (030) 89 03 29 12 und beim Statistischen Bundesamt, Gruppe IV B, 65180 Wiesbaden, Telefax (06 11) 75 39 71. Das Heft kann auch im Internet beim Umweltbundesamt (www.uba.de) oder beim Statistischen Bundesamt (www.destatis.de) heruntergeladen oder bestellt werden.

Die englische Fassung „Environmental Data for Germany 2002“ ist ab Mitte Juli 2002 erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilen
im Statistisches Bundesamt:
Petra Fehrentz, Telefon (06 11) 75 31 75,
E-Mail: petra.fehrentz@destatis.de sowie

im Umweltbundesamt:
Thomas Hagbeck, Telefon (0 30) 89 03 22 15,
E-Mail: thomas.hagbeck@uba.de.

Kompakt

190 000 Ehepaare feierten im Jahr 2001 Goldene Hochzeit

Im April 2001 gaben in Deutschland rund 190 000 Ehepaare (1% aller Ehepaare) an, 50 Jahre miteinander verheiratet zu sein. Im April 1991 waren dies 71 000 Ehepaare (0,4% aller Ehepaare) gewesen.

Während die meisten Ehefrauen (72%) bei ihrer Goldenen Hochzeit jünger als 75 Jahre waren, gehörte nur gut die Hälfte (55%) der Ehemänner dieser Altersgruppe an. 1991 lagen diese Werte bei 76 bzw. 34%.

Diamantene Hochzeiten, also den 60. Hochzeitstag, konnten im Jahr 2001 18 000 (1991: 13 000) Ehepaare feiern. Weitere 10 000 Ehepaare konnten auf die Eiserne Hochzeit (65 Ehejahre) oder darüber hinaus gehende Hochzeitsjubiläen anstoßen, mehr als doppelt so viele wie 1991.

Diese Angaben zu Ehepaaren nach Altersgruppen und Ehe-dauer stammen aus dem Mikrozensus 2001, der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Deutschland. Die Frage zur Ehedauer ist freiwillig zu beantworten; 11% aller Ehepaare machten hierzu keine Angabe (1991: 12%).

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Klaus-Jürgen Duschek, Telefon (0 18 88) 6 44 87 20,
E-Mail: klaus-juergen.duschek@destatis.de.

178 100 Einbürgerungen von Ausländern im Jahr 2001

Im Verlauf des Jahres 2001 wurden 178 100 ausländische Personen in Deutschland eingebürgert. Das sind 8 600 oder 4,6% weniger als im Jahr 2000 (186 700), als es eine Zunahme der Einbürgerungen gegenüber 1999 um 30% gegeben hatte.

Von den 178 100 im Jahr 2001 eingebürgerten Ausländern erwarben 101 800 oder 57,2% die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund der mit dem Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 eingeführten neuen Fassung des § 85 Ausländergesetz – AuslG (Anspruchseinbürgerung mit einer Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren sowie Miteinbürgerung der ausländischen Ehegatten und minderjährigen Kinder); dies war ein Plus von 28 600 Einbürgerungen oder 39% gegenüber 2000, als das Reformgesetz in Kraft trat.

27 400 Ausländer (15,4%) wurden auf Grund der Übergangsregelung in § 102 a AuslG nach den vor dem 1. Januar 2000 geltenden Regelungen (§§ 85 und 86 AuslG, wie u. a. Mindestaufenthaltsfrist von 15 Jahren und bestimmte Voraussetzungen für junge Ausländer) eingebürgert; das war ein Rückgang um 35 000 oder 56,1% gegenüber dem Jahr 2000.

Weitere 46 800 Ausländer (26,3%) erhielten nach den Bestimmungen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter 23 400 in Deutschland geborene ausländische Kinder unter 10 Jahren auf Grund des durch das Reformgesetz eingeführten § 40 b StAG.

Nach der früheren Staatsangehörigkeit ergab sich im Jahr 2001 folgendes Bild:

75 600 Personen mit ehemaliger türkischer Staatsangehörigkeit wurden eingebürgert; damit stellten wiederum Türken mit 42,4% den größten Anteil aller Einbürgerungen. Der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden Ausländern betrug 2001 rund 27%. Jeweils 12 000 Eingebürgerte (6,7%) besaßen eine ehemals iranische bzw. jugoslawische Staatsangehörigkeit. Weitere 5 100 eingebürgerte Ausländer (2,9%) kamen aus Afghanistan, 5 000 (2,8%) aus der Russischen Föderation und 4 500 (2,5%) aus dem Libanon.

Weitere Auskünfte erteilt
Hermann Voit, Telefon (06 11) 75 21 16,
E-Mail: hermann.voit@destatis.de.

Zahl der Habilitationen fast unverändert bei leicht rückläufigem Frauenanteil

Insgesamt 2 143 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schlossen im Jahr 2001 in Deutschland ihr Habilitationsverfahren erfolgreich ab. Das sind 15 Personen oder 0,7%

mehr als im Jahr zuvor. Mit der Habilitation haben diese Wissenschaftler den Nachweis der wissenschaftlichen Lehrbefähigung erbracht und können sich um eine Professur an Hochschulen bewerben.

Von den im Jahr 2001 habilitierten Akademikern waren 368 Frauen. Das sind 6% weniger als ein Jahr zuvor. Daraus ergibt sich ein Frauenanteil von gut 17%, gegenüber rund 18% in den Jahren 2000 und 1999.

Die meisten Habilitationsverfahren wurden wie schon in den Jahren zuvor in den Fächergruppen Humanmedizin (35% aller Habilitationen), Mathematik, Naturwissenschaften (25%) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (21%) abgeschlossen. Auf die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entfielen knapp 10%.

Das Durchschnittsalter der neu Habilitierten des Jahres 2001 hat sich mit 40 Jahren kaum verändert. Damit liegen zwischen Studienbeginn und Habilitation in Deutschland fast zwei Jahrzehnte. Frauen sind bei Abschluss ihrer Habilitation durchschnittlich ein halbes Jahr älter als ihre männlichen Kollegen.

Zwei Drittel der im Jahr 2001 Habilitierten hatten zum Zeitpunkt der Habilitation ein Beschäftigungsverhältnis mit einer Hochschule (1 422 Personen oder 66%), darunter 230 Frauen. In der Mehrzahl waren die an einer Hochschule beschäftigten neu Habilitierten hauptberuflich als Dozenten und Assistenten tätig (insgesamt 800 Personen oder 56%).

Die Zahl der im Jahr 2001 Habilitierten ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um drei auf 108 gesunken. Der Anteil der ausländischen Wissenschaftler an den neu Habilitierten ist damit nahezu unverändert geblieben und betrug rund 5%.

Weitere Auskünfte erteilt
Rainer Wilhelm, Telefon (06 11) 75 41 45,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

PC und „Handy“ in jedem zweiten Haushalt

Die Ergebnisse der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (ohne Haushalte von Selbstständigen und Landwirten) belegen, dass immer mehr private Haushalte in Deutschland Güter und Dienstleistungen des Informations- und Kommunikationssektors nutzen:

1998 verfügten 40% der privaten Haushalte über einen Personalcomputer, Anfang 2000 waren es 47% und im Januar 2001 bereits 53%. Im früheren Bundesgebiet besaßen Anfang 2001 55% der privaten Haushalte einen PC, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 48%.

Besonders stark nahm der Zugang der Haushalte zum Internet zu. Nachdem 1998 nur 7% der privaten Haushalte einen Internetanschluss hatten, lag der Anteil Anfang 2001 bereits bei 27% (2000: 16%). Im Westen waren es 29% der Haushalte, im Osten lag der Ausstattungsgrad mit 21% etwas niedriger. Beim Internet-Zugang ist nach wie vor das Modem

weiter verbreitet als der ISDN-Anschluss. Im Januar 2001 waren in 22% der Haushalte in Deutschland Modems für die Datenfernübertragung vorhanden (früheres Bundesgebiet: 23%; neue Länder und Berlin-Ost: 17 %); ISDN-Anschlüsse wiesen dagegen nur 12% der Haushalte (alte Länder: 13%; neue Länder: 6%) auf.

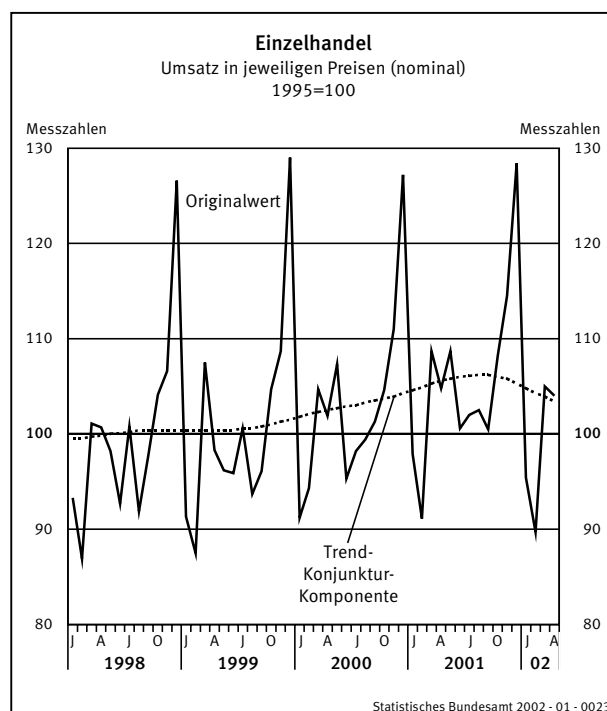
Immer beliebter werden Mobiltelefone. Nachdem stationäre Telefone – also Festnetztelefone – in nahezu allen privaten Haushalten Deutschlands vorhanden sind, gab es in den letzten Jahren bei der Ausstattung mit Mobiltelefonen extrem hohe Wachstumsraten. 1998 verfügte nicht einmal jeder zehnte Haushalt über ein Mobiltelefon oder „Handy“. 2001 war es mehr als die Hälfte der Haushalte in Deutschland (56%), wobei bei westdeutschen und ostdeutschen Haushalten ein gleich hoher Ausstattungsgrad erreicht war.

Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Krebs, Telefon (0 18 88) 6 44 88 80,
E-Mail: thomas.krebs@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im April 2002 nominal 0,8% und real 1,9% weniger als im April 2001 um, wobei der April 2002 zwei Verkaufstage mehr als der April 2001 hatte. In den ersten vier Monaten des Jahres 2002 wurden nominal 1,6% und real 3,0% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum umgesetzt.



Im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren wurde nominal 0,4% mehr, real dagegen 1,4% weniger als im April 2001 abgesetzt; die Lebensmittelgeschäfte mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser sowie Verbrauchermärkte) schnitten dabei besser ab (nominal +0,6%, real –1,1%) als der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln – dazu zählen u. a. die Delikatessgeschäfte (nominal –3,5%, real –5,1%).

Im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln – dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern – wurde sowohl nominal (–1,6%) als auch real (–2,3%) das Ergebnis des Vorjahresmonats nicht erreicht. Zwei Branchen erzielten sowohl nominal als auch real höhere Umsätze als im April 2001, nämlich der Versandhandel (nominal +9,7%, real +8,5%) und der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten sowie die Apotheken (nominal +5,2%, real +5,0%). Nominal und real unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats blieben der Facheinzelhandel mit Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf (nominal –2,9%, real –4,0%), der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen (nominal –3,8%, real –4,9%), der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal –6,7%, real –7,8%) und der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal –7,7%, real –8,7%).

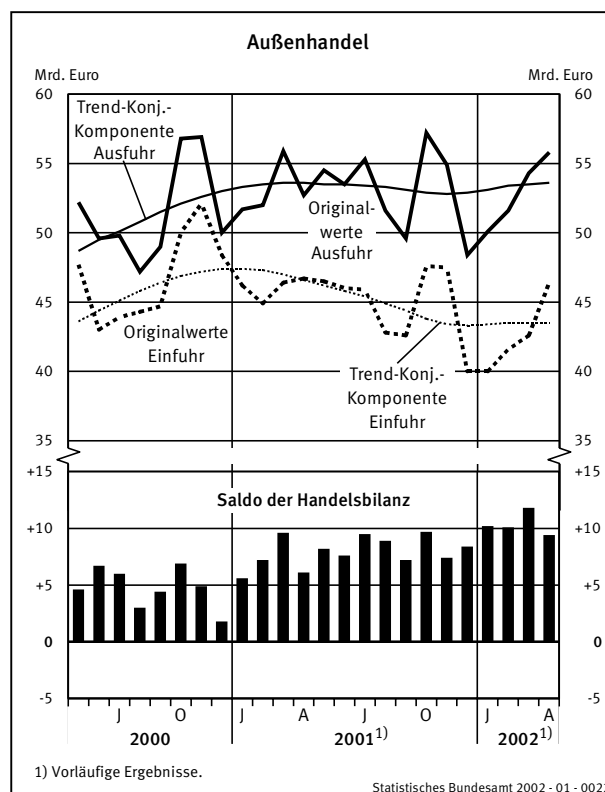
Im April 2002 wurde im Vergleich zum März 2002 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 2,3% und real 2,4% weniger abgesetzt.

Außenhandel

Im April 2002 wurden von Deutschland Waren im Wert von 55,8 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 46,4 Mrd. Euro eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen damit um 5,7% über den Werten des April 2001, während die Einfuhren um 0,5% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode zurückgegangen sind. Der Index der Ausfuhrpreise sank im April 2002 gegenüber April 2001 um 0,3%, der Index der Einfuhrpreise um 2,8%.

Die Außenhandelsbilanz schloss im April 2002 mit einem Plus von 9,3 Mrd. Euro ab. Unter Berücksichtigung der Salden für Ergänzungen zum Warenverkehr (–0,5 Mrd. Euro), Dienstleistungen (–2,8 Mrd. Euro), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+0,2 Mrd. Euro) sowie laufende Übertragungen (–3,0 Mrd. Euro) schloss die Leistungsbilanz im April 2002 – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – mit einem Überschuss von 3,4 Mrd. Euro ab. Im April 2001 hatte sich ein Aktivsaldo in Höhe von 1,1 Mrd. Euro ergeben.

Gegenüber dem Vormonat stiegen die Ausfuhren im April 2002 nominal um 2,7%, die Einfuhren nominal um 9,1%. Im Rahmen der nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführten Zeitreihenzerlegung ergab sich gegenüber dem Vormonat ein kalender- und saisonbereinigter Zuwachs von 2,1% bei der Ausfuhr und von 4,8% bei der Einfuhr. Wie in den vier Vormonaten verzeichnete die Trend-Konjunktur-Komponente der Außenhandelsentwicklung auch



im April 2002 bei den Ausfuhren einen Anstieg, der mit +0,2% jedoch der geringste Anstieg der Trend-Konjunktur-Komponente in diesem Jahr ist. Bezüglich der Einfuhren verstärkte sich der bereits im Vormonat eingesezte Rückgang der Trend-Konjunktur-Komponente im April 2002 mit einem Minus von 0,1% weiter. [lu](#)

Dipl.-Volkswirt Stephan Lünen

Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken

Der Beitrag „Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken“ in Heft 3/2002 dieser Zeitschrift gab einen Überblick über den derzeitigen Aufbau und die wichtigsten Quellen des erwerbsstatistischen Gesamtsystems. Ferner waren dort die Rahmenbedingungen, die bei einer Weiterentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken zu beachten sind, wie die unterschiedlichen Aufgaben und Verwendungszwecke der einzelnen Statistiken, die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen und ihre Einbindung in das europäische statistische Programm, aufgezeigt worden. Hingewiesen worden war auch auf die Forderungen nach einer Entlastung der Befragten von statistischen Meldepflichten und nach einer Reduzierung der Kosten für statistische Erhebungen, die einer Ausweitung der statistischen Erhebungen entgegenstehen.

Im Folgenden werden – ausgehend von den bisherigen Kritikpunkten am bestehenden erwerbsstatistischen System – Vorschläge zur Weiterentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken erörtert. Dabei wird auch auf bereits erzielte oder in die Wege geleitete Verbesserungen bei den einzelnen Erhebungen eingegangen. Unterschieden wird zwischen Vorschlägen zur Schließung von Lücken im Erhebungs- und Auswertungsprogramm und Vorschlägen zur Behebung von Defiziten bei der Verbreitung und beim Zugang zu den vorhandenen erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Informationen.

Eine Verbesserung des Informationsangebotes über den Arbeitsmarkt und die Erwerbstätigkeit in Deutschland wird

als besonders wichtig angesehen. Die amtliche Statistik ist deshalb bestrebt, ihr Datenangebot über die Arbeitsmarktsituation aus eigenen Quellen sowie aus prozessproduzierten Daten der Bundesanstalt für Arbeit im Einklang mit den Empfehlungen des Statistischen Beirats nach internationalen Standards weiterzuentwickeln.

Die nachfolgend dargestellten Vorschläge beruhen auf den Untersuchungen, die das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Datennutzern und der Wissenschaft sowie in Abstimmung mit den Statistischen Ämtern der Länder aufgrund einer entsprechenden Empfehlung des Statistischen Beirats vom August 1999 durchgeführt hat. Die Untersuchungen waren in der zweiten Hälfte des Jahres 2001 abzuschließen. In der Zwischenzeit eingetretene neue Entwicklungen – hierzu zählen auch weitergehende Überlegungen zur künftigen Gestaltung der Erwerbstätigen- und Arbeitsmarktstatistiken im Zusammenhang mit den aktuellen Reformbestrebungen der Bundesregierung für die Bundesanstalt für Arbeit – sind deshalb an dieser Stelle noch nicht berücksichtigt.

Der Statistische Beirat hat auf seiner Tagung am 18. Juni 2002 über die aktuellen Entwicklungen und die vorliegenden Vorschläge zur Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken beraten und entschieden, das Weiterentwicklungskonzept am 31. Juli 2002 der Bundesregierung zusammen mit weiteren 54 Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik zu überreichen.¹⁾

1) Über die Ergebnisse der Beiratstagung wird in Ausgabe 7/2002 dieser Zeitschrift berichtet.

1 Schließung von Lücken im Erhebungs- und Auswertungsprogramm

1.1 Vorschläge zum Mikrozensus

Wie im Beitrag „Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken“ bereits erwähnt, setzen die meisten Reformvorschläge am Mikrozensus an. Die Attraktivität des Mikrozensus ist vor allem in seiner Anlage als Mehrzweckstichprobe begründet. Grundsätzlich eröffnet die Aufnahme eines neuen Merkmals in den Mikrozensus immer die Möglichkeit, gleich den gesamten Merkmalskranz auszuwerten und für detaillierte Analysen zu nutzen. Abgesehen von Belastungsaspekten muss allerdings gründlich geprüft werden, ob neue Fragestellungen systemkonform, das heißt im Einklang mit den im Mikrozensus angewendeten erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Konzepten in die Erhebung integriert werden können, und ob und wie vollständige und plausible Ergebnisse erreichbar sind.

1.1.1 Erfassung neuer Beschäftigungsformen

Ein besonders häufig geäußertes Anliegen ist es, neue Beschäftigungsformen, wie Heimarbeit, Telearbeit, Zeitarbeit (Honorar- oder Projektarbeit), Saisonarbeit und andere Formen befristeter Beschäftigung im Rahmen des Mikrozensus zu erfassen. Auch die Empfehlung des Statistischen Beirats zur Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken knüpft an der Auffassung an, dass der Wandel in der Arbeitswelt, gekennzeichnet durch die Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis des vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers hin zu neuen Beschäftigungsformen und flexiblen Arbeitszeitmodellen, bisher nur unzureichend statistisch abgebildet wird. Eine weitere Forderung an die amtliche Statistik richtet sich auf die Bereitstellung aussagekräftiger Daten über die geringfügige Beschäftigung und die Scheinselbstständigkeit, die weiter unten gesondert betrachtet werden.

Bislang werden im Mikrozensus jährlich Angaben zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung und den Gründen dafür, zur Heimarbeit (EU-Merkmal) und zur Saisonarbeit im Zusammenhang mit der Frage nach einer zweiten Erwerbstätigkeit erhoben. Für die gewünschte Erfassung der Saisonarbeit könnte die Frage zur ersten Erwerbstätigkeit entsprechend ergänzt werden. Bei den übrigen Formen befristeter Beschäftigung, wie Projektarbeit und Aushilfstätigkeiten, besteht die Schwierigkeit, dass eine Erfassung über die Frage nach den Gründen für die Ausübung einer befristeten Tätigkeit nicht überschneidungsfrei zu den im Mikrozensus bereits vorhandenen Antwortkategorien möglich ist. Hier muss im Rahmen der Diskussion über die Fortführung des Mikrozensus ab 2005 noch eine Lösung erarbeitet werden. Für die Saisonarbeit und die darüber hinaus bisher nicht im Mikrozensus erfassten Beschäftigungsformen Telearbeit und Zeitarbeit zeichnet sich möglicherweise schon früher eine (europäische) Lösung ab, da das Statistische Amt der

Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) die Aufnahme dieser Merkmale in die EU-Arbeitskräfteerhebung ab 2003 anstrebt.²⁾

Tätigkeitsmerkmale, die Aufschluss über den Wandel der Arbeitsplätze geben, werden im Mikrozensus derzeit im Abstand von vier Jahren erhoben, so zum Beispiel auch die Nutzung von PCs am Arbeitsplatz im Mikrozensus 2000. Der Erfassung neuer Beschäftigungsformen und des Wandels der Arbeitswelt, vor allem im Zusammenhang mit den Schlagworten „Informationsgesellschaft“ und „New Economy“, sind aber in einer Haushaltsstichprobe wie dem Mikrozensus gewisse Grenzen gesetzt, insbesondere, wenn es sich um komplexe arbeitsplatzspezifische Sachverhalte handelt. Im Rahmen von Betriebs- und Unternehmenserhebungen können derartige Informationen gegebenenfalls mit größerer Genauigkeit erhoben werden, insbesondere dann, wenn sich neuere Entwicklungen in der Arbeitswelt auf bestimmte Branchen konzentrieren. Hier ist etwa an den Bedarf an Daten über den Informations- und Kommunikationssektor (IuK) und den Einfluss der IuK-Technologien auf das Erwerbsleben und die Gestaltung der Arbeitsplätze (siehe Telearbeit) zu denken.

Um die in diesem Bereich bestehenden Datenlücken zu schließen, könnte ein Ausbau der neuen Dienstleistungsstatistik in Erwägung gezogen werden oder die Möglichkeit einer Erhebung für besondere Zwecke gemäß § 7 BStatG geprüft werden, wie sie zum Beispiel zuletzt für den Biotechnologiesektor durchgeführt wurde.

1.1.2 Erfassung neuer Arbeitszeitformen

Mit dem Wandel der Arbeitswelt einher geht auch die zunehmende Ablösung traditioneller (tariflich festgelegter) Arbeitszeiten durch flexible Arbeitszeitformen und -modelle. Derzeit liefert der Mikrozensus jährlich Angaben über die normalerweise und tatsächlich geleistete Arbeitszeit, die Gründe für eventuelle Unterschiede, über Vollzeit- und Teilzeittätigkeit und die Ursachen einschließlich arbeitsmarktbezogener Gründe für Teilzeittätigkeit. Mit einem reduzierten Auswahlstich werden Angaben über Schichtarbeit, Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Nachtarbeit, die durchschnittlich je Nacht gearbeiteten Arbeitsstunden und über die Abendarbeit erhoben. Der Wunsch nach einer Ergänzung des Erhebungsprogramms um die Merkmale „Zahl der Überstunden“ und „Arbeitszeitkonten“ wird kurzfristig über das Ad-hoc-Modul der EU-Arbeitskräfteerhebung 2001 zur „Dauer und Struktur der Arbeitszeiten“ erfüllt.³⁾ Deutschland nimmt an diesem Ad-hoc-Modul, das in den Jahren 2004 und 2007 wiederholt werden soll, in begrenztem Umfang mit den Merkmalen Zahl der geleisteten und der bezahlten Überstunden, variable Arbeitszeiten (u. a. Arbeitszeitkonten), Ausgleich von Zeitguthaben, Schichtarbeit, Schichtarbeitsmodelle und Gründe für Schichtarbeit teil.

Ab dem Jahr 2003 plant Eurostat zudem, die Fragen zu Überstunden, Arbeitszeitformen und Arbeitszeitflexibilisie-

2) Ein entsprechender Verordnungsentwurf dazu befindet sich aktuell allerdings erst in Vorbereitung.

3) Verordnung (EG) Nr. 1578/2000 der Kommission vom 19. Juli 2000 hinsichtlich der Festlegung des Ad-hoc-Moduls für das Jahr 2001 über Dauer und Struktur der Arbeitszeit (Amtsbl. der EG Nr. L 181/39 vom 20. Juli 2000).

rungen jährlich als festen Bestandteil in das Erhebungsprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung aufzunehmen.⁴⁾

Um den EU-Anforderungen nachkommen zu können, ohne den Mikrozensus zu überfrachten, sollte bei der Neukonzeption des Mikrozensus ab 2005 der notwendige Freiraum für die Integration von auch in Deutschland gewünschten Merkmalen der EU-Arbeitskräfteerhebung und zur Umsetzung künftiger Ad-hoc-Module geschaffen werden, soweit sich diese Anforderungen nicht im Wege ex post harmonisierter Schätzungen erfüllen lassen.

1.1.3 Nachweis der geringfügigen Beschäftigung und der Scheinselbstständigkeit

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse⁵⁾ und die so genannte Scheinselbstständigkeit⁶⁾ wurde für den Mikrozensus sowohl eine Ergänzung der bisherigen Fragen zur geringfügigen Beschäftigung um Tätigkeitsformen als auch eine Abfrage der gesetzlich festgelegten Kriterien für Scheinselbstständigkeit vorgeschlagen.

Eine Erweiterung der Mikrozensus-Fragen zur geringfügigen Beschäftigung ist zwar grundsätzlich möglich, erfordert jedoch innerhalb des Leitfragensystems zur Erwerbstätigkeit mindestens eine zusätzliche Frage. Bereits jetzt stehen Informationen zum Beruf und zum Wirtschaftszweig jährlich, zur Stellung im Betrieb wie auch zu den Tätigkeiten, die von dem Befragten schwerpunktmäßig ausgeübt werden, im Rahmen der vierjährlichen Zusatzprogramme – auch für geringfügig Beschäftigte – zur Verfügung. Zu berücksichtigen ist ferner, dass der Mikrozensus als jährliche berichtswochenbezogene Erhebung im April bzw. Mai lediglich einen Teilbereich der geringfügigen Beschäftigung abbilden kann. Im Mai 2000 wurden nur rund 2,4 Mill. ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Mikrozensus nachgewiesen.

Hinzu kommt, dass die Unsicherheiten über den tatsächlichen Umfang der geringfügigen Beschäftigung heute größtenteils beseitigt sind. Mit dem In-Kraft-Treten der gesetzlichen Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung zum 1. April 1999 wurde dieser Personenkreis in das Meldeverfahren zur Sozialversicherung einbezogen. Dabei erhielten geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die nicht durch Zusammenrechnung mit anderen Beschäftigungsverhältnissen sozialversicherungspflichtig wurden, eigene Personengruppenschlüssel. Sie können somit im Rahmen des Meldeverfahrens identifiziert und gesondert statistisch ausgewertet werden.

Unterschieden wird gemäß § 8 SGB IV zwischen geringfügig entlohnnten Beschäftigten mit einer Wochenarbeitszeit von höchstens 15 Stunden und einem Monatsverdienst von maxi-

mal 630 DM („630 DM-Jobs“⁷⁾) und kurzfristigen Beschäftigungen von unter 50 Kalendertagen innerhalb eines Jahres. Im April 2001 legte die Bundesanstalt für Arbeit erstmals vorläufige Ergebnisse zur geringfügigen Beschäftigung aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung vor.⁸⁾ Danach gab es am 30. Juni 2000 in Deutschland rund 4 Mill. geringfügig entlohnnte Beschäftigte. Für die kurzfristig Beschäftigten scheint die ermittelte Zahl von knapp 400 000 Personen am 30. Juni 2000 allerdings überhöht zu sein. Der Grund hierfür ist, dass das Meldeverfahren zur Sozialversicherung für diesen Personenkreis keine Jahresmeldungen vorsieht, nicht abgegebene Abmeldungen führen daher zu einem Kumulationseffekt. Hingegen wird die geringfügige Beschäftigung in privaten Haushalten, die über das Haushaltsscheckverfahren in das Meldeverfahren einbezogen ist, deutlich untererfasst. Trotz dieser Einschränkungen liefert die neue vierteljährliche Statistik einen wertvollen Beitrag zur Schließung einer der größten Lücken in der erwerbsstatistischen Berichterstattung.

Die gesetzliche Regelung der Scheinselbstständigkeit sollte im Prinzip ebenfalls zu einer statistischen Erfassung im Rahmen des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung führen. De facto eignet sich aber der hierfür eingerichtete Personengruppenschlüssel für „Personen, bei denen eine Beschäftigung vermutet wird“ (§ 7 Abs. 4 SGB IV) nicht. Auch die Integration einer Frage zur Scheinselbstständigkeit in den Mikrozensus erscheint wenig aussichtsreich. Aufgrund der Komplexität des Tatbestandes, der spezifischen Abfrageproblematik in Haushaltsbefragungen und der generellen Sensibilität des Themas „Scheinselbstständigkeit“ kommen hierfür allenfalls Spezialerhebungen auf Grundlage des § 7 BStatG in Frage.

1.1.4 Erfassung des Erwerbseinkommens

Im Mikrozensus werden jährlich Angaben zum Lebensunterhalt und zum Einkommen erhoben, die auch die Grundlage für die Darstellung der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung nach dem „Unterhaltskonzept“ bilden. Erfragt werden die Art des überwiegenden Lebensunterhalts (Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente/Pension, Unterhalt durch Angehörige, Sozialhilfe usw.), die Art der öffentlichen Renten oder Pensionen und der sonstigen öffentlichen und privaten Einkommen (Wohngeld, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz usw.) sowie die Höhe des monatlichen persönlichen und des Haushaltsnettoeinkommens nach Einkommensklassen in einer Staffelung von mindestens 300 DM. Die Angaben zur Höhe des Einkommens beziehen sich auf die Summe aller Einkunftsarten bzw. Unterhaltsquellen. Das Erwerbseinkommen selbst wird also nicht explizit erhoben. Die amtliche Statistik verfügt somit über keine Statistik, die umfangreiche Daten zur Erwerbstätigkeit (z. B. nach Berufen) mit korrespondierenden Infor-

4) Inzwischen sind lediglich die Überstunden als fester Bestandteil der EU-Arbeitskräfteerhebung vorgesehen, während Arbeitszeitformen und Arbeitszeitflexibilisierungen in den zukünftigen Ad-hoc-Modulen erfragt werden sollen.

5) Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 388 ff.).

6) Gesetz zur Korrektur in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3843 ff.).

7) Aktuell: 325 Euro.

8) Die relativ große Zeitspanne bis zur Erstveröffentlichung von Ergebnissen ist auch darauf zurückzuführen, dass die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherungspflicht mit der Neuordnung der Beschäftigtenstatistik im Rahmen der „Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung“ (DEÜV) vom 1. Januar 1999 zusammenfiel; dies führte zu einem merklichen Bruch im Meldefluss. Aussagekräftige Daten konnten deshalb erst nach einer gewissen Wartezeit gewonnen werden, nachdem sich der Meldefluss weitgehend stabilisiert hatte.

mationen zum Einkommen (Verdienst) aus diesen Tätigkeiten verbindet. Um diese Informationslücke zu schließen, wird gefordert, das Erwerbseinkommen im Mikrozensus separat zu erheben. Abgestellt werden sollte dabei auf das Bruttoerwerbseinkommen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, das Einkommen nicht wie bisher klassifiziert, sondern in seiner absoluten Höhe zu erfassen.⁹⁾

Fragen zum Einkommen sind bekanntermaßen als sehr sensibel einzustufen. Im Vergleich zu weniger sensiblen Variablen sind Einkommensdaten in stärkerem Maße mit systematischen Fehlern aufgrund fehlender und/oder falscher Auskünfte behaftet. Einkommensfragen können unter Umständen den Ablauf einer Befragung negativ beeinflussen und werden deshalb in Haushalts- und Personenbefragungen vorzugsweise an das Ende des Fragebogens platziert. Die Verwendung grober Einkommensklassen wirkt dabei tendenziell positiv auf die Auskunftsbereitschaft; außerdem können Fragen so vom Haushalt spontan beantwortet werden, ein Nachschlagen in Unterlagen oder Akten ist nicht erforderlich. Zu beachten ist ferner, dass sich die Fragen zum Erwerbsstatus im Mikrozensus auf eine Berichtswoche, die Angaben zum Einkommen hingegen auf einen Bezugsmonat beziehen.

Ungeachtet dieser Erfassungsprobleme ist der Bedarf an fachlich und regional tief gegliederten Daten zur Erwerbstätigkeit in Kombination mit metrisch skalierten Daten zum Erwerbseinkommen unbestritten. Derartige Informationen sind sowohl für die Politikberatung, beispielsweise im Hinblick auf die Analyse des Arbeitsmarktes für Geringqualifizierte und die Bewertung verschiedener beschäftigungs- und lohnpolitischer Ansätze zur Erleichterung des Einstiegs dieser Personengruppe in den Arbeitsmarkt, als auch für die Wissenschaft, hier vor allem im Zusammenhang mit der Schätzung von Arbeitsangebotsfunktionen, dringend erforderlich.

Die EU-Arbeitskräfteerhebung sieht bereits seit 1998 die Erfassung des monatlichen (Netto-)Arbeitseinkommens aus der Haupterwerbstätigkeit vor. Darüber hinaus wird die Höhe zusätzlicher Einkünfte aus der Haupttätigkeit, die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und zusätzlicher Zahlungen in Verbindung mit Erwerbslosigkeit sowie die Höhe des Krankengeldes und von Zahlungen bei Arbeitsunfähigkeit und Invalidität erfragt. In Deutschland sind diese Merkmalskomplexe der EU-Arbeitskräfteerhebung in der derzeitigen Jahrerhebung des Mikrozensus nicht umgesetzt. Spätestens mit dem Übergang auf die Unterjährigkeit sollte die Frage nach dem Erwerbseinkommen aber in den Mikrozensus bzw. die EU-Arbeitskräfteerhebung integriert werden.

Ein weiterer Vorschlag zur Verbesserung des Informationsangebots der amtlichen Statistik zu Erwerbstätigkeit und Einkommen sieht vor, die in den laufenden Verdiensterhebungen nachgewiesenen Bruttojahresverdienste der Arbeitnehmer um eine berufliche Gliederung zu erweitern. Dazu

sollen die nach Berufen auswertbaren Entgeltangaben aus dem Jahreszeitraummaterial der Beschäftigtenstatistik mit den Daten der herkömmlichen Lohnstatistik verknüpft werden. Der Vorschlag muss noch im Detail geprüft werden; Schwierigkeiten werden darin gesehen, dass im Jahreszeitraummaterial der Beschäftigtenstatistik vorrangig nur die beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte nachgewiesen werden und die Ergebnisse erst mit einem Time-Lag von bis zu drei Jahren zur Verfügung stehen.

1.1.5 Bereitstellung von Indikatoren zur Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik

Auch hinsichtlich der Bereitstellung von Indikatoren zur Messung der Effizienz der Arbeitsmarktpolitik könnte der Mikrozensus nach Auffassung vieler Nutzer einen wichtigen Beitrag leisten. Vorgeschlagen wurde u. a., die Fragestellungen des Mikrozensus zur Arbeitsuche abzuändern oder zu ergänzen, was teilweise schon umgesetzt worden ist, wie etwa die getrennte Abfrage des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Die Mehrzahl der Vorschläge kollidiert allerdings mit den originären Funktionen des Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung, nämlich die Erwerbsbeteiligung im Einklang mit den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nach dem „Labour-Force-Konzept“ zu erheben. So wurden für die EU-Arbeitskräfteerhebung zum Beispiel detaillierte Grundsätze für die Formulierung der Fragen zum Erwerbsstatus festgelegt.¹⁰⁾ Änderungen und Ergänzungen der bestehenden Fragen des Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zur Arbeitsuche oder der weiteren „Leitfragen“ zur Erwerbsbeteiligung können nur im Einklang mit diesen Grundsätzen vorgenommen werden.

Zur Evaluierung der Arbeitsmarktpolitiken wurde darüber hinaus vorgeschlagen, die Zusammenhänge zwischen aktueller Erwerbsbeteiligung und zuvor abgeschlossenen Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (berufliche Weiterbildung, Umschulung, ABM) durch eine Erweiterung der jährlichen Retrospektivfragen des Mikrozensus bzw. der EU-Arbeitskräfteerhebung zu untersuchen. Zur Analyse von so genannten „ABM-Karrieren“ und anderer Verläufe eignet sich der Mikrozensus indes nur bedingt, weil der Beobachtungszeitraum mit längstens vier Jahren relativ kurz ist und – als Effekt der Flächenstichprobe – räumlich mobile Haushalte aus der Beobachtung herausfallen.

Da diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente jedoch direkt bei den registrierten Arbeitslosen ansetzen, stellt sich die Frage, ob nicht die Registerdaten der Arbeitsverwaltung hier die bessere Alternative zum Mikrozensus sind. Bei der Bundesanstalt für Arbeit kann monatlich auf ein sehr differenziertes Statistik-Angebot über Zugänge, Abgänge und Bestände von Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Maßnahmenteilen und Teilnehmergruppen zurückgegriffen werden. Darüber hinaus erstellt die Bun-

⁹⁾ Siehe das Gutachten „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI-Gutachten, 2001).

¹⁰⁾ Verordnung (EG) Nr. 1897/2000 der Kommission vom 7. September 2000 zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft bezüglich der Arbeitsdefinition der Arbeitslosigkeit (Amtsbl. der EG Nr. L 228 vom 8. September 2000, S. 18).

desanstalt für Arbeit seit 1998 im gesetzlichen Auftrag jährlich Eingliederungsbilanzen mit dem Ziel, die Effizienz und Effektivität der Fördermaßnahmen zu messen und regional zu vergleichen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den wachsenden Bedarf an erwerbsstatistischen Informationen auf europäischer Ebene hinzuweisen. Im Mittelpunkt des so genannten „Luxemburg-Prozesses“¹¹⁾ steht die Einigung auf konkrete beschäftigungspolitische Ziele („Leitlinien“), deren Einhaltung bzw. Umsetzung in den Mitgliedstaaten jährlich überwacht wird. So sollen die Mitgliedstaaten zum Beispiel Jugendlichen bzw. Erwachsenen einen Neuanfang in Form einer Arbeitsvermittlung, Ausbildung, Umschulung oder einer anderen beschäftigungsfördernden Maßnahme ermöglichen, ehe sie sechs bzw. zwölf Monate arbeitslos sind, sowie den Anteil der Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen, für die aktive beschäftigungsfördernde Maßnahmen zur Anwendung gelangen, spürbar erhöhen.¹²⁾

Die Umsetzung der Leitlinien wird anhand von Indikatoren gemessen, die einerseits die in den Mitgliedstaaten unternommenen Anstrengungen (Inputindikatoren) und andererseits die dabei erzielten Erfolge (Outputindikatoren) zeigen. Nachdem zunächst nicht für alle Input- und Outputindikatoren die erforderlichen Informationen (vor allem Längsschnittdaten) aus dem Arbeitslosen-Register der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt werden konnten, wurden die entsprechenden Auszählungen zwischenzeitlich durch Stichprobenerhebungen ergänzt.

Künftig ist vorgesehen, die Stichprobenerhebungen durch die Einführung einer neuen „Beratungsstatistik“ der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung zu ersetzen. Darüber hinaus wird bei Eurostat unter Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an einer Datenbank über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der EU („Labour Market Policy Data Base“) gearbeitet, die mittelfristig die für das Monitoring der „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ erforderlichen Informationen liefern könnte.

1.1.6 Bereitstellung von Längsschnittdaten zur Erwerbstätigkeit

Neben Bestandsdaten werden für die Analyse bestimmter Fragestellungen, zum Beispiel von „Aufstiegs- und Abstiegs-mobilitäten“ im Zusammenhang mit dem Erwerbseinkommen, häufig auch Längsschnittdaten gefordert.

Im Mikrozensus werden die Haushalte in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, ehe sie aus der Stichprobe ausscheiden und durch Haushalte eines neuen „Rotationsviertels“ ersetzt werden. Die rechtlichen Möglichkeiten, die Angaben der mehrmals befragten Haushalte mittels identischer Ordnungsnummern zusammenzuführen und nach Abschluss der letzten Erhebung in anonymisierter Form im Längsschnitt aufzubereiten, wurden mit dem Mikrozensus-

gesetz von 1996 geschaffen. Die praktische Umsetzung erweist sich jedoch als äußerst schwierig. So kann der Mikrozensus Statuswechsel auf Individualebene grundsätzlich nur über den Vergleich zweier Erhebungszeitpunkte abbilden, über eventuelle mehrfache Statuswechsel im Zeitraum zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten können die Längsschnittergebnisse des Mikrozensus keine Auskunft geben. Zum anderen bedingt die Anlage des Mikrozensus als Flächenstichprobe, dass mobile Bevölkerungsschichten nicht über die vier Befragungswellen in der Stichprobe verweilen. Die Folge sind selektive Antwortausfälle, die die Validität der Ergebnisse negativ beeinflussen.

Im Rahmen eines Projektes werden derzeit das Problem selektiver Befragungsausfälle, die Konsequenzen für die Hochrechnung und die Möglichkeiten zur Lösung von Zusammenführungsproblemen infolge inkonsistenter Ordnungsnummern untersucht. Ziel ist die Bereitstellung eines faktisch anonymisierten Paneldatensatzes aus den Mikrozensus der Jahre 1996 bis 1999.

Gegenwärtig stehen Längsschnittdaten fast ausschließlich aus nicht amtlichen Statistiken zur Verfügung, wie zum Beispiel aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Das Sozio-oekonomische Panel wird im früheren Bundesgebiet seit 1984 und in den neuen Bundesländern seit 1990 jährlich durchgeführt. Die Stichprobe umfasst etwa 12 000 Haushalte. Erhoben werden detaillierte Informationen zur Erwerbstätigkeit und zum Einkommen.

Die auf Unternehmens- bzw. Betriebsebene bekannteste Längsschnitterhebung ist das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das seit 1993 im früheren Bundesgebiet und seit 1996 in den neuen Bundesländern bei insgesamt 4 000 Betrieben mit wenigstens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durchgeführt wird.¹³⁾ Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung ist die Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik. Im Betriebspanel werden u. a. Angaben zum Niveau und zur Struktur der Beschäftigung, zu Beschäftigungserwartungen, Änderungen der Arbeitsorganisation, Arbeitszeitmustern und Arbeitszeitflexibilisierungen sowie zu Aus- und Weiterbildung und zur Arbeitskräftenachfrage erhoben.

Eine weitere Längsschnittuntersuchung zur Erwerbstätigkeit ist die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hierbei handelt es sich um eine 1%-Stichprobe der so genannten „Historikdatei“ der Beschäftigtenstatistik, in der alle seit Bestehen des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung abgegebenen Meldungen kontenbezogen abgelegt sind. Die Historikdatei umfasst in bereinigter und vervollständigter Form alle Beschäftigungsfälle, die seit 1975 mindestens einmal sozialversicherungspflichtig waren; das sind mehrere 100 Mill. Datensätze. Die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wurde um Leistungsempfängerzeiten (z. B.

11) Der „Luxemburg-Prozess“ bezeichnet die im November 1997 in Luxemburg auf der Sondertagung der Staats- und Regierungschefs über Wachstum und Beschäftigung eingeleitete Entwicklung, die die Basis für den Europäischen Beschäftigungspakt bildet.

12) Siehe Beschluss des Rates vom 19. Januar 2001 über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2001 (Amtsbl. der EG Nr. L 22 vom 24. Januar 2001, S. 18) bzw. die zwischenzeitlich ebenfalls bereits verabschiedeten beschäftigungspolitischen Leitlinien für das Jahr 2002 (Amtsbl. der EG Nr. L 60 vom 1. März 2002, S. 60).

13) Durch Aufstockungs- und Ergänzungsstichproben wurde die Stichprobe zwischenzeitlich auf rund 14 000 Betriebe erhöht.

Bezug von Arbeitslosengeld) und um Betriebsinformationen ergänzt. Auf diese Weise können Erwerbsdemographien von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Zeiten des Leistungsbezugs lückenlos abgebildet werden.

1.2 Vorschläge, die andere Erhebungen oder die ihnen zugrunde liegenden Klassifikationen betreffen

1.2.1 Darstellung des Existenzgründungsgeschehens

Defizite der amtlichen Statistik werden auch in Bezug auf die Darstellung des Existenzgründungsgeschehens und der Konzentrationsprozesse bei Unternehmen gesehen. Zur besseren Erfassung des Existenzgründungsgeschehens wurde u. a. vorgeschlagen, die Gewerbeanzeigenstatistik um die Zahl der Beschäftigten bei Betriebsgründung (bzw. Stilllegung) zu erweitern.

Die Gewerbeanzeigen dienen primär der Gewerbeüberwachung. Eine Frage nach der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist in den Gewerbeanmeldungen zwar enthalten, in etwa 60% der Fälle werden zur Beschäftigung aber keine Angaben gemacht. Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes hat deshalb dem Bund-Länder-Ausschuss „Gewerberecht“ bereits Vorschläge zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Gewerbeanzeigenstatistik und der Darstellung des Existenzgründungsgeschehens unterbreitet. Ungeachtet der eingeleiteten Maßnahmen (z. B. Aufgliederungen der Anlässe für die Gewerbeanmeldung, bessere Frageformulierung) stellt sich allerdings das generelle Problem, dass es sich bei Gewerbeanmeldungen häufig um Absichtserklärungen handelt. Auch können auf Grundlage der Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik keine „Überlebensraten“ für Unternehmen ermittelt werden, da bei Abmeldung eines Betriebes nicht mit angegeben wird, wann dieser gegründet worden ist.

Zu einer grundlegenden Verbesserung der Datenlage könnte die Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer beitragen. Über die Unternehmensnummer ließen sich die Gewerbe- und -abmeldungen einfacher mit den Daten des Unternehmensregisters vernetzen und damit die Möglichkeiten verbessern, Aussagen über Unternehmensdemographien abzuleiten.

1.2.2 Nachweis absoluter Beschäftigtenzahlen im Handwerk

Ein weiterer Wunsch richtet sich auf den Nachweis absoluter Beschäftigtenzahlen aus der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Ein Vergleich der Stichprobenergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung mit den Beschäftigten- und Umsatzzahlen der Handwerkszählung 1995 hat hier gezeigt, dass die Ergebnisse der Handwerksberichterstattung systematische Verzerrungen aufweisen. Demgegenüber

sind die vierteljährlichen Indexzahlen nur in vergleichsweise geringem Maße von systematischen Fehlern betroffen. Sie sind daher durchaus als verlässlich einzustufen und können für Zwecke der Konjunkturbeobachtung verwendet werden. Dies führte zu der Entscheidung, aus der Handwerksberichterstattung nur noch Veränderungsraten zum Vor- und Vorjahresquartal sowie nicht an die Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 gekoppelte Indexzahlen zu veröffentlichen.

Daran gedacht ist, die im Abstand von acht bis zehn Jahren angeordneten Handwerkszählungen – sobald das Unternehmensregister vollständig ist – durch Registerauswertungen zu ersetzen, bei denen die Handwerksunternehmen über die Handwerkseigenschaft aus den Meldungen der Handwerkskammern identifiziert werden. Denkbar wäre es, diese Auswertungen auch in kürzeren Zeitabständen (etwa alle zwei Jahre) durchzuführen, sodass dann für das Handwerk tief gegliederte Strukturdaten – auch in Form absoluter Werte – bereitgestellt werden könnten.

Ähnliche Überlegungen werden auch für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung angestellt. Neben einem voll funktionsfähigen Unternehmensregister setzt dies aber voraus, dass die aus den Verwaltungsregistern der Finanzverwaltung und aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung bei der Bundesanstalt für Arbeit vorliegenden Einzeldaten unterjährig für diese Zwecke genutzt werden dürfen. Ob die unterjährigen Registerauswertungen einen Nachweis absoluter Werte ermöglichen werden, ist allerdings fraglich.

1.2.3 Erfassung der Qualifikation der Erwerbstätigen; Aktualisierung von Klassifikationen

In der Informationsgesellschaft gewinnt die Qualifikation der Erwerbstätigen zunehmend an Bedeutung. „Wissensbasierte Gesellschaft“ und „Lebenslanges bzw. lebensbegleitendes Lernen“ sind in diesem Zusammenhang häufig genannte Schlagworte. International vergleichbare statistische Informationen zu diesem Themenkomplex werden deshalb als besonders wichtig eingestuft. Die Aussagekraft der zur beruflichen Weiterbildung aus der EU-Arbeitskräfteerhebung bzw. dem Mikrozensus vorliegenden Daten ist aufgrund der Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme jedoch eingeschränkt. Gefordert wird daher eine erneute Überarbeitung der zuletzt 1997 revidierten ISCED¹⁴)-Klassifikation.

Die Vergleichbarkeitsprobleme lassen sich jedoch nicht vorrangig auf dem Wege einer ISCED-Revision lösen, zumal die Beratungen zur Revision der ISCED 97 gezeigt haben, wie schwierig es ist, hier zu grundsätzlichen Änderungen zu kommen. Es kommt hinzu, dass die vorhandenen Bildungsstatistiken über Weiterbildung methodische Probleme aufweisen, die Vergleiche erschweren. Um die Bildungsmerkmale der EU-Arbeitskräfteerhebung ohne Doppelbelastungen für die Befragten in die Erhebung zu integrieren, waren beim Mikrozensus überdies in der Vergangenheit mehrfach (zuletzt 1996 und 1999) Anpassungen und Umstellungen

14) International Standard Classification of Education.

im Fragenkomplex zur Aus- und Weiterbildung erforderlich, die insbesondere den Zeitvergleich der Ergebnisse beeinträchtigen.

Im Jahr 2003 wird die EU-Arbeitskräfteerhebung durch ein Ad-hoc-Modul zum Thema „Lebenslanges Lernen“ ergänzt. Deutschland wird auch an diesem Ad-hoc-Modul in begrenztem Umfang teilnehmen.

Über die ISCED hinaus sollten auch die anderen im Bereich der Erwerbstätigenstatistiken eingesetzten Nomenklaturen – im Wesentlichen die Klassifikationen der Berufe und Wirtschaftszweige – in regelmäßigen Abständen überprüft und an neue ökonomische und technologische Entwicklungen angepasst werden.

1.2.4 Verbesserung des Datenangebots über offene Stellen

In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion nimmt die Frage, warum es in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit und gleichzeitig eine große Zahl unbesetzter Arbeitsplätze gibt, breiten Raum ein. Es wird kritisiert, dass die amtliche Statistik keine verlässlichen Daten über den Umfang und die Ursachen für dieses als „Arbeitsmarkt-Mismatch“ bezeichnete Phänomen bereitstellt.

Um die Datenlücken zu schließen, hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bereits 1989 mit dem Aufbau eines Berichtssystems über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot begonnen. Im Mittelpunkt stehen dabei jährliche Stichprobenerhebungen bei derzeit rund 14 000 Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie liefern insbesondere Informationen über die Zahl, Struktur und Entwicklung der offenen Stellen, die den Arbeitsämtern nicht gemeldet wurden. Darüber hinaus werden Zusatzinformationen über die eingeschlagenen Suchwege, den Verlauf der Such- und Einstellungsprozesse sowie über Probleme und betriebliche Restriktionen der Stellenbesetzung erhoben.

Auch auf europäischer Ebene gibt es Initiativen, das Datenangebot über offene Stellen zu verbessern. Derzeit wird bei Eurostat die Einführung einer vierteljährlichen Gemeinschaftsstatistik über freie Stellen („Job Vacancy Survey“) als Primärerhebung bei nichtlandwirtschaftlichen Betrieben diskutiert. Ziel ist ein vierteljährlicher Nachweis der offenen Stellen spätestens ab 2004. Über die konkrete Ausgestaltung der Erhebung auf europäischer Ebene ist zwar noch kein Konsens erzielt, sicher scheint jedoch zu sein, dass die Anforderungen des Verordnungsentwurfs in Deutschland mit dem bisher eingesetzten Instrumentarium nicht erfüllt werden können.

1.2.5 Bereitstellung langer Reihen

Im Sommer 1999 wurden erstmals nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), u. a. Erwerbs-

tätige und geleistete Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen), für die Jahre ab 1991 veröffentlicht. Die Bereitstellung von Rückrechnungsergebnissen der VGR für den Zeitraum 1970 bis 1990 sah das ESVG-Lieferprogramm gemäß einer Ausnahmeregelung für Deutschland zunächst im Jahr 2005 vor.

Im Herbst 1999 trat die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) mit dem Wunsch an das Statistische Bundesamt heran, lange Reihen der VGR auf Basis des ESVG 1995 schneller als auf europäischer Ebene gefordert bereitzustellen. Auch der Aktionsplan der Europäischen Zentralbank zum Statistikbedarf der Wirtschafts- und Währungsunion fordert eine rasche Bereitstellung von Arbeitsmarkindikatoren 1970 bis 1990 gemäß der ESVG-Verordnung¹⁵⁾ für das frühere Bundesgebiet. Die bisherige Ausnahmeregelung für Deutschland zur Berechnung langer Reihen bis 2005 wurde zwischenzeitlich aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund wurden zusätzliche Anstrengungen unternommen, bereits jetzt vergleichbare Zeitreihen für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West für die Jahre 1970 bis 1990 bereitzustellen. Vierteljährliche Angaben über Erwerbstätige 1970 bis 1990 werden nach sechs Wirtschaftsbereichen, jährliche Angaben voraussichtlich nach 30 Wirtschaftsbereichen untergliedert. Die Gebietsstandsänderung wird durch einen einmaligen Doppelnachweis von Jahresangaben 1991 für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West und die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990 dokumentiert. Die Ergebnisse werden Mitte 2002 veröffentlicht.

Für das Arbeitsvolumen plant das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung derzeit eine Rückrechnung nach sechs Wirtschaftsbereichen für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West, vierteljährlich bis 1980 und jährlich bis 1970 zurück. Die Ergebnisse werden voraussichtlich 2003 vorliegen.

2 Vorschläge zur Verbreitung der Ergebnisse und zur Verbesserung des Datenzugangs

2.1 Verbreitung aggregierter Daten

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik – so auch zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt – werden dem Bedarf breiter Nutzerkreise entsprechend überwiegend in aggregierter Form (Tabellenauswertungen) dargeboten. Hierzu gibt es nur vereinzelt Verbesserungsvorschläge, vorrangig zur Verbreitung der Mikrozensusergebnisse und zum Datenangebot der Bundesanstalt für Arbeit.

Beim Mikrozensus sollte verstärkt auf die kundenspezifische Auswertungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden, die über das Standardtabellenprogramm, wie es zum

15) Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 310 vom 30. November 1996, S. 1).

Beispiel den Fachserien zugrunde liegt, hinausgehen. Auch das Internet-Angebot von Daten aus dem Mikrozensus sollte deutlich verbessert werden. Zurzeit kann auf rund 35 Zeitreihen aus dem Mikrozensus (STATIS-BUND-Datenbank) zugegriffen werden.

Der weitere Ausbau des Internet-Angebotes des Statistischen Bundesamtes wird in die Initiative „BundOnline 2005“ eingebunden, mit der sich die Bundesregierung verpflichtet, alle internetfähigen Dienstleistungen bis zum Jahr 2005 online bereitzustellen. Nach den dazu im Statistischen Bundesamt geplanten Maßnahmen sollen u. a. Kunden im verstärkten Umfang die Möglichkeit erhalten, über die Online-Nutzung von Datenbanken Informationen nach eigenem Bedarf abzurufen und medienbruchfrei weiterzuverarbeiten.

Hinsichtlich der Veröffentlichung der Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit werden Verbesserungsmöglichkeiten darin gesehen, die bisher jährlichen Strukturanalysen zum Arbeitsmarkt, die das monatliche Datenangebot der Bundesanstalt für Arbeit ergänzen, künftig mehrmals im Jahr durchzuführen, um der „Kurzfristigkeit des Phänomens Arbeitslosigkeit“ Rechnung zu tragen. Außerdem wurde vorgeschlagen, tief gegliederte Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik mit in die Strukturanalysen aufzunehmen. Gewünscht wurde ferner, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Vierteljahresergebnisse der Beschäftigtenstatistik um Kreuztabellierungen der Beschäftigtenstatistik nach Qualifikation und Beruf der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu erweitern.

Über das regelmäßige Veröffentlichungsangebot hinaus bietet die Bundesanstalt für Arbeit gegen Kostenerstattung auch Sonderauswertungen aus der Arbeitsmarkt- und der Beschäftigtenstatistik an. Sonderauswertungen der Beschäftigtenstatistik können auch beim Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder bezogen werden.

Durch die Umstellung der Beschäftigtenstatistik auf das IT-gestützte Aufbereitungsverfahren „Datamart BST“ wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, die Erstellung der bisher häufig mit einem hohen personellen und zeitlichen Aufwand verbundenen Sonderauswertungen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Integration weiterer Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit in das so genannte „Data Warehouse“ ist vorgesehen. Auf dieser Basis wären für die Zukunft beispielsweise auch unterjährige Strukturanalysen im Rahmen der Arbeitsmarktstatistik denkbar.

Ihr Internetangebot hat die Bundesanstalt für Arbeit in jüngster Zeit erheblich ausgeweitet. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere die tief gegliederten Regionaltabellen zur Arbeitslosigkeit nach Arbeitsämtern und Gemeinden. Ein laufender weiterer Ausbau ist geplant.

2.2 Zugang zur erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Einzeldaten (Mikrodaten)

Für viele Fragestellungen der grundlagenorientierten und der angewandten Forschung bilden Analysen mit Mikrodaten eine wichtige Grundlage. Vor diesem Hintergrund hat der Gesetzgeber der Wissenschaft bei der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 die Möglichkeit eingeräumt, neben der Nutzung „absolut“ anonymisierter Einzelangaben auch Daten in „faktisch“ anonymisierter Form beziehen zu können („Wissenschaftsprivileg“ nach § 16 Abs. 6 BStatG).¹⁶⁾ Da aber bisher für Betriebs- und Unternehmensdaten entsprechende Anonymisierungsregeln fehlen und die prozessproduzierten Daten aus dem Verwaltungsvollzug besonderen Regelungen und Beschränkungen des Sozialdatenschutzes unterliegen, ist die wissenschaftliche Nutzung faktisch anonymisierter Mikrodaten aus dem Bereich der amtlichen Statistik bisher fast ausschließlich auf Personen- und Haushaltserhebungen – das heißt innerhalb des erwerbsstatistischen Systems auf den Mikrozensus und die EU-Arbeitskräfteerhebung – beschränkt.

Gegenwärtig stehen der Wissenschaft für Forschungszwecke Datenbestände der Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995, 1996 und 1997 in faktisch anonymisierter Form zu sehr geringen Kosten zur Verfügung. Die Arbeiten an der Erstellung des „Scientific-Use-Files“ aus dem Mikrozensus 1998 stehen kurz vor dem Abschluss. Seit 1996 ist auch ein Fragenkomplex der EU-Arbeitskräfteerhebung in den Mikrodatensatz integriert.

Auf die laufenden Untersuchungen zur Durchführung von Längsschnittanalysen auf Grundlage der jährlichen Mikrozensusergebnisse wurde oben bereits hingewiesen (siehe Abschnitt 1.1.6). Ob die Bereitstellung eines faktisch anonymisierten Paneldatensatzes aus den Mikrozensus der Jahre 1996 bis 1999 realisiert werden kann, hängt davon ab, inwieweit es gelingt, die spezifischen Zusammenführungs- und Hochrechnungsprobleme einer Flächenstichprobe zu lösen. Mit der Erstellung eines faktisch anonymisierten Regionaldatenfiles aus dem Mikrozensus befasst sich ein zweites Projekt, das vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim durchgeführt wird.

Bedarf an faktisch anonymisierten Einzeldaten aus dem Bereich der Arbeitsverwaltung besteht insbesondere im Hinblick auf die wissenschaftliche Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Hierfür wäre die Bereitstellung von Mikrodatenfiles aus der Förderstatistik und der Leistungsempfängerstatistik der Bundesanstalt für Arbeit erforderlich. Außerdem besteht großes Interesse an faktisch anonymisierten Stichproben der Beschäftigtenstatistik bzw. der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit.

Der Zugang zu den Einzeldaten der Bundesanstalt für Arbeit orientiert sich an den Bestimmungen des Sozialdaten-

¹⁶⁾ Faktische Anonymität liegt nach § 16 Abs. 6 BStatG dann vor, wenn die Einzelangaben einem Betroffenen nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können.

schutzes. Die Daten der Arbeitsmarktstatistiken und der Beschäftigtenstatistik stehen unmittelbar nur der Bundesanstalt für Arbeit und für bestimmte Auswertungen der Beschäftigtenstatistik auch den statistischen Ämtern zur Verfügung. Ausnahmen regelt § 75 SGB X („Übermittlung von Sozialdaten für Forschung und Planung“), sie müssen zudem im Einzelfall vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung genehmigt werden.

Derzeit stehen der Wissenschaft für Forschungszwecke aus dem Bereich der Arbeitsverwaltung vor allem Mikrodatensätze von Erhebungen und Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Verfügung. Im Vordergrund stehen dabei das Betriebspanel und die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Die Beschäftigtenstichprobe, in der Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus der Historikdatei der Beschäftigtenstatistik mit Daten der Leistungsempfängerstatistik, ergänzt um Betriebsinformationen, zu einem Paneldatensatz verknüpft wurden, steht der Wissenschaft in faktisch anonymisierter Form in zwei Versionen zur Verfügung; zum einen als Basisfile mit wirtschaftsfachlichem Schwerpunkt für die Jahre 1975 bis 1995, zum anderen als Regionalfile für die Jahre 1975 bis 1990 bzw. 1997. Beide Versionen sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) in Köln zu den dort üblichen Kostensätzen zu beziehen.

Verschiedene Projekte der Bundesanstalt für Arbeit bzw. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zielen darauf ab, einen verbesserten Zugang zu den Mikrodaten der Arbeitsverwaltung zu ermöglichen. So wurden u. a. Anonymisierungsmethoden für die Beschäftigtenstatistik entwickelt und ein „Scientific-Use-File“ als Testdatensatz generiert. Im Ergebnis sollen faktisch anonymisierte Einzeldaten aus der Beschäftigtenstatistik für fortlaufende Quartalsstichtage, also quartalsbezogene Paneldaten, für die Forschung verfügbar sein.

Im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden zum einen die Möglichkeiten zur Verknüpfung der Personenangaben aus der Beschäftigtenstatistik mit Betriebsangaben aus dem Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung untersucht, zum anderen am Aufbau einer „Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei“ gearbeitet, die für Evaluationszwecke mit der Beschäftigtenstatistik verknüpft werden soll. Ob die Mikrodaten der „Maßnahme-Teilnehmer-Grunddatei“ in anonymisierter Form auch Dritten für Analysen bereitgestellt werden kann, ist allerdings noch offen.

3 Zusammenfassung und Ausblick

Für die Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken stellt der Übergang auf eine unterjährige Erhebung

des *Mikrozensus* ab 2005 einen entscheidenden Fortschritt dar. Mit der Unterjährigkeit werden anstelle der bisher auf eine Berichtswoche bezogenen Daten vom Saisonzyklus unabhängige Jahresdurchschnittswerte treten. Darüber hinaus wird das Datenangebot um Quartalsdaten für die Mehrzahl aller erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Merkmale erweitert. Außerdem werden – entsprechend den für die EU-Arbeitskräfteerhebung festgelegten Übermittlungsfristen – die Ergebnisse schneller bereitgestellt werden.¹⁷⁾

Der Übergang auf eine unterjährige Erhebungsform öffnet darüber hinaus Spielräume für eine inhaltliche Neukonzeption des Mikrozensus. Beispielsweise könnte durch einen Verzicht auf die ganzjährige Erhebung aller Merkmale der Mikrozensus entlastet und Platz für neue Merkmale geschaffen werden. Zu denken wäre hier etwa an die Merkmale (Brutto-)Erwerbseinkommen, Wunsch nach Mehrarbeit („Arbeitszeitbedingte Unterbeschäftigung“), Zahl der Überstunden, Arbeitszeitregelung (vertragliche Jahresarbeitszeit, Arbeitszeitkonto, Arbeit auf Abruf, sonstige Formen flexibler Arbeitszeitverträge), Telearbeit, Zeitarbeit.

Die obligatorische Erfassung der Erwerbseinkünfte zählt – wie oben ausgeführt – zu den dringendsten Anforderungen an den Mikrozensus.

Die konkrete Ausgestaltung der Fragen zur Erfassung der monatlichen Brutto- und/oder Nettoerwerbseinkünfte – wie etwa die exakte oder klassifizierte Abfrage der Einkünfte und die Möglichkeiten einer ergänzenden Erfassung von Lohnersatzzahlungen und/oder Zusatzeinkünften – sollte abgestimmt mit den bisher fakultativen Einkommensfragen der EU-Arbeitskräfteerhebung erfolgen.

Das Merkmal „Wunsch nach Mehrarbeit“ dient der Erfassung der „arbeitszeitbedingten Unterbeschäftigung“ („time-related underemployment“) im Sinne des ILO-Konzeptes zur Erwerbsbeteiligung. Die unfreiwillige Unterbeschäftigung ist zudem ein wichtiger Indikator für die Qualität der Arbeitsplätze.

Durch die vier weiteren Merkmale – Überstunden, Arbeitszeitregelung, Telearbeit, Zeitarbeit – würde der Forderung nach der Bereitstellung von Daten zum Wandel der Arbeitswelt, der üblicherweise mit neuen Beschäftigungsformen und flexiblen Arbeitszeitmodellen in Verbindung gebracht wird, entsprochen. Über die aufgelisteten Merkmale hinaus sollte gegebenenfalls noch geprüft werden, ob auch Saisonarbeit und vom Arbeitsamt geförderte Beschäftigungen als Sonderformen befristeter Tätigkeiten in den Mikrozensus aufgenommen werden können. Eurostat beabsichtigt, einen Teil der genannten Merkmale noch vor 2005 fest in die EU-Arbeitskräfteerhebung einzufügen (die Variablen „Überstunden“ und „Arbeitszeitregelungen“ werden bereits vorab im Rahmen des Ad-hoc-Moduls der EU-Arbeitskräfteerhebung 2001 zur „Dauer und Struktur der Arbeitszeiten“ erhoben; siehe Abschnitt 1.1.2).

17) Siehe hierzu auch die Beiträge „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus“ in WiSta 5/2002, S. 359 ff. (Teil 1) und in diesem Heft, S. 454 ff. (Teil 2).

Eine abschließende Bewertung aller Vorschläge kann erst im Rahmen der Vorbereitung des neuen Mikrozensusgesetzes erfolgen.

Im Bereich der *Unternehmensstatistiken* zur Erwerbstätigkeit wurde mit der Einführung der jährlichen Dienstleistungsstichprobe ein entscheidender Beitrag zur Schließung der bisherigen Datenlücken im Bereich der unternehmerischen Dienstleistungen geleistet. Ergebnisse der neuen Dienstleistungsstatistik werden voraussichtlich erstmals im Sommer 2002 vorliegen.

Zu einer weiteren Rationalisierung der Wirtschaftsbereichsstatistiken und einer Entlastung der Befragten dürfte es kommen, wenn das Unternehmensregister voll funktionsfähig ist (siehe auch die Überlegungen zum Ersatz der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung durch Registerauswertungen in Abschnitt 1.2.2).

Der Aufbau des Unternehmensregisters selbst führt zu einer vollständigen wirtschaftsbereichsübergreifenden Erfassung aller Unternehmen und der in diesen Unternehmen tätigen Personen in Deutschland. Er trägt somit wesentlich zur konsistenten, überschneidungsfreien Darstellung der Beschäftigung in den Einzelstatistiken des erwerbsstatistischen Systems bei.

Über die vorgezogene Rückrechnung vierteljährlicher Erwerbstätigendaten nach dem ESVG 1995 für die Jahre 1970 bis 1990 und die darauf aufbauenden Rückrechnungen des Arbeitsvolumens des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung war oben schon berichtet worden (siehe Abschnitt 1.2.5). Zwei weitere Vorhaben zur Fortentwicklung der *Erwerbstätigenschätzungen* zielen auf eine nochmalige Verbesserung der Aktualität der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung durch Einführung einer Schnellrechnung sowie auf eine Erweiterung der derzeit nach der Stellung im Beruf (insgesamt, Arbeitnehmer, Selbstständige) und sechs Wirtschaftsabschnitten der WZ 93 vorliegenden Vierteljahresdaten um eine zusätzliche Gliederung nach dem Geschlecht.

Darüber hinaus wird das Statistische Bundesamt seine bisherigen harmonisierten Schätzungen auf Basis der EU-Arbeitskräfteerhebung nach dem „ILO-Konzept“ kurzfristig fortentwickeln und weiter ausbauen. Dies ist u.a. schon erforderlich, um in der Übergangsphase bis zur Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 die wichtigsten Datenanforderungen zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt auf europäischer (Eurostat, EZB) und internationaler Ebene (OECD, ILO) für Deutschland erfüllen zu können.

Durch die Erfassung der geringfügig Beschäftigten im Rahmen des Meldewesens zur Sozialversicherung hat die *Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit* eine wichtige Ausweitung erfahren. Die vierteljährlichen Ergebnisse haben wesentlich dazu beigetragen, die Qualität der Erwerbstätigenrechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ auf regionaler Ebene weiter zu verbessern.

Für das Jahresende 2002 strebt die Bundesanstalt für Arbeit in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eine weitere Fortentwicklung der Beschäftigtenstatistik an. Geplant ist die Einführung eines neunstelligen Tätigkeitsschlüssels, durch den neben dem Beruf, der Stellung im Beruf und der Berufsausbildung für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erstmals auch Angaben über Beschäftigungsformen (Schichtarbeit, Telearbeit, Heimarbeit, Außendienst) und zur geleisteten Arbeitszeit erfasst werden sollen; die konkrete Ausgestaltung ist aber noch offen.

Darüber hinaus sind in der Bundesanstalt für Arbeit die Vorarbeiten für die Einführung einer neuen Entgeltstatistik angelaufen, die ab 2002 die bisherigen Auswertungen auf Basis des Jahreszeitraummaterials der Beschäftigtenstatistik ersetzen soll und insbesondere den bisher bestehenden Time-Lag von bis zu drei Jahren bis zur Bereitstellung von Angaben über die Beschäftigungsdauer und beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte verringern soll. Der damit verbundene Übergang von einer Querschnitt- auf eine Längsschnittbetrachtung ist jedoch mit einem hohen Aufwand verbunden.

Wie bereits erwähnt, wurde die Aufbereitung der Beschäftigtenstatistik in der Bundesanstalt für Arbeit im Zuge der Einführung der „Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung“ (DEÜV) zum 1. Januar 1999 in einem „Data Warehouse“ (DWH) neu aufgebaut. Mit In-Kraft-Treten der DEÜV wurde die Abgabe der Meldungen zur Sozialversicherung auf elektronischem Wege bzw. auf Datenträger als Standard eingeführt. Dadurch können die großen Datenbestände der Beschäftigtenstatistik schneller und flexibler als bisher ausgewertet werden.

Die vierteljährlichen Totalauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden inzwischen nach dem neuen Verfahren durchgeführt. Die bisherigen Monatsstichproben der Beschäftigtenstatistik wurden Anfang 2002 durch monatliche Totalerhebungen auf Grundlage des neuen Aufbereitungsverfahrens ersetzt. Mit den nach einer Einführungsphase erhofften Qualitätsgewinnen würden sich auch die Bedingungen für die Erwerbstätigenrechnungen des Statistischen Bundesamtes am aktuellen Rand verbessern. Damit könnte auch die Aktualität der monatlichen Erwerbstätigenrechnung, die derzeit einen Time-Lag von zwei Monaten im Vergleich zu den Arbeitsmarktzahlen aufweist, nachhaltig verbessert werden.

Bei den *Arbeitsmarktstatistiken* sind insbesondere die erfolgreichen Anstrengungen in Bezug auf die Bereitstellung geeigneter Indikatoren für das Monitoring der „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ der EU sowie die Arbeiten an der Berechnung einer „Eingliederungsquote“ – als Pendant zu der in den jährlichen Eingliederungsbilanzen ausgewiesenen „Verbleibsquote“ – zu erwähnen. Ziel ist der umfassende statistische Nachweis der Eingliederung von Absolventen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme.

Erweitert wurde das Datenangebot zum Arbeitsmarkt seit Jahresbeginn 2001 durch den Nachweis der saisonbereinigten standardisierten Erwerbslosenquote, eines zentralen Konjunkturindikators der Europäischen Zentralbank. Ein weiterer Ausbau des Angebots an internationalen, hochaktuellen Arbeitsmarktstatistiken gemäß den Statistikkonzepten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durch die statistischen Ämter ist vorgesehen.

Über die Beseitigung bestehender Datenlücken durch Mikrozensus und Beschäftigtenstatistik hinaus, sollte vor allem die Flexibilität bzw. Reaktionsfähigkeit des erwerbsstatistischen Systems auf den sich immer schneller wandelnden Informationsbedarf verbessert werden. Hier ist insbesondere an einen verstärkten *Einsatz kleiner Stichproben*, zum Beispiel gemäß § 7 BStatG, zu denken. Neben ihrer besonderen Eignung für die Beobachtung kurzfristiger Phänomene des Wandels der Arbeitswelt bieten sie sich auch zur Untersuchung beschäftigungsrelevanter Fragestellungen zur New Economy und zum E-Commerce sowie des Entstehens neuer Beschäftigungsformen und Arbeitsorganisationen an.

Auch die laufenden Überlegungen zur Entwicklung eines integrierten Systems der Haushaltsstichproben und zum Aufbau eines „Access-Panels“¹⁸⁾ gehen in diese Richtung. Bei diesem Konzept fungiert der Mikrozensus als „Master-Sample“ für alle weiteren Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik.

Hinsichtlich der *Verbreitung* und des *Zugangs zu erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Informationen* liegt das Schwergewicht auf einer Ausweitung des Angebots an nutzerspezifischen Auswertungen insbesondere aus dem Mikrozensus. Vor allem im Hinblick auf die Bereitstellung fachlich und regional tief gegliederter Strukturdaten und in Bezug auf Längsschnittauswertungen bestehen hier noch Verbesserungsmöglichkeiten. Fortgeführt und intensiviert werden sollten auch die Arbeiten an Lösungen zur Verbesserung des Zugangs zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Ausbaufähig ist auch noch das Internet-Angebot der amtlichen Statistik zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt, wiederum insbesondere im Hinblick auf der Bereitstellung von fachlich und regional gegliederten Strukturdaten. Im Interesse der Nutzer lägen auch Hinweise auf alternative Quellen, Links und Fundstellennachweise. [u](#)

18) Siehe auch Bechtold, S./Müller, A./Pötzsch, O.: „Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftspflicht“ in WiSta 5/2002, S. 345 ff.

Dipl.-Soziologin Sabine Lotze, Dipl.-Volkswirt Holger Breiholz

Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus

Teil 2

Der soziale Wandel der Bevölkerung und des Arbeitsmarktes, aber auch der veränderte Datenbedarf von Politik, Verwaltung und Wissenschaft erfordern eine ständige Weiterentwicklung des Erhebungsdesigns des Mikrozensus. Mit dem Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten in den Europäischen Gemeinschaften gewann in den letzten Jahren die Lieferung von Arbeitsmarktdaten aus dem Mikrozensus an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) an Bedeutung. Mit der Zielsetzung einer verbesserten Aktualität der Daten, einer Qualitätsverbesserung und einer Beibehaltung der Regionalisierungstiefe hat die Amtsleiterkonferenz vom 13. und 14. November 2001 für den Mikrozensus ein neues Erhebungsdesign beschlossen: Ab dem 1. Januar 2005 soll die seit 1957¹⁾ einmal jährlich in einem Zeitraum von nur wenigen Wochen im Frühjahr stattfindende Datenerhebung von einer kontinuierlichen Erhebung abgelöst werden. Im Mittelpunkt des zweiteiligen Aufsatzes steht die damit einhergehende Veränderung des Berichtswochenkonzepts. Der erste Teil, der in der Ausgabe 5/2002 dieser Zeitschrift veröffentlicht worden ist, zeigte die Hintergründe der Entwicklung des Mikrozensus-Erhebungsdesigns auf und stellte Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung im Hinblick auf den Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern vor.

Die geplante kontinuierliche Erhebung der Mikrozensusdaten bedingt gegenüber dem bisherigen Verfahren gravierende Veränderungen, die vor allem die Erhebungs- und Ablauforganisation in den Statistischen Ämtern der Länder betreffen. Diese näher zu untersuchen, war die Hauptauf-

gabe der im Rahmen der Mikrozensus-Erhebung 2000 durchgeführten Organisationsuntersuchung.

Im zweiten Teil des Aufsatzes folgen weitere Ergebnisse der Organisationsuntersuchung und eine zusammenfassende Darstellung der Komponenten des neuen Mikrozensus-Erhebungsdesigns.

5 Weitere Ergebnisse der Organisationsuntersuchung

5.1 Kontakt mit den Haushalten

Im Gegensatz zu den bisherigen Mikrozensus-Erhebungen im Frühjahr wird die kontinuierliche Erhebung von allen Jahreszeiten tangiert und damit auch von einem jahreszeitlich unterschiedlichen Verhalten der Haushaltsmitglieder beeinflusst. Die Ergebnisse der Interviewerbefragung bestätigen, dass eine Kontaktaufnahme bzw. Terminvereinbarung mit den zu befragenden Haushalten vielfach daran scheitert, dass die Haushalte in den Urlaubs- bzw. Ferienzeiten nicht anzutreffen sind. Die Urlaubs- und Ferienzeiten waren der wichtigste Grund dafür, dass Kontaktversuche mit den Haushalten nicht zum Interview führten. Als weitere wesentliche Gründe für eine eingeschränkte Teilnahmebereitschaft der Haushalte führten die Interviewerinnen und Interviewer Schwierigkeiten während der Kontaktpphase in dunklen Herbst- und Wintermonaten, geringe Akzeptanz der Haus-

1) Einen Überblick über die zeitliche Varianz der Erhebung im Frühjahr gibt Grohmann, H.: „Zum Übergang vom Berichtswochenkonzept zum Konzept unterjähriger Erhebungen beim Mikrozensus“, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt anlässlich des 70. Geburtstags von Heinz Grohmann, Wiesbaden 1991.

halte (insbesondere auch in der Wiederholungsbefragung), Terminprobleme aufseiten der Haushalte, Zweifel der Haushalte an der Gewährleistung des Datenschutzes, Probleme mit früheren Interviewerinnen bzw. Interviewern sowie allgemeines Desinteresse der Haushalte an.

Eine genauere Untersuchung, welche Tageszeiten und Wochentage sich für die Durchführung von Interviews besonders gut eignen, zeigte, dass die Tageszeit von 16.00 bis 20.00 Uhr an den Wochentagen Montag bis Freitag besonders erfolgversprechend für die Durchführung von Interviews ist.

5.2 Wegstrecken

Bei der bisherigen Erhebung befragen rund 7 000 Interviewerinnen und Interviewer in wenigen Wochen etwa 820 000 Mitglieder von Haushalten und Bewohner/-innen von Gemeinschaftsunterkünften. Da die zukünftige Erhebung sich über ein Kalenderjahr erstreckt, muss – bei einer linearen Verteilung der Stichprobe²⁾ – in einem Monat nur ein Zwölftel der Stichprobe befragt werden. Das hat Konsequenzen für die räumliche Streuung der zu befragenden Haushalte. Durch die Ausdehnung des Erhebungszeitraums auf das gesamte Kalenderjahr vergrößert sich das Einsatzgebiet von einer Fläche mit rund 12 000 Einwohnern heute auf eine Fläche mit etwa 144 000 Einwohnern zukünftig (bei gleichmäßiger regionaler Streuung); es wird also zwölfmal so groß wie bisher. Mit der zunehmenden räumlichen Streuung der zu befragenden Haushalte steigen auch die Wegzeiten und die Fahrtkosten.³⁾

Im Rahmen der Organisationsuntersuchung konnte diese wichtige Rahmenbedingung der unterjährigen Erhebung teilweise getestet werden. Dabei ermittelte ein Statistisches Landesamt beispielsweise eine Fahrtkostensteigerung gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich rund 18%. Im Stadtgebiet betrug die Steigerung 7%, im Stadtumland 20% und auf dem Land sogar 28%.

In dem an die Interviewerinnen und Interviewer gerichteten Fragebogen beurteilten etwa 86% die im Rahmen der Organisationsuntersuchung zurückgelegte Gesamtwegstrecke als angemessen. Anhaltspunkte für die Mobilitätsbereitschaft der Interviewerinnen und Interviewer lieferte die Frage, bei welchem maximalen Aktionsradius noch Bereitschaft zu einem Interviewereinsatz besteht. Für fast 50% der Interviewerinnen und Interviewer waren 20 km noch akzeptabel, gut 30% der Interviewerinnen und Interviewer nannten 50 km als maximalen Aktionsradius und rund 10% wären bereit, 50 km und mehr zu fahren. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass der Mobilitätsbereitschaft der Interviewerinnen und Interviewer Grenzen gesetzt sind, diese jedoch durch eine adäquate Fahrtkostenerstattung im Niveau zu beeinflussen ist.

5.3 Organisatorische Aspekte

Die Umstellung auf die unterjährige Erhebungsform erfordert Änderungen in der Ablauforganisation, insbesondere in den Statistischen Landesämtern.

Das unterjährige Erhebungsgeschäft hat zum Beispiel zur Folge, dass nicht nur bereits bestehende Aufgaben wie zum Beispiel Interviewerschulung und -betreuung, Auswertung sowie Maßnahmen der Qualitätssicherung ausgeweitet werden, sondern auch neue Aufgaben hinzukommen. Ein flächendeckender Laptop-Einsatz⁴⁾, der die Voraussetzung für eine unterjährige Erhebung ist, dürfte insbesondere in den Ländern, in denen bislang gänzlich auf Laptops in der Erhebung verzichtet wurde, mit Anlaufschwierigkeiten verbunden sein und zu einer erheblichen Erhöhung des technischen Aufwands führen.

Die Organisationsuntersuchung ließ erkennen, dass durch die kontinuierliche Erhebungsform einerseits die Möglichkeiten der Spezialisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf bestimmte Arbeitsgänge zunehmen werden, andererseits aber auch die Umgestaltung vieler Arbeitsplätze in Richtung einer ganzheitlichen Bearbeitung sinnvoll sein kann. Insgesamt wird der Anteil von anspruchsvolleren Tätigkeiten (z. B. Ablaufsteuerung, Terminverfolgung, schriftliche Befragung, Betreuung, Kontrollen, stärkerer Technikeinsatz) ansteigen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der durchschnittliche Arbeitsplatz ein höheres Qualifikationsniveau der Beschäftigten erfordern wird.

Die Größe des Interviewerstabes verkleinert sich infolge der zeitlichen Ausdehnung der Erhebung. Statt 7 000 Interviewerinnen und Interviewer einmal durchrotierend über das Kalenderjahr zu beschäftigen, liegt es nahe davon auszugehen, dass ein reduzierter Interviewerstab mit entsprechend erfahrenen Interviewerinnen und Interviewern längerfristig für die statistischen Ämter arbeiten wird. Das hat zum einen wünschenswerte Effekte wie die Professionalisierung der Tätigkeit, zum anderen aber bedeutet es, dass die Personalführung sowie die notwendige Betreuung der Interviewerinnen und Interviewer durch die längerfristige Beschäftigung an Bedeutung gewinnt.

Die Organisationsuntersuchung nahm auch die Verteilung der Interviews über das Kalenderjahr in den Blick. Dabei hat sich der vierwöchige Bearbeitungszeitraum für ein so genanntes „Interviewerpaket“⁵⁾ in der Größenordnung von rund 50 Haushalten bewährt. Gut drei Viertel der Interviewerinnen und Interviewer gaben im Anschluss an ihre Feldarbeit an, dass der Umfang der Interviewerpakete in einer unterjährigen Mikrozensuserhebung dem in der Testerhebung entsprechen sollte. Für den Fall einer geringeren oder höheren Leistungsbereitschaft der Interviewer sollte daher das Bearbeitungsvolumen nicht über den Bearbeitungszeit-

2) Der Bedarf an aktuellen Daten und die in den Mikrozensus integrierte EU-Arbeitskräfteerhebung bzw. die diese Erhebung anordnende Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates fordern eine kontinuierliche Erhebung. Das ist nur mit einer linearen Verteilung der Stichprobe zu erreichen.

3) Positive Erfahrungen konnten in diesem Zusammenhang mit dem Einsatz eines Navigationsprogramms in einem Pretest gesammelt werden, da sich hiermit Potenziale zur Streckenoptimierung erschließen ließen.

4) Das schriftliche Verfahren mit dem Selbstausfüllerfragebogen wird dadurch nicht überflüssig, denn dieses Verfahren gewährleistet die hohe Antwortquote des Mikrozensus, zudem entspricht es der gesetzlichen Verpflichtung im Sinne der informationellen Selbstbestimmung, worunter auch die Art und Weise zu subsumieren ist, wie Auskunft erteilt wird.

5) 50 Haushalte entsprechen durchschnittlich einem vierwöchigen Arbeitsvolumen einer Interviewerin bzw. eines Interviewers. Die vierwöchigen Arbeitsvolumina werden als „Interviewerpakete“ bezeichnet.

raum, sondern über die Zahl der zu befragenden Haushalte angepasst werden.

Im Rahmen der Organisationsuntersuchung wurden zwei Testserien durchgeführt, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die zeitliche Vergabe der Interviewerpakete in den Statistischen Landesämtern gestaltet werden sollte.

Testserie 1	1. Januar	1. Februar	usf.
Interviewerstab	50 Haushalte	50 Haushalte	50 Haushalte

Testserie 2	1. Januar	15. Januar	1. Februar
Interviewerstab Gruppe A	50 Haushalte		50 Haushalte
Interviewerstab Gruppe B		50 Haushalte	

Hierbei zeigte sich, dass die Testserie 2 (in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen) im Vergleich zur Testserie 1 (in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen) zu einer gleichmäßigeren Verteilung der durchgeführten Interviews über die Kalenderwochen führte. Die hinter der Testserie 2 stehende Überlegung, dass die Interviewerinnen und Interviewer – gemessen an der zeitlichen Verteilung der durchgeführten Interviews – kein kontinuierliches Interviewverhalten an den Tag legen, hat sich im Rahmen der Organisationsuntersuchung bestätigt. Die Aufgaben der Interviewerinnen und Interviewer sowie die Erreichbarkeit der Haushalte führten dazu, dass in den ersten Wochen die meisten Interviews geführt werden, währenddessen zum Ende der vier Wochen hin einzelne Bearbeitungsfälle übrigbleiben. Durch die zeitlich gestaffelte Vergabe von Interviewerpaketen an jeweils eine von zwei Interviewergruppen zum Monatsanfang und zur Monatsmitte war es im Rahmen der Testserie 2 möglich, die zeitliche Verteilung der Interviews in Richtung einer besseren Gleichverteilung des Datenrückflusses zu verändern.

Im Rahmen der Organisationsuntersuchung wurden die Interviewerpakete vom Statistischen Landesamt an die Interviewer/-innen und von diesen zurück an das Statistische Landesamt in der Regel postalisch verschickt. Rund 90% der Interviewerinnen und Interviewer beurteilten diese Form der Übermittlung bzw. Rückgabe der Unterlagen als gut. Einige Interviewerinnen und Interviewer regten an, beim Versand der Unterlagen auch Formen der Datenfernübertragung einzusetzen.

Die Rücksendung der Interviewerpakete durch die Interviewerinnen und Interviewer erfolgte nicht in allen Fällen entsprechend den Terminvorgaben. Diese Terminverzögerungen signalisieren, dass sich bei einem flächendeckenden, kontinuierlichen Erhebungsgeschäft nicht nur bei den Interviewerinnen und Interviewern ein beachtlicher Zeitdruck aufbaut, sondern auch in den Statistischen Landesämtern, u. a. bei der Aufbereitung der Daten.

Zwar entfällt durch einen flächendeckenden Laptop-Einsatz ein Teil der Datenerfassung in den Statistischen Landesämtern, doch müssen die computergestützten Interviews im Landesamt nachbearbeitet und sorgfältig geprüft werden.

5.4 Erhebungstechnik

Zu den im Rahmen der Mikrozensuserhebung bewährten Erhebungstechniken zählen der gedruckte Fragebogen, das Laptop-Interview und das passive telefonische Interview, das heißt bei dem zu befragenden Haushalt ist bisher kein Interview zustande gekommen, der gedruckte Fragebogen liegt vor, ein Haushaltsmitglied ruft bei dem zuständigen Statistischen Landesamt an und gibt Auskunft. Bei der Organisationsuntersuchung ging es im Bereich der Erhebungstechnik insbesondere um das Ziel, trotz des hohen Zeitdrucks das niedrige Niveau der Ausfallquote⁶⁾ beizubehalten. Darüber hinaus gibt es erste Überlegungen hinsichtlich aktiver Telefoninterviews, bei denen die Initiative zum Telefoninterview von den Statistischen Landesämtern ausgeht.

5.4.1 Schriftliches Verfahren und CATI

Das schriftliche Verfahren wurde im Rahmen der Organisationsuntersuchung genauso gestaltet wie in der regulären Frühjahrserhebung. Haushalte, bei denen niemand anzutreffen war, bekamen den gedruckten Fragebogen mit Anleitung, Hinweisen und Rückumschlag in den Briefkasten geworfen. Die Organisationsuntersuchung zeigte, dass alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des schriftlichen Verfahrens bei Unterjährigkeit geboten sind, weil neben den Jahres- auch Quartalsergebnisse zu erstellen sind und daher sehr enge Terminvorgaben bestehen. Die Quartalsergebnisse sichern zukünftig die Aktualität der Mikrozensusveröffentlichungen.

Bisher investierten die Interviewerinnen und Interviewer zum Teil viel Zeit in die Kontaktierung der zu befragenden Haushalte, um ein persönliches Interview zu führen. Da die Interviewerinnen und Interviewer aufgrund des größeren Zeitdrucks in einem kontinuierlichen Erhebungsgeschäft sofort nach dem dritten Kontaktversuch das schriftliche Verfahren einleiten müssen, ist mit einer Zunahme der Fälle im schriftlichen Verfahren zu rechnen. Tatsächlich lag die vorläufige Befragungsausfallquote nach dem Interviewerkontakt im Rahmen der Organisationsuntersuchung um bis zu 9 Prozentpunkte über dem in der Frühjahrserhebung üblichen Niveau. In anderen Regionen, in denen durchweg besonders erfahrene Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt wurden, die schon in früheren Erhebungen Laptops eingesetzt hatten, konnte das Niveau der vorläufigen Befragungsausfallquote gehalten werden.

Die zeitliche Betrachtung der Befragungsausfälle im Rahmen der Organisationsuntersuchung zeigt, dass in einem ganzjährig durchgeführten kontinuierlichen Mikrozensus die Zahl der nicht angetroffenen Haushalte auch wegen der Urlaubs- und Ferienzeiten höher ausfallen wird als im her-

6) Die Ausfallquote liegt in Deutschland bei 2%. Bei ähnlichen Umfragen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewegen sich die Ausfallquoten zum Teil auf wesentlich höherem Niveau: Dänemark 30%, Luxemburg 22%, Niederlande zwischen 45 und 40%, Vereinigtes Königreich 25% (Labour Force Survey, Ergebnisse 2000).

kömmlichen Mikrozensus, in dem die Hauptfeldphase der Interviewerinnen und Interviewer im Wesentlichen auf die Monate Mai und Juni beschränkt ist.

Da eine unterjährige Mikrozensususerhebung aufgrund der engen Terminvorgaben sowie der größeren Bedeutung der Urlaubs- und Ferienzeiten für die Feldarbeit der Interviewer zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Befragungsausfälle führen dürfte, wird bei Unterjährigkeit der Umfang der zeit-, kosten- und arbeitsintensiven schriftlichen Nachbearbeitung (Erinnerungs- bzw. Mahnwesen) in den Statistischen Landesämtern zunehmen.

Der Test in einem Statistischen Landesamt, bei dem Telefonanschlüsse mit gebührenfreier Telefonnummer (0800) bereitgestellt wurden, erwies sich als hilfreich. Auch wenn der Kreis der Haushalte, die von dem Angebot Gebrauch gemacht haben, noch klein war, konnte doch eine gewisse Entlastung des schriftlichen Verfahrens erreicht werden.

5.4.2 CAPI

Der Laptop-Einsatz (CAPI) hat sich im Rahmen der Organisationsuntersuchung bewährt. Die aufgetretenen Probleme deuten allerdings darauf hin, dass die flächendeckende Ausstattung der Interviewer mit Laptops bei Unterjährigkeit sehr intensiv und mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf vorbereitet und organisiert werden muss.

Der Laptop-Einsatz bringt neben den Qualitätsaspekten weitere Vorteile, weil die Datenerfassung in den Statistischen Landesämtern größtenteils entfällt.⁷⁾ Gleichwohl verstärkt sich der steigende Termindruck bei Unterjährigkeit auf allen beteiligten Ebenen. Zu berücksichtigen ist ebenso, dass wegen möglicher Erfassungsfehler vor Ort Kontrollen und Nachbesserungen in den Statistischen Landesämtern erforderlich sein werden. Auch birgt ein Laptop-Einsatz immer Risiken durch Programmfehler und fehlerhafte Bedienung, sodass beim flächendeckenden Laptopeinsatz ein zentraler organisatorischer Mehraufwand in den Landesämtern verursacht wird.

Die Organisationsuntersuchung hat verdeutlicht, dass in einem kontinuierlichen Erhebungsgeschäft die Zusammenarbeit bzw. Kommunikation zwischen den Interviewerinnen sowie Interviewern einerseits und Statistischem Landesamt andererseits zu intensivieren ist. Da mit Hilfe des Laptops und der technischen Möglichkeiten der Datenfernübertragung ein ständiger Daten- sowie Programmaustausch zwischen Interviewerinnen bzw. Interviewern und dem Statistischen Landesamt möglich ist, stellt der Laptop das probate Erhebungsinstrument für eine unterjährige Erhebung dar.

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Hinblick auf den Einsatz von Laptops zeigen jedoch auch die Bereiche auf, in die zuerst investiert werden muss. In dem an die Interviewer verteilten Erhebungsbogen wurde nach Problemen beim Laptop-Einsatz gefragt. Rund 40% der Interviewerinnen und Interviewer gaben an, dass bei der Arbeit mit dem Laptop Probleme auftraten. Die genannten Aspekte

(vor allem mit der Software, Datensicherung und Datenfernübertragung) sind insbesondere auf die noch fehlenden Kenntnisse und Erfahrungen bei der Bedienung zurückzuführen. Sie verdeutlichen, dass mit dem Laptop-Einsatz ein erhöhter Vorbereitungs- und Schulungsbedarf in den Statistischen Landesämtern verbunden ist. Der mehrfach aufgetretene zeitweise Ausfall von Laptops infolge technischer Defekte signalisiert, dass die Statistischen Landesämter für einen reibungslosen Erhebungsablauf auch Reserve-Laptops einplanen müssen.

Da die Organisationsuntersuchung vielfach in räumlicher Nähe zum Statistischen Landesamt durchgeführt wurde, bestand für die Interviewerinnen und Interviewer die Möglichkeit, bei größeren Problemen das Statistische Landesamt aufzusuchen. Eine solche Vorgehensweise wäre bei einem landesweiten Laptop-Einsatz organisatorisch wesentlich aufwändiger. Ein Statistisches Landesamt richtete während der Organisationsuntersuchung für die Interviewerinnen und Interviewer eine Hotline ein, die sich bei der technischen Betreuung und hinsichtlich der Zufriedenheit der Interviewerinnen und Interviewer positiv bemerkbar machte.

6 Auswahlplan und Präzision

Neben der Organisationsuntersuchung prüfte das Statistische Bundesamt Aspekte des Auswahlplans und der Präzision unter den Bedingungen einer unterjährigen Erhebung. Als unproblematisch erwiesen sich die Verwendung der bisherigen Stichprobenauswahl, das Rotationsschema der Haushalte bzw. der Auswahlbezirke sowie die Aktualisierung der Stichprobenauswahl über die Bautätigkeitsstatistik. Zur Qualität der Daten und zu ihrer Regionalisierbarkeit können folgende Aussagen gemacht werden:

- Die Jahresdurchschnittsergebnisse und die Ergebnisse aus der derzeitigen Stichtagserhebung weisen in etwa gleich hohe Standardfehler auf. Folglich bleibt die Regionalisierungstiefe des Jahresergebnisses beim Übergang auf eine kontinuierliche Erhebung erhalten. Zu beachten ist der andere inhaltliche Charakter von Durchschnittsergebnissen.
- Die Standardfehler für Quartalergebnisse sind etwa doppelt so groß wie die für Jahresergebnisse. Auf der Ebene der Anpassungsschichten (männlich/weiblich; deutsch/nicht deutsch) können bei einem relativen Standardfehler von 15% Bevölkerungsgruppen mit einem Anteil von etwa 5% an der Gesamtbevölkerung gerade noch nachgewiesen werden.
- Die Veränderungen zwischen zwei aufeinander folgenden Quartalen weisen wegen fehlender Überlappung relativ hohe Stichprobenfehler auf. Die Fehlervarianz ist ungefähr doppelt so groß wie die eines Quartals. Um die Genauigkeitsanforderungen der Verordnung (EG) Nr.

⁷⁾ Dabei ist zu beachten, dass die Datenerfassung in den Statistischen Landesämtern auch bei flächendeckendem Laptop-Einsatz für das schriftliche Verfahren anfällt.

577/98⁸⁾ für die Veränderung eines Quartals zum Vorquartal zu erfüllen, muss die EU-Arbeitskräfteerhebung mit dem vollen Auswahlsatz von 1% durchgeführt werden. Auf Ebene der regionalen Anpassungsschicht können – einen auf den Totalwert der Untergruppe bezogenen relativen Standardfehler von nicht mehr als 15% vorausgesetzt – Bevölkerungsgruppen mit einem Anteil von mindestens 8% nachgewiesen werden. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn eine signifikante Veränderung eingetreten ist, die den Standardfehler von 15% deutlich übersteigt. Die Nachweisbarkeit hängt also nicht nur von der Größe der Untergruppe, sondern auch von der Größe der Veränderung ab.

- Die Präzision von Veränderungen steigt mit wachsendem Überlappungsgrad und steigender Merkmalskorrelation. Die Höhe der Korrelation ist von Merkmal zu Merkmal verschieden und wird auch von der Fluktuation der Haushalte beeinflusst. Bei einem auf den Totalwert der Untergruppe bezogenen Standardfehler von 15% und einem Korrelationskoeffizienten des Merkmals von 0,85 lassen sich auf Ebene der regionalen Anpassungsschicht Bevölkerungsgruppen mit einem Anteil von mindestens 3% nachweisen, vorausgesetzt, die Veränderung zum Vorjahresquartal ist signifikant größer als der Standardfehler.
- Je höher der Überlappungsgrad zwischen zwei aufeinander folgenden Quartalen ist, umso präziser werden die Quartalsveränderungsraten. Wenn die Zahl der jährlichen Befragungen nicht erhöht wird, führt dies jedoch zu höheren Stichprobenfehlern bei den Jahresdurchschnitten. Bei einem Rotationsschema mit 50% Überlappung zwischen zwei aufeinander folgenden Quartalen und 75% Überlappung zwischen zwei aufeinander folgenden Jahren wäre der relative Genauigkeitsgewinn für die Quartalsveränderungen erwartungsgemäß geringer als der relative Genauigkeitsverlust für die Jahresdurchschnitte.

Das Konzept der angestrebten unterjährigen Mikrozensus-erhebung beinhaltet mithin folgende Eckpunkte:

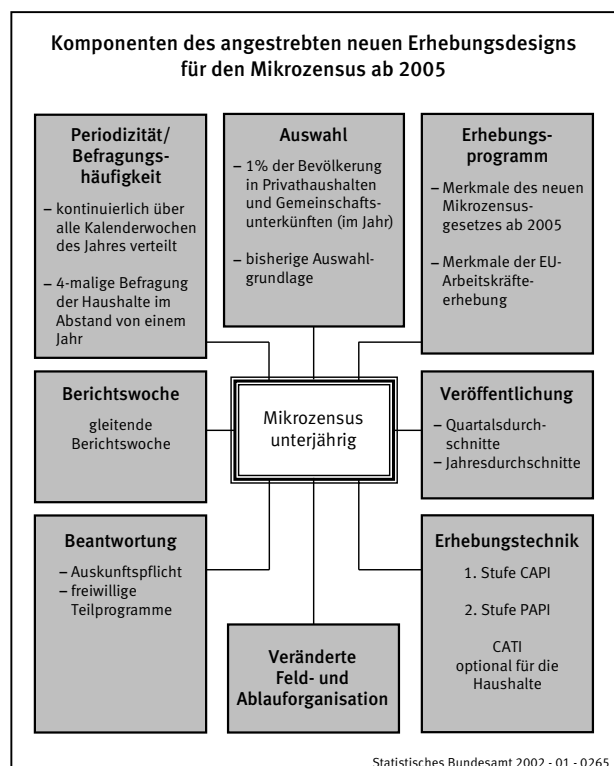
- Auswahlbezirke werden ohne Mehrfachbefragung von Haushalten gleichmäßig über die Wochen des Jahres verteilt.
- Die Auswahlbezirke eines Quartals werden regional ausgewogen verteilt.
- Der bisherige Stichprobenplan und -umfang (1%) werden beibehalten. Sowohl zwischen Jahr und Vorjahr als auch zwischen Quartal und Vorjahresquartal besteht eine Überlappung von 75%.

7 Fazit

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung zeigen, dass eine kontinuierliche Erhebung unter den getesteten organisatorischen Gegebenheiten grundsätzlich durchführbar ist. Allerdings weisen die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung darauf hin, dass unter den Bedingungen

einer unterjährigen, kontinuierlichen Erhebung die Bereiche Interviewereinsatz/Interviewerschulung, Logistik und Ablauforganisation sowie Erhebungstechnik weiterentwickelt werden müssen. Ohne Fortschritte in diesen Bereichen sind die zunehmende räumliche Streuung der Auswahlbezirke und die engen Zeitpläne nicht zu bewältigen. Zu berücksichtigen ist, dass durch die Reduzierung des Interviewerstabes der Einfluss einzelner Interviewerinnen und Interviewer auf die Qualität des Gesamtergebnisses größer ist. Um die Qualität der Mikrozensusergebnisse im Hinblick auf Repräsentativität, Präzision und Aktualität zu sichern, sind weitere Maßnahmen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, angefangen bei der Weiterentwicklung von Schulungskonzepten, über Fortbildungen für Schulungsbeauftragte, Verbesserung der Interviewerhandbücher bis hin zur Aufstockung des Laptopbestandes bereits in die Wege geleitet.

Mit dem Übergang auf einen unterjährigen Mikrozensus verfügt die amtliche Statistik künftig über ein probates wie modernes Erhebungsinstrument, Strukturdaten über die Bevölkerung und Haushalte sowohl für den nationalen als auch für den europäischen Kontext zur Verfügung zu stellen. Durch die ganzjährige Erhebung mit gleitender Berichtswoche und die Bereitstellung von Quartalsdurchschnittsdaten trägt das neue Erhebungsdesign durch Erhöhung der Aktualität der Ergebnisse und eine größere Flexibilität der Untersuchung des gesellschaftlichen Wandels Rechnung. Die in Vorbereitung befindliche unterjährige Erhebung muss in der Lage sein, die nationalen sowie internationalen Datenanforderungen und die nationalen Qualitätsanforderungen zu erfüllen.



⁸⁾ Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 9. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 77 vom 14. März 1998, S. 3).

Die Organisationsuntersuchung gab auch erste Hinweise auf die Kosten eines unterjährigen Mikrozensus. Es war möglich, die Bereiche des Mikrozensus zu identifizieren, in denen ein Kostenanstieg im Vergleich zur bisherigen Erhebungsform zu erwarten ist. Nachfolgend werden die wichtigsten Kosteneinflussfaktoren genannt:

- Vergütung sowie gegebenenfalls veränderter Status der Interviewerinnen und Interviewer,
- Intensivierung der Schulung von Interviewerinnen und Interviewern,
- Reisekosten durch größere räumliche Streuung,
- jahreszeitlich bedingte höhere Befragungsausfälle,
- Anschaffung und Pflege von Laptops sowie
- Höhergruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. Einstellung von höher qualifiziertem Personal in den Statistischen Landesämtern aufgrund von anspruchsvolleren Tätigkeiten.

Die Vorbereitungen für den Übergang auf einen unterjährigen Mikrozensus sind angelaufen. Doch letztendlich entscheidet der Gesetzgeber mit der Verabschiedung eines neuen Mikrozensusgesetzes, welches die Erhebungen ab 2005 regeln wird, über die Einführung des neuen Mikrozensus-Erhebungsdesigns. [\[1\]](#)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Insolvenzen 1999 bis 2001 nach neuem Insolvenzrecht

Nach Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 erhielt auch die Insolvenzstatistik eine neue Rechtsgrundlage. Deren Aufgabe ist es, über das aktuelle Insolvenzgeschehen zu berichten und damit die Effektivität der neuen Insolvenzordnung zu untersuchen. Eine der wesentlichen Neuerungen des Insolvenzrechts, die sich auch in der Statistik niederschlägt, ist die Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens, das natürlichen Personen die Möglichkeit der Restschuldbefreiung eröffnet.

Die Entwicklung der Insolvenzen in den letzten drei Jahren ist gekennzeichnet von einem starken Anstieg, der in erster Linie auf die neuen Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen ist. Insgesamt wurden im Jahr 2001 knapp 50 000 Insolvenzen verzeichnet. Allerdings haben ab dem Jahr 2000 auch die Unternehmensinsolvenzen wieder zugenommen, zuletzt 2001 um 14% auf über 32 000.

Vorbemerkung

Am 1. Januar 1999 trat eine neue Insolvenzordnung in Kraft, die die drei bis dahin geltenden Rechtsvorschriften – die Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsordnung – zur Regelung von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung von Unternehmen und natürlichen Personen ablöste. Die Konkursordnung hatte immerhin fast 120 Jahre, die Vergleichsordnung 65 Jahre Bestand. Die Gesamtvollstreckungsordnung war 1990 nur für die neuen Länder und Berlin-Ost eingeführt worden, enthielt aber bereits Elemente der neuen Insolvenzordnung. Seit 1999 gilt damit in ganz Deutschland wieder ein einheitliches Insolvenzrecht.

Die Notwendigkeit der Reform der Konkurs- und Vergleichsordnung war bereits Ende der 1970er Jahre erkannt worden. Dies ging u. a. aus Ergebnissen der Insolvenzstatistik hervor. Sie zeigten, dass etwa drei Viertel aller Konkursanträge abgewiesen wurden, weil die Schuldner über so geringe Mittel verfügten, dass die Kosten des Verfahrens nicht gedeckt werden konnten. Damit konnte der eigentliche Zweck eines Konkursverfahrens, die Gläubiger gemeinschaftlich durch Verwertung des Vermögens des Schuldners zu befriedigen, nicht erfüllt werden. Auch das gerichtliche Vergleichsverfahren mit dem Ziel der Sanierung des Unternehmens war mit einem Anteil von weniger als 1% bedeutungslos geworden. Noch Anfang der 1950er Jahre war nur ein Viertel aller Konkursanträge mangels Masse abgewiesen worden, das gerichtliche Vergleichsverfahren hatte damals noch einen Anteil von 30% an den Insolvenzverfahren.

Auch in den Fällen, in denen es zur Eröffnung des Verfahrens und zur Vermögensverteilung kam, verhinderten Vorrechte von Gläubigern eine größere Verteilungsgerechtigkeit. Die große Masse nicht bevorzogter Gläubiger erhielt im Durchschnitt weniger als 5% Schadensersatz für die offenen Forderungen. Da Einzeländerungen der bestehenden Vorschriften nicht ausreichend erschienen, wurde eine neue Insolvenzordnung vorbereitet. Zu diesem Zweck wurde Ende der 1970er Jahre eine Kommission aus Wissenschaftlern und Praktikern des Insolvenzrechts sowie Vertretern der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften einberufen. Die Vorschläge dieser Kommission wurden Ende der 1980er Jahre in einen Referentenentwurf eingearbeitet. Nach eingehenden Beratungen konnte die neue Insolvenzordnung, die Anfang 1999 in Kraft getreten ist, am 18. Oktober 1994 verkündet werden.¹⁾

1) Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866).

Konkurszahlen werden statistisch seit Ende des 19. Jahrhunderts erfasst. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Insolvenzstatistik 1950 auf der Grundlage von Anordnungen der Justizministerien der Länder wieder aufgenommen. Diese waren in der „Mitteilung in Zivilsachen“ (MiZi) zusammengefasst. Daher konnte die Insolvenzstatistik zwischen 1950 und 1998 nur als eine so genannte koordinierte Länderstatistik durchgeführt werden. Als 1999 die neue Insolvenzordnung in Kraft getreten ist, verlor die bisherige Rechtsgrundlage für die Durchführung der Insolvenzstatistik ihre Gültigkeit. Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz²⁾ wurde die Insolvenzstatistik als Bundesstatistik angeordnet. Da dieses Gesetz keine rückwirkende Erfassung der Insolvenzen vorsah, stimmten die Justizminister der Länder für 1999 nur Nacherhebungen auf freiwilliger Basis zu. Die verspätete Schaffung der bundesstatistischen Rechtsgrundlage sowie die Umstellung der Insolvenzmeldung auf elektronische Belieferung führten dazu, dass erst Ende 2000 wieder über das laufende Insolvenzgeschehen informiert werden konnte. Ende 2001 kam es erneut zu einer Änderung der Insolvenzordnung³⁾, deren Auswirkungen auf die Statistik sich erst bei Umsetzung in der Gerichtspraxis zeigten. Daher ist erneut eine Überarbeitung der Erhebungsformulare sowie der Erfassungs-, Aufbereitungs- und Tabellenprogramme erforderlich.

Die Insolvenzstatistik beruht auf Auskünften der Insolvenzgerichte. Diese liefern auf Meldeformularen oder auf elektronischem Wege monatlich Angaben über eröffnete und mangels Masse abgewiesene Insolvenzanträge sowie über diejenigen Fälle, in denen ein so genannter Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Tatsächlich ist die Zahl der Insolvenzanträge höher, denn in vielen Fällen wird der Antrag zurückgenommen oder zurückgewiesen, weil sich beispielsweise Gläubiger und Schuldner geeinigt haben oder weil der Antrag nicht zulässig oder der falsche Gerichtsort gewählt wurde. Dieser Arbeitsanfall bei den Gerichten wird im Rahmen der Justizgeschäftsstatistiken nachgewiesen. Die Insolvenzstatistik selbst untersucht nur die Fälle, die das Gericht für zulässig erklärt hat und für die es eine Entscheidung zum Verfahren selbst getroffen hat.

Statistikrelevante Änderungen des neuen Insolvenzrechts

Mit der Einführung der neuen Insolvenzordnung wurde dieses Rechtsgebiet grundlegend neu gestaltet. Die wichtigsten Ziele des Reformwerkes im Hinblick auf die Insolvenzstatistik waren, mit Hilfe eines einheitlichen Verfahrens die Insolvenz marktkonform zu bewältigen, das Verfahren rechtzeitig und leichter zu eröffnen, die Durchsetzung von Anfechtungsansprüchen zu erleichtern sowie redlichen Schuldnern eine Restschuldbefreiung zu gewähren. Außerdem wurde mit dem neuen Insolvenzrecht das Verbraucherinsolvenzverfahren neu eingeführt.

Als *marktkonforme Bewältigung* der Insolvenzen gilt vor allem der beabsichtigte Gleichrang von Liquidation, Reorganisation des Schuldners und die übertragende Sanierung (neuer Unternehmensträger), die für die Gläubiger vorteilhafter sein kann als die Liquidation. Als ein Instrument der Sanierung wurde der so genannte Insolvenzplan eingeführt, der an die Stelle des früheren Vergleichsverfahrens getreten ist. In diesem Zusammenhang ist auch die Eigenverwaltung zu sehen, in der mit Zustimmung der Gläubiger oder auf Anordnung der Gerichte anstelle eines Insolvenzverwalters dem Schuldner die Aufgabe übertragen wird, das Vermögen unter Aufsicht eines Sachwalters zu verwalten und zu verwerten.

Eröffnungsgründe für ein Insolvenzverfahren waren bisher nur Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Mit der Einführung eines weiteren Eröffnungsgrundes, der drohenden Zahlungsunfähigkeit, soll eine rechtzeitigere Eröffnung des Verfahrens durchgesetzt werden. Von dieser und weiteren Maßnahmen zur Förderung der Verfahrenseröffnung verspricht sich der Gesetzgeber eine deutliche Verringerung des hohen Anteils der mangels Masse abgewiesenen Verfahren.

Neu geregelt wurden auch die *Rechte der gesicherten Gläubiger* (Eigentumsvorbehalt) sowie die bisherigen *Konkursvorrechte*, die eine Einteilung der Gläubiger in Ränge vorsahen. Dies ist für die Ermittlung der finanziellen Ergebnisse von Bedeutung.

Die Verschärfung der *Anfechtungsrechte* soll ebenfalls den Anteil der masselosen Insolvenzen verringern. Hintergrund ist die Überlegung, dass die Massearmut zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen ist, dass Schuldner schon im Vorfeld einer herannahenden oder sogar geplanten Insolvenz Vermögenswerte auf Dritte übertragen und diese den Gläubigern entziehen.

Die größte Änderung ist die *Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens* und die meistens damit verbundene *Restschuldbefreiung*. Die Restschuldbefreiung soll redlichen Schuldnern nach Durchführung eines Insolvenzverfahrens eine endgültige Schuldenbereinigung gewähren. Da Forderungen bislang erst nach 30 Jahren verjähren, wurden Schuldner oftmals bis an ihr Lebensende belängt. Die Einführung der Restschuldbefreiung bringt auch für die Gläubiger Vorteile, denn der Schuldner muss sich verpflichten, sechs Jahre lang seine gegenwärtigen und zukünftigen pfändbaren Arbeitseinkommen oder ähnlichen Bezüge den Gläubigern zur Verfügung zu stellen. Nach der so genannten Wohlverhaltensphase werden die restlichen Schulden erlassen.

Da durch die Einführung der Restschuldbefreiung eine erhebliche Mehrbelastung der Justiz vorhersehbar war, führte der Gesetzgeber das so genannte Verbraucherinsolvenzverfahren ein, das gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren einen vereinfachten Ablauf aufweist. Voraussetzung für ein Verbraucherinsolvenzverfahren ist der Nachweis, dass außer-

2) Vom 15. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2398).

3) Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 26. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2710).

gerichtlich eine Einigung erfolglos geblieben ist. Aber auch wenn diese versucht wurde, unternimmt das Gericht einen weiteren gütlichen Einigungsversuch zwischen Gläubiger und Schuldner, der im Ergebnis zur Annahme eines so genannten Schuldenbereinigungsplans führen kann. Erst wenn dies nicht gelingt, wird das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet. Der Anwendungsbereich des Verbraucherinsolvenzverfahrens erstreckt sich auf Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind. Bis zur Änderung der Insolvenzordnung im Oktober 2001 konnten auch Kleinunternehmen (Kleingewerbe) ein Verbraucherinsolvenzverfahren für ihre Schuldenregulierung in Anspruch nehmen. Seit der Gesetzesänderung unterliegen Kleinunternehmen einem Regelinsolvenzverfahren, ebenso wie ehemals selbstständig Tätige, deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, was dann vermutet wird, wenn sie mehr als 19 Gläubiger haben oder wenn Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Auswirkungen auf die Statistik

Die gesetzliche Neuregelung der Insolvenzstatistik zielt darauf ab, insbesondere über das Insolvenzgeschehen zu berichten und dabei auch die Effektivität der Änderungen der Insolvenzordnung zu untersuchen. Anfänglich erschien es problematisch, die verschiedenartigen Gestaltungsmöglichkeiten der Gerichte im Verfahrensablauf statistisch sinnvoll zusammenzufassen. Da sich Insolvenzverfahren über Jahre hinziehen können, mussten die einzelnen Schritte bzw. Termine nachvollzogen und der Zeitpunkt festgelegt werden, zu dem die Gerichte eine Meldung abzugeben haben. Der unterschiedliche Verfahrensablauf machte es notwendig, zwischen Regelinsolvenzen und Verbraucherinsolvenzen zu unterscheiden (siehe S. 469 f.).

Wie bisher soll unmittelbar nach der ersten Entscheidung durch das Gericht eine Meldung erfolgen, um die Insolvenzentwicklung aktuell abbilden zu können. Dies gilt für Regel- und Verbraucherinsolvenzen gleichermaßen. Nach dem Eröffnungsbeschluss bzw. nach dessen Abweisung mangels Masse ist das Erhebungsformular RA (Regelinsolvenzvordruck A) auszufüllen. Bei Verbraucherinsolvenzen ist zusätzlich, schon wenn ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde, der Verbraucherinsolvenzvordruck VA auszufertigen. Das Regelinsolvenzverfahren gilt für Unternehmen, natürliche Personen als Gesellschafter größerer Unternehmen, für Nachlässe und ehemals selbstständig Tätige, deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind. Mitzuteilen sind, ob Gläubiger oder Schuldner den Antrag gestellt haben, der Eröffnungsgrund sowie die voraussichtliche Höhe der Forderungen. Für Unternehmen ist außerdem anzugeben der Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Jahr der Gründung, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Antragstellung sowie ob Eigenverwaltung angeordnet wurde. Für Verbraucher sind die Forderungen sowie die Entscheidung mitzuteilen, ob ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde oder – wenn dies nicht der Fall ist – ob ein vereinfachtes Verfahren eröffnet oder abgelehnt wurde. Zusätzlich sind bei Annahme des Schuldenbereinigungsplans die zu erbringenden Leistungen festzustellen.

Spätestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr sind die Gerichte gehalten, bei Regelinsolvenzen mit Hilfe des Vordrucks RB (Regelinsolvenzvordruck B) darüber zu berichten, in welcher Weise das Verfahren abgeschlossen wurde, wie hoch die tatsächlichen offenen Forderungen sind und welche Mittel für deren Begleichung eingesetzt werden konnten. Handelt es sich um eine natürliche Person, sind auch Angaben zur Ankündigung der Restschuldbefreiung notwendig. Der Ausgang und das finanzielle Ergebnis von eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren sind mit Hilfe des Vordrucks VB (Verbraucherinsolvenzvordruck B) anzugeben. Bei möglicher Restschuldbefreiung ist deren Ankündigung abzuwarten. Hat der Schuldner im Regel- oder Verbraucherinsolvenzverfahren die Chance erhalten, Restschuldbefreiung zu erlangen, muss nach sechs Jahren über Erfolg oder Nichterfolg dieser Maßnahme berichtet werden (Vordruck X).

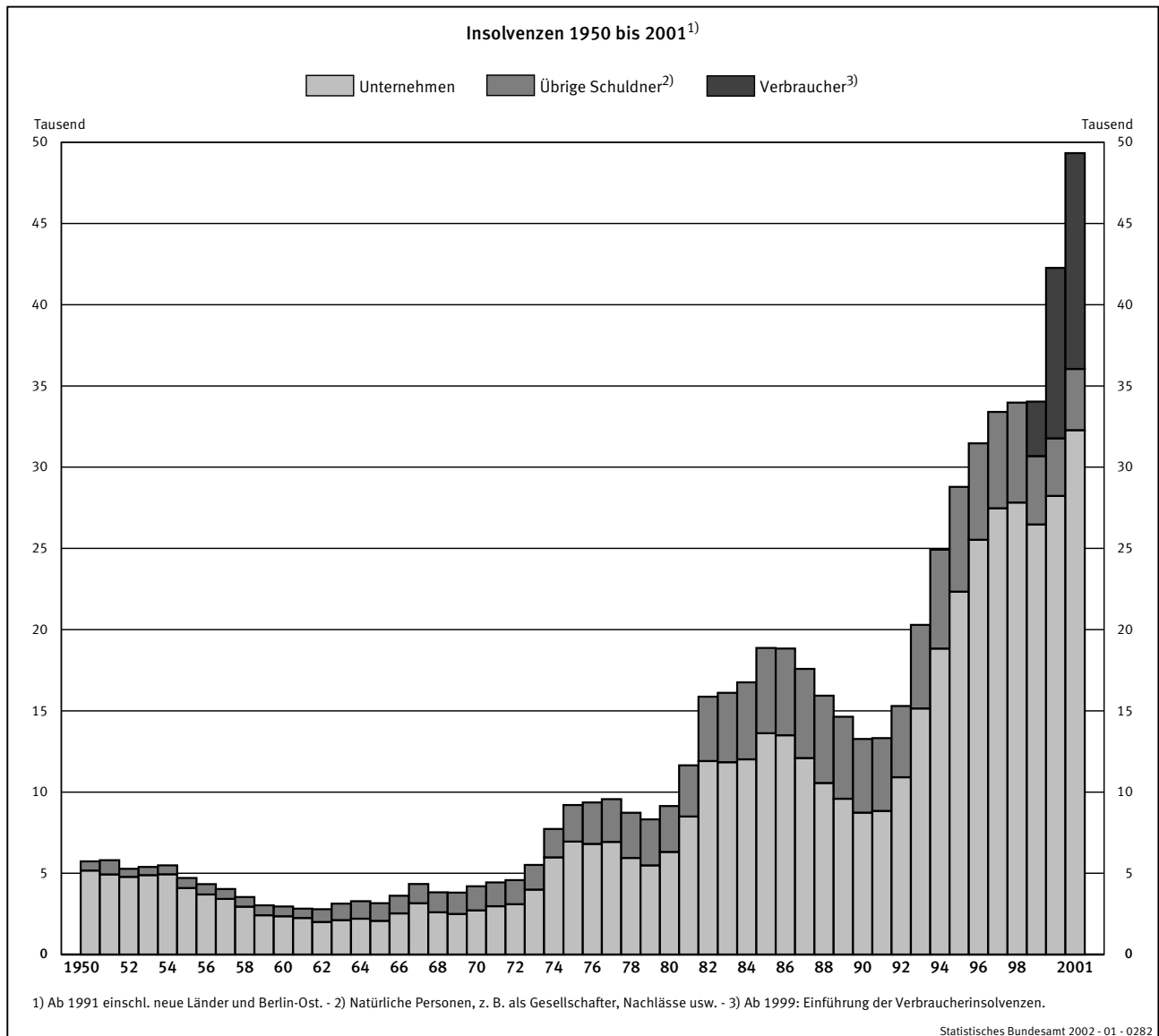
Bei mangels Masse abgelehnten Anträgen auf Eröffnung gibt es – außer den Meldungen RA und VA – keine weitere Angaben, da nach dem Ablehnungsentscheid das Unternehmen normalerweise aufzulösen ist und die Gläubiger ohne jegliche Entschädigung bleiben.

Gesamtbild 1999 bis 2001

Mit Einführung der neuen Insolvenzordnung ist die Gesamtzahl der Insolvenzen mit den Ergebnissen aus den Jahren vor 1999 nicht mehr vergleichbar. Annähernd vergleichbar sind aber weiterhin die Unternehmensinsolvenzen, denen auch die Insolvenzen von Kleingewerbebetrieben zugerechnet wurden, obwohl diese zwischen 1999 und 2001 Anspruch auf ein vereinfachtes Verfahren hatten. Dieser Zuordnung lag die Überlegung zugrunde, dass der Anlass für die Insolvenz die wirtschaftlich selbstständige Tätigkeit war. Vor Einführung der neuen Insolvenzordnung waren insolvente Kleinunternehmen, sofern sie überhaupt die Insolvenzgerichte beschäftigten, entweder als „natürliche Personen“ angesehen oder als „nicht in ein Register eingetragenes Unternehmen“ gezählt worden. Mit der neuerlichen Umstellung der Insolvenzordnung Ende 2001 wurde festgelegt, dass für Kleinunternehmen bzw. das Kleingewerbe nur noch Regelinsolvenzverfahren in Frage kommen. In der Statistik ist diese Gesetzesänderung also bereits antizipiert worden.

Die niedrigste Insolvenzzahl in den letzten 20 Jahren wurde im Jahr 1991 mit rund 13 000 Insolvenzfällen verzeichnet. Ausgehend von diesem niedrigen Niveau begannen unmittelbar nach der deutschen Vereinigung die Insolvenzzahlen kräftig zu steigen. Die Zunahme betraf sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer, wobei allerdings im Osten der Anstieg erheblich stärker ausfiel als in den alten Bundesländern. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schwächten sich die Zuwachsraten immer mehr ab, bis 1998 die Insolvenzzahlen schließlich bei knapp 34 000 stagnierten.

Auch nach Einführung der neuen Insolvenzordnung 1999 kam es zunächst zu keinem Anstieg der Gesamtzahl, obwohl damit das Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt worden war, von dem allerdings in der ersten Jahreshälfte 1999 kaum Gebrauch gemacht wurde. Dies lag insbeson-



dere daran, dass vor der Beantragung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens außergerichtliche Einigungsversuche als Voraussetzung für ein gerichtliches Verfahren unternommen werden müssen. Aus Tabelle 2 ist zu ersehen, dass ein Teil der natürlichen Personen, für die vor 1999 nur ein normales Konkurs-, Vergleichs- oder Gesamtvollstreckungsverfahren in Frage kam, von diesem Zeitpunkt an ein Verbraucherinsolvenzverfahren in Anspruch genommen hat. Dadurch kam es zu Umschichtungen. Bei den Unternehmensinsolvenzen, die noch am ehesten zeitlich vergleichbar sind, kam es 1999 sogar zu einem Rückgang um 5%. Ohne die Kleingewerbebetriebe, die 1999 ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen haben, wäre der Rückgang sogar noch stärker ausgefallen (-7,7%). Insgesamt wurden 1999 34 038 Insolvenzfälle gezählt.

Im Jahr 2000 wurden die Schuldnerberatungsstellen zu Insolvenzberatungsstellen aufgewertet und damit in die Lage versetzt, überschuldete Haushalte bei der Restschuldbefreiung zu unterstützen. Dies wirkte sich insofern aus, als es im Jahr 2000 zu über 10 000 Verbraucherinsolvenzen

kam, das waren dreimal so viel wie 1999. Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im Jahr 2000 um knapp 7% auf 28 235 Fälle an. Zusammen mit den Insolvenzen natürlicher Personen, den Verbraucherinsolvenzen sowie den Nachlassinsolvenzen erhöhte sich die Gesamtzahl der Insolvenzen im Jahr 2000 um 24,2% auf 42 259.

Im Jahr 2001 kam es zu einer Zunahme der Gesamtzahl der Insolvenzen um 16,7% auf 49 326 Fälle. Dabei stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 14,3% auf 32 278 und die der Verbraucherinsolvenzen um 26,7% auf 13 277. Der Anstieg der Verbraucherinsolvenzen wäre aller Wahrscheinlichkeit nach noch stärker ausgefallen, wenn die Ankündigung einer neuerlichen Insolvenzrechtsänderung die Antragsteller nicht bewogen hätte, diese Maßnahme abzuwarten. Diese brachte – wie schon ausgeführt – eine Verkürzung der Wohlverhaltensphase von sieben auf sechs Jahre und die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten.

Wie schon dargestellt, war eines der Ziele der Insolvenzrechtsreform, den Anteil der mangels Masse abgewiesenen

Tabelle 1: Entwicklung der Insolvenzen¹⁾

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen ²⁾					Insolvenzen			
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schulden- bereinigungs- plan angenommen	zusammen	Vergleichs- verfahren eröffnet	insgesamt	dar.: Unter- nehmen ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
								insgesamt	dar.: Unternehmen
Anzahl							%		
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾									
1950	3 286	1 211	X	4 497	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7
1960	1 742	947	X	2 689	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3
1970	2 081	1 862	X	3 943	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9
1980	2 420	6 639	X	9 059	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2
1990	3 214	10 029	X	13 243	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0
1991	3 236	9 667	X	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3
1992	3 691	10 403	X	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4
1993	4 629	12 853	X	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5
1994	5 053	14 997	X	20 050	67	20 092	14 913	+ 14,6	+ 16,4
1995	5 616	16 072	X	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3
1996	6 053	17 010	X	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0
1997	6 195	17 982	X	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8
1998	6 268	18 134	X	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7
1999	8 801	13 883	234	22 918	X	22 918	16 772	X	X
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	X	29 865	18 062	+ 30,3	+ 7,7
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	X	35 870	21 664	+ 20,1	+ 19,9
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾									
1991	328	73	X	401	X	401	392	X	X
1992	669	516	X	1 185	X	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6
1993	1 213	1 548	X	2 761	X	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1
1994	1 779	3 057	X	4 836	X	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1
1995	2 408	4 663	X	7 071	X	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2
1996	2 557	5 836	X	8 393	X	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3
1997	2 639	6 547	X	9 186	X	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5
1998	2 695	6 850	X	9 545	X	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0
1999	3 044	5 703	5	8 752	X	8 752	7 567	X	X
2000	4 277	5 536	68	9 881	X	9 881	8 047	+ 12,9	+ 6,3
2001	4 979	5 691	149	10 819	X	10 819	8 506	+ 9,5	+ 5,7
Berlin									
1999	410	1 956	2	2 368	X	2 368	2 137	+ 11,7	+ 11,5
2000	656	1 827	30	2 513	X	2 513	2 126	+ 6,1	- 0,5
2001	868	1 697	72	2 637	X	2 637	2 108	+ 4,9	- 0,8
Deutschland									
1991	3 564	9 740	X	13 304	39	13 323	8 837	X	X
1992	4 360	10 919	X	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6
1993	5 842	14 401	X	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7
1994	6 832	18 054	X	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4
1995	8 024	20 735	X	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6
1996	8 610	22 846	X	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3
1997	8 834	24 529	X	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6
1998	8 963	24 984	X	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3
1999	12 255	21 542	241	34 038	X	34 038	26 476	+ 0,2	- 4,9
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	X	42 259	28 235	+ 24,2	+ 6,6
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	X	49 326	32 278	+ 16,7	+ 14,3

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren. – 2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen. – 3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe. – 4) Ab 1999 ohne Berlin-West. – 5) Ab 1999 ohne Berlin-Ost.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Insolvenzen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen			Übrige Schuldner				
		zusammen		dar.: Kleingewerbe	zusammen		natürliche Personen	Nachlässe	Verbraucher
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl			
1992	15302	10920	71,4	.	4382	28,6	2491	1891	X
1993	20298	15148	74,6	.	5150	25,4	3142	2008	X
1994	24928	18837	75,6	.	6091	24,4	3975	2116	X
1995	28785	22344	77,6	.	6441	22,4	4170	2271	X
1996	31471	25530	81,1	.	5941	18,9	3593	2348	X
1997	33398	27474	82,3	.	5924	17,7	3527	2397	X
1998	33977	27828	81,9	.	6149	18,1	3703	2446	X
1999	34038	26476	77,8	783	7562	22,2	1852	2353	3357
2000	42259	28235	66,8	2981	14024	33,2	1129	2416	10479
2001	49326	32278	65,4	3795	17048	34,6	1472	2299	13277

Tabelle 3: Unternehmensinsolvenzen¹⁾
nach Antragstellern, Eröffnungsgründen und Art der Verwaltung

Gegenstand der Nachweisung	2000	2001
Insgesamt	25 254	28 483
Antragsteller		
Gläubiger	9 470	9 499
Schuldner	15 784	18 984
Eröffnungsgründe		
Zahlungsunfähigkeit	15 471
Drohende Zahlungsunfähigkeit	266
Überschuldung	1 700
Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	10 967
Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	79
Eigenverwaltung		
Angeordnete Eigenverwaltung	133	241

1) Ohne Kleingewerbe.

Insolvenzverfahren zu verringern bzw. die Eröffnungsquote zu erhöhen. Daher wurde es Pflicht, einen Insolvenzantrag nicht nur bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit zu stellen, sondern bereits bei drohender Zahlungsunfähigkeit – also zu einem früheren Zeitpunkt, an dem zu erwarten ist, dass die Verfahrenskosten aus dem vorhandenen Vermögen noch zu begleichen sind. Diese Gründe werden seit 2001 für Unternehmen auch statistisch ausgewertet. Dabei zeigt sich, dass drohende Zahlungsunfähigkeit nur in ganz wenigen Fällen als Eröffnungsgrund genannt wurde. Es müssen daher andere Faktoren der Reform dazu geführt haben, dass dem Ziel einer höheren Eröffnungsquote ein gewisser Erfolg beschieden ist. Waren 1950 noch knapp 80% aller Insolvenzanträge positiv entschieden worden, fiel dieser Anteil bis 1990 auf nur noch ein Viertel. Seit Einführung des neuen Insolvenzrechts verbesserte er sich kontinuierlich von 36% im Jahr 1999 über 41% (2000) auf 45% (2001).

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland
Anteil der eröffneten Verfahren
%

1950	77
1960	70
1970	60
1980	29
1990	27
1998	28
1999	36
2000	41
2001	45

Außer den Eröffnungsgründen teilen die Gerichte nach dem neuen Insolvenzrecht auch mit, wer den Insolvenzantrag gestellt hat. Das Einreichen eines Insolvenzantrags erfolgt überwiegend durch den Schuldner selbst. Nur bei einem Drittel aller Fälle sind es die Gläubiger, die vor Gericht gehen, wenn die Zahlungsunfähigkeit ihres Schuldners eintritt. Allerdings wird nur in ganz wenigen Fällen dem Schuldner auch zugetraut, den Betrieb selbst fortzuführen und zu sanieren oder das Vermögen zu verwenden, um einen Teil der Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Entscheidung, eine so genannte Eigenverwaltung anzuordnen, die allein den Gläubigern obliegt, kann in bestimmten Fällen wirtschaft-

lich zweckmäßig sein, zumal dem Schuldner ein so genannter Sachwalter zur Seite steht. Nur in 133 Fällen im Jahr 2000 und 241 Fällen 2001 hielten es die Gläubiger für sinnvoll, dem Schuldner die Eigenverwaltung zu überlassen.

Voraussichtliche Forderungen und Größe der Unternehmen

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Volkswirtschaft ist nicht allein die Zahl der Insolvenzen maßgeblich, sondern auch der entstandene finanzielle Schaden und die Größe der betroffenen Unternehmen. Bis 1998 war es nur möglich, die Bedeutung einer Insolvenz anhand der Forderungen einzuschätzen. Seit Einführung des neuen Insolvenzstatistikgesetzes sind die Gerichte verpflichtet, auch die Zahl der zum Zeitpunkt des Antrags beschäftigten Arbeitnehmer anzugeben.

Die Ermittlung der Forderungen erfolgt zu einem relativ frühen Zeitpunkt im Verfahrensablauf. Daher sind die Gerichte vor allem auf die Auskünfte der Schuldner angewiesen, denn die Aufforderung an die Gläubiger, ihre Ansprüche geltend zu machen, ist bei Eröffnungsbeschluss noch nicht ergangen. Häufig sind die Gerichte daher gezwungen, die Forderungen zu schätzen. Aus diesen Gründen werden die Forderungssummen als „voraussichtlich“ angesehen. Bei der Ermittlung der tatsächlichen finanziellen Ergebnisse erweisen sich die bei Eröffnung genannten Forderungen regelmäßig als zu niedrig. Für die mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträge sind die zu diesem Zeitpunkt genannten Forderungen die einzige Information.

Tabelle 4: Voraussichtliche Forderungen und Beschäftigte

Jahr	Voraussichtliche Forderungen			Beschäftigte ¹⁾	
	insgesamt	dar.: Verbraucher	je Fall ²⁾	insgesamt	je Fall
	Mrd. Euro		1 000 Euro	Anzahl	
1991	6,3	.	480	.	.
1992	7,7	.	500	.	.
1993	14,8	.	730	.	.
1994	17,9	.	720	.	.
1995	16,7	.	580	.	.
1996	21,9	.	700	.	.
1997	19,7	.	590	.	.
1998	20,1	.	590	.	.
1999	17,3	0,5	630	.	.
2000	24,0	1,8	780	181 318	8
2001	30,9	2,5	840	202 829	9

1) Ohne Kleingewerbe und unbekannt. – 2) Ohne Berücksichtigung der Verbraucher.

Die Forderungen spiegeln in etwa auch die Entwicklung der Insolvenzzahlen wider. Die höchsten offenen Forderungen in den 1990er Jahren waren 1996 verzeichnet worden (22 Mrd. Euro). Im ersten Jahr nach Einführung der neuen Insolvenzordnung war der zu erwartende finanzielle Schaden für die Gläubiger niedriger ausgefallen als in den Jahren zuvor. Doch schon in den folgenden beiden Jahren stiegen die Werte beträchtlich an. Nach 24 Mrd. Euro im Jahr

2000 mussten die Schuldner 2001 knapp 31 Mrd. Euro aufbringen, um ihre Verbindlichkeiten zu bezahlen. Dass dies kaum gelingen wird, zeigen die bisherigen Erfahrungen, nach denen die meisten Gläubiger keinen Ersatz für ihre Forderungen erhalten. Der überproportionale Anstieg der Forderungssummen weist darauf hin, dass auch der durchschnittliche finanzielle Schaden zugenommen hat, das heißt mehr größere Unternehmen insolvent geworden sind.

Die Größe der insolventen Unternehmen lässt sich auch anhand der Größe der Belegschaft bestimmen. Die Zahl der Beschäftigten zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags darf nicht – wie das häufig geschieht – mit der Zahl der „durch Insolvenzen vernichteten Arbeitsplätze“ gleichgesetzt werden. Zum einen vernichtet nicht die Insolvenz den Arbeitsplatz, sondern die Umstände, die zu ihr geführt haben, zum anderen gehen im Insolvenzfall nicht alle Arbeitsplätze verloren, denn in vielen Fällen werden Auffanggesellschaften gegründet, mit dem Ziel einen Teil der Arbeitsplätze zu erhalten, oder es werden ganze Unternehmensteile, vermutlich die rentablen, veräußert. Andererseits ist davon auszugehen, dass Unternehmen bereits lange bevor sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten, einen Teil der Belegschaft abgebaut haben. Nach Angaben der Gerichte waren im Jahr 2000 über 180 000 und 2001 über 200 000 Arbeitnehmer/-innen von einem Insolvenzantrag betroffen. Tatsächlich dürfte aber die Zahl noch höher liegen, da die Gerichte sich bei über einem Fünftel aller Meldungen außerstande sahen, Angaben zu den Beschäftigten zu machen. Bei knapp einem Viertel aller insolventen Unternehmen (ohne Kleingewerbe) teilten die Gerichte mit, dass dort keine Arbeitnehmer mehr beschäftigt seien. In knapp 30% aller Fälle hatten die Unternehmen 5 oder weniger Beschäftigte (siehe Tabelle 5), weitere 9% hatten 6 bis 10 Arbeitnehmer beschäftigt und 12% 11 bis 100. In 264 Fällen handelte es sich um größere Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten. Für das Jahr 2000 liegen keine direkt vergleichbaren Angaben vor, da die Fälle ohne Angaben und Fälle ohne Beschäftigte in einer Position zusammengefasst waren.

Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter der Unternehmen

Zur Bestimmung von Schwerpunkten im Insolvenzgeschehen dienen die Angaben zu Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter des Unternehmens.

Von den 32 278 Unternehmen einschließlich Kleingewerbebetrieben, die im Jahr 2001 den Gang zu einem Insolvenzgericht antreten mussten, waren 55% als GmbH ins Handelsregister eingetragen, weitere 5% als GmbH & Co KG. Nach neuem Insolvenzrecht sind nunmehr auch Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) insolvenzfähig. Ihr Anteil an den Unternehmensinsolvenzen belief sich auf 2%. Nur 1% aller betroffenen Unternehmen fungierten als reine OHG oder KG, bei denen die Gesellschafter uneingeschränkt haften. Die „aktiven Kleinunternehmen“, die bis 2001 noch ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen konnten, waren mit 12% beteiligt.

Eine ähnliche Verteilung nach Rechtsformen gilt im Wesentlichen auch für die Vorjahre. In dem starken Anstieg der Insolvenzen von Aktiengesellschaften von 176 auf 442 spiegeln sich u. a. die zahlreichen Börseneinführungen am Neuen Markt und deren Anfälligkeit wider. Die errechnete Insolvenzhäufigkeit für diese Rechtsform überzeichnet allerdings die Verhältnisse, weil die Zahl der bestehenden Aktiengesellschaften nach der Umsatzsteuerstatistik als zu niedrig angesehen wird. In der Umsatzsteuerstatistik sind schätzungsweise bis zu 4 000 Aktiengesellschaften nicht enthalten, da sie keiner Umsatzsteuerpflicht unterliegen, zum Beispiel weil sie nur als Beteiligungsgesellschaft fungieren. Bei anderen Rechtsformen ist die Diskrepanz zwischen umsatzsteuerpflichtigen und tatsächlich angemeldeten Unternehmen nicht so gravierend.

Die Zuordnung des Geschäftszweigs, der bei Stellung des Insolvenzantrags dem Gericht mitzuteilen ist, erfolgt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. Danach ereigneten sich fast 28% aller Unternehmenszusammenbrüche im Jahr 2001 im Baugewerbe. Weitere 19% entfielen auf den Handel und 11% auf das Verarbeitende Gewerbe. Eine tiefere Untergliederung zeigt, welche Branchen 2001 besonders insolvenzanfällig waren: Im IT-Bereich (Datenverarbeitung, Datenbanken) hat sich die Zahl der Insolvenzen 2001 mehr als verdoppelt. Ebenfalls hohe Zuwachsraten gab es bei Insolvenzen von Unternehmen, die Werbung betrieben (+ 50%), Gebäudereinigungen (+ 35%), Speditionen (+ 28%) und anderen Transportunternehmen (+ 23%) sowie Bauträgern (+ 27%).

In der alten Insolvenzstatistik wurden die Unternehmen, die eine Insolvenz beantragten, zwei Altersklassen zugeordnet, wobei das achte Jahr des Bestehens die Grenze bildete. Mit Aufnahme der neuen Insolvenzstatistik im Jahr 2000 werden die Gerichte verpflichtet, das Gründungsjahr anzugeben. Dessen Feststellung schien den Gerichten zumindest anfänglich Mühe zu bereiten, denn in 13% aller Fälle fehlte diese Angabe. Durch den relativ hohen Anteil der unbekannten Fälle ist die Vergleichbarkeit dieses Merkmals mit den Vorjahren eingeschränkt. Trotzdem vermittelt die Altersgliederung zusätzliche Erkenntnisse. Bis 1998 waren vor allem junge Unternehmen, also solche, die weniger als acht Jahre bestanden hatten, insolvent geworden. Bis dahin kamen auf die Insolvenz eines älteren Unternehmen fast vier Insolvenzen jüngerer Unternehmen. In den letzten Jahren hat der Anteil der älteren Unternehmen deutlich zugenommen. Im Jahr 2001 betrug die Relation nicht einmal mehr 1 : 2. Möglicherweise hat die präzisere Bestimmung des Gründungsjahres zu dieser Veränderung beigetragen. Ein Drittel aller Unternehmen war nicht einmal drei Jahre am Markt tätig gewesen, bevor sie insolvent wurden. Weitere 30% hatten vier bis acht Jahre lang bestanden.

Insolvenzgeld

Nach § 183 Sozialgesetzbuch III haben Arbeitnehmer Anspruch auf ein so genanntes Insolvenzgeld, wenn sie bei Eintritt der Insolvenz für die drei vorangegangenen Monate noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt haben. Solche Ansprüche besitzen aber nicht nur die Arbeitnehmer selbst, son-

Tabelle 5: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen, Forderungs- und Beschäftigtengrößenklassen sowie Alter der Unternehmen

Gegenstand der Nachweisung	1999	2000	2001	Veränderung 2000 gegenüber 1999	Veränderung 2001 gegenüber 2000	Insolvenz- häufigkeit ¹⁾ 2001
	Anzahl			%		
Unternehmen insgesamt	26 476	28 235	32 278	+ 6,6	+ 14,3	111
nach Rechtsformen						
Kleingewerbe	783	2 981	3 795	+ 280,7	+ 27,3	.
Einzelunternehmen	7 457	6 667	7 231	- 10,6	+ 8,5	54
Personengesellschaften	1 983	2 211	2 624	+ 11,5	+ 18,7	72
GmbH	15 811	15 832	17 857	+ 0,1	+ 12,8	251
Aktiengesellschaften, KGaA	94	176	442	+ 87,2	+ 151,1	800
Sonstige Rechtsformen	348	368	329	+ 5,7	- 10,6	64
nach Wirtschaftszweigen						
Verarbeitendes Gewerbe	3 139	3 305	3 655	+ 5,3	+ 10,6	125
Baugewerbe	7 766	8 103	9 026	+ 4,3	+ 11,4	279
Handel	5 668	5 624	6 005	- 0,8	+ 6,8	82
Gastgewerbe	1 674	1 927	2 204	+ 15,1	+ 14,4	88
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 299	1 714	2 137	+ 31,9	+ 24,7	168
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	185	198	233	+ 7,0	+ 17,7	145
Sonstige Dienstleistungen	6 184	6 846	8 422	+ 10,7	+ 23,0	77
Übrige Wirtschaftsbereiche	561	518	596	- 7,7	+ 15,1	76
nach Forderungsgrößenklassen						
von ... bis unter ... Euro						
unter 50 000	6 006	6 165	7 055	+ 2,6	+ 14,4	.
50 000 – 250 000	8 366	9 617	11 557	+ 15,0	+ 20,2	.
250 000 – 500 000	3 630	4 027	4 819	+ 10,9	+ 19,7	.
500 000 – 1 Mill.	2 406	2 726	3 290	+ 13,3	+ 20,7	.
1 Mill. – 5 Mill.	2 446	2 705	3 271	+ 10,6	+ 20,9	.
5 Mill. – 25 Mill.	458	618	748	+ 34,9	+ 21,0	.
25 Mill. und mehr	62	87	120	+ 40,3	+ 37,9	.
unbekannt	3 102	2 290	1 418	- 26,2	- 38,1	.
nach Beschäftigtengrößenklassen ²⁾						
von ... bis ... Beschäftigte						
Kein(e) Beschäftigte(r)	7 586	X	X	.
1	2 101	2 461	X	+ 17,1	.
2 – 5	4 872	5 682	X	+ 16,6	.
6 – 10	2 269	2 584	X	+ 13,9	.
11 – 100	2 983	3 538	X	+ 18,6	.
mehr als 100	197	264	X	+ 34,0	.
unbekannt	6 368	X	X	.
nach Altersklassen ²⁾						
unter 8 Jahre alt	16 657	13 869	15 611	- 16,7	+ 12,6	.
über 8 Jahre alt	6 182	7 309	9 132	+ 18,2	+ 24,9	.
unbekannt	2 854	4 076	3 740	+ 42,8	- 8,2	.

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2000 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 617 Euro). – 2) Einschl. Kleingewerbe.

dem auch die Sozialversicherungen, wenn für diesen Zeitraum Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung nicht

Bezieher von Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld
1 000

1975	98
1980	62
1990	63
1995	220
1996	267
1997	262
1998	251
1999	240
2000	245
2001	275

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

beglichen sind. Träger der Insolvenzgeldversicherung ist die Bundesanstalt für Arbeit, die auch Informationen über Bezieher derartiger Leistungen bereitstellt. Aufgebracht wird es

von der Solidargemeinschaft der Arbeitgeber. Das Insolvenzgeld entspricht dem früheren Konkursausfallgeld. Bis 1998 war es die einzige Quelle für Erkenntnisse über beschäftigte Arbeitnehmer. Im Jahr 2000 haben 245 000 Personen und 2001 275 000 Insolvenzgeld bewilligt bekommen. Die Zahl der Insolvenzgeldbezieher ist damit höher als die von den Gerichten gemeldete Zahl der Arbeitnehmer (siehe Tabelle 4), die bei Stellung des Insolvenzantrags beschäftigt waren. Dies liegt zum einen daran, dass – wie schon ausgeführt – bei mehr als einem Fünftel der in Frage kommenden Insolvenzfälle keine Angaben zu den Beschäftigten gemacht wurden. Hauptgrund für die Diskrepanz sind jedoch die Voraussetzungen für den Bezug des Insolvenzgeldes. Dieses wird nicht nur bei Eröffnung oder Abweisung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse gewährt, sondern auch, wenn die Betriebstätigkeit vollständig eingestellt wurde und dabei ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nicht gestellt wurde und ein Verfahren mangels Masse offensichtlich nicht in Betracht kam.

Tabelle 6: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen								Häufigkeit ¹⁾ der Unter- nehmens- insolvenzen im Jahr 2001
	insgesamt			Veränderung 2001 gegenüber 2000	Veränderung 2000 gegenüber 1999	dar.: Unternehmen ²⁾			
	1999	2000	2001			1999	2000	2001	
	Anzahl			%		Anzahl			
Baden-Württemberg	3 212	4 458	5 255	+ 17,9	+ 38,8	2 043	2 329	2 723	67
Bayern	3 929	4 809	6 080	+ 26,4	+ 22,4	3 044	3 073	3 943	78
Berlin	2 368	2 513	2 637	+ 4,9	+ 6,1	2 137	2 126	2 108	190
Brandenburg	1 522	1 869	2 091	+ 11,9	+ 22,8	1 317	1 511	1 522	197
Bremen	302	358	394	+ 10,1	+ 18,5	201	177	184	86
Hamburg	776	908	1 230	+ 35,5	+ 17,0	576	526	728	95
Hessen	2 406	2 824	3 221	+ 14,1	+ 17,4	1 864	1 835	2 001	87
Mecklenburg- Vorpommern	1 110	1 300	1 563	+ 20,2	+ 17,1	838	998	1 303	258
Niedersachsen	3 039	4 413	5 373	+ 21,8	+ 45,2	2 103	2 345	2 869	116
Nordrhein-Westfalen	6 638	8 350	9 725	+ 16,5	+ 25,8	5 007	5 511	6 573	106
Rheinland-Pfalz	1 130	1 736	2 206	+ 27,1	+ 53,6	851	1 087	1 281	86
Saarland	422	521	649	+ 24,6	+ 23,5	265	253	290	85
Sachsen	2 974	3 050	3 301	+ 8,2	+ 2,6	2 488	2 541	2 682	197
Sachsen-Anhalt	1 633	1 938	2 124	+ 9,6	+ 18,7	1 549	1 644	1 674	250
Schleswig-Holstein	1 064	1 488	1 737	+ 16,7	+ 39,8	818	926	1 072	108
Thüringen	1 513	1 724	1 740	+ 0,9	+ 13,9	1 375	1 353	1 325	176
Deutschland ...	34 038	42 259	49 326	+ 16,7	+ 24,2	26 476	28 235	32 278	111

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2000 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 617 Euro). – 2) Einschl. Kleingewerbe.

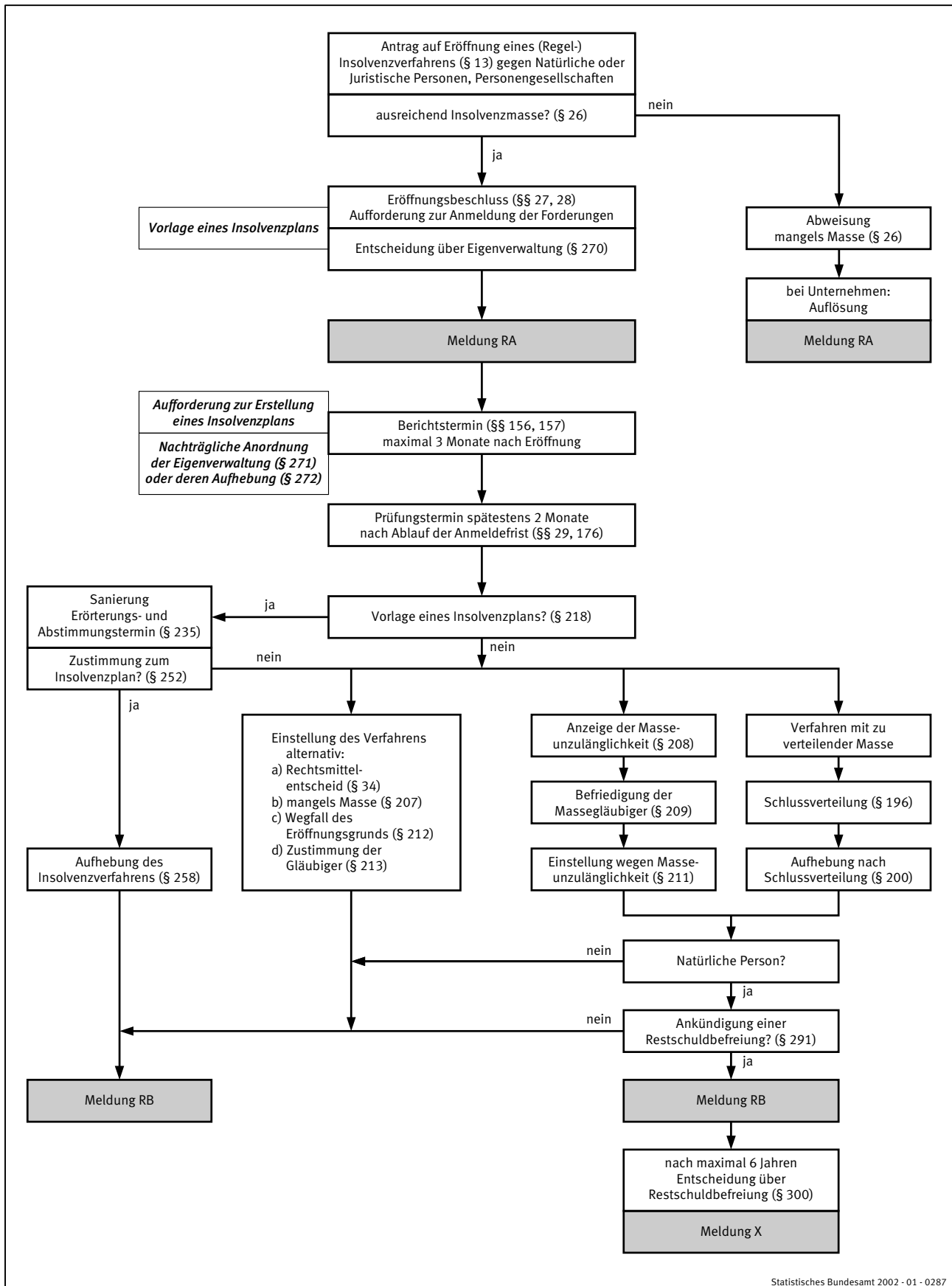
Insolvenzen in den Ländern

In Tabelle 6 ist die Insolvenzentwicklung in den einzelnen Bundesländern dargestellt. Die Statistischen Ämter der Länder verfügen über entsprechende Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung.

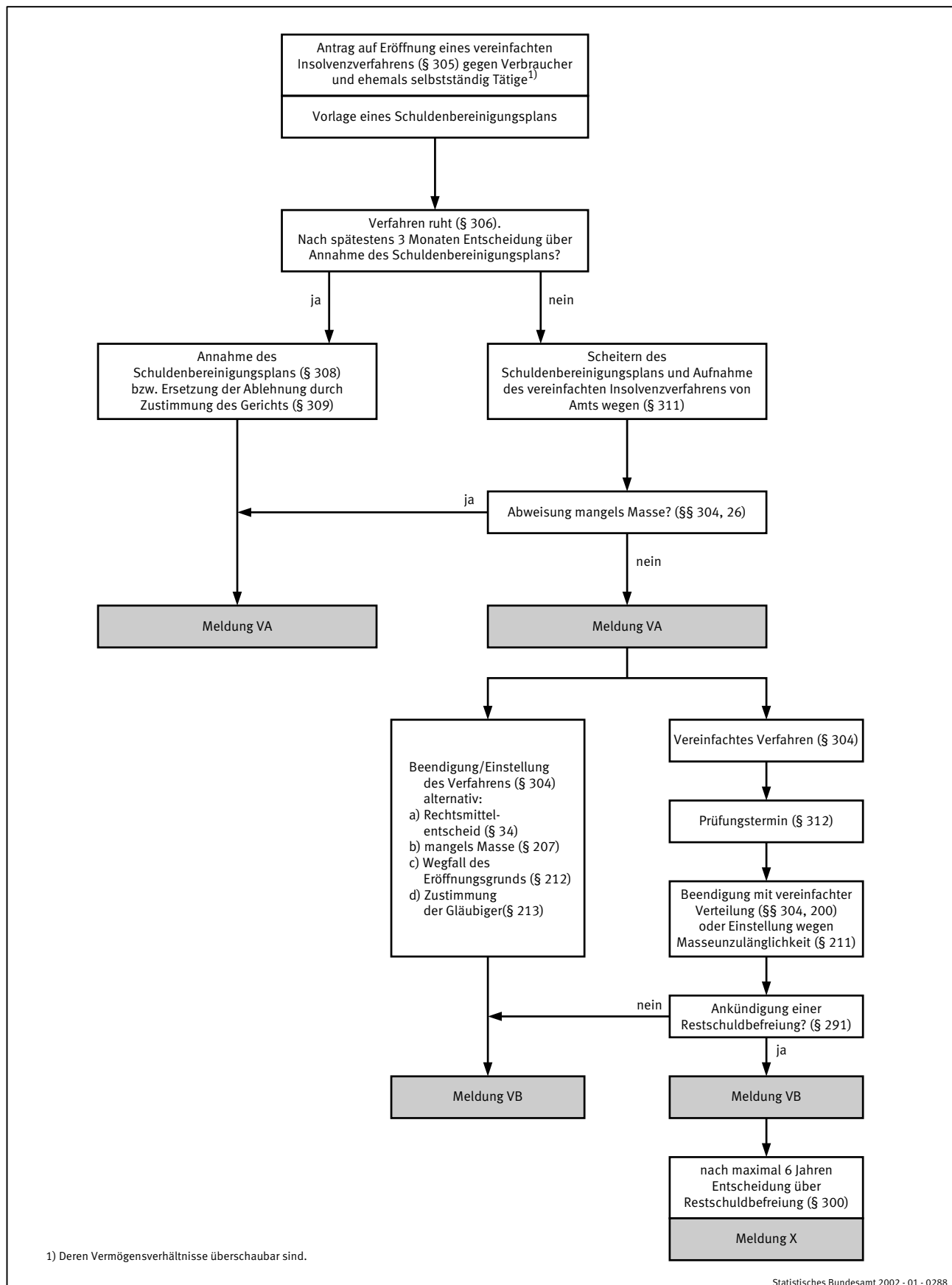
Beim Vergleich der Veränderungsraten, insbesondere der Gesamtzahlen von 2000 und 1999 ist Folgendes zu beachten: 1999 spielten die unterschiedlichen Abschlusstermine der Länder für die Aufbereitung der Insolvenzanträge aus dem Jahr 1998 eine Rolle, ebenso die unterschiedliche Gerichtspraxis bei der Durchführung der Verbraucherinsolvenzen. Während Verbrauchern, die keine Mittel besitzen, um die Verfahrenskosten zu bezahlen, durch ein Gericht Prozesskostenhilfe zugebilligt wurde, konnte diese durch ein anderes Gericht verweigert werden. Diese unterschiedliche Auslegung der Rechtsvorschriften entfällt nach der erneuten Gesetzesänderung 2001, die künftig eine Stundung der Verfahrenskosten vorsieht.

Vergleichbar sind jedoch die so genannten Insolvenzhäufigkeiten, das heißt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, gemessen an der Zahl der bestehenden Unternehmen. Danach weisen Baden-Württemberg und Bayern im Jahr 2001 mit 67 bzw. 78 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen die geringste Insolvenzhäufigkeit auf, Mecklenburg-Vorpommern (258) und Sachsen-Anhalt die höchste (250). [u](#)

Übersicht 1: Statistikrelevanter Ablauf eines Regelinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (InsO)



Übersicht 2: Statistikrelevanter Ablauf eines Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (InsO)



Dr. Torsten Blumöhr

Ökologischer Landbau 2001

Ergebnisse und Weiterentwicklung der statistischen Erfassung

In der Diskussion um eine Wende in der Agrarpolitik ist der ökologische Landbau seit geraumer Zeit ein Schwerpunktthema. Die hohen Zuwachsraten der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe in den vergangenen drei Jahren unterstreichen seine wachsende Bedeutung. Dieser Bedeutungsgewinn und die Besonderheiten der ökologischen Bewirtschaftung haben zu einem steigenden Informationsbedarf geführt, sodass die amtliche Statistik mit der Landwirtschaftszählung 1999 erstmals Daten zum ökologischen Landbau erfasst hat. Darauf aufbauend werden im folgenden Beitrag die Daten über den ökologischen Landbau aufgrund von Meldungen zur Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 sowie aus der Agrarstrukturhebung 2001 dargestellt.

Die Zahlen aus den Meldungen zur Verordnung Nr. 2092/91 geben einen Überblick über die Entwicklung der zertifizierten ökologischen Betriebe in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, während mit den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2001 für Deutschland ein Strukturvergleich der ökologischen Betriebe mit den Betrieben insgesamt möglich ist. Darüber hinaus lassen sich Informationen über die Entwicklung der Ökobetriebe von 1999 bis 2001 gewinnen. So ist in Deutschland einerseits hinsichtlich Flächenausstattung und Tierbeständen eine signifikant unterschiedliche Ausstattung mit Produktionsfaktoren zwischen den Betrieben mit ökologischem Landbau und allen landwirtschaftlichen Betrieben festzustellen sowie andererseits zu bilanzieren, dass sich die bereits 1999 erkennbare Entwicklung des Ökolandbaus fortgesetzt hat.

Die amtliche Statistik erweitert mit der Agrarstrukturhebung 2003 das laufende Erhebungs- und Auswertungsprogramm zum ökologischen Landbau. Zielstellung ist zukünftig eine detaillierte Beschreibung der unterschiedlichen Bewirtschaftungsmethoden und des Grades ihrer Intensität für die Ökobetriebe im Vergleich zu allen landwirtschaftlichen Betrieben. Dies betrifft insbesondere den Umfang der umgestellten ökologisch bewirtschafteten Flächen und die zum ökologischen Landbau zugehörigen Tierarten. Der vorliegende Beitrag gibt einen Ausblick auf die Änderungen im Frageprogramm für das Jahr 2003 und geplante zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten hinsichtlich der erfassten Merkmale.

Vorbemerkung

Der ökologische Landbau hat in der Diskussion um die Neuausrichtung der deutschen Agrarpolitik seit den ersten BSE-Fällen im Jahr 2000 nicht an Bedeutung und Aktualität verloren. Dies zeigt sich an den umfassenden Werbe- und Fördermaßnahmen für den ökologischen Landbau sowie der agrarpolitischen Entscheidung, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen als einen Indikator für die nachhaltige Entwicklung zu verwenden. Die ökologische Landwirtschaft ist als ein Anbausystem gekennzeichnet, bei dem keine chemisch-synthetischen Hilfsmittel (Dünger, Pflanzenschutzmittel) zum Einsatz kommen und ein geschlossener Kreislauf im Betrieb angestrebt wird. Die vorgeschriebene Wirtschaftsweise und die Mindestnormen für Ökobetriebe wurden 1991 in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91¹⁾ festgelegt. Diese Verordnung galt ausschließlich für die pflanz-

1) Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (EG-Öko-VO) (Amtsbl. der EG Nr. L 198 vom 22. Juli 1991, S. 1).

liche Erzeugung und diente dem Ziel, zunächst Erfahrungen bei der Umsetzung der Verordnung im pflanzlichen Bereich zu sammeln. Ab 1999 wurden in Ergänzung dieser EG-Verordnung weitere Grundregeln zur Tierhaltung definiert. Die Öko-Tierhaltungs-Verordnung (EG) Nr. 1804/1999²⁾ gibt für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Rahmenbedingungen für die ökologische Tierhaltung vor, wie den Nachweis der Herkunft der Tiere, den Futtermiteinsatz, die Krankheitsvorsorge und Behandlung sowie die Ausgestaltung der Ställe zur artgerechten Haltung.³⁾

Der agrarpolitische Schwerpunkt „ökologische Modernisierung der Landwirtschaft“ ist verbunden mit der politischen Zielvorgabe, 20% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) bis 2010 ökologisch zu bewirtschaften. Mit der Landwirtschaftszählung 1999 wurde in der amtlichen Statistik erstmals der ökologische Landbau als Teilbereich der Landwirtschaft berücksichtigt. In Fortführung der Auswertung der Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung 1999 sollen die Daten aus der Agrarstrukturerhebung 2001 die Entwicklung der ökologischen Bewirtschaftung in Deutschland dokumentieren.

Meldungen gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2092/91

Die Anerkennung der ökologischen Bewirtschaftung regelt die Verordnung (EWG) Nr. 2092/91, die im Jahr 1992 in Kraft trat. Die Verordnung definiert für den ökologischen Landbau die Mindestnormen der landwirtschaftlichen Produktion im Pflanzenbau.

Betriebe mit ökologischem Landbau unterliegen einem obligatorischen Kontrollverfahren seitens einer staatlich zugelassenen Kontrollstelle. Das Kontrollverfahren ist Voraussetzung für die Erzeugung, Aufbereitung und Vermarktung von Produkten aus dem ökologischen Landbau. Die Rückmeldung der privaten Kontrollstellen nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 ermöglicht die Darstellung der zahlenmäßigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe mit kontrollierter ökologischer Bewirtschaftung in Deutschland.

Tabelle 1 gibt die statistischen Daten aus dem Meldeverfahren für Deutschland wieder.

Danach hat sich von 1995 bis 2000 die Zahl der kontrollierten ökologischen Betriebe in Deutschland von 6 642 auf 12 740 kontinuierlich erhöht. Die höchste jährliche Zuwachsrate war im Jahr 2000 mit 22,2% zu verzeichnen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Steigerung im Jahr 2000 teilweise auf eine Änderung der Erfassung der Betriebe mit ökologischem Landbau zurückzuführen ist: Mit In-Kraft-Treten der Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 wurden erstmals die Öko-Tierhaltungsbetriebe von der Meldestatistik der EU-Mitgliedstaaten erfasst. Dies war zuvor wegen fehlender europaweit geltender Vorgaben zur Ausgestaltung der ökologischen Tierhaltung nicht möglich. Die nach den Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 ökologisch bewirtschaftete Fläche erhöhte sich von 309 487 ha (1995) auf 546 023 ha (2000). Ihr Anteil an der LF insgesamt stieg damit von 1,8 auf 3,2%, wobei auch hier im Jahr 2000 der höchste Zuwachs festzustellen ist.

In der Europäischen Union hat der ökologische Landbau im Zeitraum von 1997 bis 2000 in allen Mitgliedstaaten außer Österreich einen zum Teil wesentlichen Bedeutungszuwachs sowohl bei den Betriebszahlen als auch den bewirtschafteten Flächen erlangt (siehe Tabelle 2). Der Flächenrückgang bei nur geringer Veränderung der Zahl der Ökobetriebe in Österreich kann in dem bereits 1997 erreichten hohen Anteil der Ökobetriebe begründet liegen. Die höchsten Zunahmen kontrollierter ökologischer Betriebe verzeichneten Irland, das Vereinigte Königreich, Spanien und Portugal. Die 130 275 ökologischen Betriebe in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewirtschafteten im Jahr 2000 rund 3,8 Mill. ha, wobei vor allem das Vereinigte Königreich seinen Flächenanteil wesentlich ausgeweitet hat. Auffallend sind die großen Unterschiede in den Zuwachsraten des ökologischen Landbaus zwischen den einzelnen Ländern. Ein Grund ist das In-Kraft-Treten der bereits erwähnten Öko-Tierhaltungs-Verordnung (EG) Nr. 1804/1999. So liegt im Vereinigten Königreich und in Irland die Mehrheit der umstellenden Betriebe in Grünlandregionen, die mit Viehhaltung (Rinder, Schafe) verbunden sind.

Tabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt sowie zertifizierte ökologische Betriebe gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 in Deutschland

Jahr	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche			Durchschnittliche Betriebsgröße	
	insgesamt	dar.: ökologisch	Anteil	insgesamt	dar.: ökologisch	Anteil	insgesamt	dar.: ökologisch
	Anzahl		%	ha		%	ha	
1995	587 744	6 642	1,1	17 246 889	309 487	1,8	29,3	46,6
1996	570 424	7 353	1,3	17 242 664	354 171	2,0	30,2	48,2
1997	555 377	8 184	1,5	17 215 166	389 693	2,3	31,0	47,6
1998	543 889	9 213	1,7	17 270 048	416 518	2,4	31,8	45,2
1999	471 960	10 425	2,2	17 151 556	452 327	2,6	36,3	43,4
2000	458 400	12 740	2,8	17 067 300	546 023	3,2	37,2	42,9

Quellen: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2001 (Hrsg.: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft); Bodennutzungshaupterhebung.

2) Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 des Rates vom 19. Juli 1999 zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (Amtsbl. der EG Nr. L 222 vom 24. August 1999, S. 1).

3) Eine weiterführende Definition des ökologischen Landbaus ist in Pöschl, H.: „Ökologischer Landbau 1999 – Ein Schlagwort und einige statistische Ergebnisse“ in WiSta 5/2001, S. 357 f. nachzulesen.

Tabelle 2: Zertifizierte ökologische Betriebe gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 in der Europäischen Union

Land	Zahl der Ökobetriebe			Fläche der Ökobetriebe		
	1997	2000	Veränderung	1997	2000	Veränderung
	Anzahl		%	1 000 ha		%
Deutschland ...	8 184	12 740	+ 55,7	416,5	546,0	+ 31,1
Belgien	317	628	+ 98,1	11,7	20,3	+ 73,5
Dänemark	1 617	3 466	+ 114,3	93,2	165,3	+ 77,4
Finnland	4 458	5 225	+ 17,2	116,2	147,4	+ 26,9
Frankreich	4 935	9 260	+ 87,6	219,8	370,0	+ 68,3
Griechenland ..	3 086	5 270	+ 70,8	15,4	24,8	+ 61,0
Irland	268	1 014	+ 278,4	24,4	32,4	+ 32,8
Italien	30 701	51 120	+ 66,5	577,5	1 040,4	+ 80,2
Luxemburg	23	51	+ 121,7	0,7	1,0	+ 42,9
Niederlande	1 391	.	.	27,8	.
Österreich	18 900	19 031	+ 0,7	287,9	272,0	- 5,5
Portugal	278	763	+ 174,5	29,5	50,0	+ 69,5
Schweden	2 833	3 329	+ 17,5	127,3	171,7	+ 34,9
Spanien	4 800	13 424	+ 179,7	269,5	380,8	+ 41,3
Vereinigtes Königreich ...	950	3 563	+ 275,1	78,8	527,3	+ 569,2
Insgesamt	130 275	.	.	3 777,1	.

Quellen: Statistik kurzgefasst, 5/2001, „Ökologischer Landbau“ (Hrsg.: Eurostat); Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2001 (Hrsg.: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft).

Des Weiteren resultieren die Unterschiede aus den jeweiligen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie aus der Ausgangssituation des ökologischen Landbaus in den einzelnen Ländern im Jahr 1997. So haben das gestiegene Verbraucherinteresse und die politische Förderung in Ländern mit einem jungen und kleinen Öko-Sektor häufig ein vergleichsweise stärkeres Wachstum bewirkt. Das hohe Interesse der Verbraucher im Vereinigten Königreich und in Irland hat, begünstigt durch die großen Probleme in der konventionellen Landwirtschaft, zur Zunahme des Ökolandbaus geführt. Ein weiterer Wachstumsfaktor ist die finanzielle Unterstützung beim Wechsel der Bewirtschaftungsform. Während Dänemark, Schweden, Österreich und Deutschland den ökologischen Landbau bereits national frühzeitig förderten, führte erst die Verordnung (EG) Nr. 1257/1999⁴⁾ ab dem Jahr 2000 in anderen Mitgliedstaaten zu einer kontinuierlichen Förderung. Die finanzielle Unterstützung des Ökolandbaus ersetzt in vielen Fällen die Subventionen für den konventionellen Landbau, die sich durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik merklich verringert haben. So trug die angespannte finanzielle Situation konventioneller Landwirte im Vereinigten Königreich und in Italien zu einem Wechsel zum ökologischen Landbau bei. Zudem setzte im Rahmen der zunehmenden politischen Unterstützung eine rasche Zunahme des Ökolandbaus ein; als beispielsweise in Dänemark Anfang 2000 die Öko-Molkereibranche einen wirtschaftlichen Höhepunkt erreichte, führte dies zum Neueinstieg vieler Landwirte in diese Produktionsform.

Daten aus der Agrarstrukturhebung 2001

In Fortführung des Frageprogramms der Landwirtschaftszählung 1999 wurden auch in der Agrarstrukturhebung 2001 Daten zum ökologischen Landbau erfasst. Wie bereits 1999 beschränkte sich die Erhebung auf die pauschale Frage an den Landwirt: „Unterliegt Ihr Betrieb dem Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau?“ Neben dieser generellen Aussage – ohne Angaben zu Art und Umfang der Bewirtschaftung – lassen sich in Verbindung mit dem Datenmaterial der Agrarstrukturhebung 2001 Angaben zur Betriebsstruktur und zu den Produktionszweigen der Ökobetriebe ableiten. Zur besseren Beurteilung wurde ein Strukturvergleich zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und den Ökobetrieben durchgeführt sowie die Entwicklung ausgehend von den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 verglichen.

Gesamtüberblick

Unterschiede zwischen den Ergebnissen des Meldeverfahrens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemäß Verordnung Nr. 2092/91 und den nachfolgend ermittelten Zahlen der Agrarstrukturhebung 2001 zu den Betriebszahlen und bewirtschafteten Flächen resultieren aus unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und aus fachlichen Unterschieden hinsichtlich der Bezugsquellen. Die Agrarstrukturhebung wurde im Mai 2001 durchgeführt, während der EU-Wert kumuliert zum 31. Dezember 2000 alle Meldungen des Jahres erfasste. Die im Rahmen des Kontrollverfahrens der Länder ermittelten Werte basieren auf allen zertifizierten Betrieben, während bei der Agrarstrukturhebung ausschließlich die ökologisch wirtschaftenden Betriebe innerhalb des vom Agrarstatistikgesetz vorgegebenen Erfassungsbereichs befragt werden. Dazu zählen Betriebe mit 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche und mehr oder einem bestimmten Mindestbestand an Tieren (z. B. acht Rinder bzw. Schweine). Für Spezialkulturen gelten geringere Flächenumfänge.

Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2001 gibt es in Deutschland 448 936 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 11 506 Betriebe mit ökologischem Landbau (siehe Tabelle 3 auf S. 474). Die 11 506 Betriebe bewirtschaften rund 602 600 ha LF, was eine Zunahme von 23% gegenüber der Fläche von 1999 darstellt. Damit wird ein Anteil von 3,5% der gesamten LF von 2,6% der landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch bewirtschaftet. Der Anteil der Ökobetriebe ist mit 4,6%, wie bereits 1999, in den neuen Bundesländern fast doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet mit 2,4%. Dementsprechend sind auch die Anteile an der LF seitens der ökologisch wirtschaftenden Betriebe mit 4,7% in den neuen Ländern gegenüber 2,9% im früheren Bundesgebiet größer.

4) Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 19. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen (Amtsbl. der EG Nr. L 160 vom 26. Juni 1999, S. 80).

Tabelle 3: Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2001 nach Betriebsgrößenklassen
Ergebnis der Agrarstrukturerhebung

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	1 000 ha		%
Deutschland						
unter 10	180863	2675	1,5	773,9	14,4	1,9
10 – 30	128411	4063	3,2	2348,4	76,1	3,2
30 – 50	58284	2000	3,4	2268,6	77,6	3,4
50 – 100	55054	1680	3,1	3810,3	115,8	3,0
100 – 200	17869	661	3,7	2369,2	89,2	3,8
200 und mehr	8455	427	5,1	5525,4	229,4	4,2
Insgesamt ...	448936	11506	2,6	17095,8	602,6	3,5
Früheres Bundesgebiet ¹⁾						
unter 10	168993	2467	1,5	726,8	13,4	1,8
10 – 30	122823	3779	3,1	2250,6	70,7	3,1
30 – 50	56300	1829	3,2	2191,6	71,0	3,2
50 – 100	52580	1478	2,8	3630,9	101,1	2,8
100 – 200	15156	450	3,0	1975,7	58,5	3,0
200 und mehr	2389	78	3,3	721,7	22,9	3,2
Zusammen ...	418241	10081	2,4	11497,2	337,7	2,9
Neue Länder ²⁾						
unter 10	11870	208	1,8	47,1	1,0	2,2
10 – 30	5588	284	5,1	97,8	5,4	5,5
30 – 50	1984	171	8,6	77,0	6,6	8,5
50 – 100	2474	202	8,2	179,5	14,7	8,2
100 – 200	2713	211	7,8	393,5	30,7	7,8
200 und mehr	6066	349	5,8	4803,7	206,5	4,3
Zusammen ...	30695	1425	4,6	5598,6	264,9	4,7

1) Einschl. Berlin-Ost. – 2) Ohne Berlin-Ost.

Betriebsgrößenstruktur

Die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe mit ökologischem Landbau beträgt nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 52,4 ha LF. Damit hat die Betriebsgröße im Vergleich zu 1999 geringfügig um rund 1 ha LF zugenommen. Dies ist allein auf den Flächenzuwachs im früheren Bundes-

gebiet von durchschnittlich 26,1 ha LF auf 33,5 ha LF zurückzuführen, in den neuen Ländern ging die durchschnittliche Betriebsgröße von 190,9 ha LF auf 185,9 ha LF zurück. Dennoch bleiben wesentliche Unterschiede bezüglich der Größenklassen zwischen früherem Bundesgebiet und neuen Ländern bestehen. In den neuen Ländern werden mehr als drei Viertel der Fläche durch Betriebe mit 200 ha LF und mehr ökologisch bewirtschaftet. Im Verhältnis dazu ist der ökologische Landbau im früheren Bundesgebiet im Wesentlichen durch Betriebe mit einer LF von 10 bis unter 100 ha gekennzeichnet (siehe Tabelle 3).

Bei sinkenden Betriebszahlen ist sowohl bei allen Betrieben als auch bei den Betrieben mit ökologischem Landbau die LF je Betrieb gegenüber 1999 gestiegen. Aber auch im Erhebungsjahr 2001 fällt die bessere Flächenausstattung der Betriebe mit ökologischem Landbau auf. Wie schon 1999 sind die Ökobetriebe mit durchschnittlich 52,4 ha LF flächenmäßig deutlich größer als die Betriebe insgesamt mit im Durchschnitt 38,1 ha LF. In der Größenklasse unter 10 ha sind nur 23% der ökologisch wirtschaftenden Betriebe vertreten, während die Betriebe insgesamt mit 40% einen wesentlich höheren Anteil aufweisen (siehe Schaubild 1). Eine Fläche von mehr als 100 ha bewirtschaften 9,5% der ökologischen Betriebe, bei den Betrieben insgesamt haben nur 5,9% mehr als 100 ha LF in der Nutzung. Eine Erklärung für die Unterschiede in der Bodenausstattung der Betriebe insgesamt zu den Betrieben mit ökologischem Landbau liefert die geringere Intensität der Flächennutzung und der damit verbundene höhere Flächenbedarf im Ökolandbau.

Anbau auf dem Ackerland

Die ökologischen Betriebe weisen im Erhebungsjahr 2001 große Anbauflächen vor allem bei Getreide, insbesondere bei Weizen, Roggen und Hafer, sowie bei Hülsenfrüchten, Futterpflanzen und der Brache auf (siehe Tabelle 4). Dabei kommt dem Getreide und den Futterpflanzen im Ökolandbau die größte Bedeutung zu. Aufgrund der unterschiedlichen Gliederung in den Frageprogrammen der Landwirtschaftszählung und Agrarstrukturerhebung ist hinsichtlich der Ölf Früchte ein direkter Vergleich im Zeitablauf nicht mög-

Tabelle 4: Anbauflächen auf dem Ackerland

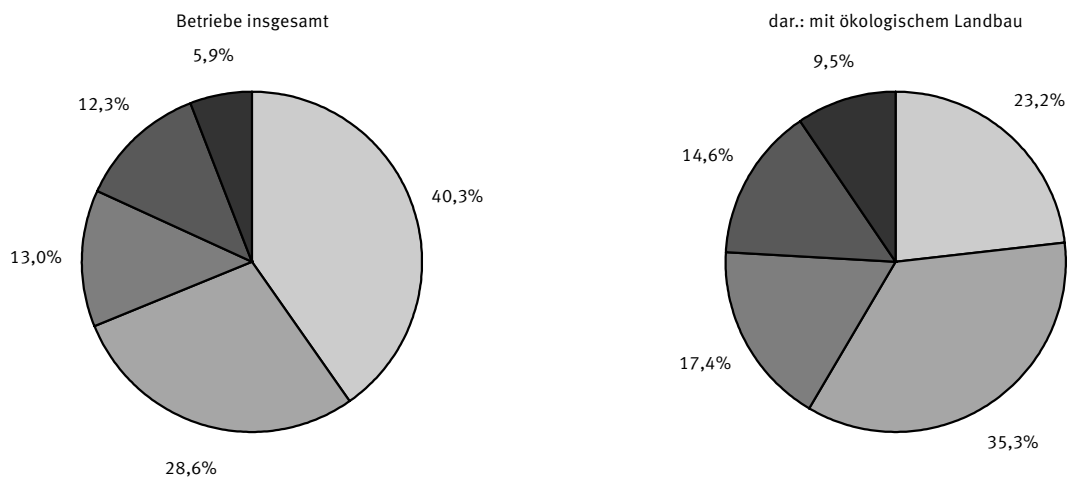
Anbauflächen	Landwirtschaftszählung 1999			Agrarstrukturerhebung 2001		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	ha		%	ha		%
Ackerland	11 821 479	252 834	2,1	11 813 215	295 090	2,5
Getreide	6 634 683	123 901	1,9	7 045 737	160 608	2,3
darunter:						
Weizen	2 601 122	40 685	1,6	2 897 202	51 453	1,8
Roggen	748 170	32 006	4,3	836 981	48 375	5,8
Wintergerste	1 369 783	7 931	0,6	1 473 031	9 121	0,6
Sommergerste	840 570	13 644	1,6	638 790	11 750	1,8
Hafer	267 754	13 024	4,9	233 324	16 539	7,1
Hülsenfrüchte	212 205	19 262	9,1	218 638	21 968	10,0
Hackfrüchte	813 518	7 971	1,0	742 786	7 302	1,0
Futterpflanzen	1 708 851	48 199	2,8	1 580 904	52 328	3,3
Gartengewächse	110 886	.	.	115 234	6 904	6,0
Handelsgewächse	1 495 584	.	.	1 259 717	11 862	0,9
Brache	845 754	26 489	3,1	850 199	34 118	4,0

Schaubild 1

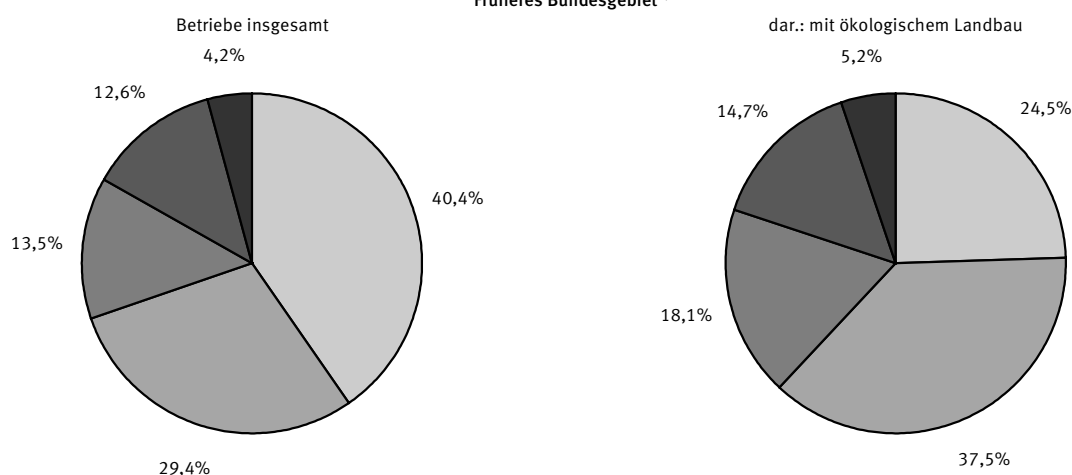
Landwirtschaftliche Betriebe 2001 nach Betriebsgrößenklassen
Ergebnis der Agrarstrukturerhebung

unter 10 ha
 10 bis unter 30 ha
 30 bis unter 50 ha
 50 bis unter 100 ha
 100 ha und mehr

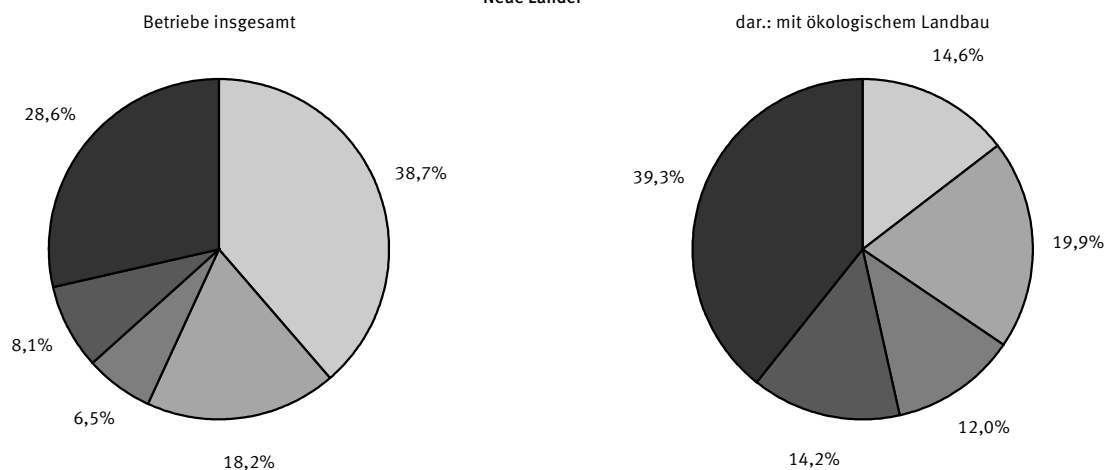
Deutschland



Früheres Bundesgebiet¹⁾



Neue Länder²⁾



1) Einschl. Berlin-Ost. - 2) Ohne Berlin-Ost.

lich. Wurden 1999 die Anbauflächen für Ölfrüchte im ökologischen Landbau noch gesondert ausgewiesen (18 332 ha), sind sie in der Agrarstrukturhebung 2001 mit denen für Rübsen, Hopfen, Tabak sowie Heil- und Gewürzpflanzen unter dem Oberbegriff Handelsgewächse zusammengefasst. Innerhalb dieser Gruppe ist jedoch von einem überwiegenden Anteil der Ölfrüchte auszugehen. Ein Vergleich der Jahre 1999 und 2001 zeigt die geringe Bedeutung der Anbaufläche für Ölfrüchte. Die Gruppe der ökologisch angebauten Gartengewächse mit einem Anteil von 6,0% an der Anbaufläche insgesamt umfasst neben Blumen, Zierpflanzen und Stauden im Wesentlichen Gemüse, Spargel und Erdbeeren.

Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und den Betrieben mit ökologischem Landbau

ergeben sich hauptsächlich durch die verschiedene Fruchtfolgegestaltung. So besitzt der Anbau von Weizen, Gerste und Ölfrüchten im Ökolandbau eine geringere Bedeutung. Dagegen liegen im Getreideanbau der Ökobetriebe die Anteile von Roggen und Hafer mit 30,1 und 10,3% weit über den Anteilen von 11,9 bzw. 3,3% dieser beiden Getreidearten bei allen landwirtschaftlichen Betrieben (siehe Schaubild 2). Gleiches gilt in noch stärkerem Maße für die Hülsenfrüchte mit 7,4% im Ökolandbau gegenüber 1,9% in den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt. Sowohl Hülsenfrüchte als auch Roggen und Hafer dienen zur Auflockerung der Fruchtfolge. Wie bereits bei den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 ist auch im Jahr 2001 mit 17,7 bzw. 11,6% der Anbaufläche die Bedeutung des Futteranbaus und der Brache höher als bei den Betrieben ins-

Schaubild 2

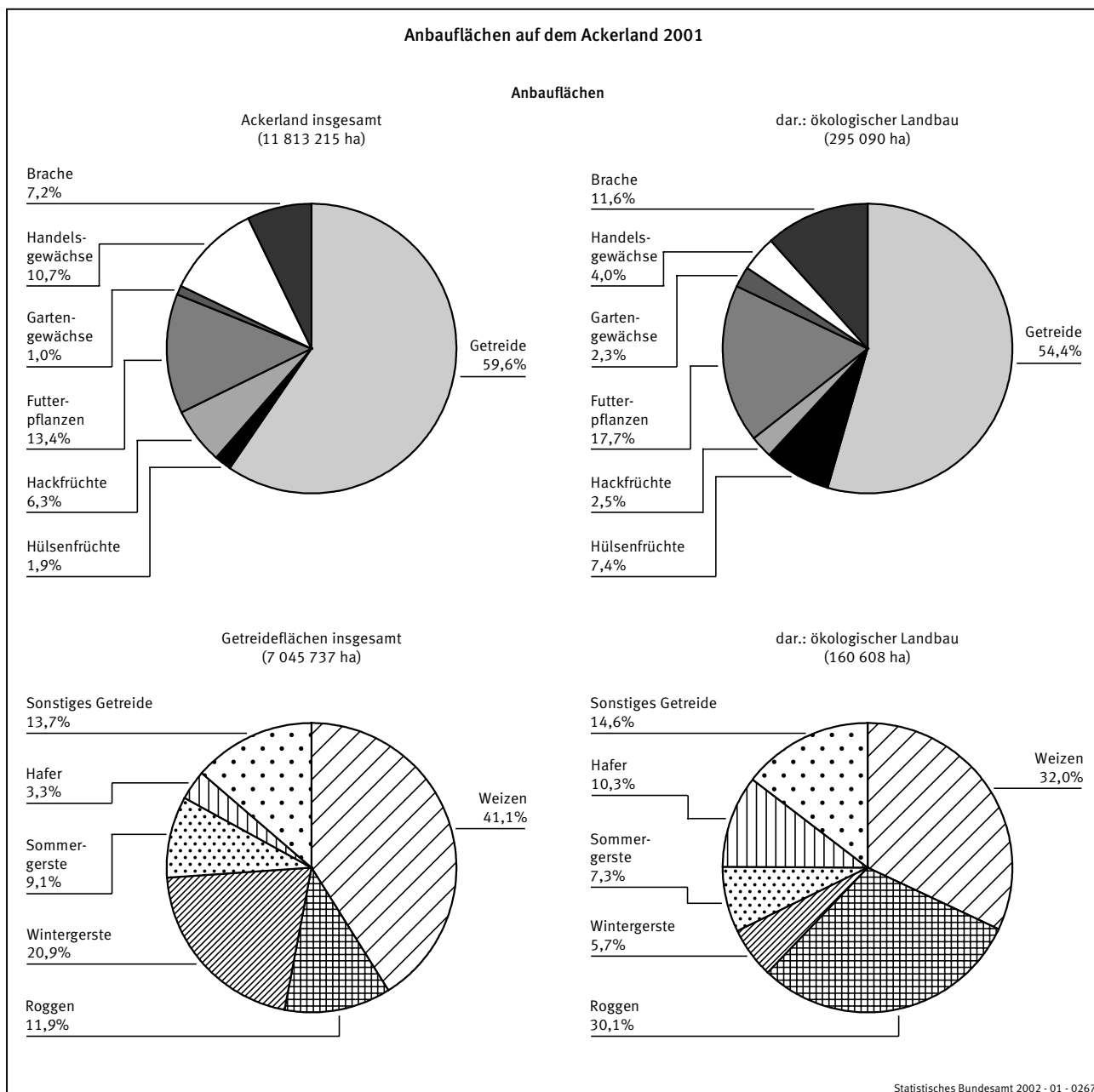


Tabelle 5: Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung

Gegenstand der Nachweisung	Landwirtschaftszählung 1999			Agrarstrukturerhebung 2001		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	Anzahl		%
Betriebe mit Viehhaltung insgesamt	352 137	7 607	2,2	.	9 341	.
darunter:						
mit Rindern						
Betriebe	237 964	5 887	2,5	217 523	7 223	3,3
Tiere	14 895 813	370 689	2,5	14 603 087	472 356	3,2
durchschnittliche Zahl der Tiere	63	63	X	67	65	X
dar.: mit Milchkühen						
Betriebe	152 653	2 888	1,9	131 807	3 248	2,5
Tiere	4 765 136	85 252	1,8	4 548 587	102 250	2,2
durchschnittliche Zahl der Tiere	31	30	X	35	31	X
mit Schweinen						
Betriebe	141 448	2 386	1,7	115 537	2 350	2,0
Tiere	26 101 034	117 061	0,4	25 783 928	139 632	0,5
durchschnittliche Zahl der Tiere	185	49	X	223	59	X
mit Schafen						
Betriebe	33 983	.	.	32 630	1 572	4,8
Tiere	2 723 655	.	.	2 771 147	226 308	8,2
durchschnittliche Zahl der Tiere	80	.	X	85	144	X
mit Geflügel (Hühner, Gänse, Enten und Truthühner)						
Betriebe	3 414	.
Tiere	118 302 846	.	.	122 056 102	1 222 507	1,0
durchschnittliche Zahl der Tiere	X	.	358	X

gesamt mit 13,4 bzw. 7,2%. Der höhere Flächenbedarf für Futterpflanzen lässt sich durch die extensive Tierhaltung im ökologischen Landbau erklären.

Viehbestände

Im ökologischen Landbau halten über 81% der Betriebe landwirtschaftliche Nutztiere, darunter 63% Rinder, 20%

Schweine und 30% Geflügel (siehe Tabelle 5). Von den Betrieben mit Rindern halten knapp 45% Milchvieh. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Viehhaltungsbetriebe um fast ein Viertel angestiegen, verbunden mit einer entsprechenden Zunahme der Tierzahlen. In den Betrieben mit Rinderhaltung und Schweineproduktion wurden 27 bzw. 19% mehr Tiere erfasst. Während dies in der Rinderhaltung bei neu hinzu kommenden Ökobetrieben mit nur leicht steigenden Tierzahlen je Landwirtschafts-

Tabelle 6: Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung 2001
Ergebnis der Agrarstrukturerhebung

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder ²⁾		
	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil	insgesamt	dar.: ökologischer Landbau	Anteil
	Anzahl		%	Anzahl		%
Betriebe mit Viehhaltung insgesamt	8 196	.	.	1 145	.
darunter:						
mit Rindern						
Betriebe	202 065	6 395	3,2	15 458	828	5,4
Tiere	12 028 654	307 502	2,6	2 574 433	164 854	6,4
durchschnittliche Zahl der Tiere	60	48	X	167	199	X
dar.: mit Milchkühen						
Betriebe	126 199	3 109	2,5	5 608	139	2,5
Tiere	3 669 411	86 138	2,3	879 176	16 112	1,8
durchschnittliche Zahl der Tiere	29	28	X	157	116	X
mit Schweinen						
Betriebe	109 055	2 085	1,9	6 482	265	4,1
Tiere	22 301 630	107 095	0,5	3 482 298	32 537	0,9
durchschnittliche Zahl der Tiere	204	51	X	537	123	X
mit Schafen						
Betriebe	27 920	1 262	4,5	4 710	310	6,6
Tiere	1 982 767	147 607	7,4	788 380	78 701	10,0
durchschnittliche Zahl der Tiere	71	117	X	167	254	X
mit Geflügel (Hühner, Gänse, Enten und Truthühner)						
Betriebe	3 040	.	.	374	.
Tiere	87 632 000	783 338	0,9	34 424 102	439 169	1,3
durchschnittliche Zahl der Tiere	258	X	.	1 174	X

1) Einschl. Berlin-Ost. – 2) Ohne Berlin-Ost.

Verordnung Nr. 1804/1999 zur Tierhaltung je nach Tierart lediglich eine Umstellungsphase von sechs Wochen bis zu zwölf Monaten voraussetzt. Bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse der Agrarstrukturhebung 2003 liegt in den betreffenden Landwirtschaftsbetrieben also im Regelfall die Öko-Zulassung für Tiererzeugnisse vor. Deshalb werden hier die noch in der Umstellung befindlichen Tierarten wie die bereits in die ökologische Bewirtschaftungsmethode einbezogenen Tierarten behandelt.

In Verbindung mit den übrigen Angaben der Agrarstrukturhebung 2003 erweitern die neu erhobenen Merkmale die Auswertungsmöglichkeiten für ökologisch wirtschaftende Betriebe und gewähren im Vergleich zu den vorausgegangenen Erhebungen eine genauere Beschreibung der Produktionsstrukturen. So lassen sich zum Beispiel – nicht wie in der Landwirtschaftszählung 1999 und Agrarstrukturhebung 2001 – nicht nur Aussagen über bereits anerkannte und vollständig umgestellte ökologische Betriebe treffen. Ab der Agrarstrukturhebung 2003 besteht auch die Möglichkeit, zwei weitere Szenarien der Umstellung zum ökologischen Betrieb besser zu berücksichtigen, zum einen, wie zuvor erläutert, die Differenzierung in bereits umgestellte Betriebe sowie in der Umstellung befindliche Betriebszweige, und zum anderen die Einrichtung eines „Mischbetriebes“, der sowohl ökologisch als auch konventionell wirtschaftet. Letzteres lässt der Gesetzgeber unter der Voraussetzung zu, dass beide Bewirtschaftungsformen strikt voneinander getrennt sind. Mittels der künftig vorgesehenen Abfrage der genauen Hektarangaben und der umgestellten Tierarten im ökologischen Landbau ist durch den Vergleich mit den Aussagen zur Bodennutzung und zu den Viehbeständen eine Teilung des Betriebes leichter zu verifizieren. Damit erhöht sich die Zuverlässigkeit der erhobenen Merkmale. Eine Einschränkung bleibt bestehen, da für die Tierarten Rinder, Schweine und Geflügel durch die fehlende Unterteilung in die verschiedenen möglichen Produktionsrichtungen (z. B. Milchkühe, Mutterkühe) keine spezifischen Angaben gemacht werden.

Mit den Daten aus der Agrarstrukturhebung 2003 ist die Fortschreibung der Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung 1999 sowie der Agrarstrukturhebung 2001 unproblematisch, da erstmals gesicherte Aussagen zu den erfassten Merkmalen vorliegen. Daraus ergibt sich ein differenzierter Überblick über die Entwicklung der Größenstruktur der Betriebe mit ökologischem Landbau, die Art ihrer Flächennutzung, den Umfang der einbezogenen Tierbestände und die Arbeitskräftesituation im Zeitablauf. Darüber hinaus lassen sich durch die Verknüpfung der Merkmale des ökologischen Landbaus mit weiteren Daten aus der Agrarstrukturhebung 2003 zusätzliche Informationen gewinnen, welche die extensive Bewirtschaftung durch die Ökobetriebe beschreiben (z. B. die geringe Flächenproduktivität der Betriebszweige). Zu nennen ist neben der Unterscheidung in Marktfrüchte, Futterbau (einschließlich Grünland) und Stilllegung auch die Erfassung des Zwischenfruchtbaus. Die Angaben zu den Tierarten und -beständen (unter Einbeziehung von Pferden, Geflügel und Schafen) ermöglichen außer prozentualen Mengenangaben und Durchschnittsgrößen ebenfalls die Erfassung der Großvieheinheiten (GV) je ha LF. Die GV findet als relevante Bezugsgröße

je ha LF bzw. je Arbeitskraft in der Landwirtschaft häufig Verwendung, beispielsweise zur Beschreibung der Intensität der Flächennutzung und des Arbeitskräfteeinsatzes. Eine GV entspricht etwa 500 kg Lebendgewicht und bezieht sich auf den Durchschnittsbestand aller ganzjährig im Betrieb gehaltenen Nutztvieharten. Das Lebendgewicht dient als Basis für die Umrechnung der verschiedenen Tierarten, sodass für jede Tierart je nach Gewicht eine GV-Zahl vorgegeben ist.

Mit der Agrarstrukturhebung 2003 werden erstmals in Deutschland mögliche Einkommenskombinationen landwirtschaftlicher Betriebe erfasst. Einkommenskombinationen sind ein Element der Multifunktionalität der Landwirtschaftsbetriebe, das heißt ihres Potenzials, vielfältige Güter und Dienstleistungen hervorzubringen. Dieses Konzept beinhaltet die Schaffung zusätzlicher langfristiger Einkommensquellen neben der landwirtschaftlichen Primärproduktion (Ackerbau und Viehhaltung) mit dem Ziel, die Erwerbschancen und Struktur im ländlichen Raum zu verbessern. Dazu zählen Tätigkeiten, bei denen die Betriebsmittel Boden, Gebäude, Maschinen und/oder die Erzeugnisse des Betriebes eingesetzt werden. Beispiele sind Hofläden, Urlaub auf dem Bauernhof, Transportarbeiten oder Landschaftspflege. Dadurch können Daten des ökologischen Landbaus mit ausgewählten Merkmalen der Entwicklung des ländlichen Raums ins Verhältnis gesetzt werden, beispielhaft seien die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Fremdenverkehr/Beherbergung genannt.

Für alle genannten Sachverhalte ist zur besseren Beurteilung des ökologischen Landbaus ein Vergleich mit den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland insgesamt vorgesehen. Wenn es die Aktualität der Daten zulässt, kann auch im Jahr 2003 eine Gegenüberstellung mit Daten der übrigen Mitgliedstaaten der EU erfolgen. [\[1\]](#)

Dipl.-Ingenieur Michael Deggau

Nutzung der Bodenfläche

Flächenerhebung 2001 nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die Bundesregierung strebt in ihrer im April 2002 verabschiedeten Strategie für eine nachhaltige Entwicklung eine Reduktion des Zuwachses der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke an. Die gegenwärtige Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von durchschnittlich 129 ha/Tag soll bis zum Jahr 2020 auf 30 ha/Tag vermindert werden.

Die Bereitstellung statistischer Daten über die Bodennutzung stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bodenschutzpolitik dar, die auf einen Ausgleich zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Anforderungen an den Boden ausgerichtet ist. Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes sieht deshalb künftig die jährliche Erhebung der Siedlungs- und Verkehrsfläche vor.

Vorbemerkung

Neben den Umweltmedien Wasser und Luft kommt dem Boden eine zentrale Bedeutung in der Umweltpolitik zu. An ihn werden zahlreiche und oftmals miteinander konkurrierende Anforderungen gestellt. Die vielfältigen Funktionen, die der Boden zu erfüllen hat, sind im Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)¹⁾ definiert:

„Der Boden erfüllt im Sinne dieses Gesetzes

1. natürliche Funktionen als
 - a) Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen,

- b) Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,
- c) Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen aufgrund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers,

2. Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte sowie

3. Nutzungsfunktionen als
 - a) Rohstofflagerstätte,
 - b) Fläche für Siedlung und Erholung,
 - c) Standort für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung,
 - d) Standort für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung.“

Die Bereitstellung statistischer Daten über die Bodennutzung stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bodenschutzpolitik dar, die auf einen Ausgleich zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Anforderungen an den Boden ausgerichtet ist.

1 Datenbasis

Statistiken über die Bodennutzung gehören bereits seit Beginn der amtlichen Statistik nach der Gründung des Deutschen Reiches zu deren Standardprogramm. Allerdings dominierte lange Zeit die landwirtschaftliche Ausrichtung

¹⁾ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), § 2 Abs. 2.

der Erhebungen. Informationen über Siedlungen, Verkehrsflächen usw. hatten eher ergänzenden Charakter.²⁾

Erst im Jahr 1979 wurde separat eine allgemeine Flächen-erhebung auf der Grundlage des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung³⁾ durchgeführt, die eine über landwirtschaftliche Gesichtspunkte hinausgehende Erfassung der Bodenflächen nach der Art ihrer Nutzung ermöglichte. Die 1981 wiederholte und seitdem alle vier Jahre durchgeführte Erhebung basiert heute auf dem Agrarstatistikgesetz.⁴⁾ Im Jahr 1989 wurde auf der Grundlage dieses Gesetzes neben der Erhebung der tatsächlichen Bodennutzung erstmals auch die geplante Bodennutzung erhoben. Die erstgenannte Erhebung beruht auf einer Auswertung der Liegenschaftskataster, die letztgenannte stützt sich auf die Flächennutzungspläne der Gemeinden.

Die Basisdaten für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung werden von den Vermessungsverwaltungen über die Statistischen Ämter der Länder an das Statistische Bundesamt geliefert. Die Grundlage der Erhebung bildet das AdV-Nutzungsartenverzeichnis⁵⁾. Den im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Flurstücken sind nach diesem Verzeichnis jeweils die ihrer aktuellen Nutzung entsprechenden Nutzungskategorien zugeordnet. In Verbindung mit den Angaben zur jeweiligen Flurstücksgröße (Fläche) sind damit die Erhebungsgrundlagen gegeben. Das Nutzungsartenverzeichnis unterscheidet die folgenden acht Nutzungsartengruppen (100er-Positionen des Verzeichnisses):

- Gebäude- und Freifläche
- Betriebsfläche
- Erholungsfläche
- Verkehrsfläche
- Landwirtschaftsfläche
- Waldfläche
- Wasserfläche
- Flächen anderer Nutzung

Die weitere Untergliederung der Nutzungsartengruppen erlaubt die Differenzierung von rund 60 Nutzungsarten (10er-Positionen). In seiner tiefsten Gliederung unterscheidet das gegenwärtige Verzeichnis rund 300 verschiedene Nutzungskategorien (1er-Positionen).

Die Anzahl der innerhalb der einzelnen Länder differenzierbaren Bodennutzungsarten ist abhängig vom Automatisierungsgrad der jeweiligen Liegenschaftskataster. Das gegenwärtige, den bundesweiten Nachweis bestimmende

Veröffentlichungsprogramm umfasst 17 Nutzungskategorien, von denen derzeit allerdings erst zwölf flächendeckend abrufbar sind. Bereits zehn Länder sind in der Lage, die Bodennutzung mit dem vorgenannten Differenzierungsgrad von rund 60 Kategorien nachzuweisen.

Auch die regionale und zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Flächenerhebung ist wegen des unterschiedlichen Automatisierungsstandes der Liegenschaftskataster in den einzelnen Ländern und teilweise auch innerhalb der Länder beeinträchtigt, da Genauigkeit und Untergliederung der Bodennutzungsdaten regional voneinander abweichen können. Die im Zeitvergleich nachgewiesenen Nutzungsänderungen können deshalb sowohl auf tatsächliche Nutzungsumwidmungen als auch auf veränderte Nutzungsartenzuordnungen im Zuge der Automation des Liegenschaftskatasters zurückzuführen sein. Teilweise werden dadurch rückwirkende Korrekturen vorangegangener Erhebungen erforderlich.

Hinzu kommen noch länderspezifische Besonderheiten. Den Ausgangspunkt für die Nutzungsartenzuweisung in den neuen Ländern bildeten 1993 die aus einer computergestützten Liegenschaftsdokumentation der ehemaligen DDR vorliegenden Daten (COLIDO-Datenbestand). In der Regel wurden die aktualisierten COLIDO-Daten maschinell auf das AdV-Nutzungsartenverzeichnis umgeschlüsselt.⁶⁾ In Sachsen-Anhalt zieht man im Rahmen der Flächenerhebung neben den Daten des Liegenschaftskatasters, das nur die Nutzungsgruppen abdeckt, auch Informationen aus dem Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS) heran.

2 Bodennutzung 2001

2.1 Gesamtergebnisse

Einen Überblick über die Ergebnisse der Flächenerhebung 2001 liefern Schaubild 1 und Tabelle 1.⁷⁾ Die Landwirtschaftsfläche (einschließlich Moor und Heide) nimmt mit 191 028 km² (53,5%) den größten Anteil der Bodenfläche Deutschlands (357 031 km²) ein, gefolgt von der Waldfläche mit 105 314 km² (29,5%). Für Siedlungs- und Verkehrszwecke werden 43 939 km² (12,3%) der Bodenfläche benötigt. Von Wasserfläche sind 8 085 km² (2,3%) der Bodenfläche Deutschlands bedeckt, die Sonstigen Flächen⁸⁾ nehmen 8 665 km² (2,4%) ein.

Vergleicht man die Anteile der unterschiedlich genutzten Flächen an den jeweiligen Landesflächen, so ergibt sich ein differenziertes Bild. So reichen die Anteile der Landwirt-

2) Zur Historie der Bodennutzungsstatistiken siehe Huber, L.: „Die übrige landwirtschaftliche Statistik“ in Zahn, F. (Hrsg.): „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, Band II, München und Berlin 1911, S. 128 ff. und Wirth, H.: „Statistik der Bodenbenutzung“ in Burgdörfer, F. (Hrsg.): „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, Berlin 1940, S. 860 ff.

3) Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 11. August 1978 (BGBl. I S. 1509).

4) Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635).

5) Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen (Nutzungsartenverzeichnis) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV), Stand 1991.

6) Siehe Petraschke, B./Pesch, K.-H.: „Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland“ in WiSta 7/1998, S. 574 ff.

7) Differenziertere Angaben zur Bodennutzung sind der Anhangtabelle auf S. 486 f. zu entnehmen.

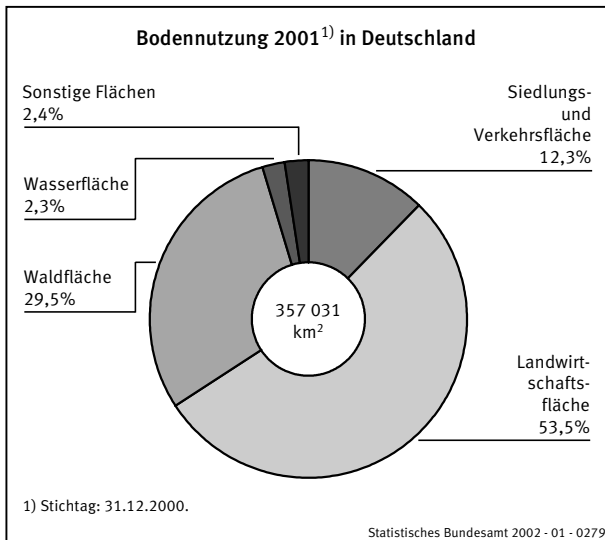
8) Die hier so genannten Sonstigen Flächen ergeben sich neben Landwirtschafts-, Wald-, Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie Wasserfläche als „Restkategorie“ aus den Flächen anderer Nutzung (ohne Friedhof) zuzüglich Abbauand.

Tabelle 1: Bodennutzung 2001¹⁾ in Deutschland

Nutzungsart	Deutschland	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
	km ²								
Bodenfläche insgesamt	357 031	35 751	70 550	892	29 477	404	755	21 115	23 173
Gebäude- und Freifläche ..	23 081	2 500	3 663	359	1 253	136	269	1 518	817
Betriebsfläche	2 528	109	261	9	386	7	9	79	61
Erholungsfläche	2 659	249	300	103	94	32	57	176	86
Verkehrsfläche	17 118	1 897	3 234	135	1 010	48	89	1 383	615
Landwirtschaftsfläche	191 028	16 749	35 713	47	14 705	118	210	9 071	14 906
Waldfläche	105 314	13 584	24 536	159	10 299	8	34	8 434	4 942
Wasserfläche	8 085	358	1 374	59	1 004	46	61	276	1 276
Flächen anderer Nutzung ..	7 219	305	1 470	21	725	9	27	179	470
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	43 939	4 718	7 344	615	2 416	226	431	3 139	1 551
	Deutschland = 100								
Bodenfläche insgesamt	100	10,0	19,8	0,2	8,3	0,1	0,2	5,9	6,5
Gebäude- und Freifläche ..	100	10,8	15,9	1,6	5,4	0,6	1,2	6,6	3,5
Betriebsfläche	100	4,3	10,3	0,3	15,3	0,3	0,3	3,1	2,4
Erholungsfläche	100	9,4	11,3	3,9	3,5	1,2	2,1	6,6	3,2
Verkehrsfläche	100	11,1	18,9	0,8	5,9	0,3	0,5	8,1	3,6
Landwirtschaftsfläche	100	8,8	18,7	0,0	7,7	0,1	0,1	4,7	7,8
Waldfläche	100	12,9	23,3	0,2	9,8	0,0	0,0	8,0	4,7
Wasserfläche	100	4,4	17,0	0,7	12,4	0,6	0,8	3,4	15,8
Flächen anderer Nutzung ..	100	4,2	20,4	0,3	10,0	0,1	0,4	2,5	6,5
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	100	10,7	16,7	1,4	5,5	0,5	1,0	7,1	3,5
	jeweiliges Gebiet = 100								
Bodenfläche insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Gebäude- und Freifläche ..	6,5	7,0	5,2	40,2	4,3	33,7	35,6	7,2	3,5
Betriebsfläche	0,7	0,3	0,4	1,0	1,3	1,6	1,1	0,4	0,3
Erholungsfläche	0,7	0,7	0,4	11,5	0,3	7,9	7,5	0,8	0,4
Verkehrsfläche	4,8	5,3	4,6	15,2	3,4	11,8	11,7	6,5	2,7
Landwirtschaftsfläche	53,5	46,8	50,6	5,3	49,9	29,2	27,8	43,0	64,3
Waldfläche	29,5	38,0	34,8	17,9	34,9	1,9	4,5	39,9	21,3
Wasserfläche	2,3	1,0	1,9	6,6	3,4	11,5	8,1	1,3	5,5
Flächen anderer Nutzung ..	2,0	0,9	2,1	2,4	2,5	2,3	3,6	0,8	2,0
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	12,3	13,2	10,4	69,0	8,2	55,8	57,0	14,9	6,7
	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	
	km ²								
Bodenfläche insgesamt	47 616	34 081	19 853	2 569	18 413	20 447	15 763	16 172	
Gebäude- und Freifläche ..	3 191	4 171	1 082	301	1 191	978	972	678	
Betriebsfläche	398	352	103	27	373	212	81	62	
Erholungsfläche	374	468	300	22	125	106	103	64	
Verkehrsfläche	2 330	2 268	1 197	157	713	760	635	647	
Landwirtschaftsfläche	29 249	17 375	8 501	1 146	10 317	12 819	11 379	8 724	
Waldfläche	10 037	8 436	8 098	858	4 879	4 356	1 499	5 154	
Wasserfläche	1 073	628	270	26	331	347	765	191	
Flächen anderer Nutzung ..	963	383	300	34	484	867	330	653	
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	6 023	7 147	2 656	506	2 073	1 914	1 760	1 418	
	Deutschland = 100								
Bodenfläche insgesamt	13,3	9,5	5,6	0,7	5,2	5,7	4,4	4,5	
Gebäude- und Freifläche ..	13,8	18,1	4,7	1,3	5,2	4,2	4,2	2,9	
Betriebsfläche	15,8	13,9	4,1	1,0	14,8	8,4	3,2	2,4	
Erholungsfläche	14,1	17,6	11,3	0,8	4,7	4,0	3,9	2,4	
Verkehrsfläche	13,6	13,2	7,0	0,9	4,2	4,4	3,7	3,8	
Landwirtschaftsfläche	15,3	9,1	4,5	0,6	5,4	6,7	6,0	4,6	
Waldfläche	9,5	8,0	7,7	0,8	4,6	4,1	1,4	4,9	
Wasserfläche	13,3	7,8	3,3	0,3	4,1	4,3	9,5	2,4	
Flächen anderer Nutzung ..	13,3	5,3	4,1	0,5	6,7	12,0	4,6	9,0	
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	13,7	16,3	6,0	1,2	4,7	4,4	4,0	3,2	
	jeweiliges Gebiet = 100								
Bodenfläche insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	
Gebäude- und Freifläche ..	6,7	12,2	5,5	11,7	6,5	4,8	6,2	4,2	
Betriebsfläche	0,8	1,0	0,5	1,0	2,0	1,0	0,5	0,4	
Erholungsfläche	0,8	1,4	1,5	0,8	0,7	0,5	0,7	0,4	
Verkehrsfläche	4,9	6,7	6,0	6,1	3,9	3,7	4,0	4,0	
Landwirtschaftsfläche	61,4	51,0	42,8	44,6	56,0	62,7	72,2	53,9	
Waldfläche	21,1	24,8	40,8	33,4	26,5	21,3	9,5	31,9	
Wasserfläche	2,3	1,8	1,4	1,0	1,8	1,7	4,9	1,2	
Flächen anderer Nutzung ..	2,0	1,1	1,5	1,3	2,6	4,2	2,1	4,0	
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche	12,6	21,0	13,4	19,7	11,3	9,4	11,2	8,8	

1) Stichtag: 31. Dezember 2000.

Schaubild 1



schaftsfläche an der Bodenfläche (ohne Berücksichtigung der Stadtstaaten) von 42,8% in Rheinland-Pfalz bis 72,2% in Schleswig-Holstein. In acht Ländern wird mehr als die Hälfte der Bodenfläche landwirtschaftlich genutzt.

Stellt man im Hinblick auf die Waldfläche die gleiche Betrachtung an wie bei der Landwirtschaftsfläche, so zeigt sich bei den Flächenstaaten ein umgekehrtes Bild: Schleswig-Holstein weist mit 9,5% den niedrigsten und Rheinland-Pfalz mit 40,8% den höchsten Waldanteil auf. Interessant ist hier auch der Blick auf die Stadtstaaten. Während in Bremen nur 1,9% und in Hamburg nur 4,5% der Bodenfläche von Wald bedeckt sind, weist Berlin mit 17,9% einen sehr hohen Waldanteil auf.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche liegt erwartungsgemäß in den Stadtstaaten Berlin (69,0%), Hamburg (57,0%) und Bremen (55,8%) am höchsten. In den anderen Bundesländern reicht die Spanne des Siedlungs- und Verkehrsflächenanteils von 6,7% in Mecklenburg-Vorpommern bis 21,0% in Nordrhein-Westfalen.

Die von Wasser bedeckten Flächen sind in Bayern (1 374 km²) und Mecklenburg-Vorpommern (1 276 km²) besonders groß. Damit befindet sich rund ein Drittel der Wasserfläche Deutschlands in diesen beiden Bundesländern. Den größten Anteil der Wasserfläche an der Bodenfläche weisen dagegen die Stadtstaaten Bremen (11,5%), Hamburg (8,1%) und Berlin (6,6%) auf. Bei den Flächenstaaten reicht die Spanne von 1,0% in Baden-Württemberg bis 5,5% in Mecklenburg-Vorpommern.

2.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof zusammen.

Von der bereits genannten, für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzten Fläche von 43 939 km² (12,3% der Bodenfläche Deutschlands) entfallen die größten Anteile auf die Gebäude- und Freifläche (52,5%) sowie die Verkehrsfläche (39,0%). Diesen folgen mit abnehmendem Flächenumfang die Erholungsfläche (6,1%), Betriebsfläche (ohne Abbauand) (1,7%) und Friedhofsfläche (0,8%).

Die vorgenannten Nutzungskategorien, aus denen sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche zusammensetzt, machen deutlich, dass „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ nicht gleichgesetzt werden können. Die Siedlungs- und Verkehrsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.⁹⁾ Darunter können sich auch solche befinden, die zum Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft durch Bebauung und Versiegelung bereitgestellt wurden.

In Deutschland beansprucht die für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzte Fläche bereits das Doppelte der Bodenfläche des Landes Hessen. Auf die Anteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche an den jeweiligen Landesflächen wurde bereits eingegangen. Schaubild 2 gibt darüber hinaus einen Überblick über die Verteilung der Anteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche an den Flächen der Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands.

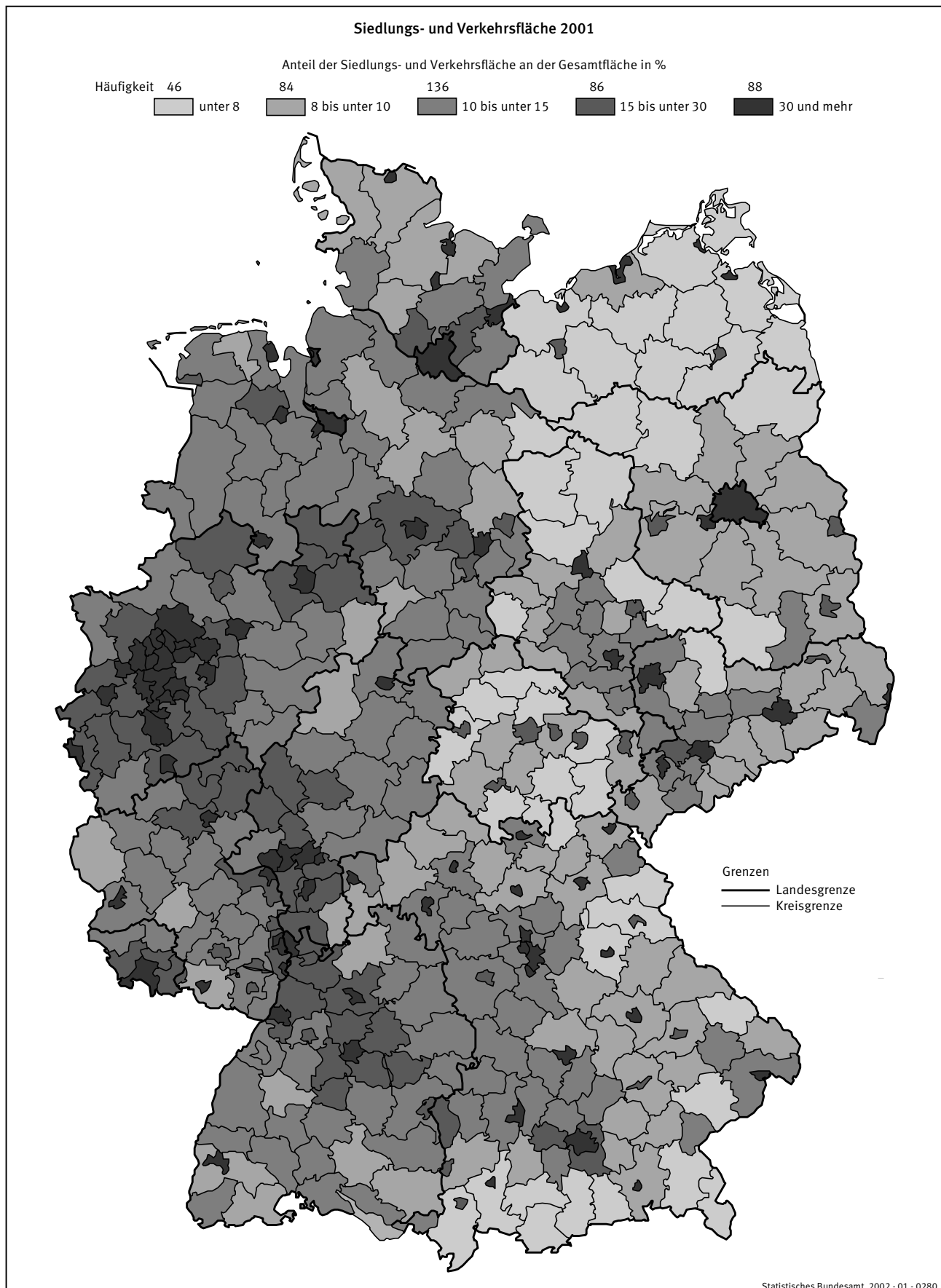
Tabelle 2: Bodennutzung in Deutschland¹⁾

Nutzungsart	1993		1997		2001	
	km²	%	km²	%	km²	%
Bodenfläche insgesamt	356 970	100	357 030	100	357 031	100
Gebäude- und Freifläche	20 733	5,8	21 937	6,1	23 081	6,5
Betriebsfläche	2 427	0,7	2 514	0,7	2 528	0,7
Erholungsfläche	2 255	0,6	2 374	0,7	2 659	0,7
Verkehrsfläche	16 441	4,6	16 786	4,7	17 118	4,8
Landwirtschaftsfläche	195 112	54,7	193 075	54,1	191 028	53,5
Waldfläche	104 536	29,3	104 908	29,4	105 314	29,5
Wasserfläche	7 837	2,2	7 940	2,2	8 085	2,3
Flächen anderer Nutzung	7 630	2,1	7 497	2,1	7 219	2,0
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	40 305	11,3	42 052	11,8	43 939	12,3

1) Stichtag: jeweils 31. Dezember des Vorjahres.

⁹⁾ So umfasst die Gebäude- und Freifläche auch den Zwecken der Gebäude untergeordnete Hausgärten, Spielplätze u. Ä., die Verkehrsfläche neben der eigentlichen Fahrbahntrasse auch begrünte Trennstreifen, Böschungen und andere so genannte Verkehrsbegleitflächen.

Schaubild 2



3 Entwicklung der Bodennutzung

3.1 Gesamtentwicklung

Die Flächenerhebung 2001 lieferte nach 1993 und 1997 zum dritten Mal Angaben zur Bodennutzung im vereinten Deutschland (siehe Tabelle 2). Die aus den betreffenden Zahlen ableitbaren und im Folgenden erläuterten Trends im Hinblick auf die Veränderung der Bodennutzung bestätigen die auch im früheren Bundesgebiet seit den 1950er Jahren anhaltende Entwicklung.¹⁰⁾

Die Landwirtschaftsfläche (einschließlich Moor und Heide) nahm zwischen 1997 und 2001 um 2047 km² oder 1,1% ab. Damit sinkt ihr Anteil an der Bodenfläche Deutschlands kontinuierlich weiter. Die Waldfläche nahm dagegen im gleichen Zeitraum zu, und zwar um 407 km² oder 0,4%.

Die relativ größte Zunahme ist bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 4,5% (1 887 km²) zu verzeichnen. Der Umfang der Wasserfläche nahm um 1,8% (144 km²) zu, während die Sonstigen Flächen¹¹⁾ um 4,3% (390 km²) abnahmen.

3.2 Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Die bereits genannte Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen 1997 und 2001 verteilt sich nicht gleichmäßig auf die sie bildenden Teilflächen. So nahm die Gebäude- und Freifläche um 5,2% zu, die Verkehrsfläche um 2,0%, die Erholungsfläche um 12,0%, die Betriebsfläche (ohne Abbau- und Lagerland) um 18,1% sowie die Friedhofsfläche um 4,2%.

Die durchschnittliche jährliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in diesem Zeitraum von 472 km² entspricht mehr als der Hälfte der Fläche Berlins. Die durchschnittliche tägliche Zunahme der betreffenden Fläche betrug 129 ha, und zwar 40 ha in den neuen Ländern und Berlin-Ost und 89 ha im früheren Bundesgebiet.

Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke hat sich damit gegenüber dem Zeitraum 1993 bis 1997 beschleunigt, in dem die Zunahme noch 120 ha/Tag betrug, 36 ha/Tag in den neuen Ländern und 84 ha/Tag im früheren Bundesgebiet.

Wie die Zahlen für das frühere Bundesgebiet zeigen, ist die geschilderte Entwicklung nicht nur auf eine vermehrte Bautätigkeit in den neuen Ländern zurückzuführen. Im früheren Bundesgebiet war die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen 1981 und 1993 zwar von 113 über 87 auf 71 ha/Tag gesunken, steigt seitdem aber wieder an.

In Anbetracht dieser Entwicklung – von den Siedlungs- und Verkehrsflächen ist etwa die Hälfte bebaut oder anderweitig versiegelt – strebt die Bundesregierung in ihrer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung an, die betref-

fende Flächeninanspruchnahme in Deutschland auf maximal 30 ha/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren. Sie sieht hier in erster Linie die Länder und Kommunen gefordert, die im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Bauleitplanung Festlegungen über die Flächenwidmung treffen. Das Spannungsfeld, in dem man sich bei Entscheidungen dieser Art bewegt, wird in der genannten Nachhaltigkeitsstrategie wie folgt beschrieben:¹²⁾

„Es gibt kaum ein Handlungsfeld, bei dem das komplexe Gefüge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen so sichtbar wird wie im Bereich des Umgangs mit der begrenzten Ressource Boden und der Siedlungsentwicklung. Dabei sind sowohl der zunehmend hohe Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche im Verhältnis zur land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche als auch die Landschaftszerschneidung mit negativen Umweltauswirkungen verbunden. Zu nennen sind z. B. der Konflikt zwischen Verkehrswachstum und Erholungsnutzung, der Lebensraumverlust und die Barrierewirkung für wildlebende Tierarten oder die Ausbreitung von Schadstoffen.“

Gleichzeitig gilt es, den Boden in seinen vielfältigen Nutzungsfunktionen, z. B. für Siedlung und Erholung, land- und forstwirtschaftliche, sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen sowie Verkehr zu erhalten. So ist die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem, angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ein wichtiges Ziel. Auch für die gewerbliche und infrastrukturelle Nutzung müssen ausreichende Flächen zu volkswirtschaftlich vertretbaren Preisen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müssen auch Nutzungsoptionen für nachfolgende Generationen offengehalten werden.“

Ausblick

Nach der Novelle des Agrarstatistikgesetzes¹³⁾ wird die amtliche Statistik – in Ergänzung der ansonsten vierjährigen Erhebung – die Veränderung des Umfangs der Siedlungs- und Verkehrsfläche künftig jährlich nachweisen. Dies ist ohne Zusatzbelastung der Bürger durch eine häufigere Auswertung bereits vorhandener Verwaltungsunterlagen möglich. Für die Jahre 1998, 1999 und 2000 wurden vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) als Zwischenlösung bereits entsprechende Hochrechnungen aufgrund von Meldungen der Vermessungsverwaltungen angestellt.

Der so bestimmbare jährliche Indikator „durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“ muss allerdings – insbesondere bei detaillierterer Betrachtung – vorsichtig interpretiert werden, da sich Veränderungen der Bodennutzung teilweise erst mit zeitlicher Verzögerung im Liegenschaftskataster widerspiegeln. Geeignet ist der Indikator jedoch als Sensor für die generelle Entwicklung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke. [\[1\]](#)

10) Siehe Fußnote 6.

11) Siehe Fußnote 8.

12) Die Bundesregierung: „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ vom 17. April 2002, S. 287 f.

13) Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1648)

Eckzahlen über die Bodenfläche 2001 nach Art
Ergebnis der Flächenerhebung

Lfd. Nr.	Regionale Gliederung	Bodenfläche insgesamt (999)	Und zwar						
			Gebäude- und Freifläche			Betriebsfläche		Erholungsfläche	
			zusammen (100/200)	darunter:		zusammen (300)	dar.: Abbauland (310)	zusammen (400)	dar.: Grünanlage (420)
				Wohnen (130)	Gewerbe, Industrie (170)				
Nutzungsarten km²									
1	Deutschland	357031	23081	.	.	2528	1796	2659	.
2	Baden-Württemberg	35751	2500	1278	398	109	70	249	122
3	Bayern	70550	3663	1689	356	261	143	300	123
4	Berlin	892	359	180	36	9	1	103	91
5	Brandenburg	29477	1253	446	313	386	351	94	36
6	Bremen	404	136	62	24	7	0	32	27
7	Hamburg	755	269	151	34	9	0	57	49
8	Hessen	21115	1518	764	158	79	40	176	103
9	Mecklenburg-Vorpommern .	23173	817	219	249	61	42	86	.
10	Niedersachsen	47616	3191	1691	377	398	312	374	215
11	Nordrhein-Westfalen	34081	4171	2052	558	352	190	468	395
12	Rheinland-Pfalz²)	19853	1083	526	125	103	47	300	233
13	Saarland	2569	301	183	38	27	6	22	9
14	Sachsen	18413	1191	183	131	373	346	125	42
15	Sachsen-Anhalt	20447	978	.	.	212	159	106	.
16	Schleswig-Holstein	15763	972	.	.	81	43	103	.
17	Thüringen	16172	678	.	.	62	45	64	.
Nachrichtlich:									
18	Früheres Bundesgebiet	248944	18021	.	.	1429	851	2134	.
19	Neue Länder und Berlin-Ost	108087	5059	.	.	1099	944	525	.
Anteil der Länder an den Nutzungsarten Prozent									
20	Deutschland	100	100	.	.	100	100	100	.
21	Baden-Württemberg	10,0	10,8	.	.	4,3	3,9	9,4	.
22	Bayern	19,8	15,9	.	.	10,3	8,0	11,3	.
23	Berlin	0,2	1,6	.	.	0,3	0,0	3,9	.
24	Brandenburg	8,3	5,4	.	.	15,3	19,5	3,5	.
25	Bremen	0,1	0,6	.	.	0,3	0,0	1,2	.
26	Hamburg	0,2	1,2	.	.	0,3	0,0	2,1	.
27	Hessen	5,9	6,6	.	.	3,1	2,2	6,6	.
28	Mecklenburg-Vorpommern .	6,5	3,5	.	.	2,4	2,3	3,2	.
29	Niedersachsen	13,3	13,8	.	.	15,8	17,4	14,1	.
30	Nordrhein-Westfalen	9,5	18,1	.	.	13,9	10,6	17,6	.
31	Rheinland-Pfalz²)	5,6	4,7	.	.	4,1	2,6	11,3	.
32	Saarland	0,7	1,3	.	.	1,0	0,3	0,8	.
33	Sachsen	5,2	5,2	.	.	14,8	19,3	4,7	.
34	Sachsen-Anhalt	5,7	4,2	.	.	8,4	8,9	4,0	.
35	Schleswig-Holstein	4,4	4,2	.	.	3,2	2,4	3,9	.
36	Thüringen	4,5	2,9	.	.	2,4	2,5	2,4	.
Nachrichtlich:									
37	Früheres Bundesgebiet	69,7	78,1	.	.	56,5	47,4	80,3	.
38	Neue Länder und Berlin-Ost	30,3	21,9	.	.	43,5	52,6	19,7	.
Anteil der Nutzungsarten an der Bodenfläche insgesamt Prozent									
39	Deutschland	100	6,5	.	.	0,7	0,5	0,7	.
40	Baden-Württemberg	100	7,0	3,6	1,1	0,3	0,2	0,7	0,3
41	Bayern	100	5,2	2,4	0,5	0,4	0,2	0,4	0,2
42	Berlin	100	40,2	20,2	4,0	1,0	0,1	11,5	10,2
43	Brandenburg	100	4,3	1,5	1,1	1,3	1,2	0,3	0,1
44	Bremen	100	33,7	15,3	5,9	1,6	0,0	7,9	6,6
45	Hamburg	100	35,6	20,0	4,5	1,1	0,1	7,5	6,5
46	Hessen	100	7,2	3,6	0,7	0,4	0,2	0,8	0,5
47	Mecklenburg-Vorpommern .	100	3,5	0,9	1,1	0,3	0,2	0,4	.
48	Niedersachsen	100	6,7	3,6	0,8	0,8	0,7	0,8	0,5
49	Nordrhein-Westfalen	100	12,2	6,0	1,6	1,0	0,6	1,4	0,9
50	Rheinland-Pfalz²)	100	5,5	2,7	0,6	0,5	0,2	1,5	1,2
51	Saarland	100	11,7	7,1	1,5	1,0	0,2	0,8	0,3
52	Sachsen	100	6,5	1,0	0,7	2,0	1,9	0,7	0,2
53	Sachsen-Anhalt	100	4,8	.	.	1,0	0,8	0,5	.
54	Schleswig-Holstein	100	6,2	.	.	0,5	0,3	0,7	.
55	Thüringen	100	4,2	.	.	0,4	0,3	0,4	.
Nachrichtlich:									
56	Früheres Bundesgebiet	100	7,2	.	.	0,6	0,3	0,9	.
57	Neue Länder und Berlin-Ost	100	4,7	.	.	1,0	0,9	0,5	.

1) Summe der Nutzungsarten: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhof, „Siedlungs- und Verkehrs-
gehen. – 2) Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

der tatsächlichen Nutzung in Deutschland
Stichtag: 31. Dezember 2000

Und zwar										Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrs- fläche¹)	Lfd. Nr.
Verkehrsfläche		Landwirtschaftsfläche			Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung				
zusammen	dar.: Straße, Weg, Platz	zusammen	darunter:				zusammen	darunter:			
			Moor	Heide				Friedhof	Unland		
(500)	(510-530)	(600)	(650)	(660)	(700)	(800)	(900)	(940)	(950)		
Nutzungsarten km²											
17 118	15 264	191 028	.	.	105 314	8085	7 219	350	2 666	43 939	1
1 897	1 745	16 749	21	10	13 584	358	305	33	178	4 718	2
3 234	2 981	35 713	215	54	24 536	1 374	1 470	30	796	7 344	3
135	96	47	1	0	159	59	21	10	6	615	4
1 010	874	14 705	1	37	10 299	1 004	725	24	283	2 416	5
48	36	118	0	2	8	46	9	3	3	226	6
89	71	210	0	8	34	61	27	8	9	431	7
1 383	1 287	9 071	1	1	8 434	276	179	24	90	3 139	8
615	538	14 906	3	2	4 942	1 276	470	14	203	1 551	9
2 330	2 149	29 249	543	214	10 037	1 073	963	42	158	6 023	10
2 268	2 021	17 375	13	38	8 436	628	383	77	66	7 147	11
1 197	992	8 501	1	0	8 098	270	300	19	48	2 656	12
157	138	1 146	0	1	858	26	34	6	19	506	13
713	590	10 317	.	3	4 879	331	484	17	208	2 073	14
760	584	12 819	.	.	4 356	347	867	17	172	1 914	15
635	583	11 379	96	.	1 499	765	330	13	142	1 760	16
647	579	8 724	0	2	5 154	191	653	12	286	1 418	17
13 315	12 061	129 526	890	.	75 602	4 908	4 009	263	1 509	34 311	18
3 802	3 203	61 502	.	.	29 712	3 176	3 211	87	1 157	9 628	19
Anteil der Länder an den Nutzungsarten Prozent											
100	100	100	.	.	100	100	100	100	100	100	20
11,1	11,4	8,8	.	.	12,9	4,4	4,2	9,4	6,7	10,7	21
18,9	19,5	18,7	.	.	23,3	17,0	20,4	8,6	29,9	16,7	22
0,8	0,6	0,0	.	.	0,2	0,7	0,3	3,0	0,2	1,4	23
5,9	5,7	7,7	.	.	9,8	12,4	10,0	6,7	10,6	5,5	24
0,3	0,2	0,1	.	.	0,0	0,6	0,1	1,0	0,1	0,5	25
0,5	0,5	0,1	.	.	0,0	0,8	0,4	2,4	0,3	1,0	26
8,1	8,4	4,7	.	.	8,0	3,4	2,5	6,9	3,4	7,1	27
3,6	3,5	7,8	.	.	4,7	15,8	6,5	4,0	7,6	3,5	28
13,6	14,1	15,3	.	.	9,5	13,3	13,3	12,0	5,9	13,7	29
13,2	13,2	9,1	.	.	8,0	7,8	5,3	22,1	2,5	16,3	30
7,0	6,5	4,5	.	.	7,7	3,3	4,1	5,5	1,8	6,0	31
0,9	0,9	0,6	.	.	0,8	0,3	0,5	1,7	0,7	1,2	32
4,2	3,9	5,4	.	.	4,6	4,1	6,7	4,8	7,8	4,7	33
4,4	3,8	6,7	.	.	4,1	4,3	12,0	4,9	6,4	4,4	34
3,7	3,8	6,0	.	.	1,4	9,5	4,6	3,6	5,3	4,0	35
3,8	3,8	4,6	.	.	4,9	2,4	9,0	3,4	10,7	3,2	36
77,8	79,0	67,8	.	.	71,8	60,7	55,5	75,2	56,6	78,1	37
22,2	21,0	32,2	.	.	28,2	39,3	44,5	24,8	43,4	21,9	38
Anteil der Nutzungsarten an der Bodenfläche insgesamt Prozent											
4,8	4,3	53,5	.	.	29,5	2,3	2,0	0,1	0,7	12,3	39
5,3	4,9	46,8	0,1	0,0	38,0	1,0	0,9	0,1	0,5	13,2	40
4,6	4,2	50,6	0,3	0,1	34,8	1,9	2,1	0,0	1,1	10,4	41
15,2	10,8	5,3	0,1	0,0	17,9	6,6	2,4	1,2	0,6	69,0	42
3,4	3,0	49,9	0,0	0,1	34,9	3,4	2,5	0,1	1,0	8,2	43
11,8	9,0	29,2	0,1	0,4	1,9	11,5	2,3	0,8	0,7	55,8	44
11,7	9,4	27,8	0,1	1,0	4,5	8,1	3,6	1,1	1,2	57,0	45
6,5	6,1	43,0	0,0	0,0	39,9	1,3	0,8	0,1	0,4	14,9	46
2,7	2,3	64,3	0,0	0,0	21,3	5,5	2,0	0,1	0,9	6,7	47
4,9	4,5	61,4	1,1	0,4	21,1	2,3	2,0	0,1	0,3	12,6	48
6,7	5,9	51,0	0,0	0,1	24,8	1,8	1,1	0,2	0,2	21,0	49
6,0	5,0	42,8	0,0	0,0	40,8	1,4	1,5	0,1	0,2	13,4	50
6,1	5,4	44,6	0,0	0,1	33,4	1,0	1,3	0,2	0,7	19,7	51
3,9	3,2	56,0	.	0,0	26,5	1,8	2,6	0,1	1,1	11,3	52
3,7	2,9	62,7	.	.	21,3	1,7	4,2	0,1	0,8	9,4	53
4,0	3,7	72,2	0,6	.	9,5	4,9	2,1	0,1	0,9	11,2	54
4,0	3,6	53,9	0,0	0,0	31,9	1,2	4,0	0,1	1,8	8,8	55
5,3	4,8	52,0	0,4	.	30,4	2,0	1,6	0,1	0,6	13,8	56
3,5	3,0	56,9	.	.	27,5	2,9	3,0	0,1	1,1	8,9	57

fläche" und „versiegelte Fläche“ können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen ein-

Dipl.-Ingenieurin Doris Hoeppner

Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik

Beginnend mit dem Berichtsmonat Januar 2002 liegt den Veröffentlichungen der Außenhandelsstatistik in der zusammenfassenden Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW) eine überarbeitete Fassung dieser Güterklassifikation – EGW 2002 – zugrunde. Die EGW ordnet die Waren in der Außenhandelsstatistik der Ernährungswirtschaft bzw. der gewerblichen Wirtschaft zu und ermöglicht so einen schnellen Überblick nach großen Warengruppen. Während die Waren der Ernährungswirtschaft nach ihrem Ursprung gruppiert sind, sind die Waren der gewerblichen Wirtschaft nach ihrem Verarbeitungsgrad gegliedert. Diese Art der Gliederung hat eine lange Tradition. So war die EGW seit 1936 nahezu unverändert und deshalb zur Beobachtung langer Reihen geschätzt. Die unzureichende Aktualität der Gliederungsstruktur in den einzelnen Warengruppen und Unschärfen in der Zuordnung der achtstelligen Warennummern aus dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik zu den Warenuntergruppen wurden dabei lange Zeit in Kauf genommen. Weil die Vorteile der EGW jedoch immer nachhaltiger durch Mängel beeinträchtigt wurden, wurde im Fachausschuss „Handelsstatistiken“ des Statistischen Bundesamtes vereinbart, die EGW zum 1. Januar 2002 zu überarbeiten. Schwerpunkt war die Aktualisierung der Struktur innerhalb der Warengruppen. Bei der Überarbeitung der Warenuntergruppen wurden sowohl Wünsche der Nutzer der Außenhandelsstatistik berücksichtigt als auch auf eine gute Vergleichbarkeit mit ähnlichen Gruppierungen geachtet. Die Strukturierung der EGW in Warengruppen ist dagegen unverändert geblieben.

Der Aufsatz beschreibt die neue Gruppierung von Waren und analysiert die Auswirkungen der Überarbeitung der Struktur. Abschließend werden unter Verwendung der vorläufigen Außenhandelszahlen für das Jahr 2001 sowohl die neuen Ergebnisse als auch die Differenzen der EGW 2002 gegenüber der EGW vor der Revision zusammenfassend vorgestellt.

1 Die Gliederungsstruktur der Waren der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft

Die Unterscheidung der Waren für Zwecke der zusammenfassenden Darstellung von Außenhandelsergebnissen in die zwei Hauptgruppen „Ernährungswirtschaft“ und „Gewerbliche Wirtschaft“ geht auf das Jahr 1936¹⁾ zurück. Die weitere Gliederung innerhalb dieser beiden Hauptgruppen wurde schon damals nach unterschiedlichen Gesichtspunkten vorgenommen.

Insgesamt gibt es in der Ernährungswirtschaft vier einstellig codierte Warengruppen mit insgesamt rund 50 dreistellig codierten Warenuntergruppen. Die Erzeugnisse werden nach Art bzw. Ursprung in „Lebende Tiere“, „Nahrungsmittel tierischen Ursprungs“, „Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs“ und „Genussmittel“ gegliedert. Die Ernährungswirtschaft schließt auch Futtermittel und andere Erzeugnisse pflanzlichen und tierischen Ursprungs ein, die nicht – wie zum Beispiel Wolle, Felle oder Häute – ausschließlich in der

1) „Der deutsche Außenhandel in neuer Gliederung“ in WiSta 2/1936, S. 101 ff.

gewerblichen Wirtschaft verwendet werden. Die Warengruppen sind in Warenuntergruppen gegliedert, die die Beobachtung ausgewählter Warenarten ermöglichen. Bei Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs interessieren zum Beispiel Milch, Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Eier usw.

Die gewerbliche Wirtschaft ist in vier einstellig codierte Warengruppen mit insgesamt rund 150 dreistellig codierten Warenuntergruppen gegliedert. Die Warengruppen „Rohstoffe“, „Halbwaren“, „Vorerzeugnisse“ und „Enderzeugnisse“ unterscheiden sich durch ihren Verarbeitungsgrad.

Rohstoffe sind hauptsächlich in der Natur gewonnene Produkte, die als Ausgangsstoffe für die Erzeugung industrieller Waren dienen. Sie sind in der Regel unbearbeitet oder weisen einen sehr geringen Bearbeitungsgrad auf. Zu den Rohstoffen gehören zum Beispiel pflanzliche Spinnstoffe, Seide, rohe Felle und Häute, Rundholz, Rohkautschuk, Kohle, Erdöl, Erdgas, Erze, Steine und Erden, Rohstoffe für chemische Erzeugnisse, rohe Schmuck- und Edelsteine, rohe Perlen. Ölfrüchte verbleiben als Rohstoffe, die überwiegend in der Ernährungswirtschaft verwendet werden, in der Hauptgruppe „Ernährungswirtschaft“, auch wenn bei bestimmten Ölfrüchten eine industrielle Verwendung möglich ist.

Halbwaren können zum großen Teil als industriell gefertigte Rohstoffe angesehen werden. Hierzu gehören zum Beispiel Metalle. Ihrer Erzeugung ist der Erzbergbau vorgeordnet. Halbwaren weisen gegenüber den Rohstoffen einen höheren Verarbeitungsgrad auf. Trotzdem sind auch für die Halbwaren bis zur Fertigware (Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse) noch weitere Bearbeitungsschritte erforderlich. Das schließt nicht aus, dass Rohstoffe und Halbwaren im Einzelfall schon einer Endverwendung zugeführt werden können, zum Beispiel Kohle für Heizzwecke. In der Regel werden sie aber zu Fertigwaren verarbeitet. Zu den Halbwaren gehören u. a. auch Mineralölerzeugnisse, mineralische Baustoffe, Garne, Schnittholz, Halbstoffe aus zellulosehaltigen Faserstoffen, Düngemittel und bearbeiteter Kautschuk.

Fertigwaren werden in der EGW in Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse gegliedert. So tragen zum Beispiel Rohre, Bleche, Stäbe und Drähte aus Metall, Gewebe und Stoffe, Leder, Papier, Sperrholz, Span- und Faserplatten, Glas, pharmazeutische Grundstoffe und Kunststoffe trotz ihres hohen Verarbeitungsgrades noch Merkmale von Halbzeugen. Sie haben in der Regel einen sehr allgemeinen Verwendungszweck und werden deshalb zu *Vorerzeugnissen* zusammengefasst. Vorerzeugnisse werden zu Enderzeugnissen verarbeitet. Auch der Begriff Enderzeugnisse ist nicht allgemein gültig definiert. Im Sinne der EGW werden als *Enderzeugnisse* alle Erzeugnisse verstanden, die einen höheren Verarbeitungsgrad aufweisen als Rohstoffe, Halbwaren oder Vorerzeugnisse. Selbst Teile von Maschinen oder anderen fertigen Erzeugnissen, zum Beispiel Guss- oder Schmiedestücke, gehören zu den Enderzeugnissen. Das trifft auch auf unvollständige oder unfertige Waren zu, sofern sie die wesentlichen Beschaffenheitsmerkmale der vollständigen oder fertigen Ware aufweisen. Letzteres hängt mit den allgemeinen Vorschriften für die Auslegung des Warenzeichnisses zusammen. Enderzeugnisse sind zum Beispiel

Fahrzeuge, Maschinen, Elektrotechnische Geräte, pharmazeutische Erzeugnisse, Holz-, Papier-, Glas-, Leder-, Metall- und Textilwaren, Möbel und Druckereierzeugnisse.

Die oben beschriebene Gruppierung von Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft nach dem Verarbeitungsgrad ist in der Übersicht am Beispiel von Holz und Holzwaren dargestellt. Der Rohstoff Rundholz ist ein Produkt der Forstwirtschaft. Das Schnittholz wird in Sägewerken, Holz- und Faserstoff im Papiergewerbe erzeugt. Sperrholz, Span- und Faserplatten, Furnierblätter und dergleichen werden dagegen in Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplattenwerken produziert. Holzwaren sind zum Beispiel Fenster, Türen und andere Konstruktionsteile, Verpackungsmittel, Werkzeuge, Werkzeuggriffe, Bilderrahmen, Waren zur Verwendung bei Tisch oder in der Küche aus Holz. Möbel aus Holz sind in der EGW jedoch nicht explizit nachgewiesen.

Gruppierung von Holz und Holzwaren in Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse

Warenart	Holz
Rohstoff	Rundholz
Halbware	Schnittholz, Halbstoffe aus zellulosehaltigen Faserstoffen (Holzmasse)
Vorerzeugnisse	Sperrholz, Span- und Faserplatten, Furnierblätter und dergleichen
Enderzeugnisse	Holzwaren (ohne Möbel)

Die Waren werden grundsätzlich in die Warenuntergruppe eingereiht, der sie der Bezeichnung der Warenuntergruppe gemäß zugehören, auch wenn sie im Einzelfall einer anderen Warengruppe zugeordnet werden könnten. So werden zum Beispiel Rohre aus Eisen oder Stahl als Warenuntergruppe schwerpunktmäßig der Warengruppe Vorerzeugnisse zugeordnet, auch wenn Rohre im Einzelfall – zum Beispiel durch Schweißen – schon einen Verarbeitungsgrad erreicht haben können, der dem von Eisenwaren vergleichbar ist. Die Herstellung von Rohren wird in diesem Zusammenhang als erste Bearbeitung von Eisen oder Stahl verstanden. Schon an dieser Stelle wird der Ermessensspielraum sowohl bei der Zuordnung der 10 400 Warennummern aus dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik zu den 205 Warenuntergruppen der EGW als auch bei der Zuordnung der Warenuntergruppen zu den Warengruppen deutlich. Für die Kategorien Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse gibt es keine allgemein gültigen Definitionen. Als Gradmesser für Verarbeitungsstände wurde deshalb im Zweifelsfall die Zuordnung der Produkte zu den Wirtschaftszweigen herangezogen.

Bei der Bildung von Warenuntergruppen wurden – soweit möglich – Warengruppierungen aus dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken verwendet. Es ist aber mitunter schwierig, homogene Warenuntergruppen zu bilden. Ihre Bezeichnung soll außerdem kurz, selbsterklärend und allgemein verständlich sein. Die Zuordnung der Warenuntergruppen zu den Warengruppen erfolgt gegebenenfalls schwerpunktmäßig. Ein Beispiel hierfür ist die Warenuntergruppe 612 (Mineralische Baustoffe, a. n. g.).

2 Gründe für die Überarbeitung der EGW

Schon 1936 gab es in der zusammenfassenden Warengliederung für die Ernährungswirtschaft und die Gewerbliche Wirtschaft insgesamt rund 200 Warenuntergruppen.

Für die tiefe Untergliederung des Außenhandels wurden 1936 etwa 2000 Warenpositionen unterschieden. Heute sind es in der Kombinierten Nomenklatur (KN)²⁾, der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur (KN) der Europäischen Gemeinschaften, rund 10400 Unterpositionen. Die KN ist in Deutschland allgemein als „Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“ (WA) bekannt und wird auch in der zolltariflichen Praxis verwendet. Die ersten acht Stellen im Deutschen Gebrauchszolltarif (Elektronischer Zolltarif = EZT) und die Warennummern im WA stimmen überein. Ergebnisse in der tiefen Gliederung nach Warennummern dienen vor allem der Analyse der Entwicklung der Märkte für ausgewählte Warenarten.

Für einen Gesamtüberblick über die warenmäßige Struktur des Außenhandels reichen 200 Warenpositionen erfahrungsgemäß aus. Darüber hinaus wurde bisher vor allem die Kontinuität der EGW als großer Vorteil geschätzt. Alle anderen Warenklassifikationen des Außenhandels werden in regelmäßigen Zeitabständen überarbeitet. So ist zum Beispiel das Internationale Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik 1988 (SITC Rev. 3) an das Harmonisierte System (HS 88) angepasst worden. Das Harmonisierte System (HS) wird in fünfjährigem Rhythmus überarbeitet. Die KN wird – vor allem aus zolltariflichen Gründen – jährlich aktualisiert. Dabei werden die unterjährig in der neunten und zehnten Stelle des Integrierten Tarifs der Europäischen Gemeinschaften (Taric) geführten Maßnahmen übernommen und bei dieser Gelegenheit auch Wünsche der Europäischen Wirtschaft nach spezifischen Warennummern für statistische Beobachtungen berücksichtigt. Die zunehmend nachlassende Aktualität der Tiefengliederung der EGW und die Unschärfen in der Zuordnung der großen Zahl von Warennummern des WA zu den Warenuntergruppen wurden zugunsten der Kontinuität bis in die jüngste Vergangenheit immer wieder toleriert. Der Vorteil der langen Reihen wog jedoch das Nachlassen der Aktualität immer weniger auf. Außerdem wurde auch der Wunsch nach einer tieferen Gliederung – insbesondere im Bereich der Erzeugnisse – immer stärker.

3 Konzept der Überarbeitung der EGW

Unter Beibehaltung der Teilung in Ernährungswirtschaft und gewerbliche Wirtschaft, einschließlich deren Gliederung in Warengruppen, und der Verwendung von dreistelligen Nummerncodes für die Warenuntergruppen sollte die Gliederung der Warengruppen in Warenuntergruppen an die aktuellen

Anforderungen angepasst und die Zuordnung der etwas mehr als 10 000 Warennummern des WA zu den rund 200 Warenuntergruppen überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Die neue EGW sollte ab dem Berichtsmonat Januar 2002 zusammen mit dem revidierten Harmonisierten System zur Verfügung stehen.

Mit der Beibehaltung der dreistelligen numerischen Code-nummer für die Warenuntergruppen wurde in Kauf genommen, dass die EGW die Warenuntergruppen innerhalb der Warengruppen weiterhin ohne Hierarchie auflistet. Die Warenuntergruppen waren in ihrer bisherigen Auflistung fast ausnahmslos durchnummeriert. Für eine größere Gliederungstiefe standen deshalb in der Regel keine Lücken zur Verfügung. Bei der Überarbeitung wurden nach Möglichkeit auch Lücken für spätere Revisionen geschaffen. Allerdings lässt der dreistellige numerische Code nicht viel Spielraum.

Die Erwartungen, die mit der Beibehaltung der Gliederung der Waren in die beiden Hauptgruppen und der Unterteilung in die acht Warengruppen in der Fassung 2002 der EGW an die Kontinuität verbunden waren, konnten indessen nicht erfüllt werden. Mit der tieferen Gliederung in einigen Bereichen und der Straffung in anderen war es nicht getan. Die erforderliche Revision der Zuordnung der Warennummern zu den Warenuntergruppen war umfangreicher als anfänglich vermutet und führte außerdem in vielen Fällen zu Verschiebungen zwischen den Warengruppen. Ein starker Bruch in den langen Reihen war nach so langer Zeit nicht zu vermeiden. In den nachfolgenden Abschnitten wird darauf eingegangen.

Da zum Zeitpunkt der Überarbeitung der EGW zum 1. Januar 2002 die Ausgabe 2002 des WA noch nicht zur Verfügung stand, wurde für die Arbeiten die Ausgabe 2001 des WA genutzt. Für Vergleiche mit den Produktionsstatistiken wurde in diesem Stadium die Ausgabe 1995 des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken³⁾ benutzt. Die wertmäßigen Auswirkungen der Revision werden am Beispiel der vorläufigen Ergebnisse für das Jahr 2001 untersucht. Die Angaben sind in Euro umgerechnet.

4 Ergebnisse der Überarbeitung der Warenuntergruppen in der Ernährungswirtschaft

4.1 Lebende Tiere

Die Gliederung der Ernährungswirtschaft ist im Allgemeinen unproblematisch. Für lebende Tiere gibt es darüber hinaus ein eindeutiges Kriterium der Abgrenzung. Für 2002 wurde hier lediglich eine tiefere Unterteilung nach Arten vorgenommen, weil die Bedeutung von Hausgeflügel und Schafen zugenommen hat. Das Volumen der Warengruppe bleibt nach der Revision unverändert. Wegen der geringen Gliede-

2) Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (Amtsbl. der EG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2031/2001 der Kommission vom 6. August 2001 (Amtsbl. der EG Nr. L 279 vom 23. Oktober 2001, S. 1).

3) Seit dem 1. Januar 2002 gilt die Ausgabe 2002 des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken.

rungstiefe standen auch ausreichend unbenutzte Codes zur Verfügung.

4.2 Nahrungsmittel tierischen Ursprungs

Bei den Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs spielt weiterhin die Unterscheidung nach Milch, Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Fisch und Fischwaren, tierischen Ölen und Fetten sowie Eiern eine Rolle. Hier wurde jedoch gestrafft. Därme, Walöl und Honig werden nicht mehr gesondert nachgewiesen. Für diese Warengruppen werden entweder keine Außenhandelszahlen erhoben oder das tatsächliche Handelsvolumen rechtfertigt keine explizite Darstellung in der EGW. Sie werden in der neuen Warenuntergruppe 219 (Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, a. n. g.) zusammengefasst.

Das Volumen der Warenuntergruppe umfasste vor der Revision im Jahr 2001 einführseitig rund 10 Mrd. Euro und hat nach der Revision wertmäßig um 5% zugenommen. Ausfuhrseitig beträgt der Zuwachs bei einem Ausgangswert von rund 8,7 Mrd. Euro fast 10%.

In 29 Fällen – etwa der Hälfte des Wertes – wurden Waren, die ursprünglich der gewerblichen Wirtschaft zugeordnet waren, entsprechend neueren Erkenntnissen in der Ernährungswirtschaft belassen. Das betrifft insbesondere Casein und Fischöle, aber auch einige andere Waren tierischen Ursprungs. In der Produktionsstatistik verbleiben diese Waren ebenfalls in der Güterabteilung „Nahrungs- und Futtermittel...“. Für bestimmte Waren, insbesondere kakaohaltiges Speiseeis, Milchmodgetränke sowie Frucht- und Kakaojoghurts, wurde eine Umgruppierung aus der Warengruppe 3 (Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs) in die Warengruppe 2 (Nahrungsmittel tierischen Ursprungs) vorgenommen. Bei diesen Waren bestimmt die Milch bzw. der Milchlgehalt den Charakter der Waren als Erzeugnisse tierischen Ursprungs. Das entspricht auch der produktionsstatistischen Praxis.

4.3 Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und Genussmittel

Die Warenuntergruppe 3 (Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs) ist ebenfalls durch Umgruppierung von Waren aus der gewerblichen Wirtschaft – hier in 69 Fällen – angewachsen. Der unsaldierte Zuwachs liegt einführseitig mit 0,6 Mrd. Euro in derselben Größenordnung wie in der Warenuntergruppe 2, entspricht aber weniger als 2%. Er wird ausfuhrseitig durch Korrekturen in Höhe von 0,2 Mrd. Euro gemindert. Ausfuhrseitig wirken sich die Änderungen nicht aus, weil sich Zugänge und Abgänge von Waren – jeweils 0,6 Mrd. Euro – gegenseitig aufheben. Bei den Zugängen handelt es sich insbesondere um pflanzliche Öle, Pflanzensäfte und -auszüge sowie um Leinsamen. Diese Waren werden – obwohl auch in der gewerblichen Wirtschaft verwendet – außerhalb des Ernährungsgewerbes bzw. direkt in der Landwirtschaft erzeugt. Sie sind deshalb wie in der Produktionsstatistik unabhängig von ihrem Verwendungszweck grundsätzlich dem Ernährungsgewerbe bzw. der Landwirtschaft zuzuordnen. Zwischen beiden wird in der EGW nicht unter-

schieden. Die Abgänge betreffen die oben beschriebene Umgruppierung von Milchprodukten in die Warengruppe 2.

Die Warengruppe 4 (Genussmittel) ist nahezu unverändert geblieben.

5 Ergebnisse der Überarbeitung der Warenuntergruppen in der gewerblichen Wirtschaft

5.1 Gruppierung von Waren nach dem Verarbeitungsgrad

Wie bereits dargestellt, werden Waren in der Hauptgruppe „Gewerbliche Wirtschaft“ nach dem Verarbeitungsgrad – von den Rohstoffen bis zu den Fertigwaren – gegliedert. Dabei wurde die Gruppierung in Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse beibehalten.

Trotzdem gibt es nach der Revision der EGW auch hier Veränderungen in den wert- und mengenmäßigen Gewichten. Wie schon oben bei der Darstellung der Ernährungswirtschaft erwähnt, werden im Zusammenhang mit der Überprüfung der Zuordnung von Warennummern aus dem WA zu den Warenuntergruppen 0,6 Mrd. bzw. 0,7 Mrd. Euro von der gewerblichen Wirtschaft in die Ernährungswirtschaft umgesetzt. Die Verschiebungen zwischen den Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

5.2 Rohstoffe

Die Zahl der Warenuntergruppen in der Warengruppe „Rohstoffe“ ist von 36 auf 25 reduziert worden. Bei der Straffung wurden insbesondere Warenuntergruppen mit geringem Handelsvolumen berücksichtigt. In einigen Fällen wurden dabei Warenuntergruppen zusammengefasst. Überwiegend wurden jedoch Warenuntergruppen gestrichen, das heißt in so genannten Endpositionen aufgefangen.

Das Gewicht der Warengruppe „Rohstoffe“ vergrößerte sich einführseitig um 12,4 Mrd. Euro (+42%). Das ist hauptsächlich auf die Eingruppierung von Erdgas als Rohstoff in die Warenuntergruppe 518 (Erdöl und Erdgas) zurückzuführen. Ausfuhrseitig ist die Änderung mit einem Zuwachs um 3,2 Mrd. Euro zwar wertmäßig weitaus geringer, wegen des geringen Ausfuhrvolumens beträgt die Veränderungsrate jedoch 79%. Hierzu trug auch die Umgruppierung von unbearbeitetem synthetischem Kautschuk aus der Warenuntergruppe 732 (Kunststoffe) in die Warenuntergruppe 513 (Rohkautschuk) in Analogie zu den Chemiefasern, die als Spinnstoffe zu den Rohstoffen zählen, bei.

Die Umsetzungen zwischen Rohstoffen und Halbwaren sind von geringerem Einfluss. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um Zwischenerzeugnisse der Nickelmetallurgie, feuerfesten Zement, tierische und pflanzliche Düngemittel.

5.3 Halbwaren

Die Zahl der Warenuntergruppen in der Warengruppe „Halbwaren“ wurde durch die Revision von 37 auf 31 reduziert. Zum Beispiel wurden die Düngemittel zu einer gemeinsamen Warenuntergruppe zusammengefasst. In vielen Fällen wurde der Wortlaut der Warenuntergruppen aktualisiert.

Das Gewicht der Warengruppe „Halbwaren“ nahm einführseitig um etwas mehr als ein Viertel ab. Das ist hauptsächlich eine Folge des schon unter der Rubrik „Rohstoffe“ beschriebenen Umsetzens von Erdgas. Die Umsetzung von Hämoglobin zur Warenuntergruppe 834 (Pharmazeutische Erzeugnisse) trug einführseitig mit 0,4 Mrd. Euro und ausfahrseitig mit 0,6 Mrd. Euro zur Reduzierung des Umfangs dieser Warenuntergruppe bei. Umsetzungen zu den Vorerzeugnissen (einführseitig 0,6 Mrd. Euro, ausfahrseitig 1,3 Mrd. Euro) fanden besonders in die Warenuntergruppe 755 (Blech aus Eisen oder Stahl) statt. Bei Eisen und Stahl wird, wie auch bei den anderen unedlen Metallen, zwischen den Metallen in Rohform, die zu einer weiteren Warmumformung, einem erneuten Walzen oder Schmieden bestimmt sind (Halbwaren), und Blechen, Stäben, Drähten, Profilen und Rohren (Vorerzeugnissen) unterschieden. Die ehemalige Warenuntergruppe 610 (Glasmasse ...) wurde gestrichen. Bei der Herstellung und Verarbeitung von Glas wird zwischen Flachglas, Hohlglas, Glasfasern und technischen Glaswaren unterschieden. Technologisch bedingt erfolgen Herstellung und Verarbeitung von Glas häufig in einem gemeinsamen Prozess, sodass Glas als Halbware keine gravierende Rolle spielt. Glas ist sowohl als Glasmasse, als Flachglas oder als Glasrohr als Vorerzeugnis zur Herstellung von Glaswaren, zum Beispiel von Behältnissen aus Glas, Glasgeschirr oder Spiegeln aus Glas, zu betrachten.

Einen geringen Zuwachs von rund 1,5 Mrd. Euro je Verkehrsrichtung erfuhr die Warenuntergruppe „Halbwaren“ durch Umsetzungen von Waren aus den Warengruppen „Vorerzeugnisse“ und „Enderzeugnisse“. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um Schnittholz, das überwiegend eine Halbware ist, auch wenn es in Einzelfällen Bearbeitungsstufen wie Hobeln, Schleifen, Endverbinden oder Profilieren durchlaufen haben kann. Radioaktive Elemente und Isotope werden mit einer spezifischen Warenuntergruppe als Halbwaren eingestuft.

5.4 Vorerzeugnisse

Die Zahl der Warenuntergruppen in der Warengruppe „Vorerzeugnisse“ wurde von 30 auf 26 verringert. Die Warenuntergruppe 710 (Steinzeug ...) wurde aufgelöst. Die Waren (Fliesen, andere Baukeramik, Mühlsteine und dgl.) zählen entweder als Baustoffe zu den Halbwaren oder als Keramikwaren oder Waren aus Stein zu den Enderzeugnissen. Auch die Warengruppe 730 (Edelsteine, Schmucksteine und Perlen, bearbeitet) wurde aufgelöst. Es macht wenig Sinn, die Produkte der Bearbeitung von Edelsteinen, Schmucksteinen und Perlen nach ihrem Bearbeitungsgrad zu differenzieren. Hier handelt es sich hauptsächlich um Enderzeugnisse. Schmiedbarer Guss und Schmiedestücke gehören ebenfalls zu den Enderzeugnissen, da die ihnen gegebene Form sie in der Regel bereits als Teile bestimmter fertiger Waren kenn-

zeichnet. Dass hier noch eine weitere Bearbeitung erforderlich ist, spielt keine Rolle; die Warenuntergruppe 724 wurde deshalb aufgelöst. In zwei weiteren Fällen (713, Teerfarbstoffe, und 718, Gussröhren) wurden Warenuntergruppen wegen ihres geringen Handelsvolumens mit gleichartigen Warenuntergruppen zusammengefasst. Auch hier wurden in den Bezeichnungen der Warenuntergruppen redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Die wertmäßigen Veränderungen durch die Revision unterscheiden sich einführ- und ausfahrseitig gravierend. Während die Einfuhren durch die Revisionen an Gewicht (+ 5,9 Mrd. Euro bzw. + 11,1%) gewinnen, verlieren die Ausfuhren an Gewicht (– 0,5 Mrd. Euro bzw. – 0,5%). Einem unsaldierten Zuwachs von 14,7 Mrd. Euro bzw. 12,0 Mrd. Euro durch Umsetzungen von Waren aus anderen Warengruppen steht eine Abnahme von 8,8 Mrd. Euro bzw. 12,5 Mrd. Euro durch Umsetzen von Waren in andere Warengruppen gegenüber.

Einen großen Einfluss auf den Zuwachs hat der Ausschluss der pharmazeutischen Grundstoffe aus der Warenuntergruppe 834 (Pharmazeutische Erzeugnisse). Die neue Warenuntergruppe 740 (Pharmazeutische Grundstoffe) wird wie vergleichbare chemische Grundstoffe den Vorerzeugnissen zugerechnet. Einführseitig bedeutet das immerhin einen Zuwachs um 12,1 Mrd. Euro. Waren im Wert von 9,2 Mrd. Euro verbleiben als Arzneimittel in der Warenuntergruppe 834. Ausfahrseitig beträgt der Zuwachs durch die Änderung nur 6,5 Mrd. Euro. In der Warenunterposition 834 verbleiben dagegen mit 16,4 Mrd. Euro deutlich mehr Waren. Da sich das Volumen beider Warenuntergruppen zusammengekommen mit 21,3 bzw. 23,0 Mrd. Euro zwischen den Verkehrsrichtungen nicht wesentlich unterscheidet, ist der Einfluss auf das Volumen der Enderzeugnisse vergleichbar. An diesem Beispiel zeigt sich außerdem deutlich der Einfluss der Differenzierung der Warenuntergruppen auf die Struktur der Warengruppen. Mit einem Umsatz in Höhe von 25,6 Mrd. Euro überwiegt der Außenhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen zwar deutlich den Handel mit pharmazeutischen Grundstoffen (18,7 Mrd. Euro), für die einzelnen Verkehrsrichtungen ergibt sich aber ein unterschiedliches Bild. Die schwerpunktmäßige Zuordnung wird hier problematisch. Der bisherige gemeinsame Nachweis der Waren einer Warenuntergruppe hat die Struktur der Warengruppen deutlich beeinflusst. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass es bei der Zuordnung der Warenuntergruppen ohnehin relativ große Ermessensspielräume gibt.

Der beschriebene Zuwachs wurde einführseitig um 8,8 Mrd. Euro und ausfahrseitig um 12,5 Mrd. Euro reduziert. Insbesondere hat hierzu die revidierte Differenzierung zwischen Kunststoffen und Waren aus Kunststoffen beigetragen. In Analogie zur Produktionsstatistik werden als Vorerzeugnisse die Kunststoffe in Rohformen ausgewiesen, als Enderzeugnisse die Waren aus Kunststoffen. Einführseitig wirkt sich diese Revision mit 2,6 Mrd. Euro und ausfahrseitig mit 6,4 Mrd. Euro aus. Teppiche und einige andere Textilerzeugnisse werden, auch wenn sie Flächenerzeugnisse sind, als Enderzeugnisse angesehen, synthetischer Kautschuk zählt zusammen mit natürlichem Kautschuk als Rohstoff, Schnittholz bleibt auch nach einer Bearbeitung wie Hobeln eine Halbware.

5.5 Enderzeugnisse

Die Zahl der Warenuntergruppen wurde bei den Enderzeugnissen von 54 auf 69 erhöht. Hier wurde insbesondere bei den Maschinenbauerzeugnissen und bei den elektrotechnischen Erzeugnissen die technische Entwicklung berücksichtigt und spezifische Warenuntergruppen für Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen, für Guss- und Walzwerkstechnik, für Armaturen, für Maschinen für die Be- und Verarbeitung von Kautschuk oder Kunststoffen, für Lager, Getriebe, Zahnräder und andere Antriebselemente sowie für Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, für elektrische Lampen und Leuchten, für nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen, für Rundfunk- und Fernsehgeräte, für phono- und videotechnische Geräte und für elektronische Bauelemente gebildet. Außerdem gibt es auch spezielle Warenuntergruppen für medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen, für mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse, für optische und fotografische Geräte, für Schienenfahrzeuge, für Personenkraftwagen und Wohnmobile, für Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge, für Sportgeräte, für Möbel sowie für Werkzeuge, Schneidwaren und Essbestecke aus unedlem Metall.

Zusätzlich wurde eine Warenuntergruppe 891 (vollständige Fabrikationsanlagen) geschaffen. Vollständige Fabrikationsanlagen sind im engeren Sinn nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik in tieferer Warengliederung, weil sie erst an ihrem künftigen Standort entstehen. Im grenzüberschreitenden Warenverkehr werden ihre einzelnen Komponenten verfrachtet. Während bei der Einfuhr aus Ländern außerhalb der Europäischen Union die Waren zur Errichtung vollständiger Fabrikationsanlagen in der Tiefe der achtstelligen Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik angemeldet werden müssen, gibt es in den anderen Verkehrsrichtungen zusammenfassende Anmeldungen der Komponenten auf der Kapitelebene (Zweisteller). Die Zuordnung dieser Zweisteller zu den Warenuntergruppen ist nicht ganz unproblematisch, weil sie schwerpunktmäßig erfolgen muss. Die Darstellung des Außenhandels mit vollständigen Fabrikationsanlagen ist auch nicht vollkommen, weil sie um die Waren, die zum Beispiel in der Einfuhr spezifisch angemeldet werden, reduziert ist. Die Bildung der spezifischen Warenuntergruppe 891 hat keinen Einfluss auf den wertmäßigen Umfang der Warengruppe „Enderzeugnisse“.

An anderen Stellen wurden Warenuntergruppen zusammengefasst oder die Bezeichnungen von Warenuntergruppen aktualisiert.

Insgesamt hat der Wertumfang der Warengruppe „Enderzeugnisse“ einführseitig um 6,7 Mrd. Euro (– 2,0%) abgenommen und ausfuhrseitig um 0,5 Mrd. Euro (+ 0,3%) zugenommen. Das hat auf den ohnehin dominierenden Anteil der Enderzeugnisse im Außenhandel (64 bzw. 77%) kaum Einfluss. Unsaldiert beträgt der Abgang in andere Warengruppen einführseitig jedoch immerhin 14,5 Mrd. Euro und ausfuhrseitig 10,6 Mrd. Euro. Dazu trägt hauptsächlich die

oben beschriebene Neubildung der spezifischen Warenuntergruppe 740 (Pharmazeutische Grundstoffe) bei. Außerdem wurden bei der Zuordnung von Waren zur Warenuntergruppe 751 (Rohre aus Eisen oder Stahl) Korrekturen vorgenommen. Das gilt auch für die Abgrenzung zwischen Papier und Waren aus Papier, zwischen Schnittholz und Holzwaren sowie zwischen Waren aus Stein und mineralischen Baustoffen.

Der unsaldierte Zugang beläuft sich bei den Fertigwaren einführseitig auf 7,8 Mrd. Euro und ausfuhrseitig sogar auf 12,1 Mrd. Euro. Der Hauptposten ist hier, wie schon bei der Behandlung der Vorerzeugnisse erwähnt, die geänderte Abgrenzung zwischen Kunststoff und Kunststoffserzeugnissen. Außerdem spielt die Abgrenzung zwischen Stoffen und Teppichen, zwischen chemischen Vor- und Enderzeugnissen, Glas und Waren aus Glas sowie zwischen rohen Perlen und Edelsteinen und Schmuck aus Perlen und Edelsteinen eine Rolle, aber auch die Streichung der Warenuntergruppe 724 (Schmiedbarer Guss, Schmiedestücke).

6 Der deutsche Außenhandel im Jahr 2001 nach Warengruppen

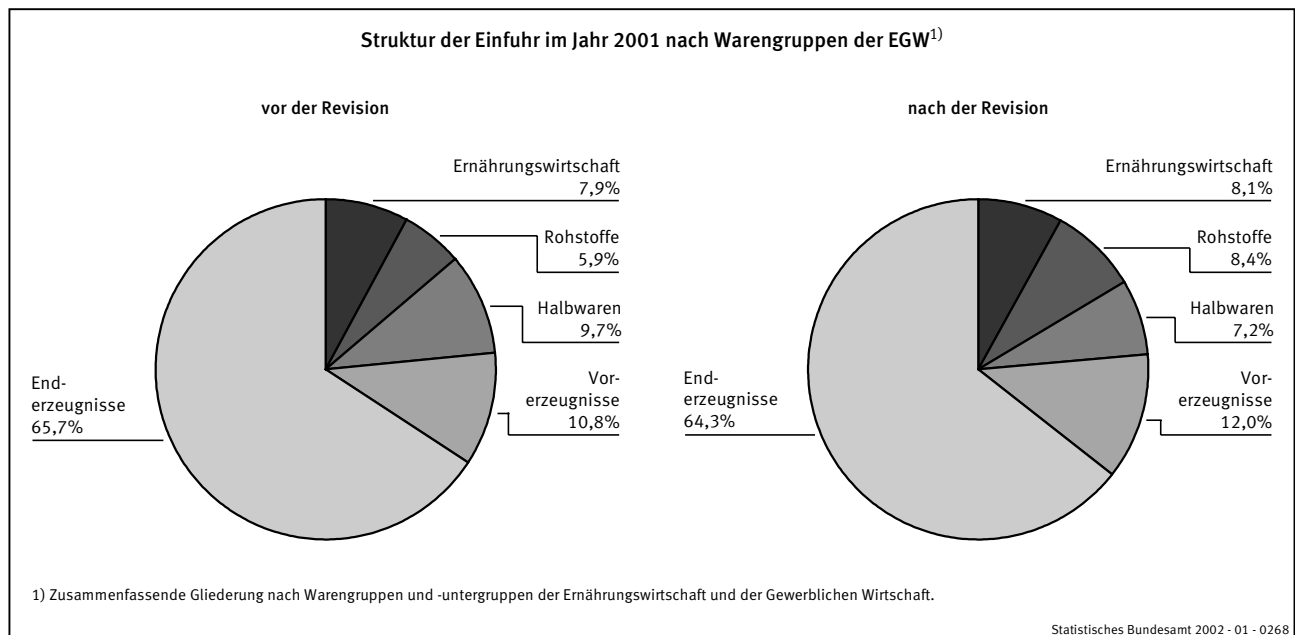
Den nachfolgenden Betrachtungen für das Jahr 2001 liegt nur der Teil des Außenhandels zugrunde, der gegenwärtig in der tiefen Gliederung nach achtstelligen Warennummern vorliegt. Nicht berücksichtigt werden von den 550 Mrd. Euro Einfuhren und den 637 Mrd. Euro Ausfuhren 9,3 bzw. 5,0% zugeschätztes und anderes nicht aufgliederbares Ergebnis. Nach Gesichtspunkten der Zugehörigkeit zur Ernährungswirtschaft oder zur Gewerblichen Wirtschaft bzw. nach dem Verarbeitungsgrad werden im Jahr 2001 eingeführte Waren im Wert von vorläufig 499,0 Mrd. Euro und ausgeführte Waren im Wert von vorläufig 605,6 Mrd. Euro gegliedert. Von den eingeführten Waren sind immerhin 64,3% (65,7%)⁴⁾ Enderzeugnisse. 12,0% (10,8%) sind Vorerzeugnisse, 8,4% (5,9%) Rohstoffe, 8,1% (7,9%) Waren der Ernährungswirtschaft und 7,2% (9,7%) Halbwaren (siehe Schaubild 1 auf S. 494).

Mehr als drei Viertel (rd. 77%) aller ausgeführten Waren sind Enderzeugnisse, gefolgt von Vorerzeugnissen (rd. 13%), Rohstoffen und Halbwaren (rd. 5%) und Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft (rd. 5%) (siehe Schaubild 2 auf S. 494).

Den weitaus überwiegenden Teil des Außenhandels in beide Verkehrsrichtungen machen Enderzeugnisse aus. An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass Enderzeugnisse im Sinne der EGW auch Teile umfassen (Fahrzeugteile, Maschinenteile, Bauelemente usw.). An der Spitze der Einfuhren stehen in dieser Warengruppe Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsanlagen (29,5 Mrd. Euro), Personenkraftwagen und Wohnmobile (26,4 Mrd. Euro), Luftfahrzeuge (21,2 Mrd. Euro), Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (20,3 Mrd. Euro), Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (16,7 Mrd. Euro) sowie Elektronische Bauelemente (15,9 Mrd. Euro). Ausgeführt werden

4) In Klammern: Aussagen für die Struktur der EGW vor der Revision zum 1. Januar 2002.

Schaubild 1

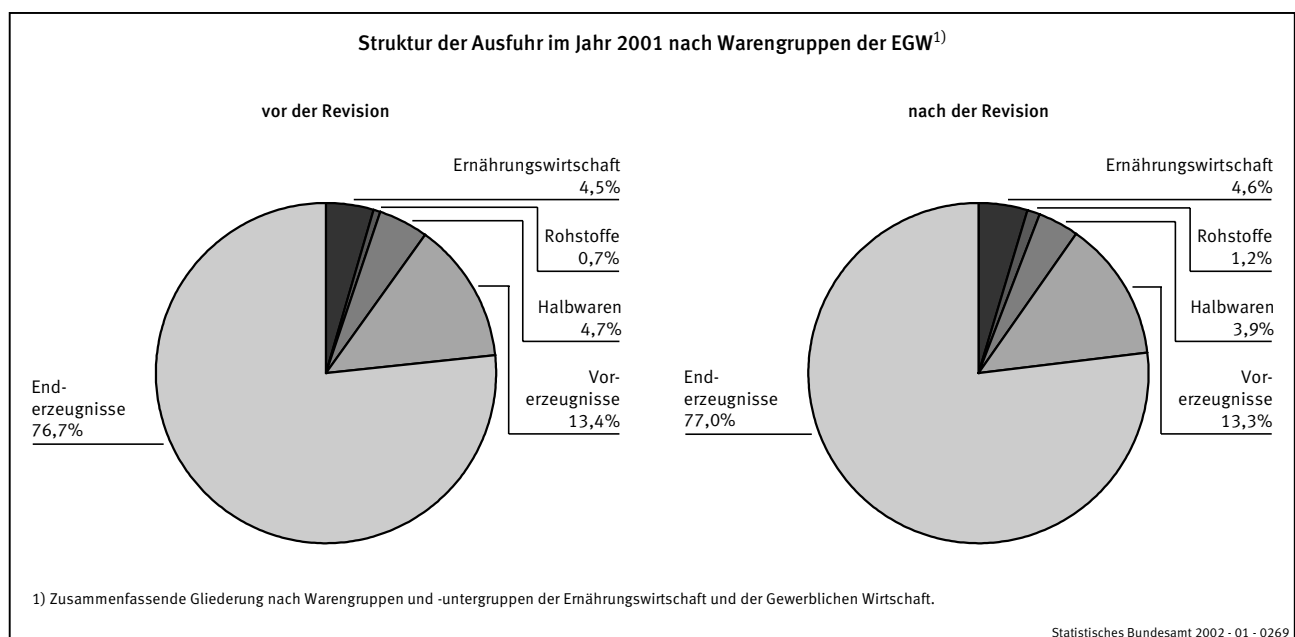


vor allem Personenkraftwagen und Wohnmobile (74,1 Mrd. Euro), Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (29,9 Mrd. Euro), Luftfahrzeuge (25,1 Mrd. Euro), Geräte zur Elektrizitäts-erzeugung und -verteilung (23,1 Mrd. Euro), Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsmaschinen (16,7 Mrd. Euro). Bei den Büromaschinen und automatischen Daten-
verarbeitungsmaschinen sowie bei elektronischen Bauele-
menten überwiegt die Einfuhr. Einfuhrseitig spielen Erdöl
und Erdgas (33,5 Mrd. Euro) und ausfuhrseitig pharmazeu-
tische Erzeugnisse (16,4 Mrd. Euro) ebenfalls eine große
Rolle.

7 Ausblick

Die Überarbeitung der EGW nach so langer Zeit hat zu spür-
baren Brüchen in den langen Reihen geführt. Auch wenn
die Auswirkungen nicht immer so gravierend wie im Fall des
Erdgases sind, sollte künftig doch in kürzeren Abständen
eine Revision der EGW erfolgen. Ob die Gliederung in Roh-
stoffe, Halbwaren, Vor-erzeugnisse und Enderzeugnisse auf-
recht erhalten werden sollte, könnte ebenfalls einer Über-
legung wert sein. Innerhalb der Europäischen Union sind
inzwischen die industriellen Hauptgruppen (MIGS)⁵⁾ einheit-

Schaubild 2



5) Verordnung (EG) Nr. 586/2001 der Kommission vom 26. März 2001 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken: Definition der industriellen Hauptgruppen (MIGS) (Amtsbl. der EG Nr. L 86 vom 27. März 2001, S. 11).

lich definiert worden. Die NACE Rev.1-Gruppen werden den industriellen Hauptgruppen, das heißt den Vorleistungsgüterproduzenten, den Investitionsgüterproduzenten, den Gebrauchsgüterproduzenten und den Verbrauchsgüterproduzenten sowie dem Sektor Energie zugeordnet. Außerdem könnte auch die mit einer weiteren Handelsliberalisierung mögliche zunehmende Straffung der KN eine Auswirkung auf die EGW-Gliederung haben. [\[1\]](#)

Dipl.-Kaufmann Roland Fischer

Eisenbahnverkehr 2001

In Deutschland waren im Jahr 2001 insgesamt 130 Eisenbahnunternehmen am öffentlichen Eisenbahnverkehr beteiligt. Diese Unternehmen haben insgesamt 2 001 Mill. Fahrgäste befördert und 289 Mill. t Güter transportiert. Im Vergleich zum Vorjahr wurde beim Fahrgastaufkommen eine Stagnation (– 0,1%) verzeichnet, die beförderte Gütermenge ging um 2,0% zurück. Gegenüber dem Jahr 2000 erhöhten sich die Einnahmen im Personenverkehr um 2,9% auf 5,5 Mrd. Euro; der entsprechende Wert für den Güterverkehr (3,3 Mrd. Euro) lag um 0,4% unter dem Vorjahresergebnis.

Für die Abwicklung dieser Verkehrsleistungen wurden Ende 2000 etwa 209 400 Beschäftigte (– 8,8%) auf einem Schienennetz von rund 41 700 km Länge eingesetzt. In dem Bericht werden, neben näheren Ausführungen zu den o. a. Themen, noch Angaben zu Fahrzeugbeständen und Unfällen veröffentlicht.

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag behandelt in erster Linie Ergebnisse über die Verkehrsleistungen der Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs.¹⁾ Der Berichtskreis der Eisenbahnstatistik ist funktional abgegrenzt, das heißt es melden alle inländischen Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs, die Eisenbahnverkehr als Haupt-, Neben- oder Hilfstätigkeit betreiben. Im Berichtsjahr 2001 waren dies 130 Unternehmen. In den Berichtskreis der Eisenbahnstatistik somit nicht einbezogen sind diejenigen Eisenbahnunternehmen, die keiner allgemeinen Beförderungspflicht unterlie-

gen und nicht das öffentliche Netz nutzen. Zu diesen Unternehmen zählen hauptsächlich Hafen- und Werksbahnen.

1 Personenverkehr

Die Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs beförderten im Jahr 2001 insgesamt 2 001 Mill. Fahrgäste. 136 Mill. Personen fuhren im Fernverkehr, während mit 1 865 Mill. über 90% der Fahrgäste die Eisenbahnen im Nahverkehr benutzten. Im Vergleich zu 2000 ging die Zahl der Fahrgäste der Eisenbahnen insgesamt um 0,1% zurück; insbesondere durch Verlagerungen vom Fernverkehr zum Nahverkehr kam es beim Fernverkehr sogar zu einem Rückgang von 5,9%, während der Nahverkehr eine Zunahme von 0,4% verzeichnete.

Bei den Ergebnissen ist zu beachten, dass jedes Eisenbahnunternehmen seine Fahrgäste angibt; das heißt steigt ein Reisender um und wechselt dabei das befördernde Unternehmen, so zählen beide Unternehmen den Reisenden als Fahrgast. Da immer mehr Eisenbahnunternehmen Teile des Nahverkehrs von der Deutschen Bahn AG übernehmen, ergeben sich durch Umsteigeverkehre zwischen diesen neuen Gesellschaften und der Deutschen Bahn AG Doppelzählungen der Fahrgäste in größerem Umfang (rd. 120 Mill. Umsteiger pro Jahr). Dadurch kommt es im Vergleich zu früheren Perioden zu einer Erhöhung der Zahl der beförderten Personen. Um einen Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre zu ermöglichen, wurden die Daten der Fahrgäste für die Vorperioden entsprechend angepasst.

1) Eisenbahnen dienen dem öffentlichen Verkehr, wenn sie nach ihrer Zweckbestimmung jedermann zur Personen- oder Güterbeförderung benutzen kann.

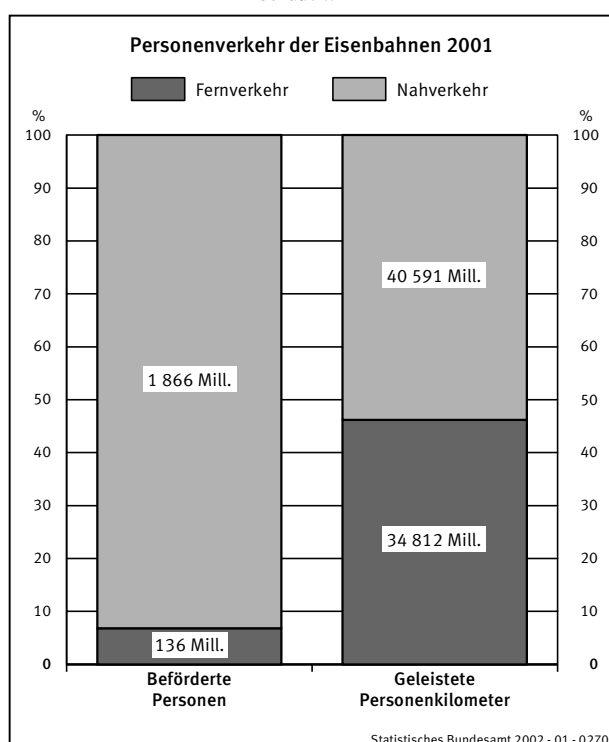
Tabelle 1: Personenverkehr der Eisenbahnen

Verkehrsart	1990 ¹⁾	1995	2000	2001	2001 gegen- über 2000
	Mill.				%
Beförderte Personen	1 643	1 921	2 003	2 001	-0,1
Fernverkehr	-	149	144	136	-5,9
Nahverkehr	-	1 772	1 859	1 865	+0,4
Geleistete					
Personenkilometer	61 985	73 970	75 111	75 403	+0,4
Fernverkehr	-	35 277	35 853	34 812	-2,9
Nahverkehr	-	38 693	39 257	40 591	+3,4

1) Ohne Doppelzählungen.

Die im Personenverkehr erbrachte Verkehrsleistung wird als Produkt aus der Zahl der beförderten Personen und der Entfernung in Form von Personenkilometern (Pkm) ermittelt. Sie stieg 2001 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 0,4% auf 75,4 Mrd. Pkm; davon entfielen 34,8 Mrd. Pkm (-2,9%) auf den Fernverkehr und 40,6 Mrd. Pkm (+3,4%) auf den Nahverkehr; auch hier haben hauptsächlich die Verlagerungen von Fernverkehren zum Nahverkehr zu den gezeigten Veränderungen geführt.

Schaubild 1



Statistisches Bundesamt 2002 - 01 - 0270

2 Güterverkehr

Mit insgesamt 288,5 Mill.t lag die transportierte Gütermenge im Jahr 2001 um 2,0% unter dem Ergebnis des Vorjahres und konnte damit die relativ positive Verkehrsentwicklung des Jahres 2000 (+2,4%) nicht fortsetzen. Haupt-

ursache für den Rückgang der Beförderungsmenge waren die wieder abnehmenden Transportaufträge für Güter des Montanbereichs.

2.1 Wagenladungsverkehr nach Hauptverkehrsverbindungen

Der weitaus größte Teil der Bahntransporte entfällt auf den frachtpflichtigen Wagenladungsverkehr. Dieser nahm von 2000 auf 2001 um 2,0% auf 288,2 Mill.t ab. Die bei diesen Transporten erbrachten Beförderungsleistungen nahmen noch stärker, und zwar um 2,3% auf 74,3 Mrd. Tonnenkilometer (tkm) ab.

Von den Gütern des frachtpflichtigen Verkehrs sind 189,6 Mill.t (-2,1%) im Binnenverkehr, also zwischen deutschen Be- und Entladeorten, befördert worden; die tonnenkilometrische Leistung ging dabei um 1,4% auf 34,6 Mrd.tkm zurück. Im grenzüberschreitenden Verkehr sank der Versand um 2,5%; insgesamt wurden 41,3 Mill.t in das Ausland transportiert. Der Empfang aus dem Ausland nahm um 1,2% auf 47,2 Mill.t ab. Der Durchgangsverkehr durch das Bundesgebiet von Ausland zu Ausland nahm gleichzeitig um 2,9% ab; hier wurden 10,2 Mill.t Güter transportiert.

Tabelle 2: Güterverkehr der Eisenbahnen

Gegenstand der Nachweisung	1990	2000	2001	2001 gegen- über 2000
Beförderungsmenge				
	Mill. t			%
Insgesamt	541,1	294,4	288,5	-2,0
Wagenladungsverkehr	520,5	294,2	288,2	-2,0
Binnenverkehr	193,6	189,6	-2,1
Versand in das Ausland	42,3	41,3	-2,5
Empfang aus dem Ausland .	.	47,7	47,2	-1,2
Durchgangsverkehr	10,5	10,2	-2,9
Dienstgutverkehr	16,5	0,3	0,3	+2,8
Beförderungsleistung				
	Mrd. tkm			%
Insgesamt		76,1	74,3	-2,3
Wagenladungsverkehr	76,0	74,3	-2,3
Binnenverkehr	35,0	34,6	-1,4
Versand in das Ausland	17,0	16,4	-3,7
Empfang aus dem Ausland .	.	15,9	15,6	-1,5
Durchgangsverkehr	8,1	7,7	-5,3
Dienstgutverkehr	0,1	0,1	-1,3

Damit hat sich der Anteil des internationalen Eisenbahnverkehrs auf dem deutschen Netz seit 1991 bei der beförderten Tonnage von 22 auf 34% erhöht. Der internationale Anteil an der tonnenkilometrischen Leistung erreichte durch die im Vergleich zum Binnenverkehr meistens größeren Transportweiten 2001 sogar einen Anteil von 54% an der tkm-Gesamtleistung; hierbei ist anzumerken, dass beim grenzüberschreitenden Verkehr nur die auf dem Bundesgebiet geleisteten Tonnenkilometer nachgewiesen werden.

Schaubild 2

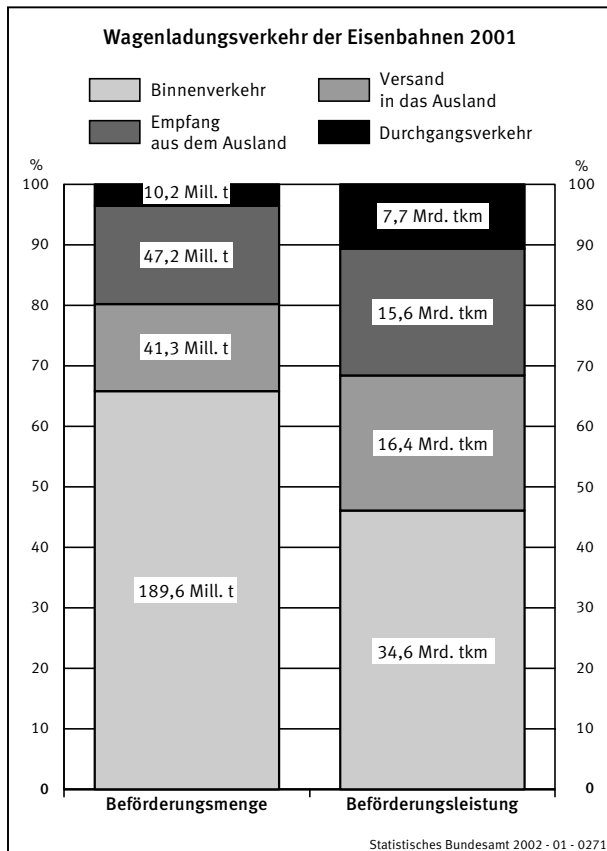
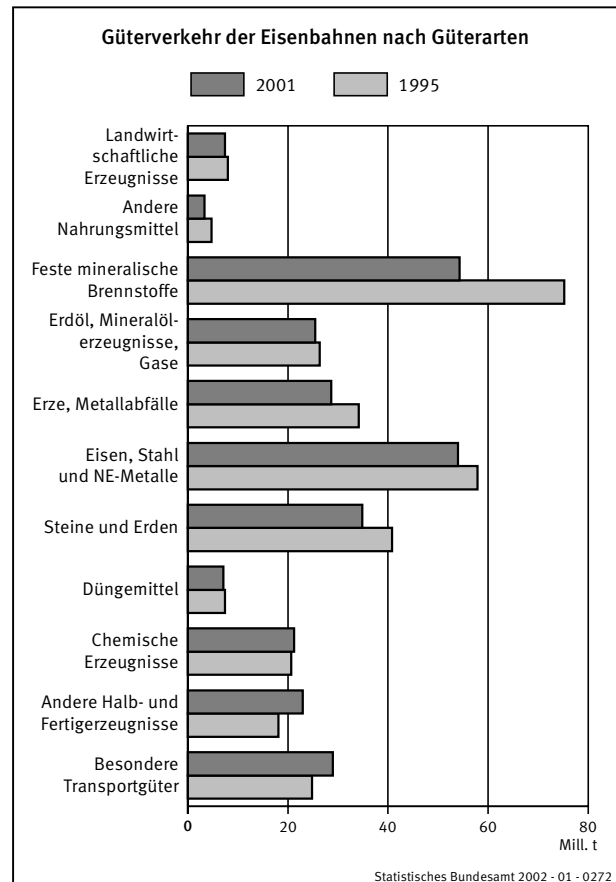


Schaubild 3



2.2 Wagenladungsverkehr nach Güterarten

Wie bereits erwähnt mussten die Eisenbahnen nach der positiven Entwicklung des Vorjahres im Montangüterbereich wieder eine sinkende Nachfrage nach Gütern dieser Produktkategorie registrieren. Bei den Kohletransporten fiel die

beförderte Menge um 4,1 Mill. t (– 6,9%) auf 54,3 Mill. t und bei „Erzen und Metallabfällen“ um 1,5 Mill. t (– 5,1%) auf 28,7 Mill. t. Bei den Transporten von „Eisen, Stahl und NE-Metallen“ blieb die beförderte Gütermenge mit 54,0 Mill. t (+ 0,3%) annähernd unverändert.

Bei den Beförderungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde mit 7,4 Mill. t eine Verkehrseinbuße von 27,8% gegenüber dem Jahr 2000 festgestellt; damit hat sich das sehr positive Ergebnis des Jahres 2000 (+ 31,9% gegenüber 1999) nicht fortsetzen können.

Bei den „Besonderen Transportgütern“²⁾ wurde ein Minus von 3,2% auf insgesamt 29,0 Mill. t registriert; von dieser Güterkategorie entfällt ein großer Teil auf Transporte des kombinierten Verkehrs.³⁾

Tabelle 3: Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen nach Güterabteilungen

Güterabteilungen	1990	1995	2000	2001	2001 gegenüber 2000
	Mill. t				%
Insgesamt	520,5	318,2	294,2	288,2	– 2,0
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	8,0	10,3	7,4	– 27,8
Andere Nahrungsmittel	4,7	3,5	3,3	– 5,7
Feste mineralische Brennstoffe	75,2	58,4	54,3	– 6,9
Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase .	.	26,4	24,7	25,4	+ 2,8
Erze, Metallabfälle	34,2	30,2	28,7	– 5,1
Eisen, Stahl und NE-Metalle	57,9	53,9	54,0	+ 0,3
Steine und Erden	40,8	32,7	34,9	+ 6,7
Düngemittel	7,4	7,4	7,1	– 4,9
Chemische Erzeugnisse	20,6	21,7	21,2	– 2,1
Andere Halb- und Fertigerzeugnisse	.	18,1	21,5	22,9	+ 6,6
Besondere Transportgüter	24,8	30,0	29,0	– 3,2

2) Transportgüter, die nach ihrer Art nicht einzugruppieren sind.

3) Beförderung von Containern und Wechselbehältern sowie „Rollende Landstraße“.

2.3 Wagenladungsverkehr nach Bundesländern

Durchleuchtet man den Güterverkehr der Eisenbahnen nach Bundesländern, so stellt man fest, dass 34% des Ladungsaufkommens innerhalb der Landesgrenzen der einzelnen Bundesländer sowohl ein- als auch ausgeladen wurden. Damit zeigt sich, dass die Eisenbahn – ähnlich wie beim

Personenverkehr – auch im Güterverkehr in hohem Umfang über relativ kurze Entfernungen genutzt wird.

Rund 33% aller Güter wurden zwischen den Bundesländern transportiert, während 14% in das Ausland versandt wurden und 16% der gesamten Tonnage aus dem Ausland in Deutschland empfangen wurden.

Tabelle 4: Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen 2001 nach Ländern und Hauptverkehrsbeziehungen
Mill. t

Land	Verkehr innerhalb des Bundeslandes ¹⁾	Versand in das	Empfang aus dem	Versand in das	Empfang aus dem
		übrige/n Bundesgebiet		Ausland	
Insgesamt	95,3	94,6	94,6	41,2	47,4
Baden-Württemberg	4,1	4,2	7,5	4,2	3,9
Bayern	8,3	5,4	9,3	7,3	9,9
Berlin	0,1	1,0	3,6	0,1	0,4
Brandenburg	1,8	7,4	8,8	2,1	3,6
Bremen	0,2	2,1	5,0	1,6	1,3
Hamburg	0,0	13,7	7,3	2,0	1,7
Hessen	1,8	5,0	4,3	2,0	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	0,6	2,9	3,9	0,8	0,4
Niedersachsen	8,5	9,2	15,4	3,2	2,1
Nordrhein-Westfalen	50,4	16,3	11,1	8,0	10,9
Rheinland-Pfalz ...	0,7	3,2	3,8	2,9	1,3
Saarland	10,2	2,0	0,9	1,5	5,6
Sachsen	0,7	6,9	5,3	2,1	3,0
Sachsen-Anhalt ...	6,7	12,7	3,3	1,5	0,7
Schleswig-Holstein	0,9	1,5	1,8	1,0	0,4
Thüringen	0,3	1,3	3,3	0,9	0,6

1) Versand = Empfang.

Ein besonders hohes Transportaufkommen innerhalb von Landesgrenzen zeigte sich bei den Ländern mit bedeutenden Kohle- und Stahlstandorten. So wurden zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit 50,4 Mill. t rund 52% des gesamten Eisenbahngüteraufkommens innerhalb des Landes befördert. Im Saarland wurde mit 10,2 Mill. t die Hälfte aller Güter innerhalb der Landesgrenzen transportiert.

2.4 Container- und Huckepackverkehr

Wie bereits in den vergangenen Jahren melden die Eisenbahnen im Rahmen des kombinierten Verkehrs den Transport von Großcontainern und Wechselbehältern als zusammengefasste Position, da für sie transporttechnisch kein Unterschied besteht. Im Jahr 2001 musste auch dieser Beförderungszweig im Eisenbahnverkehr eine leichte Verkehrseinbuße hinnehmen; es wurden 1,8 Mill. beladene Einheiten (– 3,4%), die mit 23,7 Mill. t Gütern (– 1,9%) beladen waren, befördert. Auch beim Transport von leeren Ladeeinheiten hielt der Abwärtstrend an: Mit 0,6 Mill. Einheiten wurde ein Minus von 8,5% registriert.

Im „Huckepackverkehr“ konnte im Jahr 2001 dagegen mit 385 200 (+ 5,5%) mit Ladung beförderten Lastkraftfahrzeugen und Sattelanhängern eine Steigerung registriert werden; bei einer Tonnage von 9,0 Mill. t Gütern ergab sich dabei sogar ein Plus von 11,8%. Beim Transport von leeren Fahrzeugen wurde dagegen mit 8 100 beförderten Einheiten ein geringer Aufkommensrückgang festgestellt (– 1,9%).

3 Einnahmen

Die Eisenbahnunternehmen erzielten im Jahr 2001 insgesamt 8,8 Mrd. Euro an Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr (+ 1,6% gegenüber 2000); dabei stiegen die Einnahmen im Personenverkehr um 2,9% gegenüber 2000 auf 5,5 Mrd. Euro. In diesem Betrag sind neben den Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf auch die Ausgleichszahlungen des Bundes⁴⁾ enthalten. Die im Jahr 2001 im Rahmen der Neuordnung des Eisenbahnwesens für den Schienenpersonennahverkehr nach einem Verteilungsschlüssel über die Bundesländer zugewiesenen Bundesleistungen in Höhe von mehr als 6 Mrd. Euro sind in den nachgewiesenen Einnahmen nicht enthalten. Im Güterverkehr sanken die Einnahmen um 0,4% auf 3,3 Mrd. Euro.

Tabelle 5: Einnahmen der Eisenbahnen aus dem Schienenverkehr¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	1995	2000	2001	2001 gegenüber 2000
	Mill. Euro			%
Insgesamt	8 471	8 644	8 783	+ 1,6
Personenverkehr	4 548	5 331	5 484	+ 2,9
Güterverkehr	3 922	3 313	3 299	– 0,4

1) Ohne Umsatzsteuer.

4 Beschäftigte

Der seit Jahren bei den Eisenbahnunternehmen zu beobachtende Personalabbau setzte sich auch im Jahr 2000 fort.⁵⁾ Zum Jahresende 2000 beschäftigten die Eisenbahnunternehmen noch 209 400 Personen, etwa 20 000 Personen (– 8,8%) weniger als Ende 1999.

5 Fahrzeugbestand

Zum Jahresende 2000 standen den Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs 3 888 Elektrolokomotiven und 3 933 Diesellokomotiven (einschl. Lokomotiven anderer Antriebsarten) zur Verfügung; das waren 67 Elektrolokomotiven (– 1,7%) und 278 Diesellokomotiven (– 6,7%) weniger als Ende 1999.

Bei den elektrischen Triebwagen nahm die Zahl der Einheiten, insbesondere durch die Auslieferung der neuesten

4) Z. B. Zahlungen für die Beförderung von Schwerbehinderten.

5) Die Ergebnisse der Unternehmensstatistik liegen als Jahresstatistik für 2001 erst zu einem späteren Zeitpunkt vor.

ICE-Züge, die als Triebwagen konzipiert sind, um 1 207 auf 4 150 zu. Auch bei den Dieseltriebwagen nahm im Zuge der Modernisierung des Fahrzeugparks die Zahl um 360 auf 1 760 Einheiten zu.

Tabelle 6: Fahrzeugbestand der Eisenbahnen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	1990	1995	1999	2000
Einsatzbestand an Lokomotiven				
Insgesamt	12 263	9 458	8 166	7 821
Elektrische Lokomotiven	3 867	3 583	3 955	3 888
Diesellokomotiven ²⁾	8 396	5 875	4 211	3 933
Fahrzeuge für die Personenbeförderung und Gepäckwagen				
Insgesamt	23 920	20 058	23 182	22 962
Elektrische Triebwagen	2 461	2 880	2 943	4 150
Dieseltriebwagen	783	1 031	1 400	1 760
Reisezugwagen	19 235	14 791	15 333	13 872
Steuer- und Beiwagen	1 441	1 356	3 506	3 180
Sitzplätze insgesamt (1 000) ..	1 681	1 382	.	.
Gepäckwagen	2 232	419	511	144
Güterwagen				
Insgesamt ³⁾	426 008	256 041	191 718	190 446
Eigentumsbestand	367 592	178 493	132 396	131 372
Gedeckte Güterwagen	125 521	62 463	32 721	32 444
Offene Güterwagen	130 461	60 004	42 715	41 746
Flache Güterwagen	80 819	53 298	54 642	55 049
Sonstige Güterwagen	2 728	2 318	2 133
Dienstgüterwagen	6 318	5 222	378	461
Privatbestand	52 098	77 548	59 322	59 074
Gedeckte Güterwagen	8 706	10 083	9 698	10 538
Offene Güterwagen	1 470	2 841	2 756	2 574
Flache Güterwagen	3 030	10 528	5 876	6 068
Sonstige Güterwagen	38 892	54 096	40 992	39 894

1) Stand am Jahresende. – 2) Einschl. Fahrzeugen anderer Antriebsarten. – 3) Ohne Dienstgüterwagen.

Die Zahl der Fahrzeuge zur Personenbeförderung lag am Ende des Jahres 2000 mit 22 962 Einheiten um 220 Wagen (–0,9%) niedriger als im Jahr zuvor. Für die Güterbeförderung standen den Eisenbahnunternehmen 2000 in Deutschland insgesamt 190 446 Güterwagen zur Verfügung; das waren 1 272 Einheiten oder 0,7% weniger als im Vorjahr.

Von diesen Güterwagen waren 131 372 im Eigentumsbestand der Eisenbahnen (–0,8%) und 59 074 als Privatgüterwagen⁶⁾ bei den Eisenbahnunternehmen eingestellt (–0,4%).

6 Schienennetz

Zum Jahresende 2000 hatte das Schienennetz der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs eine Betriebsstreckenlänge von insgesamt 41 681 km und war damit, bedingt durch Neubaustrecken, um 69 km länger als im Vorjahr. Die Länge der elektrifizierten Strecken, auf denen der größte Teil der Eisenbahnleistungen erbracht wird, stieg im gleichen Zeitraum um 64 km auf 19 505 km.

Tabelle 7: Unternehmen und feste Betriebseinrichtungen der Eisenbahnen¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1995	1999	2000
Unternehmen	Anzahl	105	103	120	130
Eigentumsstreckenlänge	km	44 122	46 756	44 996	44 730
Betriebsstreckenlänge	km	44 001	45 118	41 612	41 681
dar.: elektrifiziert	km	16 120	18 551	19 441	19 505
eingleisig	km	3 216	4 074	4 290	4 285
mehrgleisig	km	12 904	14 477	15 151	15 220
Gesamtgleislänge	km	90 760	80 297	80 447	80 217
dar.: elektrifiziert	km	41 847	.	46 373	44 826
Bahnhöfe	Anzahl	5 828	5 768	5 441	5 317
Gleisanschlüsse	Anzahl	15 653	12 380	7 405	6 833
Höhengleiche Bahnübergänge ..	Anzahl	37 029	34 759	33 967	33 322
dar.: mit Schranken	Anzahl	15 606	15 218	.	.

1) Stand am Jahresende.

7 Unfälle

Auf dem von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs betriebenen Netz ereigneten sich im Jahr 2000 insgesamt 946 Bahnbetriebsunfälle, bei denen Personenschaden registriert wurde; dabei wurden 247 Personen getötet und 1 214 Menschen verletzt.⁷⁾ Damit bewegt sich sowohl die Zahl der Unfälle als auch die der Getöteten und Verletzten, mit Ausnahme des durch den Großunfall in Eschede negativ beeinflussten Ergebnisses von 1998, seit Jahren in der gleichen Größenordnung.

Diejenigen Eisenbahnunfälle, an denen überwiegend nur Eisenbahnfahrzeuge beteiligt waren, forderten bei insgesamt 111 Entgleisungen, Zusammenstößen oder dem Aufprallen auf Gegenstände im Jahr 2000 insgesamt 12 Tote und 444 Verletzte. Mit 146 Getöteten wurde rund ein Drittel aller Todesopfer in der Kategorie der so genannten persönlichen Unfälle von Reisenden, Bahnbediensteten und Bahnfremden registriert; hier wurden 371 Verletzte gezählt. Zu einer Kollision mit Wegbenutzern kam es auf höhengleichen Bahnübergängen in 242 Fällen; dabei starben 84 Menschen und 352 Personen wurden verletzt. [u](#)

6) Güterwagen, die nicht den Eisenbahnunternehmen gehören, aber in ihren Wagenpark eingestellt sind.

7) Todesfälle durch Selbstmorde sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Nach Angaben der DB-AG nehmen sich im Durchschnitt pro Tag drei bis vier Menschen auf den Bahngleisen das Leben; siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 1999.

Dipl.-Volkswirt Hans-Peter Lüs

Seeschifffahrt 2001

Wachstum trotz Wirtschaftsflaute

Der Seegüterumschlag deutscher Häfen ist im Jahr 2001 trotz schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes weiter gewachsen. Nach einem Plus von 8,2% im Jahr 2000 konnte die Umschlagsleistung im vergangenen Jahr nochmals um 1,5% auf 246,1 Mill. t gesteigert werden. Zugenommen haben insbesondere die Einfuhren von Kohlen und Mineralölprodukten sowie die Containerladung. Rückgänge wurden vorwiegend bei den Einladungen von Mineralölprodukten und Getreide registriert.

Unterschieden nach Weltregionen ist vor allem der Gütertausch mit den früheren Staatshandelsländern Russland, Polen, den baltischen Staaten sowie China kräftig angewachsen. Auch der Nordamerika-Verkehr hat sich weiter belebt. Von der Entwicklung konnten insbesondere die großen Containerhäfen Bremen/Bremerhaven und vor allem Hamburg profitieren. Schiffe unter deutscher Flagge verloren weiter an Bedeutung. Angesichts der verbesserten Konjunkturaussichten ist im Jahr 2002 ein beschleunigtes Wachstum des Seegüterumschlags möglich.

Methodik der Seeverkehrsstatistik

Ab dem Berichtsjahr 2000 ist die Methodik der deutschen Seeverkehrsstatistik grundlegend geändert worden. Die neue Methodik ist in früheren Beiträgen in dieser Zeitschrift ausführlich dargelegt worden.¹⁾

Nur zwei wichtige Punkte sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden:

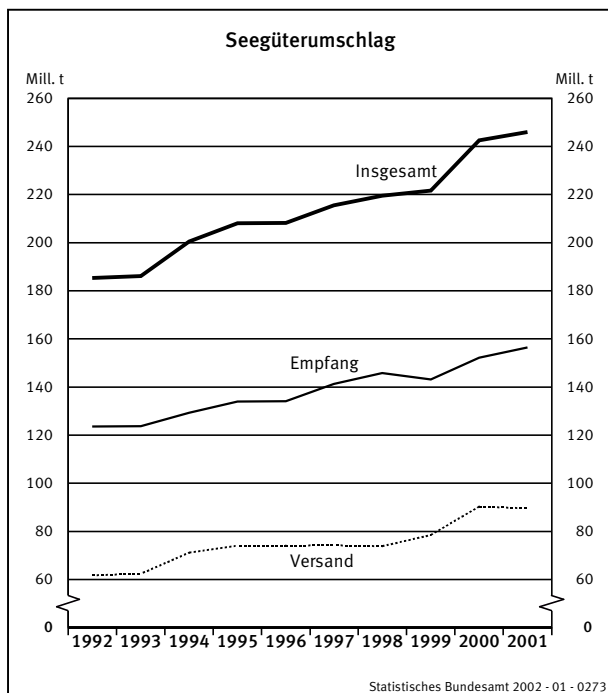
- In den Ergebnissen der Seeverkehrsstatistik sind seit dem Jahr 2000 die Seegüterumschläge sämtlicher deutscher Häfen, also auch der Binnenhäfen enthalten.
- Erhoben und dargestellt werden die Bruttogewichte der Güter in Tonnen. Hierbei handelt es sich um die Nettogewichte der Güter einschließlich deren Verpackung, jedoch ohne die Eigengewichte der Ladungsträger, das sind die Gewichte der für den Transport eingesetzten Fahrzeuge und Container. Die von Häfen selbst publizierten Ergebnisse schließen die Eigengewichte in der Regel mit ein und können daher deutlich höher liegen als die von der amtlichen Statistik nachgewiesenen Werte.

Seegüterumschlag um 1,5% gestiegen

Im Jahr 2001 wurden im Seeverkehr in deutschen Häfen 246,1 Mill. t Güter ein- und ausgeladen. Das waren 3,5 Mill. t oder 1,5% mehr als im Vorjahr. Damit konnte nach dem Rekordanstieg des Vorjahres der Seegüterumschlag nochmals gesteigert werden (siehe Schaubild 1). Trotz der Eintrübung der allgemeinen konjunkturellen Lage im Verlauf des Jahres ist keine Abschwächung der Seeverkehrskonjunktur erkennbar (zur monatlichen Entwicklung siehe Schaubild 2). Zum Jahresende zog die Wachstumsrate sogar an: Nach dem recht schwachen dritten Quartal (–1,8% gegenüber dem dritten Quartal 2001) stiegen die Ein- und Ausladungen im vierten Quartal 2001 im Vorjahresvergleich um 1,9%.

¹⁾ Siehe Lüs, H.-P.: „Die neue Seeverkehrsstatistik“ in WiSta 9/2000, S. 669 ff. Die wesentlichen Eckpunkte sind auch im Artikel „Seeschifffahrt 2000“ in WiSta 9/2001, S. 762 ff., genannt.

Schaubild 1



Der deutsche Seehandel ist – wie in den meisten Vorjahren – stärker gewachsen als das nationale Bruttoinlandsprodukt, das im Jahr 2001 um 0,6% zunahm. Wegen der intensiven internationalen Verflechtung der deutschen Häfen – mehr als 95% der Güter werden im Verkehr mit Häfen im Ausland

umgeschlagen – ist auch das internationale Umfeld von großer Bedeutung. Von dieser Seite gingen im vergangenen Jahr noch vergleichsweise positive Einflüsse aus: Das Wirtschaftswachstum innerhalb der Europäischen Union (EU) lag bei 1,6%, das der Vereinigten Staaten bei 1,2%, der Außenhandel Deutschlands stieg sogar um 4,6%. Schwächere Impulse kamen dagegen aus Asien und hier insbesondere aus Japan, wo die Produktion zum wiederholten Male zurückging.

Der Seeverkehr ist in Deutschland der einzige Verkehrsträger, der im vergangenen Jahr ein Wachstum aufwies. Vergleichsweise stark gingen die Beförderungen auf der Straße (–4,0%) – hier allerdings ausschließlich der Nahverkehr mit Baustoffen – und die Luftfracht (–4,2%) zurück. Die Bahn und das Binnenschiff verloren 2,0 bzw. 2,5%. Lediglich die Rohöltransporte über Fernleitungen erhöhten sich leicht (+0,9%).

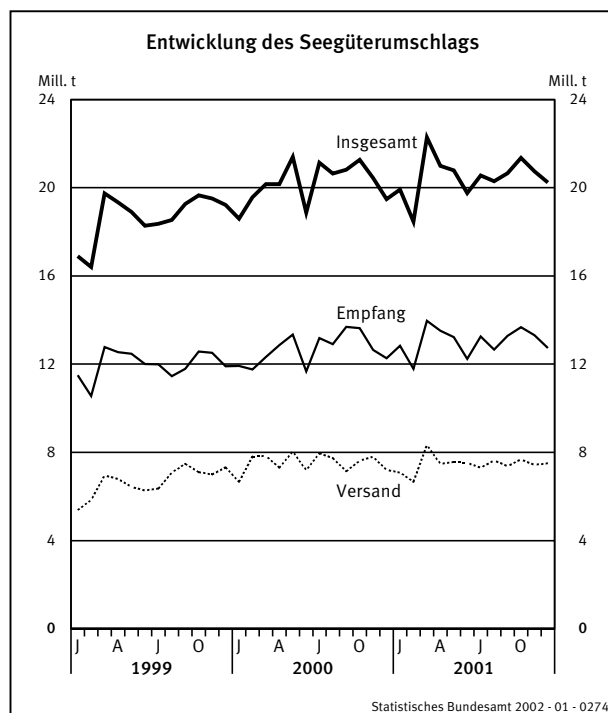
Die Seefrachtraten befanden sich im ersten Halbjahr 2001 auf recht hohem Niveau, gaben im Laufe des Jahres aber deutlich nach. Für die Linienfahrt – hierbei handelt es sich vor allem um Containertransporte – ergab der Vorjahresvergleich einen Preisrückgang um 2,8%. Erheblich stärker waren die Preissenkungen auf dem Markt für Massenguttransporte. So gingen die Charraten für Trockenfrachtschiffe um rund 17% zurück.²⁾

Grenzüberschreitender Empfang nimmt zu

Das Wachstum der Seegüterumschläge im vergangenen Jahr betraf allein die Transporte von ausländischen zu deutschen Häfen. Auf dieser – mengenbezogen – wichtigsten Verkehrsrelation nahmen die Transporte um 4,7 Mill. t oder 3,2% auf 151,9 Mill. t zu. Besonders kräftig gestiegen sind die Kohleimporte u. a. aus Polen, Südafrika, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten. Hier ergab sich ein Plus von 2,8 Mill. t, somit um mehr als ein Drittel, von 7,6 auf 10,4 Mill. t (siehe Tabelle 1). Insofern schlägt sich in den Ergebnissen der Seeverkehrsstatistik erstmals der angestrebte schrittweise Ersatz der heimischen Steinkohle durch Importkohle nieder (siehe Schaubild 3).

Deutlich zugenommen hat auch der *Empfang* von Mineralölprodukten aus dem Ausland, insbesondere aus dem Baltikum (+14,5% auf 10,0 Mill. t). Im Gegensatz dazu haben die Transporte von Mineralölprodukten und Rohöl zwischen deutschen Häfen abgenommen. Dies ist die Hauptursache für den Rückgang des Güterumschlags im Verkehr zwischen deutschen Häfen um 8,7% auf 8,5 Mill. t. Im internationalen Verkehr recht stark zurückgegangen sind die Lieferungen von Steinen und Erden, vor allem aus norwegischen Häfen. In früheren Jahren war die Umschlagsentwicklung im Empfang im Wesentlichen von den Rohölanlandungen geprägt worden. Im vergangenen Jahr hatten die Rohöleinfuhren mit einem Anstieg von lediglich 100 000 t auf 36,8 Mill. t dagegen keinen Einfluss auf die Gesamtentwicklung. Allerdings

Schaubild 2



2) Fachserie 17 „Preise“, Reihe 9 „Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“.

Tabelle 1: Seegüterumschlag nach Gutarten

Güterabteilung	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse	16,3	19,0	- 14,5	6,7	7,1	- 5,9	9,6	12,0	- 19,6
darunter:									
Getreide	7,8	10,5	- 26,1	1,1	1,4	- 19,1	6,6	9,1	- 27,1
Holz und Kork	4,9	5,0	- 2,4	3,3	3,5	- 5,4	1,6	1,5	+ 4,7
Andere Nahrungs- und Futtermittel	18,4	17,0	+ 8,3	10,6	10,4	+ 1,3	7,8	6,7	+ 19,4
darunter:									
Futtermittel	4,7	4,8	- 1,8	3,1	3,3	- 7,2	1,7	1,5	+ 9,9
Ölsaaten, Ölf Früchte, pflanzliche und tierische Fette	5,0	4,3	+ 17,6	3,8	3,2	+ 16,7	1,2	1,0	+ 20,4
Feste mineralische Brennstoffe	12,1	9,1	+ 32,8	12,0	9,0	+ 33,6	0,0	0,1	- 41,8
dar.: Steinkohle und Steinkohlebriketts	10,4	7,6	+ 36,5	10,4	7,6	+ 36,5	0,0	0,1	+ 29,0
Erdöl, Mineralöl erzeugnisse, Gase	60,3	61,8	- 2,5	48,3	46,8	+ 3,3	12,0	15,1	- 20,7
darunter:									
Rohes Erdöl	38,1	40,3	- 5,4	36,8	36,7	+ 0,3	1,3	3,7	- 63,3
Kraftstoffe und Heizöl	20,0	19,3	+ 3,4	10,0	8,7	+ 14,5	10,0	10,6	- 5,8
Erze und Metallabfälle	20,6	19,8	+ 3,7	18,7	18,1	+ 3,3	1,9	1,7	+ 7,6
darunter:									
Eisenerze	14,1	14,2	- 0,7	14,1	14,2	- 0,7	0,0	0,0	- 99,1
NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	5,0	4,2	+ 17,3	4,1	3,6	+ 14,7	0,8	0,6	+ 33,0
Eisen, Stahl und NE-Metalle	8,7	8,8	- 1,0	3,0	3,2	- 6,9	5,7	5,6	+ 2,4
dar.: Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech	2,6	2,3	+ 14,4	0,6	0,6	- 7,6	2,0	1,6	+ 22,7
Steine und Erden	12,9	13,8	- 6,5	10,2	11,5	- 11,3	2,7	2,3	+ 17,7
Düngemittel	5,7	5,9	- 2,6	1,7	1,9	- 10,0	4,1	4,0	+ 0,9
dar.: Chemische Düngemittel	5,4	5,5	- 2,4	1,5	1,7	- 9,4	3,8	3,8	+ 0,7
Chemische Erzeugnisse	15,4	15,1	+ 2,2	6,6	6,6	- 0,8	8,8	8,4	+ 4,5
dar.: Chemische Grundstoffe	8,0	7,4	+ 8,1	2,6	2,4	+ 6,6	5,4	5,0	+ 8,8
Andere Halb- und Fertigwaren	75,6	72,1	+ 4,9	38,7	37,6	+ 3,0	36,9	34,5	+ 7,0
darunter:									
Besondere Transportgüter	43,4	40,7	+ 6,7	21,0	19,7	+ 6,8	22,4	21,0	+ 6,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	6,9	6,3	+ 9,6	2,8	2,6	+ 6,5	4,1	3,6	+ 11,8
Insgesamt ..	246,1	242,5	+ 1,5	156,5	152,2	+ 2,8	89,6	90,3	- 0,8

haben sich die Anteile der Lieferländer maßgeblich verschoben. Gut 4 Mill.t mehr Rohöl kamen von den für Deutschland wichtigsten Lieferanten, dem Vereinigten Königreich

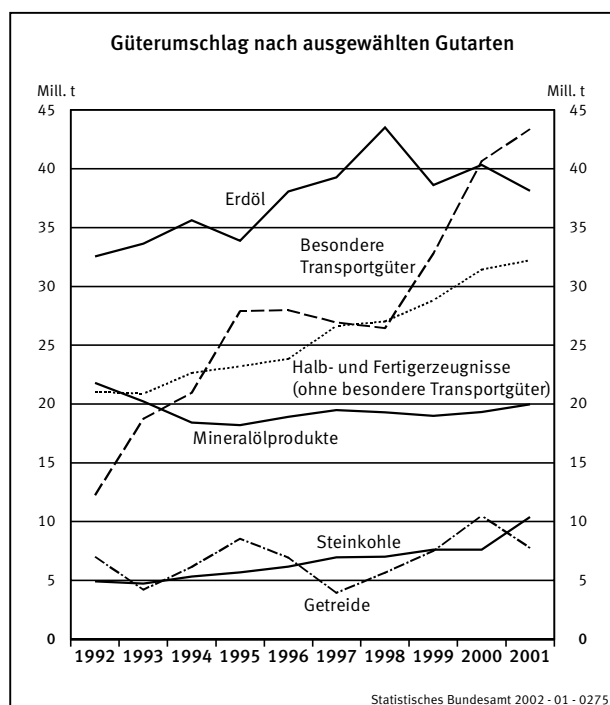
(15,8 Mill.t) und Norwegen (8,8 Mill.t). Auf der anderen Seite wurde sehr viel weniger Rohöl von anderen Lieferländern wie Libyen, Algerien oder Lettland bezogen.

Auf der Empfangs- wie auf der Versandseite weiter ausgeweitet hat sich der Umschlag der Güterart „besondere Transportgüter“, und zwar um insgesamt 2,7 Mill.t oder 6,7% auf 43,4 Mill.t. Darin enthalten sind neben Fertigprodukten auch Sammel- und Stückgüter sowie zu einem erheblichen Teil Transportgüter, deren Art von den Auskunftgebenden nicht angegeben werden kann. Dies kommt besonders häufig bei Gütern in geschlossenen Ladeeinheiten, wie Lastkraftwagen oder Containern, vor. Ein Teil der unter „besondere Transportgüter“ gemeldeten Waren wäre bei exakter Meldung also unter anderen Güterarten zu erfassen.

Vereinigtes Königreich wieder wichtigster Seehandelspartner; Verkehr mit Osteuropa und China deutlich belebt

In der Rangliste der wichtigsten Ein- und Ausladeländer für die deutschen Seehäfen konnte das Vereinigte Königreich mit 28,4 Mill.t (+ 7,8%) wieder Schweden (24,6 Mill.t; - 8,5%) von der Spitze verdrängen (siehe Tabelle 2). Wesentliche Ursache für den Wechsel sind die bereits erwähnten Veränderungen bei den Rohöltransporten: Während in den

Schaubild 3



britischen Häfen mehr Mineralöl nach Deutschland verladen wurde, wurden die Rohölausfuhren nach Schweden völlig eingestellt. Zudem wurden in deutschen Häfen deutlich mehr Raffinerieprodukte für Häfen auf den britischen Inseln verladen als im Vorjahr. Seit dem 1. Juli 2000 ist die Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden vollständig für den Verkehr freigegeben. Wie Schaubild 4 verdeutlicht, ist der Güterverkehr in der westlichen Ostsee nach zwei sehr dynamischen Jahren im Jahr 2001 erstmals innerhalb der vergangenen Dekade deutlich zurückgegangen. Eine maßgebliche Verlagerung von Gütermengen vom Seeverkehr mit Schweden auf Landverkehrsträger kann aus den bisher vorliegenden Zahlen allerdings nicht abgeleitet werden.

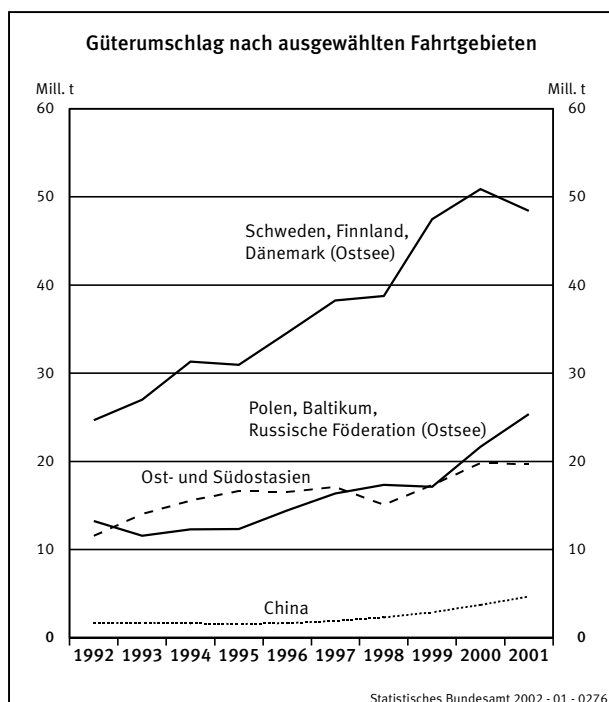
Noch vor Schweden an die zweite Stelle in der Rangliste der wichtigsten Ein- und Ausladeländer für die deutschen Seehäfen schob sich Norwegen mit 25,1 Mill.t Güterumschlag. Die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 16%; dies ist neben der Steigerung der Rohölverladungen

um mehr als 3 Mill.t vor allem auf gestiegene Eisenerzliefereien nach Deutschland zurückzuführen. Allerdings sollte bei der Bewertung der Bedeutung der Ein- und Ausladeländer berücksichtigt werden, dass im Verkehr mit Schweden vergleichsweise mehr hochwertige (Stück-)Güter umgeschlagen werden als bei Transporten von und nach dem Vereinigten Königreich und Norwegen. Die vierte Position in der Liste der wichtigsten Seehandelspartner belegt unverändert Finnland, das im Jahr 2001 15,5 Mill.t Güter mit deutschen Häfen austauschte (+2,2% gegenüber dem Vorjahr). Mit den Vereinigten Staaten folgt das erste außereuropäische Land auf dem fünften Platz. Die Vereinigten Staaten waren im Jahr 2001 um 12% häufiger Ziel- oder Herkunftsland der in deutschen Häfen umgeschlagenen Güter als ein Jahr zuvor. Neben dem Wachstum des allgemeinen Stückgutverkehrs waren vor allem die Transporte von Mineralölprodukten nach und die von Kohle aus den Vereinigten Staaten für diese Entwicklung verantwortlich.

Tabelle 2: Seegüterumschlag nach Fahrtgebieten

Fahrtgebiet	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Verkehr innerhalb Deutschlands	8,5	9,3	-8,7	4,6	5,0	-8,6	3,9	4,3	-8,9
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	237,5	233,2	+1,9	151,9	147,2	+3,2	85,7	86,0	-0,4
Europa	153,0	147,0	+4,1	105,2	100,2	+5,0	47,8	46,8	+2,1
Europäische Union	98,9	100,3	-1,4	60,7	61,8	-1,8	38,1	38,5	-0,8
Sonstiges Europa	54,2	46,8	+15,8	44,5	38,4	+15,9	9,7	8,4	+15,6
Ostseegebiet	73,8	72,5	+1,7	48,9	47,7	+2,6	24,8	24,8	+0,0
darunter:									
Schweden	24,6	26,9	-8,5	14,1	15,0	-6,1	10,5	11,9	-11,6
Finnland	15,5	15,2	+2,2	10,5	10,2	+2,5	5,0	4,9	+1,6
Dänemark, Ostsee	8,3	8,8	-5,6	4,1	4,8	-14,3	4,2	4,0	+4,8
Lettland	7,6	7,1	+6,5	7,1	6,8	+5,0	0,5	0,4	+34,5
Polen	6,3	5,5	+13,7	5,0	4,2	+17,1	1,3	1,3	+2,4
Russische Föderation, Ostsee	5,9	4,2	+38,3	3,8	3,0	+27,6	2,0	1,2	+64,8
Nordeuropa	56,1	50,2	+11,7	45,1	40,9	+10,2	11,0	9,3	+17,9
darunter:									
Vereinigtes Königreich	28,4	26,4	+7,8	20,8	20,0	+3,9	7,6	6,3	+20,2
Norwegen	25,1	21,6	+16,0	22,5	19,3	+16,4	2,6	2,3	+12,4
Westeuropa	18,3	18,8	-2,7	9,4	9,8	-4,9	9,0	9,0	-0,4
dar.: Niederlande	8,3	8,8	-6,0	5,2	5,3	-2,7	3,1	3,5	-11,1
Süd- und Südosteuropa	4,8	5,4	-10,7	1,8	1,7	+4,1	3,0	3,7	-17,6
Nordamerika	18,7	16,7	+11,5	8,1	7,7	+5,3	10,6	9,1	+16,8
Mittel- und Südamerika	17,3	17,8	-2,8	13,5	13,2	+2,5	3,8	4,7	-17,8
Mittel- und Südamerika, Ostküste	14,4	15,4	-6,6	10,9	11,1	-1,2	3,4	4,3	-20,6
dar.: Brasilien	8,3	7,9	+4,6	6,5	6,3	+4,1	1,8	1,6	+14,7
Mittel- und Südamerika, Westküste	3,0	2,5	+21,6	2,6	2,1	+22,7	0,4	0,4	+15,4
Asien	31,1	33,1	-6,1	13,1	12,2	+7,5	18,1	21,0	-13,9
Asien, Mittelmeer	1,0	1,1	-7,3	0,2	0,2	-6,1	0,8	0,9	-7,6
Rotes Meer bis Persischer Golf	3,8	6,3	-39,8	0,4	0,4	+1,9	3,4	5,9	-42,3
Mittlerer Osten	1,9	2,2	-10,6	1,0	1,0	-0,4	1,0	1,2	-18,6
Ostasien	16,5	16,0	+2,8	7,1	6,7	+4,8	9,4	9,3	+1,4
dar.: Volksrepublik China	4,7	3,7	+25,4	2,7	2,0	+30,0	2,0	1,7	+19,6
Südostasien	7,9	7,5	+4,7	4,5	3,9	+15,4	3,4	3,6	-6,7
dar.: Singapur	4,5	5,4	-16,7	2,4	2,7	-10,2	2,1	2,8	-23,0
Afrika	15,7	16,7	-6,1	10,9	12,7	-14,5	4,8	4,0	+20,7
Nordafrika	5,5	8,9	-37,9	2,3	6,2	-62,4	3,2	2,7	+17,7
darunter:									
Algerien	2,1	3,6	-42,7	0,6	2,3	-75,7	1,5	1,4	+13,6
Libyen	1,5	3,5	-55,8	1,4	3,3	-59,2	0,2	0,2	+15,4
Westafrika	5,1	4,0	+29,3	4,2	3,3	+26,9	0,9	0,7	+41,4
Ostafrika	0,2	0,2	-22,7	0,0	0,1	-50,2	0,1	0,1	-5,2
Südafrika	4,9	3,6	+34,3	4,3	3,1	+37,0	0,6	0,5	+16,6
dar.: Republik Südafrika	4,8	3,6	+33,2	4,3	3,1	+37,0	0,5	0,5	+8,6
Australien und Ozeanien	1,7	1,8	-5,1	1,2	1,3	-10,3	0,5	0,5	+8,2
Insgesamt ...	246,1	242,5	+1,5	156,5	152,2	+2,8	89,6	90,3	-0,8

Schaubild 4



Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal so hoch wie seit Jahren nicht mehr

Im Jahr 2001 passierten 34 695 Handelsschiffe den Nord-Ostsee-Kanal.⁴⁾ Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine leichte Abnahme um 24 Einheiten. Die Gesamtgröße der Schiffe, nachgewiesen als Nettoraumzahl, stieg gleichzeitig um 8% auf 46 800. Ebenfalls zugenommen hat das Gewicht der auf den Schiffen transportierten Ladung, und zwar von 57,9 Mill. t auf 62,5 Mill. t (+8%). Damit scheint sich der in den 1990er Jahren beobachtete kontinuierliche Rückgang des Schiffs- und Ladungsaufkommens zum Anfang des neuen Jahrhunderts dauerhaft umzukehren. Das nun erreichte Niveau war zuletzt im Jahr 1985 übertroffen worden. Im Jahr 2001 wurden von Ost nach West 38,7 Mill. t Güter (+4,3% gegenüber dem Vorjahr) transportiert. In der Gegenrichtung nahm das Aufkommen um 14,5% auf 23,8 Mill. t zu.

Containertransporte weiterhin Wachstumsmarkt

Auf den weiteren Rängen der wichtigsten Seehandelspartnerländer Deutschlands folgen Dänemark (8,6 Mill. t), Brasilien (8,3 Mill. t), die Niederlande (8,3 Mill. t), Lettland (7,6 Mill. t), die Russische Föderation (6,9 Mill. t), Polen (6,3 Mill. t), China (4,7 Mill. t) und Singapur (4,5 Mill. t). Auffallend an dieser Rangliste ist die eindeutige Dominanz der unmittelbaren Nachbarstaaten Deutschlands an Nord- und Ostsee. In den letzten Jahren konnten die östlichen Anrainerstaaten der Ostsee sowie China ihre Position erheblich ausbauen. Allein im vergangenen Jahr stiegen die Güterumschläge mit den ehemaligen RGW³⁾-Ländern im Ostseeraum um 17% und mit China um 25%. China ist damit zum größten Umschlagsplatz in Asien geworden, noch vor Singapur, Japan und Hongkong. Um die einzelnen Weltregionen etwas deutlicher herauszustellen, wurde in Tabelle 2 eine Einteilung nach Fahrtgebieten, die sich in einigen Fällen von der Ländereinteilung unterscheidet, vorgenommen.

Hinsichtlich der beförderten Güter wird häufig auch nach der „Erscheinungsform“ der Ladung unterschieden. In Tabelle 3 sind die Formen festes Massengut, flüssiges Massengut, Güter in Containern, Güter in Fahrzeugen und sonstiges Stückgut unterschieden. Massengüter werden ohne zusätzliche Verpackung in großen Mengen auf ein Schiff geschüttet oder gepumpt. Hierzu zählen zum Beispiel Kohle, Erze, Baustoffe oder Rohöl. Stückgüter sind zum Beispiel Maschinen, sonstige Metallerzeugnisse, Kunststoffe, Früchte sowie sämtliche verpackten Güter, die einzeln be- und entladen werden müssen.

Zum Umschlagswachstum des Jahres 2001 hat die Containerladung den größten Beitrag geleistet. Der Umschlag dieser Ladungsart stieg um 7,5% auf 65,6 Mill. t, womit ein Anteil am Gesamtumschlag insgesamt von 26,7% erreicht wurde. Im Jahr 1992 hatte dieser Anteil noch 16,3% betra-

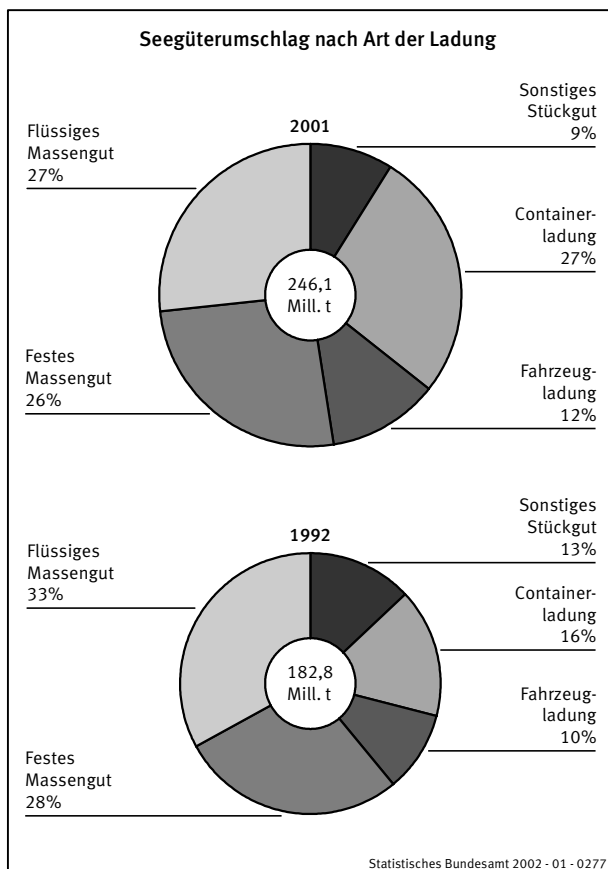
Tabelle 3: Seegüterumschlag nach Massen- und Stückgut

Massen- und Stückgut Verpackungsart	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill. t	Mill. t	%	Mill. t	Mill. t	%	Mill. t	Mill. t	%
Massengut	130,3	131,6	-1,0	98,2	94,9	+3,4	32,1	36,7	-12,4
fest	63,7	63,6	+0,2	46,9	45,0	+1,9	16,8	18,5	-9,3
flüssig	66,5	68,0	-2,1	51,2	49,8	+1,4	15,3	18,1	-15,6
Stückgut	115,8	111,0	+4,3	58,3	57,3	+1,0	57,5	53,7	+7,1
in Containern	65,6	61,0	+7,5	31,1	29,1	+6,6	34,6	31,9	+8,4
auf Fahrzeugen	28,3	28,9	-2,2	15,7	16,4	-4,4	12,5	12,4	+0,8
sonstiges Stückgut	21,9	21,0	+4,0	11,5	11,7	-1,6	10,4	9,3	+10,9
Insgesamt ...	246,1	242,6	+1,5	156,5	152,2	+2,8	89,6	90,4	-0,8

3) Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Organisation wurde 1991 aufgelöst).

4) Die Daten zum Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal werden von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord erhoben.

Schaubild 5



gen (siehe Schaubild 5). Die absolut größte Umschlagsmenge in deutschen Häfen wies mit 66,5 Mill. t auch im Jahr 2001 das flüssige Massengut auf. Der Anteil am Gesamtumschlag reduzierte sich leicht auf 27,0%. Nahezu unverändert blieben Umschlagsmenge und -anteil (25,9%) von festem Massengut. Leicht zurück ging der Fährverkehr (Anteil: 11,5%), wogegen von sonstigem Stückgut wieder mehr ein- und ausgeladen wurde und dessen Anteil auf 8,9% zunahm.

Im Jahr 2001 wurden in deutschen Häfen im Seeverkehr 7,9 Mill. Containereinheiten oder TEU (Twenty-foot-Equivalent-Unit = Anzahl der Container umgerechnet auf 20-Fuß-Standard-Container) umgeschlagen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 10,3%. Mehr als 95% der Container werden in den Häfen Hamburg und Bremen/Bremerhaven ein- und ausgeladen. Die Auslastung der Stahlbehälter als Anteil der beladenen Container an allen beförderten Containern (in TEU) verringerte sich im Jahr 2001 auf 85,0% (Vorjahr: 86,6%).

Nach wie vor ist Asien das wichtigste Fahrtgebiet für die deutschen Häfen, und zwar vor allem die großen Containerhäfen in Japan, China und Singapur. Die Menge der auf dieser Relation verschifften Containerladung nahm im vergangenen Jahr um 7,2% auf 25,0 Mill. t zu. Davon wurden 14,1 Mill. t oder 56% versandt und 44% (10,9 Mill. t) in deutschen Häfen gelöscht. Die zweitwichtigste Relation, die Containertransporte von und zu Häfen im europäi-

schen Ausland, steigerte sich um 10,9% auf 23,2 Mill. t. Hier erhöhte sich der Versand von containerisierten Gütern (+ 18,7%) wesentlich stärker als der Empfang (+ 7,6%). Beim innerkontinentalen Containerverkehr handelt es sich zu einem großen Teil um Sammel- und Verteiltransporte des außereuropäischen Seehandels. Die höchsten Steigerungsraten der Containertransporte gab es im Nordamerikaverkehr. Auf dieser Verbindung nahm das Ladungsaufkommen um 12,4% auf 8,7 Mill. t zu. Obwohl die Steigerungsrate beim Empfang in deutschen Häfen größer war als die des Versands, werden immer noch 64% der Containergüter von deutschen zu amerikanischen Häfen und nur 36% in umgekehrter Richtung befördert. Möglicherweise spiegelt sich in diesen Zahlen die Wechselkursentwicklung zwischen D-Mark bzw. Euro und Dollar wider, die im Gesamtjahr 2001 vergleichsweise günstige Exportpreise in den Dollarraum zur Folge hatte. Kein Transportmengenwachstum brachte das vergangene Jahr für die Containerlinienverbindungen mit Mittel- und Südamerika (4,2 Mill. t) und Afrika (1,7 Mill. t).

Große Containerhäfen und Nordenham im Plus

Von den großen deutschen Seehäfen mussten im vergangenen Jahr die meisten einen Rückgang ihres Güterumschlages registrieren (siehe die nebenstehende Tabelle 4). Die große Ausnahme von dieser Regel bildete der größte deutsche Hafen, Hamburg, der seinen Güterumschlag um fast 6 Mill. t oder 7,8% auf 82,9 Mill. t steigern konnte. Ein großer Teil dieses Anstiegs ist auf die erhöhte Containerladung (+ 3,1 Mill. t) zurückzuführen. Angewachsen sind unter anderem aber auch die Umschläge von Kraftstoffen und Heizöl, Obst und Gemüse sowie Steinkohle. Die Bremischen Häfen hatten ihren Güterumschlag von 1999 auf 2000 um fast ein Viertel steigern können. Im vergangenen Jahr konnte dieses Ergebnis nochmals um 2,1% auf 40,1 Mill. t verbessert werden. Allein der Umschlag von Gütern in Containern in Bremerhaven erhöhte sich um 1,4 Mill. t. In Wilhelmshaven, dem dritten großen deutschen Hafen, wurden rund 6% weniger Güter ein- und ausgeladen. Die Rückgänge betrafen vor allem den Umschlag von Rohöl und dessen Raffinaten. Wilhelmshaven bleibt indes mit 40,9 Mill. t Umschlagsleistung knapp vor den Bremischen Häfen auf Rang zwei der deutschen Seehäfen. Fast eine Verdoppelung des Jahresergebnisses erzielte der Hafen Nordenham und erreichte damit beim Seegüterumschlag einen Platz unter den zehn größten deutschen Häfen. In Nordenham wurden im vergangenen Jahr erheblich mehr Steinkohlen und Mineralölprodukte gelöscht.

Die hier dargestellten Hafenergebnisse schließen die Eigengewichte der Ladungsträger nicht mit ein. Es handelt sich dabei um schätzungsweise 39,4 Mill. t, die in den eigenen Ergebnisdarstellungen der Häfen in der Regel mit ausgewiesen werden und insbesondere die Umschlagsangaben der Containerhäfen (Hamburg und Bremen) und der Fährhäfen (u. a. Rostock und Lübeck) im Vergleich zu den hier ausgewiesenen Werten erheblich erhöhen können.

Tabelle 4: Seegüterumschlag nach Häfen

Hafen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Hamburg	82,9	77,0	+7,8	51,1	46,1	+10,9	31,9	30,9	+3,2
Wilhelmshaven	40,9	43,4	-5,9	32,2	31,4	+2,7	8,6	12,0	+23,8
Bremen/Bremerhaven	40,1	39,2	+2,1	23,0	23,0	-0,0	17,1	16,2	+5,3
Bremen Stadt	13,6	14,4	-5,8	10,6	11,3	-6,3	2,9	3,1	-4,0
Bremerhaven	26,5	24,8	+6,8	12,4	11,7	+6,1	14,1	13,2	+7,4
Rostock	17,1	18,6	-8,4	9,6	11,0	-12,2	7,4	7,7	-3,0
Lübeck	17,0	18,0	-5,1	10,3	11,0	-5,0	6,7	7,1	-5,1
Brunsbüttel	7,7	7,7	-0,0	5,4	5,6	-3,1	2,3	2,1	+8,1
Brake	5,0	5,4	-7,8	3,1	3,2	-3,9	1,9	2,2	-13,4
Bützfließ	4,0	4,3	-5,3	2,9	3,0	-1,9	1,1	1,3	-13,1
Nordenham	3,6	1,9	+91,0	3,2	1,4	+120,3	0,0	0,5	-1,8
Puttgarden	3,4	3,5	-2,6	1,4	1,4	-4,2	2,0	2,0	-1,6
Emden	3,4	3,3	-1,7	2,3	2,5	-6,9	1,1	0,8	+12,2
Kiel	3,4	3,3	+2,2	1,8	1,9	-2,0	1,5	1,4	+7,8
Saßnitz	3,0	2,9	+4,9	1,6	1,7	-8,3	1,4	1,1	+25,1
Wismar	2,8	2,7	+3,7	1,8	2,0	-6,5	1,0	0,7	+29,6
Duisburg	2,4	2,3	+6,4	0,7	0,8	-14,3	1,7	1,5	+18,0
Cuxhaven	1,3	1,2	+9,2	0,7	0,7	-0,2	0,6	0,5	+24,2
Wolgast	1,0	0,7	+32,7	0,3	0,4	-23,4	0,7	0,4	+91,6
Insgesamt ...	246,1	242,5	+1,5	156,5	152,2	+2,8	89,6	90,3	-0,8
Nachrichtlich:									
Ostseehäfen	50,6	52,6	-3,9	28,8	31,4	-8,5	21,8	21,2	+3,0
Nordseehäfen	192,4	187,0	+2,9	126,6	119,6	+5,8	65,8	67,4	-2,3
Eigengewichte der Ladungsträger	39,4	38,5	+2,4	19,7	19,3	+2,0	19,7	19,2	+2,8

Weiterer Rückgang der deutschen Flagge

In der Vergangenheit waren vom Gesetzgeber eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um den stetigen Trend der Ausflaggung, das heißt der Übertragung von deutschen Schiffen in ausländische Register, zu stoppen. Das deutsche Schiffsregister sollte dadurch für die deutschen Reedere attraktiver werden, denn Schiffe in so genannten „Billigregistern“ können in der Regel wesentlich kostengünstiger betrieben werden.

Nach dem außergewöhnlichen Anstieg der Seegüterumschläge der Schiffe unter deutscher Flagge in deutschen Häfen im Jahr 1999 ist der Anteil der deutschen Schiffe seit zwei Jahren wieder rückläufig. Im vergangenen Jahr reduzierten sich die Güterumschläge der deutschen Flagge um 8% auf 32,2 Mill. t (siehe Tabelle 5). Ihr Anteil am Gesamtumschlag ging dadurch von 14,4 auf 13,1% zurück. Gleichwohl behaupteten die Schiffe unter deutscher Flagge mit deutlichem Vorsprung die Spitzenposition in den deutschen Häfen. Auf Rang zwei der umschlagsstärksten Flaggen befindet sich mit einem Anteil von fast 10% Norwegen. Die norwegischen Schiffe konnten im Jahr 2001 ihren Umschlag um

Tabelle 5: Seegüterumschlag nach Flaggen

Flaggen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill. t		%	Mill. t		%	Mill. t		%
Deutschland	32,2	35,0	-8,0	16,4	18,9	-13,1	15,8	16,1	-1,9
Norwegen	24,4	20,4	+19,6	19,7	16,0	+22,8	4,7	4,4	+7,8
Liberia	19,4	17,2	+12,9	13,8	10,9	+26,0	5,6	6,2	-10,2
Panama	18,1	19,5	-7,2	10,3	11,6	-11,2	7,8	7,9	-1,3
Bahamas	15,3	18,4	-17,0	11,6	14,6	-20,4	3,7	3,8	-3,9
Schweden	13,8	14,8	-6,7	8,3	8,7	-4,5	5,5	6,1	-9,8
Zypern	13,7	12,9	+5,7	9,8	8,7	+12,9	3,8	4,2	-9,3
Niederlande	10,8	8,8	+22,7	5,4	4,5	+18,8	5,4	4,2	+27,0
Vereinigtes Königreich	10,6	8,6	+23,5	6,0	5,2	+14,9	4,6	3,3	+37,0
Malta	9,8	10,7	-8,1	6,5	6,3	+2,6	3,3	4,4	-23,8
Antigua und Barbuda	9,6	6,9	+39,9	5,5	3,7	+49,7	4,1	3,2	+28,7
Dänemark	8,9	8,7	+1,9	4,2	4,2	-0,4	4,7	4,5	+4,0
Finnland	8,9	8,3	+7,4	6,9	6,0	+15,9	2,0	2,3	-14,3
Griechenland	5,4	6,0	-10,6	4,0	4,3	-6,5	1,4	1,8	-20,5
Russische Föderation	4,0	4,3	-6,0	3,1	3,1	-1,1	0,9	1,2	-19,2
China	3,9	5,2	-24,9	2,1	3,4	-39,2	1,8	1,8	+2,2
Sonstige	37,3	36,8	+1,4	22,9	22,1	+8,5	14,5	14,9	-2,7
Insgesamt ...	246,1	242,5	+1,5	156,5	152,2	+2,8	89,6	90,3	-0,8

rund 20% auf 24,4 Mill. t erhöhen. Die nachfolgenden Flaggen Liberia (7,9%), Panama (7,4%) und Bahamas (6,2%) gehören zu den so genannten „Flaggenstaaten“. Außer Norwegen konnten allerdings noch weitere europäische Schifffahrtsnationen ihre Position verbessern: Schiffe unter niederländischer und britischer Flagge schlugen deutlich mehr Güter in deutschen Häfen um (+ 23 bzw. + 24%) und belegen nun die Ränge acht und neun. Vergleicht man den Umschlag der fünf größten „Billigflaggen“ (Liberia, Panama, Bahamas, Zypern, Malta) mit demjenigen der fünf größten nationalen Register (Deutschland, Norwegen, Schweden, Niederlande, Vereinigtes Königreich), so haben sich die Anteile von 2000 auf 2001 von 47:53 auf 45:55 zu Gunsten der europäischen Schifffahrtsnationen verschoben.

Weitere Abnahme der Zahl der Handelsschiffe in deutschen Registern

Kräftig zurückgegangen ist die Zahl der in den deutschen Schiffsregistern eingetragenen Handelsschiffe.⁵⁾ Nachdem zwischen 1996 und 1998 eine Zunahme von 750 auf 844 Einheiten registriert worden war, verringerte sich die Zahl der Schiffe unter deutscher Flagge im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge auf nunmehr 605 Schiffe. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 84 Schiffe oder 12% und gegenüber 1998 um 239 Schiffe oder 28% (Schiffe mit einer BRZ von mindestens 100; Stand: 31. Dezember). Der Rückgang betrifft sämtliche Schiffskategorien. Da die registrierten Schiffe zum Jahresende 2001 im Durchschnitt größer waren als ein Jahr zuvor, hat sich die Gesamtgröße der in deutschen Registern eingetragenen Schiffe mit einem Minus von 5% auf eine Bruttoreaumzahl von 6,2 Mill. weniger stark vermindert als die Zahl der Schiffe. Die Abnahme der Zahl der in deutschen Registern eingetragenen Schiffe lässt erwarten, dass die Beteiligung deutscher Schiffe am See-

güterumschlag im nächsten Jahr ebenfalls weiter zurückgehen wird.

Kaum verändert hat sich die Zahl der bei der deutschen Seebertungs- und Seeschiffahrtsgesellschaft versicherten Beschäftigten auf Handelsschiffen. Vom 1. Juli 2000 auf den 1. Juli 2001 erhöhte sich deren Zahl um 7 auf 10 404 Personen. Von 1999 auf 2000 hatte die Zahl der Seeleute allerdings um 1 575 Personen abgenommen. Zur Mitte des Jahres 2001 waren 174 mehr Seeleute deutscher Nationalität auf den Schiffen tätig als ein Jahr zuvor. Damit hat sich im zweiten Jahr in Folge der Anteil der deutschen Seeleute auf nunmehr 59,4% erhöht.

Personenseeverkehr nimmt leicht zu

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird in der deutschen Seeverkehrsstatistik auch die Beförderung von Fahrgästen erhoben und ausgewertet. Im vergangenen Jahr sind in deutschen Häfen 31,8 Mill. Fahrgäste ein- oder ausgestiegen, rund 400 000 Personen oder 1,4% mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 6). Mehr als die Hälfte der Fahrgäste unternahm eine Fahrt zwischen zwei deutschen Häfen. Hier wiederum liegen die eindeutigen Schwerpunkte bei Reisen über die Nordsee zwischen den ost- und nordfriesischen Inseln und dem Festland. Gegenüber dem Vorjahr hat der nationale Personenseeverkehr um 3,2% auf 18,0 Mill. Passagiere zugenommen. Etwas zurückgegangen ist dagegen der Personenseeverkehr mit ausländischen Häfen, und zwar um 0,9% auf 13,8 Mill. Fahrgäste. Der internationale Personenseeverkehr findet zum weit überwiegenden Teil (12,6 Mill. Fahrgäste) auf der Ostsee statt. Ein kleinerer Teil der Fahrgäste (1,2 Mill.) unternimmt eine Reise über die Nordsee. Reiseziele außerhalb dieser Regionen spielen kaum eine Rolle. Die wichtigsten Zu- und Ausstiegsländer waren im Jahr 2001 Dänemark mit 8,3 Mill., Polen mit 2,4 Mill. und Schweden mit 2,1 Mill. Schiffsreisenden.

Tabelle 6: Ein- und ausgestiegene Fahrgäste

Fahrtgebiet	Insgesamt			Empfang			Versand		
	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung	2001	2000	Veränderung
	Mill.		%	Mill.		%	Mill.		%
Verkehr innerhalb Deutschlands	18,0	17,4	+3,2	8,9	8,7	+3,2	9,0	8,8	+3,3
darunter:									
Niedersachsen	11,3	10,9	+3,6	5,7	5,5	+3,5	5,6	5,4	+3,8
Schleswig-Holstein	6,6	6,4	+1,6	3,3	3,2	+2,5	3,3	3,2	+0,7
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	13,8	14,0	-0,9	6,9	7,0	-1,5	6,9	7,0	-0,3
dar.: Europa	13,8	14,0	-0,9	6,9	7,0	-1,4	6,9	7,0	-0,3
Europäische Union	10,8	10,4	+3,1	5,3	5,2	+2,3	5,4	5,2	+4,0
Sonstiges Europa	3,1	3,5	-12,6	1,6	1,8	-12,1	1,5	1,7	-13,1
Ostseegebiet	12,6	13,0	-2,9	6,3	6,5	-3,2	6,3	6,5	-2,7
darunter:									
Schweden	2,1	2,2	-4,5	1,0	1,1	-5,4	1,0	1,1	-3,6
Dänemark, Ostsee	7,9	7,9	-0,3	3,9	3,9	-1,0	4,0	4,0	+0,4
Polen	2,4	2,8	-14,1	1,3	1,4	-12,8	1,2	1,4	-15,5
Nordeuropa	1,2	0,9	+27,1	0,6	0,5	+21,2	0,6	0,5	+33,4
darunter:									
Vereinigtes Königreich	0,2	0,2	-14,4	0,1	0,1	-16,6	0,1	0,1	-12,1
Norwegen	0,6	0,7	-9,2	0,3	0,3	-13,4	0,3	0,3	-4,6
Insgesamt ...	31,8	31,4	+1,4	15,8	15,6	+1,1	16,0	15,7	+1,7

5) Die Statistik über den Seeschiffsbestand in deutschen Schiffsregistern wird vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie geführt.

Die meisten Passagiere sind im Ostseehafen Puttgarden zu- und ausgestiegen. Insgesamt 6,0 Mill. Personen benutzten die Fähren, die über die „Vogelfluglinie“ das europäische Festland mit den skandinavischen Ländern verbinden. Das waren rund 10% mehr Passagiere als im Jahr zuvor. Die anderen Häfen mit mehr als einer Million Fahrgästen im Jahr 2001 waren Norddeich (2,3 Mill.), Norderney (2,0 Mill.), Rostock (2,0 Mill.), Dagebüll (1,6 Mill.), Altwarp (1,4 Mill.), Wyk auf Föhr (1,4 Mill.), Borkum (1,1 Mill.), Emden (1,1 Mill.) und Kiel (1,1 Mill.).

Ausblick auf 2002

Die Wirtschaftsprognostiker erwarten im Verlauf des Jahres 2002 eine konjunkturelle Belebung.⁶⁾ Da sich der Seeverkehr in den vergangenen Jahren als sehr konjunkturreagibel erwiesen hat, dürfte sich dies unmittelbar auf das Umschlagsergebnis der deutschen Seehäfen auswirken. Insbesondere für den Containerumschlag ist bis auf Weiteres kein Ende der hohen Wachstumsraten absehbar. Gerade die deutschen Häfen konnten von dieser Entwicklung in der Vergangenheit überproportional profitieren. Ein erhebliches Entwicklungspotenzial dürfte auch der Seehandel mit den Anrainern der östlichen Ostsee besitzen. Wegen der noch nicht sicher einschätzbaren zukünftigen Nutzung der Landquerungsmöglichkeit über den Öresund ungewiss ist dagegen die Zukunft des sonstigen Ostseeverkehrs. Eine stärkere Belebung des Güterverkehrs mit Fernost ist wegen der schweren Wirtschaftskrise in Japan derzeit noch nicht absehbar. Ein Unsicherheitsfaktor für eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Seeverkehrs sind Sondereinflüsse auf den unterschiedlichen Massengutmärkten, insbesondere auf dem Rohölmarkt. Falls in diesen Bereichen keine einschneidenden Veränderungen auftreten und sich die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als zutreffend erweisen, kann für das Jahr 2002 mit einer etwas höheren Wachstumsrate des Seegüterumschlags in deutschen Häfen gerechnet werden als im vergangenen Jahr. [\[1\]](#)

6) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 17-18/2002, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein und Mitarbeiterinnen

Wohngeld in Deutschland 2000

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Im Dezember 2000 bezogen mehr als 2,8 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 7,4% aller Privathaushalte. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Empfängerhaushalte um 0,8% gestiegen. Im früheren Bundesgebiet bezogen knapp 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld (6,7% der privaten Haushalte), in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 766 000 Haushalte (10,8% aller Privathaushalte). Die Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte im früheren Bundesgebiet sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,1%, in den neuen Ländern stieg diese dagegen um 3,3% an.

Seit 1991 wird für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge das vereinfachte Verfahren der pauschalierten Wohngeldgewährung angewandt. Seitdem ist der Anteil der Empfänger von Wohngeld nach dem herkömmlichen Berechnungsverfahren, dem so genannten „Tabellenwohngeld“, von 85% (Ende 1991) auf 53% (Ende 2000) zurückgegangen, während der Anteil der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld im gleichen Zeitraum von 15 auf 47% gestiegen ist. Insgesamt gab es in Deutschland Ende des Jahres 2000 rund 1,5 Mill. Empfänger von Tabellenwohngeld und 1,3 Mill. Empfänger von pauschaliertem Wohngeld.

Die Ausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2000 auf 3,5 Mrd. Euro und waren im Vergleich zum Vorjahr somit um 2,4% rückläufig. Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende des Jahres 2000 einen monatlichen Wohngeldanspruch in Höhe von 115 Euro. Bei den Empfängern von pauschaliertem Wohngeld wurden höhere Wohngeldansprüche festgestellt als bei den Empfängern von Tabellenwohngeld.

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert.

Bei der Wohngeldgewährung ist grundsätzlich zwischen dem *spitz berechneten* und dem *pauschalierten Wohngeld* zu unterscheiden. Beim *spitz berechneten* Wohngeld handelt es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung; es wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen. Deshalb bezeichnet man das *spitz berechnete Wohngeld* auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim *pauschalierten Wohngeld* handelt es sich um ein vereinfachtes Wohngeldverfahren für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge. Unter bestimmten Voraussetzungen wird diesen Mietern das Wohngeld zusammen mit der Sozialhilfe oder der Kriegsofferfürsorge, auf die es angerechnet wird, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmt sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der anerkannten Aufwen-

dungen für die Unterkunft.¹⁾ Das pauschalierte Wohngeld wird im Übrigen nur Mietern gewährt und entspricht insofern dem Mietzuschuss beim Tabellenwohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner haben grundsätzlich keinen Anspruch auf pauschaliertes Wohngeld; sie können jedoch spitz berechnetes Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von spitz berechnetem und pauschaliertem Wohngeld ist ausgeschlossen. Durch die Wohngeldpauschalierung soll in erster Linie der Verwaltungsaufwand gesenkt werden; für den einzelnen Hilfeempfänger ändert sich der Umfang der sozialen Leistungen dadurch nicht.

Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem ist eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teilbereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale bei der pauschalierten und der spitz berechneten Wohngeldgewährung decken.²⁾

Im früheren Bundesgebiet gibt es das Wohngeld seit 1965. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst worden. In den neuen Ländern wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Zur sozialen Flankierung der Mietenüberleitung an das Vergleichsmietensystem gab es für die neuen Länder von 1991 bis Ende 1996 wohngeldrechtliche Sondervorschriften³⁾ (Wohngeldsondergesetz). Nach dem Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes zum 31. Dezember 1996 ist seit dem 1. Januar 1997 das Wohngeldgesetz einheitliche Grundlage für die Wohngeldbewilligung im gesamten Bundesgebiet.⁴⁾ Allerdings waren in den neuen Ländern noch bis Ende 2000 einzelne Sonderregelungen in Kraft, die bewirkten, dass Wohngeldempfänger dort ein höheres Wohngeld erhielten als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten im früheren Bundesgebiet.⁵⁾

Mit der neuen Wohngeldreform, die im Wesentlichen zum 1. Januar 2001 in Kraft trat⁶⁾, erfolgte erstmals seit 1990 wieder eine allgemeine Leistungsanpassung unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, und zwar durch die Anhebung der Miethöchstbeträge, die Anhebung der Werte in den Wohngeldtabellen sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen. Ferner werden mit der Änderung des Wohngeldgesetzes insbesondere folgende Ziele verfolgt:⁷⁾

- Familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Tabellenwohngeldes);
- Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger (dem bisherigen pauschalierten Wohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld;

- endgültige Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und neuen Bundesländern und Schaffung der Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Mietenstufenzuordnung;
- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensentwicklung beim allgemeinen Wohngeld an das Wohnungsbaurecht sowie weitere Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen;
- Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002.

Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen lassen sich statistisch erst dann nachweisen, wenn Daten für das Berichtsjahr 2001 vorliegen werden. Für die Bundesebene wird dies voraussichtlich im Herbst 2002 der Fall sein. Mit dem vorliegenden Beitrag wird die regelmäßige Berichterstattung der amtlichen Wohngeldstatistik mit den aktuellen Ergebnissen für das Berichtsjahr 2000 weitergeführt.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 2000

Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug

Am 31. Dezember 2000 bezogen mehr als 2,8 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 7,4% aller Privathaushalte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 0,8% gestiegen. Im früheren Bundesgebiet erhielten zum Jahresende 2000 knapp 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld, das waren 6,7% der privaten Haushalte. In den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen Ende 2000 rund 766 000 Haushalte Wohngeld (10,8% aller Privathaushalte), dies war ein Zuwachs von 3,3% gegenüber dem Vorjahr.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden eingangs genannten Wohngeldarten zeigt, dass in Deutschland im Vergleich zu 1999 die Zahl der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld um 2,7% zurückgegangen, die Zahl der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld dagegen um 5,1% angestiegen ist. Im früheren Bundesgebiet sank die Zahl der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 4,9%, die Zahl der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld stieg um 3,9%. Die Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt ein etwas anderes Bild: Bei den Empfängerhaushalten von Tabellenwohngeld war ein Anstieg um 0,7% zu beobachten; die Zahl der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld stieg sogar um 14,8%. Die Steigerung beim pauschalierten Wohngeld in den neuen Ländern dürfte auch auf die

1) Diese Prozentsätze bewegen sich im früheren Bundesgebiet in einer Größenordnung von 41 bis 53%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost beträgt die Pauschale 47% der anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft.

2) Siehe hierzu Seewald, H.: „Wohngeld im früheren Bundesgebiet 1991“ in WiSta 1/1994, S. 30 ff.

3) Siehe hierzu Seewald, H.: „Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996“ in WiSta 1/1998, S. 40 ff.

4) Die Anpassung erfolgte durch das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1781); siehe hierzu den „Wohngeld- und Mietenbericht 1997“, S. 42 f.

5) Insbesondere sind hier die vergleichsweise hohen Miet-Höchstbeträge in den neuen Ländern zu nennen; die Geltungsdauer der im Beitrittsgebiet anzuwendenden Sonderregelungen wurde durch die Wohngeldüberleitungs-Verlängerungsverordnung vom 27. Juli 1998 (BGBl. I S. 1911) bis zum Ablauf des 31. Dezember 2000 verlängert.

6) Siehe Bekanntmachung der Neufassung des Wohngeldgesetzes vom 2. Januar 2001 (BGBl. I S. 2).

7) Siehe hierzu Hartmann, I.: „Änderungen des Wohngeldrechts in den Jahren 2000 bis 2002“ in Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2000, Heft 28, S. 2000 f.

Tabelle 1: Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfängerhaushalte am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld
	1 000			Mill. Euro		
Deutschland						
1991	3 541	3 023	518	2 326	.	.
1992	3 850	3 078	772	3 515	.	.
1993	3 212	2 340	872	3 315	.	.
1994	2 744	1 755	989	2 954	.	.
1995	2 595	1 523	1 072	2 938	.	.
1996	2 719	1 495	1 224	3 127	.	.
1997	2 861	1 582	1 279	3 428	.	.
1998	2 947	1 586	1 361	3 635	.	.
1999	2 816	1 539	1 276	3 629	1 680	1 949
2000	2 839	1 498	1 342	3 541	1 619	1 922
Früheres Bundesgebiet						
1991	1 757	1 285	472	1 946	.	.
1992	1 847	1 127	720	1 947	1 102	844
1993	1 844	1 026	818	1 961	922	1 040
1994	1 902	980	923	2 085	893	1 192
1995	1 938	942	996	2 288	880	1 408
1996	2 091	954	1 137	2 470	916	1 554
1997	2 141	976	1 165	2 711	998	1 713
1998	2 206	977	1 229	2 817	1 026	1 791
1999	2 074	937	1 137	2 771	1 001	1 770
2000	2 073	891	1 182	2 678	949	1 729
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	1 784	1 738	46	380	.	.
1992	2 003	1 951	52	1 568	.	.
1993	1 369	1 315	54	1 354	.	.
1994	842	776	66	868	.	.
1995	657	582	75	650	.	.
1996	628	540	88	656	.	.
1997	720	606	114	717	.	.
1998	741	609	132	818	.	.
1999	742	603	139	858	679	179
2000	766	607	160	863	671	192

1) Quelle für den Zeitraum 1992 bis 1996 für die neuen Länder und Berlin-Ost: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

dort weiterhin gestiegene Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen zurückzuführen sein.⁸⁾

Zum Jahresende 2000 gab es in Deutschland – wie durchgängig seit 1991 – mehr Bezieher von Tabellenwohngeld als Empfänger von pauschalisiertem Wohngeld. Allerdings näherten sich im Zeitverlauf die Empfängerzahlen beider Wohngeldarten an. Während 1991 der Anteil der Haushalte mit Tabellenwohngeld noch 85,4% betrug, belief sich dieser Anteil 2000 nur noch auf 52,7%.

Wohngeldausgaben

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2000 auf rund 3,5 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr gingen die Ausgaben um 2,4% zurück.

Im früheren Bundesgebiet sanken die Ausgaben für Wohngeld um 3,4% auf 2,7 Mrd. Euro; fast zwei Drittel der Ausgaben (65%) wurden dabei für Empfänger des pauschalierten

Wohngeldes und nur 35% für Empfänger von Tabellenwohngeld aufgewendet. In den neuen Ländern erhöhten sich die Wohngeldausgaben auf 0,9 Mrd. Euro (+ 0,6%). Dort wurden 78% der Ausgaben für Tabellenwohngeldempfänger aufgewendet; die Leistungen für das pauschalierte Wohngeld schlugen in den neuen Ländern kassenmäßig nur mit 22% zu Buche.

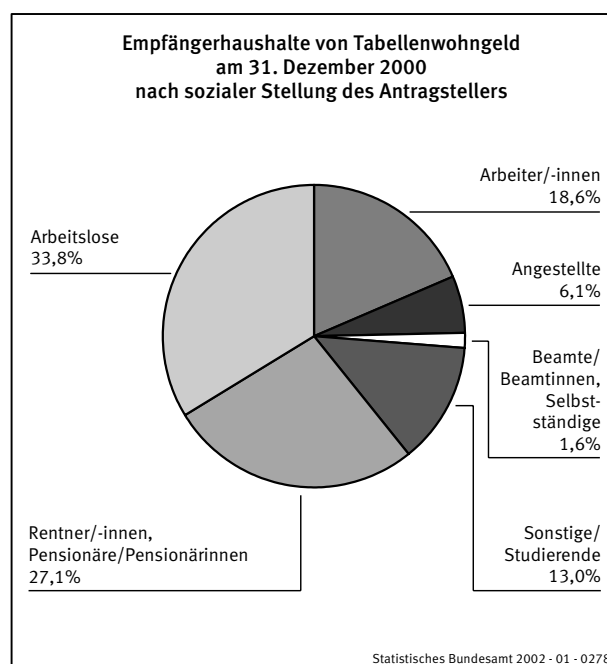
Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich im Jahr 2000 in Deutschland auf 43 Euro. Im regionalen Vergleich werden dabei deutliche Unterschiede sichtbar (siehe Tabelle 6): Während die Wohngeldausgaben je Einwohner im früheren Bundesgebiet bei 40 Euro lagen, wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost erheblich höhere Ausgaben festgestellt (57 Euro je Einwohner).

2.1 Haushalte mit Bezug von Tabellenwohngeld

Personenkreis

Von den rund 1,5 Mill. Empfängerhaushalten mit Tabellenwohngeld zum Jahresende 2000 bekamen knapp 1,4 Mill. Haushalte einen Mietzuschuss und etwa 0,1 Mill. Haushalte einen Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Der größte Teil der Empfänger, nämlich 33,8% der Fälle, war arbeitslos. Im Jahr 1991 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbezieher noch 13,1% betragen. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren in Deutschland 40,0% der Empfänger; überwiegend handelte es sich hierbei um Rentner/-innen, Studierende sowie sonstige Nichterwerbspersonen. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 26,2% der Wohngeldempfänger nach.



8) So stieg von 1999 auf 2000 die Zahl der Haushalte (Bedarfsgemeinschaften) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 3,7%.

Tabelle 2: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2000
nach Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld						Empfängerhaushalte von pauschalitem Wohngeld	
			zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	2839,2	100	1497,5	100	1392,1	100	105,5	100	1341,7	100
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte										
von allein Stehenden	1320,8	46,5	715,3	47,8	691,7	49,7	23,6	22,4	605,4	45,1
mit 2 Familienmitgliedern	597,5	21,0	262,4	17,5	248,3	17,8	14,1	13,4	335,1	25,0
mit 3 Familienmitgliedern	388,2	13,7	179,2	12,0	166,3	11,9	12,9	12,2	209,0	15,6
mit 4 Familienmitgliedern	293,9	10,4	180,4	12,0	156,4	11,2	24,0	22,8	113,5	8,5
mit 5 Familienmitgliedern	140,6	5,0	93,7	6,3	77,9	5,6	15,9	15,1	46,8	3,5
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	98,3	3,5	66,5	4,4	51,5	3,7	15,0	14,2	31,8	2,4
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter – 15)	183,2	6,5	100,8	6,7	84,3	6,1	16,6	15,7	82,3	6,1
II (– 15 bis unter – 5)	417,9	14,7	192,3	12,8	175,3	12,6	17,0	16,1	225,6	16,8
III (– 5 bis unter 5)	650,6	22,9	293,6	19,6	279,8	20,1	13,8	13,1	357,1	26,6
IV (5 bis unter 15)	510,2	18,0	200,9	13,4	194,5	14,0	6,4	6,1	309,3	23,1
V (15 bis unter 25)	249,5	8,8	86,0	5,7	84,2	6,0	1,8	1,7	163,6	12,2
VI (25 und mehr)	61,4	2,2	17,4	1,2	17,0	1,2	0,4	0,3	44,1	3,3
VII	766,4	27,0	606,6	40,5	557,1	40,0	49,6	47,0	159,7	11,9
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m²										
unter 40	535,9	18,9	261,1	17,4	260,1	18,7	1,0	0,9	274,9	20,5
40 – 60	989,3	34,8	512,3	34,2	506,8	36,4	5,5	5,2	477,0	35,5
60 – 80	786,3	27,7	391,9	26,2	378,8	27,2	13,1	12,4	394,4	29,4
80 – 100	326,5	11,5	184,3	12,3	164,4	11,8	19,9	18,9	142,2	10,6
100 – 120	113,8	4,0	77,1	5,2	53,4	3,8	23,8	22,5	36,6	2,7
120 und mehr	87,4	3,1	70,8	4,7	28,6	2,1	42,2	40,0	16,6	1,2
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A²)	2651,3	93,4	1479,0	98,8	1375,3	98,8	103,7	98,4	1172,3	87,4
Kategorie B³)	187,9	6,6	18,5	1,2	16,8	1,2	1,7	1,6	169,4	12,6

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I bis VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in % (für das frühere Bundesgebiet). Mietenstufe VII nur neue Länder und Berlin-Ost. – 2) Beim Tabellenwohngeld: mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschraum); beim pauschalitem Wohngeld: mit Sammelheizung. – 3) Beim Tabellenwohngeld: ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschraum); beim pauschalitem Wohngeld: ohne Sammelheizung.

Das Tabellenwohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (68%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich hingegen mehrheitlich (52%) um größere Familien mit vier und mehr Personen. Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Wohnsituation

Die Höhe des Tabellenwohngeldes hängt u. a. von der Größe der Wohnung und der Heizungsart ab. Insofern werden auch die entsprechenden Angaben hierüber statistisch erfasst und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Nahezu alle Bewohner von Tabellenwohngeld lebten in Wohnungen, die mit einer Sammelheizung ausgestattet waren (98,8%). 18,7% der wohngeldbeziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis 80 m² verfügten 63,6% dieser Haushalte und über eine Fläche von mehr als 80 m² 17,7%. Die Wohnflächenversorgung hängt in erster Linie mit der Haushaltsgröße zusammen.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhäusbeleuchtung u. Ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Tabellenwohngeldempfänger belief sich im Dezember 2000 auf 5,13 Euro je m² Wohnfläche (Vorjahr: 5,09 Euro). Im früheren Bundesgebiet stiegen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² von 5,34 Euro auf 5,38 Euro, in den neuen Ländern von 4,64 Euro auf 4,72 Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 0,8% im früheren Bundesgebiet und von 1,8% in den neuen Ländern.

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2000 nach Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfänger- haushalte von Wohngeld insgesamt	Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld						Empfängerhaushalte von pauschalisiertem Wohngeld	
		zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	durchschnitt- liche monatliche Miete/ Belastung	durchschnitt- liche monatliche Miete/ Belastung	Überschrei- tungsquote der Höchst- beträge für Miete/ Belastung	durchschnitt- liche monatliche Miete	Überschrei- tungsquote der Höchst- beträge für Miete	durchschnitt- liche monatliche Belastung	Überschrei- tungsquote der Höchst- beträge für Belastung	durchschnitt- liche monatliche Miete	Überschrei- tungsquote der aner- kannten Miete
	Euro je m²		%	Euro je m²	%	Euro je m²	%	Euro je m²	%
Insgesamt	5,36	5,13	61,1	5,25	61,0	4,33	63,5	5,63	22,4
nach der Mietenstufe der Gemeinde¹)									
I (unter – 15)	4,50	4,45	73,3	4,42	72,2	4,55	78,9	4,56	40,0
II (– 15 bis unter – 5)	5,18	5,02	78,8	5,05	79,0	4,84	76,7	5,34	26,0
III (– 5 bis unter 5)	5,44	5,38	77,9	5,39	78,1	5,29	75,6	5,48	25,6
IV (5 bis unter 15)	5,97	5,91	76,4	5,92	76,5	5,73	75,0	6,01	18,1
V (15 bis unter 25)	6,48	6,35	71,8	6,37	71,9	5,79	67,9	6,55	21,7
VI (25 und mehr)	7,64	9,92	70,3	6,96	70,5	5,77	59,6	7,96	34,9
VII	4,76	4,72	38,5	4,93	37,6	3,58	48,9	4,89	6,9
nach der Wohnfläche									
von ... bis unter ... m²									
unter 40	6,98	6,28	26,8	6,28	26,8	6,22	27,4	7,65	24,5
40 – 60	5,48	5,30	63,6	5,31	63,9	4,93	39,6	5,68	19,5
60 – 80	5,29	5,17	68,3	5,19	69,0	4,51	46,5	5,42	22,7
80 – 100	5,16	5,07	74,3	5,15	76,5	4,46	56,2	5,27	25,6
100 – 120	4,81	4,76	76,6	4,82	81,3	4,64	66,0	4,89	26,8
120 und mehr	4,20	4,17	79,3	4,27	85,8	4,11	74,9	4,32	27,2
nach der Ausstattung der Wohnung									
Kategorie A²)	5,38	5,15	61,4	5,27	61,2	4,36	64,0	5,71	22,8
Kategorie B³)	4,94	3,47	37,9	3,65	38,1	2,49	35,5	5,10	19,4

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I bis VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in % (für das frühere Bundesgebiet). Mietenstufe VII nur neue Länder und Berlin-Ost. – 2) Beim Tabellenwohngeld: mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschraum); beim pauschalisierten Wohngeld: mit Sammelheizung. – 3) Beim Tabellenwohngeld: ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschraum); beim pauschalisierten Wohngeld: ohne Sammelheizung.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschussempfänger 5,25 Euro je m² betrug, zahlten Lastenzuschussempfänger im Durchschnitt 4,33 Euro je m². Für besser ausgestattete Wohnungen der Kategorie A (mit Sammelheizung und/oder mit Bad bzw. Duschraum) musste deutlich mehr gezahlt werden als für Wohnungen der Kategorie B (ohne Sammelheizung und Bad). So zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 5,15 Euro je m² und für eine Wohnung der Kategorie B 3,47 Euro je m². Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmender Wohnungsgröße. Am höchsten waren somit die Mieten in kleineren Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche (6,28 Euro je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger für eine Wohnung mit mindestens 120 m² durchschnittlich 4,17 Euro je m².

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Berechnung des Tabellenwohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugsfähigkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietenstufe der Gemeinde maßgebend. Im früheren Bundesgebiet werden sechs Mietenstufen unterschieden. In den neuen Ländern wird bis zur erstmaligen Festlegung von gesamtdeutschen Mietenstufen einheitlich die fiktive Mietenstufe VII einge-

setzt. Die zuschussfähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, dass darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschussfähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfängerhaushalt getragen werden.

Ende 2000 hatten 61,1% der Tabellenwohngeldempfänger in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschussfähigen Höchstbeträgen lag. Im Vorjahr lag die Überschreitungsquote noch bei 60,3%. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich für die Gruppe der Lastenzuschussempfänger, die in Gemeinden der Mietstufen I bis IV wohnten, sowie für die Mietzuschussempfänger, die in Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 80 m² oder in Gemeinden der Mietenstufen II bis IV wohnten.

Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Überschreitungsquote der Tabellenwohngeldempfänger im Vorjahresvergleich von 75,8 auf 76,5%. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 38,5% zum Jahresende 2000 nach wie vor vergleichsweise niedrig (Vorjahr: 36,3%).

Tabelle 4: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2000 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... Euro			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeld- anspruch
			unter 50	50 – 150	150 und mehr	
	1 000	%	% von Spalte 1			Euro
Insgesamt	2 839,2	100	21,0	52,5	26,5	115
Tabellenwohngeld	1 497,5	52,7	36,8	50,4	12,8	84
Mietzuschuss	1 392,1	49,0	37,0	50,6	12,4	83
Lastenzuschuss	105,5	3,7	34,2	47,7	18,1	96
Pauschalisiertes Wohngeld	1 341,7	47,3	3,4	54,7	41,9	149
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte						
von allein Stehenden	1 320,8	46,5	30,3	61,6	8,1	83
mit 2 Familienmitgliedern	597,5	21,0	15,4	53,9	30,7	121
mit 3 Familienmitgliedern	388,2	13,7	11,6	41,5	47,0	143
mit 4 Familienmitgliedern	293,9	10,4	12,7	39,2	48,1	149
mit 5 Familienmitgliedern	140,6	5,0	11,3	36,3	52,5	162
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	98,3	3,5	6,4	27,1	66,5	208

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushalts, von denen bestimmte Einkommensbestandteile und Pauschalen sowie Freibeträge für besondere Personengruppen abgezogen werden.

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Familieneinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt. Das Familieneinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfasste durchschnittliche monatliche Familieneinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 665 Euro (–0,5% gegenüber 1999). Im früheren Bundesgebiet belief es sich auf 736 Euro und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr (734 Euro) praktisch konstant. In den neuen Ländern betrug das Familieneinkommen 561 Euro im Vergleich zu 567 Euro im Vorjahr und ist damit um 1,0% gesunken.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushalts und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in aller Regel die höchsten monatlichen Familieneinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erzielt.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von Tabellenwohngeld belief sich zum Jahresende 2000 auf 84 Euro. An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (96 Euro) gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss (83 Euro). Im früheren Bundesgebiet sank der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 80 Euro Ende 1999 auf 79 Euro zum Jahresende 2000 (–1,3%). In den neuen Ländern lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch im Dezember 2000 – wie im Vorjahr – bei 90 Euro. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der

Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zugrunde liegende Familieneinkommen ist.

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller selbst getragen werden. Im Mittel deckte das Wohngeld ein Viertel der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen Wohnkosten von 325 Euro auf 241 Euro. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betrugen demnach bei den Tabellenwohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich 36,3% des Familieneinkommens.

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld am 31. Dezember 2000 nach der Haushaltsgröße

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)				
	Familieneinkommen	Wohnkostenbelastung			
		vor	nach	vor	nach
	Gewährung des Wohngeldes				
	Euro		% von Spalte 1		
Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld insgesamt	665	325	241	48,8	36,3
mit ... Familienmitgliedern					
1	465	239	183	51,4	39,2
2	600	311	228	51,8	38,0
3	742	375	275	50,6	37,1
4	1 009	446	332	44,2	32,9
5	1 135	503	372	44,3	32,8
6 und mehr	1 265	583	401	46,1	31,7

2.2 Haushalte mit Bezug von pauschalisiertem Wohngeld

Zum Jahresende 2000 erhielten rund 1,3 Mill. Haushalte pauschalisiertes Wohngeld. Der Anteil dieser Haushalte an allen Wohngeldempfängerhaushalten ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 20,8% weitaus niedriger als im

früheren Bundesgebiet, wo der Anteil der pauschalierten Fälle zum Jahresende 2000 bei 57,0% lag. Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem die generell niedrigere Quote der Sozialhilfebezieher in den neuen Ländern und Berlin-Ost.⁹⁾

Beim pauschalierten Wohngeld handelte es sich bei 54,9% der Empfänger um Mehrpersonenhaushalte. Gegenüber dem Tabellenwohngeld (52,2%) wurde das pauschalierte Wohngeld somit vergleichsweise öfter von größeren Haushalten in Anspruch genommen.

Die durchschnittliche monatliche Miete der Bezieher von pauschaliertem Wohngeld lag mit 5,63 Euro je m² über den entsprechenden Werten, die sich sowohl für die Mietzuschussempfänger (5,25 Euro je m²) als auch für die Lastenzuschussempfänger (4,33 Euro je m²) beim Tabellenwohngeld ergaben (siehe Tabelle 3). Dies liegt zum Teil daran, dass überproportional viele Bezieher von pauschaliertem Wohngeld in den Hochpreisregionen der oberen Mietstufen (dies sind insbesondere die Großstädte) leben. So wohnten die Empfänger von pauschaliertem Wohngeld relativ häufiger (15,5%) in Gemeinden der beiden oberen Mietstufen V und VI, als dies bei den Beziehern von Mietzuschuss der Fall war (7,2%). Hinzu kommt, dass diese Empfängergruppe relativ häufig in kleineren Wohnungen lebt, für die ebenfalls vergleichsweise hohe Quadratmetermieten zu zahlen sind. So wohnten Ende 2000 beispielsweise 20,5% der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld in Wohnungen mit weniger als 40m² Wohnfläche, während sich der entsprechende Anteil bei den Mietzuschussempfängern auf lediglich 18,7% belief.

Im Gegensatz zum Tabellenwohngeld gibt es beim pauschalierten Wohngeld keine allgemein verbindlichen Obergrenzen für die anerkannte Miete. Gemäß den hier anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften sind die laufenden Kosten für die Unterkunft, soweit es sich um Wohnraum handelt, in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Übersteigen die Unterkunftskosten einen der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang, so sind sie nur so lange anzuerkennen, wie es dem Hilfeempfänger nicht möglich oder zuzumuten ist, durch Wohnungswechsel oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. Welche Unterkunftskosten angemessen sind, ist im Sozialhilferecht nicht näher erläutert. So ist es durchaus möglich, dass eine Miete auch dann angemessen ist, wenn die Höchstbeträge des Tabellenwohngeldes überschritten werden. So wurden im Dezember 2000 bei nur 22,4% der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld die tatsächlichen Unterkunftskosten nicht in voller Höhe anerkannt, da diese unangemessen hoch waren. Die höchsten Überschreitungsquoten wurden bei den Empfängern festgestellt, die in Gemeinden der Mietstufen I und VI (40,0 bzw. 34,9%) wohnten.

Für die Bezieher von pauschaliertem Wohngeld betrugen die monatlichen Wohngeldleistungen im Durchschnitt 149 Euro. Im früheren Bundesgebiet erhöhten sie sich um einen Euro von durchschnittlich 152 auf 153 Euro (+ 0,7%).

In den neuen Ländern stieg das durchschnittliche pauschalierte Wohngeld um 2 Euro von 120 auf 122 Euro (+ 1,7%). Das absolut höhere Leistungsniveau beim pauschalierten Wohngeld – im Vergleich zum Tabellenwohngeld – ist auf

Tabelle 6: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2000 und Wohngeldausgaben im Berichtsjahr 2000

Land	Wohngeldempfängerhaushalte		Im Jahr 2000 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾		Durchschnittliche(s) monatliche(s)			
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	je Einwohner	Miete/Be-lastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld
	Anzahl	%	Mill. Euro			Euro		
Baden-Württemberg	234 325	4,9	245,5	23	5,51	113	78	140
Bayern	211 221	3,8	236,9	19	5,49	109	71	143
Berlin	192 659	10,6	256,5	76	5,56	116	78	144
Berlin-West	121 396	10,6	165,3	78	5,76	121	64	146
Berlin-Ost	71 263	10,5	91,2	72	5,21	108	88	138
Brandenburg	114 400	9,9	133,2	51	4,63	95	89	120
Bremen	43 429	12,2	63,6	96	5,87	125	73	157
Hamburg	78 070	8,6	137,2	80	6,53	141	80	176
Hessen	110 661	4,0	270,3	45	5,84	125	80	165
Mecklenburg-Vorpommern	105 849	12,9	117,5	66	4,93	96	90	116
Niedersachsen	242 712	6,7	347,0	44	5,19	122	83	159
Nordrhein-Westfalen	779 414	9,4	900,7	50	5,62	124	82	154
Rheinland-Pfalz	81 654	4,5	118,0	29	4,95	108	81	145
Saarland	37 291	7,4	46,7	44	5,07	122	78	150
Sachsen	235 466	11,2	256,2	58	4,79	96	89	123
Sachsen-Anhalt	142 400	11,6	153,6	59	4,61	97	89	116
Schleswig-Holstein	132 675	10,2	146,9	53	5,82	131	85	159
Thüringen	96 987	8,9	111,3	46	4,53	96	93	117
Deutschland ...	2 839 213	7,4	3 541,0	43	5,36	115	84	149
Früheres Bundesgebiet	2 072 848	6,7	2 678,0	40	5,57	121	79	153
Neue Länder und Berlin-Ost ...	766 365	10,8	863,1	57	4,76	97	90	122

1) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

9) So bezogen zum Jahresende 2000 im früheren Bundesgebiet 3,4% der Bevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“), während diese Quote in den neuen Ländern und Berlin-Ost lediglich 2,8% betrug.

die höheren tatsächlichen und die höheren anerkannten Wohnkosten dieser Empfängergruppe zurückzuführen.

2.3 Regionale Aspekte

Bei der Wohngeldförderung ist deutlich ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während, gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte, im früheren Bundesgebiet 6,7% der privaten Haushalte zum Jahresende 2000 Wohngeld bezogen, sind dies in den neuen Ländern 10,8%. Im früheren Bundesgebiet gab es vor allem in den nördlichen Flächenländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger. Die Spitzenposition nimmt Bremen mit einer Bezugsquote von 12,2% ein, es folgen Berlin-West (10,6%), Schleswig-Holstein (10,2%), Nordrhein-Westfalen (9,4%), Hamburg (8,6%) und Niedersachsen (6,7%). In den neuen Ländern weist Mecklenburg-Vorpommern (12,9%) den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern auf, es schließen sich an: Sachsen-Anhalt (11,6%), Sachsen (11,2%), Berlin-Ost (10,5%), Brandenburg (9,9%) sowie Thüringen (8,9%).

In den vorgenannten Ländern wurden im Jahr 2000 auch im Allgemeinen die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Bremen auf 96 Euro und waren damit etwa fünfmal so hoch wie in Bayern (19 Euro pro Einwohner), wo nur 3,8% der Haushalte Wohngeld erhielten. Die teuersten Quadratmetermieten mussten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (6,53 Euro je m²); sie hatten jedoch mit 141 Euro je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten wurden mit 4,53 Euro je m² in Thüringen festgestellt. [\[1\]](#)

Dipl.-Volkswirt Peter Roemer

Preise im Mai 2002

Im Mai 2002 zeigten die Veränderungsraten der Preisindizes auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen erneut ein uneinheitliches Bild. Im Jahresvergleich erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um +1,1% (April 2002: +1,6%) und der Index der Einzelhandelspreise stieg um +0,7% (April 2002: +1,2%). Demgegenüber entwickelten sich die Großhandelsverkaufspreise im Jahresvergleich im Mai 2002 mit –1,3% (April 2002: –0,5%) rückläufig und der Index der Erzeugerpreise verringerte sich um 0,9% (–0,8%).

Im Vormonatsvergleich fielen die Veränderungsraten durchweg moderat aus. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte blieb gegenüber dem Vormonat unverändert und die Einzelhandelspreise gingen von April auf Mai 2002 geringfügig um 0,1% zurück. Die Großhandelsverkaufspreise ermäßigten sich im Vergleich zum Vormonat deutlich um 0,4%, während die Erzeugerpreise im Vormonatsvergleich stabil blieben. Im April 2002 hatten die Monatsveränderungsraten jeweils –0,1% (Großhandelsverkaufspreise und Erzeugerpreise) und +0,1% (Verbraucherpreise und Einzelhandelspreise) betragen.

Im Mai 2002 wirkten sich die Heizöl- und Kraftstoffpreise auf allen Wirtschaftsstufen preisdämpfend aus. Die nebenstehende Tabelle zeigt, dass die Heizöl- und Kraftstoffpreise auf der Verbraucherstufe um 5,5% unter dem Niveau von Mai 2001 lagen. Ohne die Mineralölerzeugnisse wäre der Gesamtindex im Jahresabstand um 1,5% gestiegen.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland lag im Mai 2002 um 0,9% niedriger als im Mai 2001. Einen stärkeren Preisrückgang

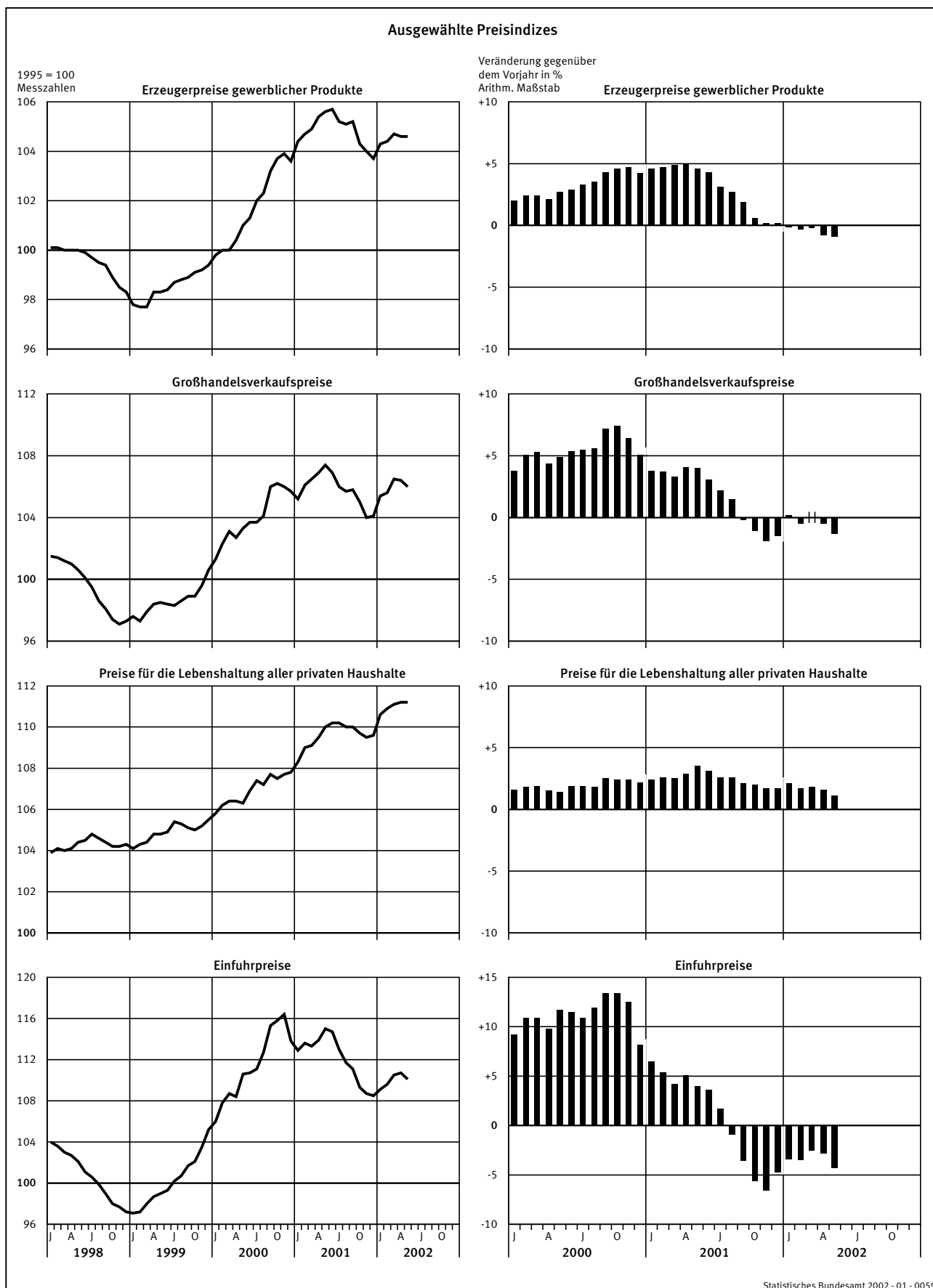
im Jahresvergleich hatte es letztmalig im Juli 1999 (–1,0%) gegeben. Im April 2002 hatte die Jahresveränderungsrate –0,8% betragen. Im Vergleich zum Vormonat blieb der Index im Mai 2002 unverändert.

	Veränderungen Mai 2002 gegenüber	
	April 2002	Mai 2001
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	–	– 0,9
ohne Mineralölerzeugnisse	– 0,3	– 0,8
Mineralölerzeugnisse	+ 0,1	– 3,9
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	– 0,4	– 1,3
ohne Mineralölerzeugnisse	– 0,5	– 0,8
Mineralölerzeugnisse	+ 0,1	– 5,1
ohne Saisonwaren	– 0,1	– 1,1
Saisonwaren	– 7,4	– 4,4
Index der Einzelhandelspreise	– 0,1	+ 0,7
Preisindex für die Lebenshaltung		
aller privaten Haushalte		
insgesamt	–	+ 1,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 1,5
Heizöl und Kraftstoffe	– 2,1	– 5,5
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 1,2
Saisonwaren	– 0,1	– 2,5

Der Preisrückgang wurde vor allem von der Preisentwicklung bei Energie (–5,0% gegenüber Mai 2001) und bei Vorleistungsgütern (–1,1%) beeinflusst, während Erzeugnisse höherer Verarbeitungsstufen im Durchschnitt teurer waren als im Vorjahr (Investitionsgüter +1,4%, Konsumgüter +0,7%).

Bei Energie waren im Mai 2002 unterschiedliche Preistendenzen zu beobachten. Leichtes Heizöl war um 6,4% und

Schaubild 1



Benzin um 5,3% billiger als im Mai 2001. Bei Erdgas betrug der Preisrückgang 13,7% und bei Flüssiggas 15,0%. Gleichzeitig stiegen die Preise für andere Energieträger: Kohle +1,9%, schweres und mittelschweres Heizöl +6,4%, elektrischer Strom +0,9% und Fernwärme +2,6%. Ohne Ener-

gie lag der Index der Erzeugerpreise im Mai 2002 um 0,2% höher als im Vorjahr.

Bei vielen Vorleistungsgütern lagen die Preise im Mai 2002 – wie schon in den vergangenen Monaten – deutlich unter dem Vorjahresniveau. Hier ist vor allem die Preisentwicklung bei chemischen Grundstoffen (– 5,4%), Roheisen und Stahl (– 3,0%) sowie bei einigen Nichteisenmetallen, wie zum Beispiel Aluminium (– 6,5%), Zink (– 23,8%) und Kupfer (– 7,3%) hervorzuheben.

Preiserhöhungen wurden im Mai 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat unter anderem bei folgenden Gütern festgestellt: Fischerzeugnisse (+ 14,7%), raffinierte Pflanzenöle (+ 13,3%), synthetische Spinnfasern (+ 11,9%), Rindfleisch sowie Betonstahlmatten (jeweils + 9,0%), Gas-, Flüssigkeits- und Elektrizitätszähler (+ 8,9%), Tabakerzeugnisse (+ 8,3%), Teigwaren (+ 7,1%), Zentralheizungskessel (+ 5,5%), keramische Dachziegel (+ 4,9%), pharmazeutische Grundstoffe (+ 4,8%) sowie Drehmaschinen (+ 4,0%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Mai 2002 unter anderem: Schweinefleisch (– 15,3%), monolithisch integrierte Schaltungen (– 12,0%), synthetischer Kautschuk (– 10,3%), Butter (– 10,0%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (– 9,8%), Flachglas (– 8,7%), Wellpapier und -pappe (– 8,0%), Spanplatten (– 7,2%), organische Grundstoffe und Chemikalien (– 6,0%), Zeitungsdruckpapier (– 5,2%), Polyethylen (– 4,7%) sowie Walzstahl (– 3,4%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im Mai 2002 um 1,3% unter dem Niveau von Mai 2001. Im April 2002 war der Index gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,5% niedriger, im März 2002 hatte sich der Index im Vorjahresvergleich nicht verändert. Der Gesamtindex ohne Mineralölerzeugnisse lag im Mai 2002 um 0,8% unter dem Vorjahresniveau.

Gegenüber April 2002 fielen die Großhandelsverkaufspreise um 0,4%. Ohne Mineralölerzeugnisse lag der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,5% unter dem Stand des Vormonats. Binnen Monatsfrist verbilligten sich vor allem Tomaten (– 54,5%), Bananen (– 10,2%), lebende Schweine (– 7,5%) Rohkaffee (– 7,4%) und Schweinefleisch (– 7,3%). Dagegen wurden Kartoffeln (+ 11,6%) und Zitrusfrüchte (+ 10,3%) teurer.

Starke Preissenkungen gegenüber dem Vorjahr gab es im Mai 2002 u. a. bei Schweinefleisch (– 31,1%), lebenden Schweinen (– 26,5%), Gurken (– 22,2%), Tomaten (– 20,2%), Geflügelfleisch (– 12,4%), leichtem Heizöl (– 11,2%), Getreide (– 7,6%), Rohkupfer und Kupferlegierungen (– 6,5%), Kunststoffen in Primärformen (– 5,9%), sowie bei Zitrusfrüchten (– 4,2%). Dagegen waren u. a. Kartoffeln (+ 89,7%), lebende Rinder (+ 15,7%), Äpfel (+ 9,9%) sowie Eisen- und Stahlschrott (+ 7,3%) teurer als vor einem Jahr.

Im Einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2001 D	104,9	105,8	104,6	109,6	109,4	110,6
2001 Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	109,8	111,1
Juni ..	105,7	106,9	105,1	110,2	110,0	111,2
Juli ...	105,2	106,0	104,9	110,2	110,0	111,3
Aug. ...	105,1	105,7	104,8	110,0	109,8	111,0
Sept. .	105,2	105,8	105,1	110,0	109,8	111,0
Okt. ..	104,3	105,0	105,0	109,7	109,5	110,7
Nov. ..	104,0	104,0	104,8	109,5	109,3	110,5
Dez. ...	103,7	104,1	104,8	109,6	109,4	110,7
2002 Jan. ..	104,3	105,4	105,3	110,6	110,4	111,7
Febr. .	104,4	105,6	105,4	110,9	110,7	111,9
März .	104,7	106,5	105,6	111,1	110,9	112,0
April ..	104,6	106,4	105,7	111,2	111,0	112,1
Mai ...	104,6	106,0	105,6	111,2	111,0	112,0
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2001 Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ..	+ 0,1	– 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juli ...	– 0,5	– 0,8	– 0,2	–	–	+ 0,1
Aug. ...	– 0,1	– 0,3	– 0,1	– 0,2	– 0,2	– 0,3
Sept. .	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	–	–	–
Okt. ..	– 0,9	– 0,8	– 0,1	– 0,3	– 0,3	– 0,3
Nov. ...	– 0,3	– 1,0	– 0,2	– 0,2	– 0,2	– 0,2
Dez. ...	– 0,3	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2002 Jan. ..	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Febr. .	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
März .	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
April ..	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Mai ...	–	– 0,4	– 0,1	–	–	– 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	– 0,4	– 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	– 1,0	– 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2001 D	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9
2001 Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8
Juni ..	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4
Juli ...	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2
Aug. ...	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0
Sept. .	+ 1,9	– 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Okt. ..	+ 0,6	– 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7
Nov. ...	+ 0,1	– 1,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Dez. ...	+ 0,1	– 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2
2002 Jan. ..	– 0,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4
Febr. .	– 0,3	– 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9
März .	– 0,2	–	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8
April ..	– 0,8	– 0,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Mai ...	– 0,9	– 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8

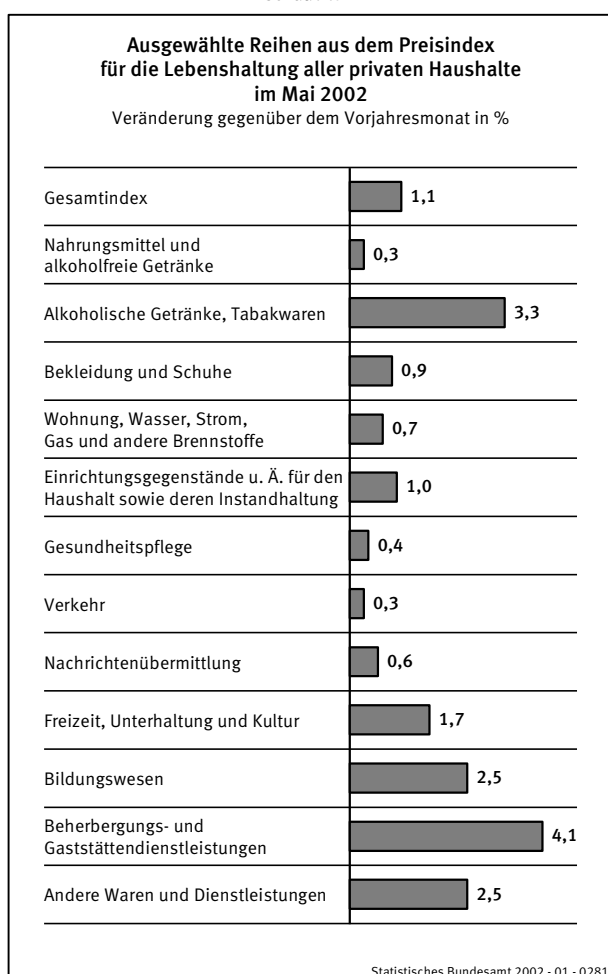
1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

	Veränderungen Mai 2002 gegenüber	
	April 2002	Mai 2001
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	- 4,4	- 6,9
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	- 1,1	- 1,2
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,1	- 0,4
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+ 0,2	- 1,6
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,1	+ 0,3
Sonstiger Großhandel	- 0,5	- 0,6

Der *Index der Einzelhandelspreise* nahm von April auf Mai 2002 geringfügig um 0,1% ab. Gegenüber dem Vorjahr lag der Index im Berichtsmonat um 0,7% höher. Die Jahresveränderungsraten hatten im April +1,2% und im März 2002 +1,5% betragen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland* ist im Mai 2002 gegenüber Mai 2001 lediglich um 1,1% gestiegen. Dies ist der niedrigste Wert seit November 1999 (+1,0%). Im Vergleich zum Vormonat blieb der Index im Mai 2002 unverändert. Im April 2002 hatte die Jahresteuerrate bei 1,6% und im März 2002 bei 1,8% gelegen.

Schaubild 2



Entscheidend für die niedrige Preissteigerung im Mai 2002 im Vorjahresvergleich ist die überdurchschnittlich hohe Teuerungsrate von 3,5%, die vor einem Jahr für den Mai 2001 ermittelt wurde. Dieser Preisanstieg wirkt sich im Jahresvergleich nicht mehr aus (so genannter Basiseffekt). Erinnert sei an die hohen Preissteigerungen im Vorjahr bei Nahrungsmitteln aufgrund der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche sowie bei Energie.

Die Heizöl- und Kraftstoffpreise lagen im Mai 2002 um 5,5% unter dem Niveau von Mai 2001 (Kraftstoffe: -4,6%). Im Vormonatsvergleich sanken die Preise um 2,1%, Kraftstoffpreise sogar um 2,2%. Ohne Heizöl und Kraftstoffe wäre der Gesamtindex von Mai 2001 bis Mai 2002 um 1,5% gestiegen.

Die Jahresteuerrate für Nahrungsmittel im Mai 2002 betrug nur noch 0,4% (April 2002: +2,3%). Der deutliche Rückgang gegenüber der im April festgestellten Jahresteuerrate ist besonders auf den Basiseffekt zurückzuführen. Preistreibend im Jahresvergleich wirkten im Mai 2002 immer noch Fische und Fischwaren (+5,2%), Molkereiprodukte und Eier (+3,2%) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+3,2%). Gemüse war dagegen um 8,4% billiger als ein Jahr zuvor (April 2002: +1,3%). Im Vergleich zum Vormonat gingen die Nahrungsmittelpreise um 0,1% zurück (Gemüse: -1,3%).

Zur Erhöhung der Jahresteuerrate trug die Preissteigerung bei Tabakwaren bei, deren Preise sich von Mai 2001 bis Mai 2002 um durchschnittlich 5,7% erhöhten (analog zum März und April 2002). Hervorzuheben sind ebenfalls die Preiserhöhungen bei Dienstleistungen, unter anderem verteuerte sich im Jahresvergleich die Reparatur von Schuhen um 5,5%, die Preise für Friseurleistungen lagen um 4,1% und die für Restaurant- und Cafésbesuche um 4,0% über dem Niveau von Mai 2001.

Die nachstehende Übersicht stellt die Veränderungen der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen Mai 2002 gegenüber	
	April 2002	Mai 2001
	%	
Gesamtindex	-	+ 1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,1	+ 0,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	- 0,1	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	- 0,2	+ 0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-	+ 0,7
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	- 0,1	+ 1,0
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 0,4
Verkehr	- 0,5	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung	+ 0,4	+ 0,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,9	+ 1,7
Bildungswesen	+ 0,1	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,0	+ 4,1
Andere Waren und Dienstleistungen	-	+ 2,5

Im Mai 2002 ergab sich für das *frühere Bundesgebiet* eine Jahresteuerrate von 1,1%. Im Vergleich zum April 2002

hat sich der Index nicht verändert. Für die *neuen Länder und Berlin-Ost* lag die Teuerungsrate gegenüber Mai 2001 bei 0,8%. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,1%.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland hat sich im Mai 2002 gegenüber Mai 2001 um 1,0% erhöht. Im Vergleich zum Vormonat blieb er unverändert.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Mai 2002 gegenüber	
	April 2002	Mai 2001
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Fischerzeugnisse	+ 0,3	+ 14,7
Raffinierte Pflanzenöle	- 0,7	+ 13,3
Synthetische Spinnfasern	+ 2,4	+ 11,9
Betonstahlmatten	+ 3,5	+ 9,0
Rindfleisch	-	+ 9,0
Gas-, Flüssigkeits- und Elektrizitätszähler	- 0,1	+ 8,9
Tabakerzeugnisse	- 0,2	+ 8,3
Teigwaren	+ 4,3	+ 7,1
Mittelschweres und schweres Heizöl	- 0,2	+ 6,4
Zentralheizungskessel	+ 0,1	+ 5,5
Keramische Dachziegel	+ 0,3	+ 4,9
Pharmazeutische Grundstoffe	-	+ 4,8
Drehmaschinen	+ 0,2	+ 4,0
Fernwärme mit Dampf und Wasser	-	+ 2,6
Kohle	- 0,9	+ 1,9
Elektrischer Strom	- 0,1	+ 0,9
Roheisen und Stahl	+ 0,2	- 3,0
Walzstahl	+ 0,1	- 3,4
Polyethylen	+ 1,6	- 4,7
Zeitungsdruckpapier	-	- 5,2
Superbenzin	- 1,8	- 5,3
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 3,3	- 6,0
Leichtes Heizöl	+ 5,7	- 6,4
Aluminium und Halbzeug daraus	- 0,5	- 6,5
Spanplatten	- 0,5	- 7,2
Kupfer und Halbzeug daraus	- 2,6	- 7,3
Wellpapier und -pappe	- 0,2	- 8,0
Flachglas	- 0,7	- 8,7
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien	- 2,2	- 9,8
Butter	- 0,1	- 10,0
Synthetischer Kautschuk	- 0,1	- 10,3
Monolithisch integrierte Schaltungen	- 1,7	- 12,0
Erdgas	- 1,1	- 13,7
Flüssiggas	- 1,5	- 15,0
Schweinefleisch	- 0,2	- 15,3
Zink	- 10,3	- 23,8
Großhandelsverkaufspreise		
Schweinefleisch	- 7,3	- 31,1
Lebende Schweine	- 7,5	- 26,5
Gurken	+ 3,1	- 22,2
Tomaten	- 54,5	- 20,2
Geflügelfleisch	+ 1,0	- 12,4
Leichtes Heizöl	- 3,4	- 11,2
Rohkaffee	- 7,4	- 8,9
Getreide	- 0,8	- 7,6
Rohkupfer und Kupferlegierungen	- 0,1	- 6,5
Kunststoffe in Primärformen	+ 3,5	- 5,9
Zitrusfrüchte	+ 10,3	- 4,2
Bananen	- 10,2	+ 1,0
Eisen und Stahlschrott	+ 0,6	+ 7,3
Äpfel	- 2,7	+ 9,9
Lebende Rinder	- 1,8	+ 15,7
Kartoffeln	+ 11,6	+ 89,7



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Statistik und politisches Monitoring in Europa	2	89
Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	2	96
Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft	2	101
Datenqualität und Datenprüfungen	2	110
Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftspflicht	5	345
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 1)	5	359
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)	6	454
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken	3	165
Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	6	443
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Untersuchung von Globalisierungseffekten in der Außenhandelsstatistik	5	375
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik	6	488
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209

Bevölkerung

Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftsspflicht	5	345
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 1)	5	359
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)	6	454
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26

Erwerbstätigkeit

Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken	3	165
Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	6	443
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001	1	39

Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen 2001	5	367
Insolvenzen 1999 bis 2001 nach neuem Insolvenzrecht	6	460

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Nutzung der Bodenfläche	6	480
Entwicklung des Gemüseanbaus in Deutschland im letzten Jahrzehnt	4	247
Ökologischer Landbau 2001	6	471

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2001	3	189
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2001	3	195
Inlandstourismus 2001: Stabilisierung auf hohem Niveau trotz erswerter Rahmenbedingungen	4	255

Außenhandel

Untersuchung von Globalisierungseffekten in der Außenhandelsstatistik	5	375
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik	6	488
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung	3	201
Außenhandel 2001 nach Ländern	4	264

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2001	4	273
Seeschifffahrt 2001	6	501
Eisenbahnverkehr 2001	6	496
Gewerblicher Luftverkehr 2001	4	286

Gesundheitswesen

Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000	1	61
10 Jahre bundeseinheitliche Krankenhausstatistik	5	583

Sozialleistungen

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000	2	123
Wohngeld in Deutschland 2000	6	510

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit	4	310
Kommunal финанzen 2002	5	392
Öffentliche Finanzen 2001	4	316
Wirtschaftsrechnungen		
Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998	4	294
Löhne und Gehälter		
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen	5	395
Preise		
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Preisentwicklung im Jahr 2001	1	67
Preise im Januar 2002	2	139
Preise im Februar 2002	3	222
Preise im März 2002	4	321
Preise im April 2002	5	424
Preise im Mai 2002	6	518
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2001	1	13
Umwelt		
Additive Investitionen für den Umweltschutz	5	410
Gastbeiträge		
Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?	3	227
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Die Analyse regionaler Wirtschaftskraft unter Verwendung multivariater Verfahren	4	326
Historische Aufsätze		
Internationaler Statistischer Congress in Berlin	2	144

Neuerscheinungen¹⁾ vom 25. Mai 2002 bis 21. Juni 2002

● Zusammenfassende Veröffentlichungen

	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Mai 2002	10,85
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Februar 2002	13,65
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Dezember und Jahr 2001	6,75
Verkehr aktuell, Mai 2002	7,70
Band 19 der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“: Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	10,80

● Fachserien

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen, Dezember und Jahr 2001	4,35
---------	---	------

Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4	Betriebssysteme und Standardbetriebs- einkommen 1999	13,65
Reihe 3.1.5	Landwirtschaftliche Bodennutzung – Rebflächen – 2001	4,35
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte – Feldfrüchte –, April 2002	2,60
Reihe 4.1	Viehbestand, 3. Mai 2001	2,60
Reihe 4.1	Rinder- und Schweinebestand, 3. November 2001	2,60
Reihe 5.1	Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2001	9,10
Heft 4	Landwirtschaftszählung 1999: Hofnachfolge in land- wirtschaftlichen Betrieben 1999	15,75

Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe

Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, April 2002	5,50
Reihe 2.2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, April 2002	13,65
Reihe 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe 2001	18,15
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempiergießerei), April 2002 (Vorbericht)	1,70
Reihe 8.1	April 2002	5,50
Reihe 8.1	Mai 2002 (Vorbericht)	1,70
Reihe 8.2	Düngemittelversorgung, 1. Vierteljahr 2002	2,60

Fachserie 5: Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 3	Bestand an Wohnungen, 31. Dezember 2000	7,70
---------	---	------

Fachserie 7: Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, März 2002	6,75
---------	--	------

Fachserie 8: Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Februar 2002	4,35
Reihe 3	Straßenpersonenverkehr 2001	15,75
Reihe 5	Seeschifffahrt, 4. Quartal 2001	4,35
Reihe 6	Luftverkehr, März 2002	10,50
Reihe 7	Verkehrsunfälle, Januar 2002	5,50

Fachserie 13: Sozialleistungen

Reihe 6.1.1	Jugendhilfe – Institutionelle Beratung, Einzelbetreuung und sozialpädagogische Familienhilfe – 2000	12,15
-------------	--	-------

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Fachserie 14: Finanzen und Steuern		EUR [D]
Reihe 3.5	Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport, Erholung 1998	18,15
Reihe 3.6	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung 2000	6,75
Reihe 4	Steuerhaushalt, 4. Vierteljahr und Jahr 2001	7,70
Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, April 2002	1,70
Reihe 9.4	Branntweinmonopol und Branntweinsteuer, Betriebsjahr 2000/2001	4,35

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 1	Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Landwirtschaft in Deutschland 2001	4,35
Reihe 4.3	Index der Tariflöhne und -gehälter, Januar 2002	7,70

Fachserie 17: Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, März 2002	4,35
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), April 2002	5,50
Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, April 2002	4,35
Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, April 2002	10,50
Reihe 7	Mai 2002 (Vorbericht)	2,15
Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, April 2002	9,10
Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebens- haltung, April 2002	2,60
Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, April 2002	5,50

● Elektronische Veröffentlichungen

Gemeindeverzeichnis, Stand: 31.12.2000 (CD-ROM)	98,-
Außenhandel nach Waren und Ländern, März 2002 (CD-ROM)	25,-

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen
in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (07071) 93 53 50, Telefax (07071) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.